

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
28. Jahrgang 2011 Heft 2
ISBN 978-3-89472-586-0
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kießler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Walter
Euchner †, Klaus Faber, Horst Heimann, Arne
Heise, Ulrich Heyder, Jens Kreibaum, Thomas
Meyer, Thomas Noetzel, Roland Popp, Walter
Reese-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth,
Klaus-Jürgen Scherer, Joachim Spangenberg,

Redaktionsleitung:
Roland Popp
eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:
c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:
www.hds-perspektiven.de
www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schuere-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Partizipation und Krisen

perspektivends
2/11

Inhalt

		Resolution zu gemeinsamen Unterricht für Religionen und Weltanschauungen	84
Editorial	4	<i>Steffen A. Rogalski</i> Perspektive 2030: Wohlstand durch soziale gesellschaftliche Alternativen. Ein kritischer Einspruch zur gegenwärtigen Wohlstandsdebatte	85
3. Birkenwerder Erklärung	6		
Themenschwerpunkt: Partizipation und Krisen			
<i>Christian Demuth</i> Die dringende Suche nach Alternativen. Folgen und Lösungen der Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie und die Defizite aktueller Alternativbewegungen		<i>Horst Heimann</i> Voraussetzungen der „Zweiten Großen Transformation“ und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Teil I)	97
<i>Hans-Jürgen Urban</i> Der Aufbruch der Gewerkschaften und die Mosaik-Linke	39	<i>Johano Strasser</i> Die SPD braucht eine attraktive Reformvision	121
<i>Ulrich Heyder</i> Der Fortschritt, den das Land wirklich braucht, wird nicht einmal erwähnt – Zum „neuen Fortschritt“ im „Entwurf“ der Sozialdemokratie	51	<i>Michael Heidinger</i> Ohne Ökonomik keine Volkspartei – SPD im Spagat. Ein Versuch zur Reduzierung sozialdemokratischer Berührungs- ängste zu wirtschaft(swissenschaft)- lichem Denken	123
<i>Johannes Kandel</i> Sozialdemokratie, Integration und Islam	67	<i>Dietrich Sperling</i> Aus der Finanzkrise lernen. Steuern durch Steuern	128
<i>Sibylle Reinhardt</i> Werte-Bildung und Schule	80		

Beiträge und Diskussionen

Martin Redlich
Die Unabhängige Sozial-
demokratische Partei Deutschlands
(USPD). 137

Tobias Kühne
Die Illusion des Dritten Weges.
Gab es Alternativen zwischen
demokratischem Sozialismus
und Totalitarismus? 143

*Konrad Schied und Georg
Werckmeister*
Revolution und Machtergreifung.
Kämpfe in der Weimarer Republik
am Beispiel Hanau 146

Berichte und Rezensionen

Richard Saage
Nachruf auf Walter Euchner 153

Günter Morsch
„Seid wachsam, dass über
Deutschland nie wieder die
Nacht hereinbricht.“
Deutsche Gewerkschafter
im KZ 1933–1945 155

Helga Grebing
Kurzrezensionen 162

Autorinnen und Autoren 165

Editorial

Nicht erst seit „Stuttgart 21“ wird über das Verhältnis von Bürgerbeteiligung und Staatshandeln neu diskutiert. Unser Themenschwerpunkt nimmt diese für eine lebendige Demokratie elementare Debatte auf.

Christian Demuth zeichnet nach, dass die Vehemenz der aktuellen Proteste sich auch gegen eine Politik richtet, die nicht durch demokratische Legitimation fundiert ist. Ein zentraler Beweg- und Protestgrund für viele Menschen sind dabei auch die Auswirkungen der Finanzkrise und das Scheitern der marktradikalen Ideologie. Aber nicht nur, so *Demuth*, ist die Beschränkung des Finanzmarktkapitalismus notwendig, sondern die SPD muss in dieser Situation eine neue politische „Erzählung“ schreiben. „Die SPD muss wieder die Partei der ‚kleinen Leute‘ sein. Sie muss klarmachen, dass die Schere zwischen Arm und Reich kleiner werden muss, damit es der gesamten Gesellschaft, und zwar sowohl den sozial schwachen Schichten als auch den Mittelschichten, besser geht.“ Und weiterhin muss ebenso gelten, dass die Effektivität und Effizienz der eingesetzten Steuermittel gewährleistet werden, weil sonst manche Schichten ihre Solidarität aufkündigen: „Der Staat muss wirklich gute Bildung und gute Versorgung garantieren.“

Hans-Jürgen Urban plädiert für eine neue Gewerkschaftspolitik und einen Schulterschluss mit den zahllosen linken Strömungen, die er als Mosaik-Linke identifiziert. Die Verteidigung des Sozialstaats, die Auseinandersetzung

um gute Arbeitsbedingungen und der Strukturwandel der Arbeitswelt sind zentrale Handlungsfelder der Gewerkschaften. Sie reichen aber heute – in der Krise der kapitalistischen Produktionsweise – nicht aus. Die Gewerkschaften müssen ihre Revitalisierungsanstrengungen breiter formulieren. „Ziel müsste die Sammlung all jener Teile der Gesellschaft sein, deren Interessen durch die kapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien der Eliten unter die Räder zu geraten drohen. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammenschließen und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Für einen solchen Akteur wurde der Begriff der *Mosaik-Linken* ins Spiel gebracht.“ Wenn diese politische Perspektive nicht realisiert werden kann und der ökonomische „Stabilitätsgewinn durch politischen Demokratieverzicht“ erkaufte wird, werden nicht nur die Lohnabhängigen weiter unter die Räder kommen, zugleich würde dann auch ein demokratisches Europa aufs Spiel gesetzt.

Demokratie und Fortschritt diskutiert *Ulrich Heyder* am „Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm“ vom Januar 2011. Zwar erkennt Heyder die Absicht auf eine grundlegende Wirtschafts- und Sozialreform durchaus an, die Defizite in der Vergesellschaftung der sozialen Marktwirtschaft werden im „Entwurf“ aber nicht benannt. *Heyder* kritisiert, dass die Arbeitnehmer nicht

als Konsumenten und Produzenten gesehen werden. In der Wirtschaft müssen „durch Assoziierung der Wirtschaftsteilnehmer ökonomische Entscheidungen möglich werden, die die gemeinsamen Belange der Menschen und ihrer Gemeinschaften direkt zum Ziel haben“.

In seinem Beitrag über die Vielschichtigkeit der Integrationspolitik thematisiert *Johannes Kandel* die Positionspole von „Willkommenskultur“ und „Erwartungskultur“. Er beleuchtet die integrationspolitischen Defizite und Versäumnisse – gerade in der SPD. Der Integrationsdiskurs darf dabei nicht nur eine Debatte über die „neue soziale Frage“ sein, sondern muss sich mit dem politischen Islamismus auseinandersetzen. Die kulturell-religiösen Mentalitäten und Überzeugungen (zumal wenn sie dezidiert antidemokratisch ausgelegt sind) dürfen nicht ausgeblendet bzw. gegen „Integrationserfolge“ aufgerechnet werden.

In seinem breit angelegten Beitrag nimmt *Horst Heimann* Bezug auf den von *Rolf Reißig* publizierten Beitrag über die „Große Transformation“ (in *perspektiven* ds Nr. 01/2011), *Dietrich Sperling* behandelt die Notwendigkeit einer politisch steuernden Steuerpolitik, *Michael Heidinger* stellt sein Plädoyer für eine auf ökonomischen Sachverstand beru-

hende „dienende Marktwirtschaft“ vor, *Sibylle Reinhardt* beleuchtet das grundsätzliche Denk- und Handlungsproblem von Wertebildung in der Demokratie, *Steffen Rogalski* erörtert Kriterien einer sozialen Demokratie, die nicht durch Wohlstandsvernichtung geprägt ist und *Johano Strasser* skizziert in prägnanter Weise seinen offenen Begriff von „Fortschritt“.

In unserer Rubrik „Beiträge und Diskussionen“ haben wir von *Martin Redlich* und *Tobias Kühne* zwei Beiträge über die Politik der USPD aufgenommen – ein Thema, das nicht nur Historiker bis heute bewegt. Es wird ergänzt um einen regionalhistorischen Rückblick auf die Kämpfe zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik am Beispiel von Hanau

Richard Saage würdigt in seinem Nachruf unser verstorbenes HDS-Mitglied *Walter Euchner*, der u.a. mit seinen Arbeiten zu Thomas Hobbes und Karl Marx der Politikwissenschaft bis heute wesentliche Impulse verliehen hat. (Euchners letzter Beitrag in den *perspektivends* ist auf unserer homepage www.hds-perspektiven.de nachzulesen).

Viele Anregungen beim Lesen wünscht
Roland Popp

3. Birkenwerder Erklärung

Wucherungen des neoliberalen Finanzkapitalismus beschneiden!

Erklärung von Mitgliedern der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus* anlässlich der Tagung „Was muss getan werden?‘ Perspektiven und gesellschaftliche Projekte Sozialer Demokratie“ in Birkenwerder (Brandenburg) am 18–20.11.2011.

I.

Die seit 2008 andauernde Krise lehrt uns erneut, dass Krisen dem kapitalistischen System immanent sind. Der vom Neoliberalismus immer wieder mit Vehemenz verkündete Glaube, dass ein deregulierter Markt auf Dauer Wachstum garantiert und Krisen durch die wundersamen Selbstheilungskräfte der Wirtschaft überwunden werden, hat sich ein weiteres Mal als trügerisch erwiesen. Die neoliberale Entfesselung führt letztlich zum Primat der (Finanz)-Kapitalinteressen gegenüber der Politik. Der Staat wird in die Rolle der Feuerwehr gedrängt, ohne wirksam Brandprävention betreiben zu dürfen.

Die Kosten werden dem Staat und der Gesellschaft aufgelastet und damit vor allem den wirtschaftlich Schwächeren, denen also, die die Krise am wenigsten verursacht haben. Dies alles, ohne dass die Verantwortlichen einen angemessenen Beitrag leisten müssen und in die Pflicht genommen werden.

II.

Wenn aber die Politik in demokratisch organisierten Gesellschaften nicht in die Lage versetzt wird, die negativen

Auswirkungen von Kapitalinteressen wirksam zu bekämpfen, werden die Demokratien auf Dauer in ihrer Existenz gefährdet. Dies gilt für einzelne Nationalstaaten wie auch für die Europäische Union. Das zentrale Problem in Europa ist, dass die Staaten des Euroraums, geschweige denn die der Europäischen Union, keine abgestimmte oder gar gemeinsame, in die Strukturen der EU eingefügte und demokratisch kontrollierte Wirtschafts- und Sozialpolitik haben.

III.

Die Sozialdemokraten haben sich seit ihrer Gründung stets für einen gewaltfreien, das heißt also für einen demokratischen Weg zur Gesellschaftsveränderung ausgesprochen. Dies setzt aber voraus, dass sie nunmehr, konsequenter denn je, für grundlegende strukturelle Reformen kämpfen müssen. Wir erinnern anlässlich der 120. Wiederkehr des Beschlusses des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie (20.10.1891) daran, dass darin die Abschaffung von (feudaler und kapitalistischer) Klassenherrschaft, also „gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller

ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung“ gefordert wird. Und deshalb bekämpft die Sozialdemokratie seither „nicht bloß Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“. Dieser Grundsatz gilt nicht nur national, sondern erstreckt sich auf Europa und die gesamte internationale Gemeinschaft. Seit dem Heidelberger Programm der SPD (1925) ist ein vereinigtes Europa als dem Frieden dienender Zusammenschluss Zielsetzung aller Demokratischen Sozialisten. Wir bekennen uns auch heute zu dem, was erreicht wurde, wissen aber auch, dass es hier noch weiterer fundamentaler Schritte in ein vereintes und demokratisches Europa geben muss.

IV.

Der Konstruktionsfehler der gemeinsamen Währung Euro ist die Tatsache, dass eine verantwortliche und demokratisch legitimierte politische Kontrollinstanz in Form einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt. Alle Maßnahmen zur Steuerung sind also derzeit lediglich kurzfristig wirkende Hilfskonstruktionen. Auf Dauer muss der Umbau der Europäischen Union folgen. Die derzeitige Bundesregierung hat als Vertreterin des ökonomisch stärksten und auch des am meisten von der gemeinsamen Währung profitierenden Wirtschaftsraums das gegenwärtige Dilemma durch zögerliche und inkonsequente Politik noch zusätzlich verschärft.

V.

Der Weg, auf den Griechenland zur Sanierung seiner Staatsfinanzen gezwungen wurde, erinnert fatal an die Brüning'sche Sparpolitik am Ende der Weimarer Republik. Zumindest hätten alle diese Maßnahmen durch ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm mit einem Schwerpunkt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ergänzt werden müssen, das von Europa solidarisch zu tragen wäre. Es ist die Aufgabe aller linken Kräfte in Europa, auf ein solches Programm hinzuwirken. Deutschlands Wirtschaft trägt eine besondere Verantwortung dafür, dass den Griechen solidarisch bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft geholfen wird. Jedoch ist Solidarität keine Einbahnstraße, das heißt, auch Griechenland muss sich erkennbar selbst anstrengen, um aus der Krise herauszukommen.

VI.

Die weitere Aufgabe ist, wirksame Strukturveränderungen einzuleiten, die die Wucherungen und Auswüchse des Spekulantentums eindämmen (Verbot der Leerverkäufe und der Spekulation gegen Staatsanleihen) und das spekulationsorientierte Finanzkapital an den Kosten, die den öffentlichen Händen entstehen, angemessen zu beteiligen (Finanztransaktionssteuer). Gesamtziel muss sein, zu verhindern, dass die Akteure und Institutionen im Finanzsektor ihre Gewinne vorrangig durch Finanzspekulation erzielen. Wir folgen hier Helmut Schmidts Feststellung: „Banken und Finanzinstitute sollen den Zweck haben, der produzierenden Wirtschaft und der arbeitenden und sparenden Be-

3. Birkenwerder Erklärung

völkerung zu dienen. Keineswegs darf man zulassen, dass sie zum Selbstzweck entarten – und erst recht nicht zum ausschließlichen Zweck, ihre Manager zu bereichern. ... Banken sind für die Bürger da, nicht aber sind die Steuerzahler für die Banken da!“ (Die Zeit, 5.5.2011).

VII.

Auf Dauer kann die entfesselte Konsumgesellschaft als Produkt des Profitstrebens von Kapitalinteressen auch angesichts des zunehmenden Naturverbrauchs, besonders des steigenden Energiebedarfs, kein wünschbares Modell sozialer und demokratischer Gesellschaften sein. Zudem muss neu bestimmt werden, welche Betätigungen und Aufgaben der ausschließlichen Bestimmung durch private Interessen entzogen oder zumindest verstärkt demokratisch reguliert werden müssen.

VIII.

Wir fordern alle, die den konservativen und neoliberalen Tendenzen Widerstand leisten wollen, insbesondere aber die Sozialdemokratie auf, an einem konkreten und realistischen Umbauprogramm zu arbeiten, das sich auf alle relevanten Felder der Gesellschaftspolitik bezieht. Es geht um die Begrenzung wirtschaftlicher Macht mit den Mitteln

des Steuerrechts, um Rahmensetzungen und Verhaltensänderungen vor Ort, um soziale Sicherung und um die Vergesellschaftung in wichtigen Feldern einschließlich der Rekommunalisierung. Ferner gehört die Neuordnung der Arbeitswelt im Sinne der Humanisierung, die verstärkte demokratische Bürgerbeteiligung und die soziale Sicherung in veränderten Lebens- und Arbeitswelten auf die Tagesordnung.

Es ist die Aufgabe staatlicher Politik, im Interesse der Solidargemeinschaft und im Sinne des zitierten Grundsatzes aus dem Erfurter Programm die Spielregeln und Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns zu überprüfen und neu zu setzen.

Dies sind Elemente des demokratischen Sozialismus, wie wir ihn verstehen.

Prof. Dr. Nils Diederich (Textentwurf), Rainer Bleckert, Klaus Faber, Prof. Dr. Helga Grebing, Dr. Horst Heimann, Prof. Dr. Ulrich Heyder, Dr. Petra Hoffmann, Matthias Kern, Thomas Krause, Jens Kreibaum, Tobias Kühne, Kira Ludwig, Prof. Dr. Ralf Ludwig, Andreas Müggenburg, Thomas Obeth, Roland Popp, Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Dr. Dietrich Sperling, Christian Wend.

Themenschwerpunkt: Partizipation und Krisen

Christian Demuth

Die dringende Suche nach Alternativen

Folgen und Lösungen der Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie und die Defizite aktueller Alternativbewegungen

Einleitung

Welt- und europaweit protestieren Hunderttausende „gegen Politiker, Manager und Banker“.¹ Bewegungen fordern „empört Euch“ und „echte Demokratie jetzt“. Im World wide web werden Organisationen wie Wikileaks oder Bewegungen wie „Anonymus“ als Gegenspieler staatlicher Repression gefeiert und unterstützt. Ebenfalls im Internet stürzt eine Bewegung der deutschen Wissenschafts-Community einen Verteidigungsminister, der trotz Plagiatsvorwürfen nicht von seinem Posten zurücktreten wollte, und der gleichwohl von einer „Volksbewegung“ via BILD als legitimer Kanzlerkandidat gefeiert wurde.² Nicht minder als „Volksbewegung“ „für Meinungsfreiheit“ sehen sich viele Sarrazin-Veranstaltungs-Besucher und

füllen riesige Säle bei Lesungen seines Buches „Deutschland schafft sich ab“. Nichtwähler, Wutbürger, Piratenpartei, und „Occupy“ Proteste zeugen von einer neuen Qualität der Unzufriedenheit mit der etablierten Politik.

Diese Unzufriedenheit hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Es vermehren sich „Zeichen der Entfremdung von den gegenwärtigen Institutionen“, wie Chantal Mouffe konstatiert: „Immer mehr Leute fühlen, dass traditionelle Parteien aufgehört haben, ihre Interessen zu berücksichtigen, und Parteien der extremen Rechten erzielen in vielen europäischen Ländern erhebliche Erfolge. Darüber hinaus herrscht selbst unter jenen, die dem Ruf der Demagogen widerstehen, eine ausgesprochen zynische Einstellung gegenüber Politik und Politikern, was einen korrosiven Einfluss auf die Kohäsionskraft demokratischer Werte hat“.³ In Zahlen bedeu-

1 Siehe <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele/>.

2 Siehe: http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/GuttenPlag_Wiki.

3 Mouffe, 2008: 85.

tet dies, dass im Mai 2011 35 Prozent der Bevölkerung nicht etwa Sachthemen als größte Probleme des Landes nannten, sondern die „Unzufriedenheit mit der Politik“. Themen wie „Atomausstieg“ (24 Prozent) und „Preissteigerungen“ (20 Prozent) wurden trotz des Atomunglücks in Fukushima und einer sich dramatisch entwickelnden Finanzkrise als weniger wichtiger eingestuft. Nur 37 Prozent meinten, die Politiker machten ihre Arbeit im Großen und Ganzen gut, 56 Prozent hatten gegenteilige Ansicht. Vier von fünf Deutschen klagten, die Politik sei sprunghaft geworden.⁴

Deutlich wird dieses Schwinden des Vertrauens in die Politik auch durch den zunehmenden Wunsch nach mehr direkter Demokratie: Zwar halten fast 70 Prozent der Bürger „Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben“, für „die beste Staatsform“. Wie das Allensbach Institut klarstellt, beinhaltet dies jedoch keine breite Unterstützung für die repräsentative Demokratie: Denn stelle man die repräsentative Demokratie strittig mit einem Modell der direkten Demokratie, dann halte nur noch 32 Prozent der Bürger die repräsentative Demokratie für die überlegene Variante. 51 Prozent sprächen sich hingegen für ein Modell aus, in dem möglichst viele Entscheidungen von wahlberechtigten Bürgern getroffen würden.⁵ Obwohl die Zustimmung zur Idee der Demokratie in Ost und West bei über 90 Prozent liegt, stimmen nur 73,6 Prozent der im Grundge-

setz der Bundesrepublik vorgesehenen Demokratie zu. Die Praxis der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, wird nur von einer Minderheit von 46,1 Prozent positiv bewertet.⁶

Wenngleich die Tendenz der Zuwendung zur direkten Demokratie genauso wenig neu ist wie die Kritik am repräsentativen System und ein „Herbst der Parteien und des Parlamentarismus“⁷ insbesondere im europäischen⁸ und globalen Kontext⁹ schon seit den 1990er Jahren konstatiert wurde, so hat gleichwohl die Vehemenz der aktuellen Proteste und unterschiedlichen Protestformen eine neue Qualität erlangt. Wir haben es mit einer Kriseneskalation der demokratischen Legitimation der Politik zu tun, die nicht nur aus den langfristigen Entwicklungen der letzten zehn Jahre zu erklären ist, sondern insbesondere eine Reaktion auf die Finanzkrise, das Scheitern der marktradikalen Ideologie und die aktuelle schwarz-gelbe Koalition darstellt. Denn das Maß an Legitimation von Politik¹⁰ ergibt sich aus dem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, insgesamt über einen längeren Zeitraum einen zufriedenstellenden Output für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu leisten und dies auch symbolisch zum Ausdruck zu bringen. Die Legitimation hängt ebenfalls davon ab, inwieweit die Politik Verfügungsge-

4 Umfrage bei Forsa, siehe *Stern*, Nr. 19, 05.05.2011: 28.

5 Köcher 2010: 5.

6 FES 2010.

7 Vgl. etwa Walter 2008 oder Schäfer 2008.

8 Andersen 1996.

9 Etwa Scharpf 1998.

10 Vgl. hierzu Demuth 2007a.

walt über kollektives Handeln besitzt. Zudem ist zentral, ob die Verfahren der Politik Legitimität besitzen und diese allgemeine Verbindlichkeit aufweisen.

Blickt man aus dieser Blickweise auf die aktuelle Politik, so ist nicht überraschend, dass die Legitimation der Politik in den letzten Jahren in Deutschland extrem gelitten hat. Zwar spielen mit Sicherheit auch die Medien eine nicht zu unterschätzende destruktive Rolle bei der Bewertung der Politik.¹¹ Zudem zeugt die Interpretation von Wirklichkeit in der Bevölkerung nicht zwingend von großem Wissen und Reflektionskraft politischer Prozesse. Im Gegenteil ist ein Teufelskreis politischer Unbildung auch bei formal gut gebildeten Bürgern zu beobachten: Weil sie die repräsentative Demokratie kritisieren, interessieren sie sich nicht mehr für deren Verfahrensweisen und haben derart immer weniger Wissen über deren Abläufe. Weil sie deshalb immer weniger Wissen haben, erhöht sich offensichtlich die Wahrscheinlichkeit, dass politische Prozesse der repräsentativen Demokratie einseitig, rudimentär oder gar falsch interpretiert werden. Dies vergrößert wiederum zunächst die Kritik und Ablehnung und dann das Desinteresse. Daraus ergibt sich aber scheinbar auch eine oftmals naive, gleichzeitig dogmatische Suche nach Heilsversprechen – egal ob bezogen auf Wikileaks, Guttenberg oder „Occupy Frankfurt“. Doch weil das Thomas-Theorem gilt, wonach das, was geglaubt wird, auch der Wirklichkeit für die Bürger entspricht, muss an dieser

Stelle die Wahrnehmung der Rolle der Politik in den Blick genommen werden. Nur auf diese Weise ist zu verstehen, dass es sich nicht um eine Mode, sondern um eine manifeste, nicht mehr nur latente Systemkrise der repräsentativen Demokratie handelt.

Die Legitimationskrise der Politik

Machtlosigkeit der Politik

Im August 2007 forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel, „die einflussreichen Rating-Agenturen müssen auf den Prüfstand“.¹² Im Oktober 2011 wertete die Rating-Agentur Standard and Poor's Frankreichs Bonität *aus Versehen* von AAA+ ab. Der Ruf der Staatsmacht Frankreich nach Konsequenzen klang hohl und unglaubwürdig. Ein anderes Beispiel: Nach dem Desaster der Lehman-Brothers formulierte die Bundeskanzlerin im Mai 2010: „Deshalb werden wir uns mit Nachdruck für weitere Regulierungsmaßnahmen (...) einsetzen; denn das Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten muss – das ist mein Ziel, das ist das Ziel der Bundesregierung und sicherlich auch dieses Hohen Hauses – wiederhergestellt werden. Daran müssen wir arbeiten, und dabei werden wir nicht ruhen“¹³ Heute weiss man, das Casino steht weiter offen, trotz der offensichtlichen katastrophalen Folgen für ganze Staatswirtschaften. „Längst kursiert im Alltagsbewusstsein eine Liste offener Geheimnisse, die an

11 Vgl. Bussemer 2011.

12 *Bild am Sonntag*, 19.08.2007.

13 Regierungserklärung, Angela Merkel, 05.05.2010.

gestrengt vertuscht werden, weil sie jeder kennt. Dass die Politik nicht mehr viel zu bestellen hat, wissen die gebildeten Bürger.¹⁴ Die Machtlosigkeit der Politik wirkt doppelt: Zum einen scheint die Politik trotz großspuriger und laufend wiederholter Ankündigungen lagerübergreifend nicht imstande, die wild gewordenen Finanzmärkte seit der Lehman-Pleite 2008 wieder zu bändigen. Politiker und Parlamente wirken nur noch als Getriebene der Finanzmärkte. Damit verfestigt sich in der Bevölkerung der Eindruck, das politische System könne den Herausforderungen nicht mehr gerecht werden, womit eine wesentliche Säule der Output-Legitimation droht, verloren zu gehen.¹⁵ Zum anderen scheinen alle Parteien lagerübergreifend für die verheerenden Folgen der Liberalisierung der Finanzmärkte verantwortlich zu sein: die rot-grüne Bundesregierung hat die Finanzmärkte dereguliert, damals kritisiert von Union und FDP, zu wenig dereguliert zu haben. Nun verhindern Wirtschaftsliberale eine Re-Regulierung mit dem Argument, die nationale Finanzwirtschaft würde geschädigt. Vom Bürger in Haft genommen wird aber *die* Politik. Selbst die Linkspartei spielt bei dieser Frage nur eine geringe Rolle, wird ihr zwar in Umfragen zugebilligt, die richtigen Probleme anzusprechen, ihr jedoch keinerlei Kompetenz zur Lösung der Probleme zugemessen. Nicht zu vergessen ist: Die Politik wurde nicht machtlos, sie hat sich selbst machtlos gemacht: Durch Deregulierung der

Märkte und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein weiteres Beispiel ist die Finanztransaktionssteuer. Lange Jahre wehrten sich CDU, CSU und FDP gegen eine solche Besteuerung von Spekulanten. Erst seit Mai 2010 fordert sie nun die CDU-Vorsitzende – eingeführt ist sie noch immer nicht. Dies liegt zwar vor allem am Widerstand der USA und Großbritanniens einerseits und den Wirtschaftsliberalen in Union und FDP andererseits. Doch damit macht man es sich zu einfach. Denn gerade in den Jahren 2007 und 2008 hätte es national und international ein Gelegenheitsfenster gegeben, um eine solche Spekulationssteuer einzuführen – das Merkel aber verstreichen ließ. Und einer Mehrheit der Bevölkerung ist der komplexe Zusammenhang sowieso nicht zu vermitteln, genauso wenig wie beim Thema Management- und Bänkergehälter. Merkel hatte zu Beginn klar abgelehnt, bei den Regeln der Boni etwas ändern zu wollen. „Sie wissen, ich bin gegen eine gesetzliche Begrenzung von Managergehältern, aber umso mehr für eine fundierte, sensible Diskussion darüber.“¹⁶ Später änderte sie ihre Meinung: „Was kein Mensch versteht, ist doch eine Belohnung für solche Manager, die schlecht gearbeitet haben und dann oft noch den Staat als Retter rufen. Das werden wir ändern“, wobei sie einschränkte, „aber wir können das wirksam nur international erreichen.“¹⁷ Geändert hat sich aber in

14 Bruns 2011.

15 Leggewie/ Schneider 2008: 383.

16 Interview Angela Merkel, in: Capital, 20.12.2007

17 *Hamburger Abendblatt*, 16.09.2009.

den Augen der Menschen nichts. Doch bleibt Politik nur bei Ankündigungen, die nicht ernst gemeint sind, sondern nur eine temporäre Inszenierung innerhalb populärer Diskurse darstellen, untergräbt dies das Vertrauen in die etablierte Politik und indirekt deren Macht: denn in Erinnerung der Bevölkerung bleibt nicht das Verständnis über taktische Spiele, sondern Versprechungen, Probleme zu lösen, die nicht eingehalten werden.

Delegitimierung demokratischer Verfahren

Doch nicht nur die eigene Machtlosigkeit entzieht der Politik ihre Legitimation, sondern nicht minder die langsame Unterhöhlung ihrer demokratischen Verfahren. Besonders dramatisch zeigte sich dies in den Augen der Bürger nach der Ankündigung Papandreous, eine Volksabstimmung zu den Sparmaßnahmen in Griechenland durchzuführen. Die Botschaft für die Bürger war: Das Vertrauen der Märkte ist wichtiger als das der Bürger. Ähnliches ereignete sich kurze Zeit später in Italien: Nicht die Italiener stürzten Berlusconi, sondern es waren wieder die Märkte, die seinen Rückzug erzwangen. Das Ergebnis war keine demokratisch gewählte Regierung, sondern ein Experten-Kabinetts – ohne echte demokratische Legitimation. Nun kann eingewendet werden, dass im Falle Papandreous nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa das Recht einer Volksabstimmung gehabt hätte, weil die dortige Entwicklung letztlich für alle katastrophale Auswirkungen haben konnte. Doch in den Augen der Bürger sind diese Differenzierungen zweitran-

sig. Frank Schirrmacher fasste dieses Unverständnis in folgende Worte: „Es wird immer klarer, dass das, was Europa im Augenblick erlebt, keine Episode ist, sondern ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen. Schon hat das Politische massiv an Boden verloren, was man daran erkennt, dass alle politischen Begriffe, die mit dem geeinten Europa verbunden waren, im Wind zerstoßen sind, wie Asche. Aber der Prozess beschleunigt sich. Das absolute Unverständnis über Papandreous Schritt ist ein Unverständnis über demokratische Öffentlichkeit schlechthin – und auch darüber, dass man für sie bereit sein muss einen Preis zu bezahlen. Sieht man denn nicht, dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen? Sie alle wurden in den letzten 24 Stunden befragt und bestürmt, als hätten sie irgendwas dazu zu sagen, dass die Griechen über ihre Zukunft selbst abstimmen wollen“.¹⁸ Warum sollen die Bürger aber noch Vertrauen in die demokratischen Institutionen haben, wenn die Politik selbst die Einhaltung dieser Regeln als verzichtbar erklärt? Wenn Politiker gegenüber Griechenland das Vertrauen der Märkte über das Vertrauen der Bürger stellen? Wenn Demokratie als Störfaktor gesehen wird, der nötige Reformen verhindert?¹⁹ Und in der Tat hatte man den Eindruck, dass vielen europäischen Staatslenkern eine Militärjunta in

18 Schirrmacher 2011b.

19 Siehe etwa Krauss 2011.

Griechenland lieber sei als die bestehende parlamentarische Demokratie. Die Politik merkt hingegen gar nicht, dass die sich selbst delegitimiert. „Demokratie lebt von Transparenz, von Offenheit, sie lebt von Überzeugungskraft und davon, dass Bürgern einleuchtet, was ihre demokratisch gewählten Vertreter tun, selbst wenn sie nicht damit einverstanden sind. Derzeit aber handelt die Politik außerhalb der Demokratie. Sie benimmt sich, als sei sie ein Player auf den anarchischen internationalen Finanzmärkten, die nur der Logik der Geldvermehrung gehorchen.“²⁰ Diese Selbstdemontage findet sich gleichermaßen im nationalen Rahmen: Es gehört weiterhin in Talkshows und wirtschaftsliberalen Tagungen von CDU/CSU oder FDP zum „guten Ton“, den bürokratiearmen und schnellen „Genehmigungsverfahren“ von Infrastrukturprojekten in China zu huldigen, ohne den demokratiefreien Kontext zu reflektieren. Es macht es nicht besser, dass auch Helmut Schmidt zu bester Sendezeit bei Günther Jauch dieses Argument wiederholte, und Peer Steinbrück nicht widersprach.

Einen erheblichen Anteil an der Delegitimierung der demokratischen Verfahren hat auch Angela Merkel: Ihr Verständnis von Demokratie und ihr Umgang mit demokratischen Prozessen gleicht ihrer Politik: Merkel hat bislang nie eine wertgeleitete Debatte über „Demokratie“ oder deren Zustand geführt – wie auch zu keinem anderen politischen Thema in ihrer Regierungszeit. Die doppelte Quereinsteigerin aus der Natur-

wissenschaft und der DDR hat ihre Ansichten über Demokratie wie aus einem Lehrbuch adaptiert. Für sie ist „Demokratie“ auf das pragmatische Funktionieren der demokratischen Strukturen beschränkt. Der demokratische Prozess ist derart für die „Physikerin der Macht“ nur einer der bestehenden Einfluss- und Prozessfaktoren im politischen Betrieb von vielen anderen. Diese Art der Politikarithmetik hat zu einer beispiellosen Instrumentalisierung der politischen Institutionen für ihre Machtpolitik geführt, und zwar weit dramatischer, als etwa bei der in diesem Kontext immer wieder kritisierten Hartz-Gesetzgebung.²¹ Zwar liegt der Ursprung dieser Demontage in der Endzeit der Regierung Kohl sowie in der rot-grünen Regierungszeit mit einer sich durchsetzenden marktradikalen Geringschätzung des Staates und der Informalisierung der Politik durch die Einsetzung von „Koalitionsrunden“, Expertengremien oder „runden Tischen“, durch welche die Parlamente zunehmend zum zweit-rangigen Spieler wurden.²² Doch wurde der Bundestag in der schwarz-gelben Regierungszeit in seiner Gesamtheit – Regierungsmehrheit und Opposition – und über das „normale“ Maß hinaus²³ übergangen, in deren Folge Bundestagspräsident Norbert Lammert schon fast in Serie aufs Schärfste gegen das Handeln

21 Vgl. Darstellung des Reformprozesses, der die Dominanz informeller Verfahren in der rot-grünen Regierungszeit teilweise relativiert; siehe Niclaß 2011.

22 Vgl. Scheer 2003, Stüwe 2006 und von Blumenthal 2003.

23 Vgl. Demuth 2010.

20 Fehrlé 2011.

der Regierung protestierte. Als Merkel sich im Rahmen des „Herbstes der Entscheidungen“ nach einem Jahr gesetzgeberischen Stillstands wegen der Wahlen in Nordrhein-Westfalen als handlungsfähige Kanzlerin inszenieren wollte und im Hauruckverfahren Gesetze wie die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken im Parlament durchpeitschte, sprach Lammert von „Zumutung“ und „mangelnder Sorgfalt“. Als die Bundesregierung Rechtsakte wie die Gesetze zur Sperrung von Seiten von Kinderpornographie, das Wehrpflichtgesetz oder die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nicht etwa im Parlament per Gesetzgebungsverfahren änderte, sondern u.a. durch ein Moratorium aussetzte, beklagte Lammert „bei Anwendung der Gesetze durch die Bundesregierung eine gewisse Wurstigkeit“. Oder als Merkel in der Debatte um den Euro den Bundestag regelmäßig umging und Lammert mehr Respekt vor der Entscheidungshoheit des Parlaments einklagte. In all diesen Fällen war der Bundestag für Merkel nur Mittel zum Zweck einer macht-pragmatischen Umsetzung ihrer Politik.

Dies zeigte sich auch in anderen Fällen: Im Wahlkampf 2009 setzte sie aktiv auf eine Demobilisierungs-Strategie, die nach den Worten ihres damaligen Generalsekretärs Pofalla darauf abzielte, dass möglichst wenig Menschen zum Wählen gehen. Der konservative hessische CDU-Landtagsfraktionschef Christian Wagner kommentierte in der WELT diese Strategie, es sei „eine Perversion von Wahlkampf, wenn ich zum Ziel erkläre, dass der politische Gegner durch Wählereinschläferung noch weniger Stim-

men erhält als ich“. Merkel handelt allein pragmatisch in der jeweiligen Situation und Machtkonstellation. Für Merkel ist Demokratie nur ein Teil ihrer taktischen Spiele. Ihre fehlende wertegeleitete Politik wirkt sich hier besonders negativ aus – nicht für sie als Person, aber für *die* Parteien und *die* Institutionen. Denn sie selbst setzt auch nicht auf Parteien und Institutionen, sondern sie inszeniert sich als anti-parteilpolitische Präsidentin. Natürlich drohen angesichts des machttaktischen und wertelos-pragmatischen Umgangs mit den politischen Institutionen durch Merkel keine neuen Ermächtigungsgesetze. Doch sie schwächen langsam und leise die Legitimation der demokratischen Institutionen, hier des Wahlrechts.

Postdemokratische Erfahrungen

Diese Schwächung wird verstärkt, weil bei vielen Bürgern in den letzten Jahren der Eindruck entstand, dass Einzelinteressen und Lobbyismus regieren und nicht mehr die demokratisch legitimierte Politik, oder noch schlimmer, dass Wirtschaft, Lobbyisten und Politik hinter den Kulissen um politische Inhalte und Einflussnahme klüngeln. Die Bürger halten zwar die Politiker schon lange ungerechterweise für korrupter, als sie wirklich sind, doch unter der schwarz-gelben Bundesregierung erhielten sie genug Argumentationsmaterial, um ihre Vorurteile zu bestätigen. Das Ansehen *der* Politik hat sich massiv verschlechtert angesichts von Möwenpicksteuern, Geschenken an die Pharma-Industrie, Geburtstagsfeiern von Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann im Kanzleramt oder Geheimverträgen

mit der Atomlobby. Die Liste der Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ließe sich lange fortsetzen. Selbst wenn man Angela Merkel nicht unterstellt, sie hätte die Lobby bedienen wollen, sondern die Lobby-Entscheidungen seien Ausfluss ihres Machtpragmatismus zur Befriedung ihrer Koalition oder zur schnellen Durchsetzung von Entscheidungen wie beim Atomausstieg, hat sie gleichwohl nichts gegen den Eindruck unternommen, der sich in der Bevölkerung festzusetzen droht. Sie trägt damit die Verantwortung. Edda Müller von Transparency International kommentierte mit Blick auf den Atomvertrag zwischen der schwarz-gelben Koalition und den Atomkonzernen daher zu Recht, „wie will sie eigentlich Akzeptanz in weiten Kreisen der Bevölkerung bekommen für möglicherweise unbequeme Entscheidungen, wenn sie sich in einem konkreten Fall mit vier Bossen von Atomkonzernen zusammensetzt und sich die Bedingungen diktieren lässt?“²⁴

Colin Crouch beschrieb dieses Unwohlsein in seiner Analyse der „Postdemokratie“: In postdemokratischen Zuständen sind die formalen demokratischen Institutionen nach außen hin zwar intakt, in der Realität sei die Macht jedoch an Lobbyisten privilegierter Eliten übergegangen.²⁵ Auch deshalb seien in Parteistrategien und in Wahlkämpfen an die Stelle von Inhalten oder klarer Programmatik personalisierte Wahlkampfstrategien getreten. Beispielhaft

24 Interview im *Hamburger Abendblatt*, 10.09.2010.

25 Crouch 2008: 11f.

kann der Vorschlag des CDU-Generalsekretärs Hermann Gröhe stehen, die CDU-Kandidatenlisten künftig für „interessante Köpfe aus der Kunstszene“ zu öffnen – wodurch sich Gröhe nur noch punktuell von Berlusconi Strategie, ehemalige (Nackt-)Models auf die Kandidatenlisten seiner Partei „Forza Italia“ kandidieren zu lassen, unterschied. Es geht nicht um Inhalte, sondern um das Äußere. Willkommen in der Postdemokratie.

In einer solchen Postdemokratie machten sich aber nach Crouch „Langeweile, Frustration und Desillusionierung breit; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für seine eigenen Ziele einzuspannen; in denen die politischen Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen“.²⁶ Letztlich entwickelte sich eine Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen Demokratie. Genau diese Interpretation findet sich auch in breiten Schichten der Bevölkerung, die im Alltag mit vier Vorwürfen kombiniert werden, die letztlich alle in dem Argument münden, die Politik höre als Teil der Elite oder des Establishments nicht aufs „Volk“. Erstens, „die Wirtschaft oder die Lobby bestimmen die Politik“; zweitens, „die da oben machen was sie wollen bzw. ‚ich kann doch eh nix verändern‘“; drittens, „die politi-

26 Crouch 2008: 30.

sche Klasse ist verdorben und korrupt“. Und schließlich viertens, „die unten hängt man, die oben lässt man laufen“. Solche Argumente sind natürlich einerseits uralte, haben aber gegenüber früher eine viel größere Verbreitung in breitere Bevölkerungsschichten gefunden.

Es ist daher ferner nicht überraschend, wenn auf die Frage: „Glauben sie, dass die Abgeordneten in Berlin in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?“, 39 Prozent antworteten, die Politiker verfolgten vor allem persönliche Interessen; 21 Prozent sagten, sie orientierten sich an den Interessen ihrer Partei, der Wirtschaft oder von Lobbyisten. Nur noch 20 Prozent der Deutschen glaubten, dass sich die Abgeordneten für die Interessen der Bevölkerung einsetzen würden. Vor zehn Jahren waren es noch 42 Prozent und 1978 sogar 55 Prozent, welche eine Gemeinwohlorientierung der Parlamentarier annahmen.²⁷ Insbesondere Menschen aus einkommensschwächeren Schichten sind noch viel weniger bereit als die 20 Prozent mit dem höchsten Haushaltseinkommen, Politikern gemeinwohlorientierte Motive zu unterstellen.²⁸

Alternativlosigkeit und Beliebigkeit als Ursachen der Krise des Pluralismus

Dieses Bild der Scheindemokratie wird ständig durch einen anderen Aspekt ergänzt, in dem die Politik ständig argumentiert: „*there is no alternative*“.

27 Zahlen von Allensbach, Erhebung 28.10. bis 11.11.2011; vgl. Petersen 2011.

28 Schäfer 2008: 35.

tal Mouffe hat auf die Folgen dieser Argumentation hingewiesen, nämlich, dass das TINA-Prinzip zu einer „Schließung des demokratischen Raums“,²⁹ zu einer Entpolitisierung und zu einer Unterhöhlung des Pluralismus als demokratisches Prinzip moderner liberaler Demokratien führe,³⁰ indem unter der kulturellen Hegemonie des Marktradikalismus unterschiedliche Meinungen schlicht nicht zugelassen wurden und derart eine Art Meinungs-Diktatur, sicherlich aber eine Entdemokratisierung des öffentlichen Diskurses vor sich ging. Es ergab sich eine vermeintlich neue Einteilung der politischen Welt in Freund und Feind, nicht mehr links und rechts, sondern Pragmatiker versus Ideologen.

Dieses Denken fand man in rot-grünen Regierungszeiten, aber noch verschärft in der Regierung Merkel. Denn bei der CDU-Vorsitzenden ist Politik nicht nur alternativlos, sie betreibt zudem eine werte-entladende Politik. Diese Wertelosigkeit Merkels bedroht noch in ganz anderer Weise das Vertrauen in die Demokratie. Da ist zunächst die völlige Unberechenbarkeit der Merkelschen Politik: Mal kann die Laufzeit von Atomkraftwerken nicht schnell genug verlängert, am nächsten Tag nicht schnell genug verkürzt werden. An einem Tag ist etwas alternativlos, am nächsten ist das genaue Gegenteil ebenso alternativlos. Doch „wer kann einer Politikerin noch vertrauen, die selbst bei einem ihrer Kernthemen mal eben die Seite wechselt, weil die po-

29 Mouffe: 84.

30 Mouffe: 34.

litische Stimmung es gerade gebietet? Wenn das einzig verlässliche in der Politik nur noch der opportunistische Eierkuchen ist, dann ist die politische Kultur zu Ende.³¹ Der Journalist Ralph Bollmann verglich Merkels Führungsstil derart mit dem „politischen Transformismus“ Italiens in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.³² Dort habe der liberale Ministerpräsident Giovanni Giolitti wie Merkel alle innenpolitischen Fronten missachtet und sich seine Bündnispartner geholt, wo er sie gerade fand. „Im eigenen bürgerlichen Lager war die Entrüstung über die vermeintliche Prinzipienlosigkeit des Premiers ebenso groß wie in Teilen der Sozialistischen Partei, der er sogar Ministerposten anbot – in den Augen der Linientreuen Gipfelpunkt politischer Korruption. Trotz aller Anfeindungen blieb er ein Jahrzehnt lang der unumschränkte Herrscher des politischen Geschehens“. Bollmann bezeichnet Giolitti – und damit indirekt Merkel – als Urheber einer politischen Krankheit: „Eines politischen Opportunismus, der Überzeugungen stets dem Diktat des taktischen Nutzens unterordnet, einer steten Bereitschaft zu oberflächlicher Veränderung, um die darunterliegenden Machtstrukturen zu bewahren. Vor allem aber die Schwäche eines Parteiensystems, das wenig später [in Italien] vor dem Faschismus kollabierte. Wenn fast alle Parteien die CDU-Vorsitzende im Zweifelsfall zur Kanzlerin wählen würden – dann gibt es kaum noch einen vernünftigen Grund, warum man dazu ausgerechnet die

Christdemokraten wählen sollte. Es gibt überhaupt kaum noch einen Grund, zur Wahl zu gehen.“³³ Dies erst recht, wenn politische Positionen, für die gerade noch heftigst gestritten wurde, am nächsten Tag bedeutungslos sind – was übrigens das Verhalten Merkels gegenüber Schröder diametral unterscheidet.

Es ist nicht überraschend, dass die Bürger auf diese behauptete „Alternativlosigkeit“ reagieren, indem sie sich zunehmend Alternativen zu diesem zwanghaften Konsens außerhalb des etablierten demokratisch-politischen Systems suchen. Von allen Gruppen der Gesellschaft wird fast einhellig die Auffassung vertreten, dass Parteien „keine echten Alternativen“ bieten: Zwei Drittel der Befragten stimmen dieser Aussage zu. Im Jahr 1980 hatten noch mehr als 60 Prozent der Westdeutschen in einer Umfrage wesentliche Unterschiede zwischen den Parteien festgestellt.³⁴ Genau dies ist auch die Erklärung für den Erfolg populistischer Argumentationen. Denn gerade Rechtspopulisten inszenierten sich als einzige Kraft, die eine wirkliche Alternative zur bestehenden Ordnung anzubieten scheinen und die „endlich Klartext reden“, was „man doch mal sagen dürfe“. Nicht minder erklärt dies die Beliebtheit des politisch substanzlosen Ex-Verteidigungsministers Guttenberg, welcher sich allein habituell als „Alternative“ inszenierte. Und es ist auch nicht überraschend, dass die Beliebtheit Guttenbergs immer wieder in der Differenz zu Merkels Wertelosigkeit und Alternativlosigkeit interpretiert

31 TAZ, 03.05.2011.

32 Bollmann 2009.

33 Bollmann 2009.

34 Schäfer 2008 : 34f.

wurde. Merkel erscheint mit ihrer „pragmatischen Wertelosigkeit“ zudem als die beste Geburtshelferin einer rechtspopulistischen Partei. Dass Merkel auch dies sehr pragmatisch betrachten würde, zeigte sie durch ihre Unterstützung der Hamburger Koalition der CDU mit der Schill-Partei, der sie eine „97-prozentige“ programmatische Übereinstimmung mit der CDU unterstellte. Zwar ist sie für eine konservative Regierungschefin in der Sarrazin-Debatte sehr verhalten eingestiegen. Und sicherlich verachtet sie persönlich Politiker wie Berlusconi, Schill und oder auch Guttenberg. Doch wie stark ihr werteloser Macht-Pragmatismus dominiert, hat sie in der der Affäre Guttenberg deutlich gemacht, indem sie betonte, „einen Verteidigungsminister und keinen wissenschaftlichen Assistenten eingestellt zu haben“.

Infragestellung des Repräsentationsgedankens

Doch die Politiker scheinen nicht nur machtlos, gleichgeschaltet und beliebig zu sein. Nicht minder scheinen sich die politischen Eliten und auch die Politik als zunehmend inkompetent zu erweisen. So stellen sich Bürger zu Recht die Frage, wie im Rahmen großer Abstimmungen im Bundestag viele Parlamentarier keine Ahnung von den Inhalten etwa der EU-Verfassung³⁵ oder des Eu-

ro-Rettungsschirmes – also keinen kleinen Detailfragen, sondern auch medial breit diskutierten Gesetzen – haben. Und wie soll es Bürgern erklärt werden, wenn sich scheinbar Politiker, Banker und die hochbezahlte Finanzbranche bei der Bad Bank der staatlich geretteten Hypo Real Estate (HRE) mal eben um 55 Milliarden Euro verrechnen und es anschließend nicht einmal personelle Konsequenzen gibt. In der ein US-Börsenmakler MF Global womöglich 700 Millionen Kundengelder veruntreut hat, um Löcher aus riskanten Geschäften zu stopfen. Nicht minder hat die offenkundige und schon fast beispielelose Unfähigkeit, Zerstrittenheit und Unberechenbarkeit der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP eine erhebliche Auswirkung auf die Bewertung der Politik und der Parteien allgemein. Es ist daher nicht überraschend, dass heute nur noch 24 Prozent der Menschen sagen, man müsse große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden.³⁶ Und es ist kein Wunder, dass die Menschen immer stärker direktdemokratische Instrumente gegenüber den parlamentarischen Institutionen bevorzugen, also sie direkt mitentscheiden wollen und nicht mehr über den Umweg der Repräsentation. Ein Alarmsignal für die Parteien muss es sein, dass die Fähigkeit der Politik, die dringends-

35 siehe etwa: Abstimmung der Ahnungslosen – Die EU-Verfassung im Bundestag, PANORAMA, Nr. 253, Sendung vom 12. Mai 2005. In der Abschlussmoderation heißt es: „Was sie da heute beschlossen haben, ist also nicht allen Abgeordneten klar. Um so klarer war allerdings das Ergebnis: 569 stimmten für die Verfassung, die sie wohl kaum gelesen haben.“

Das sind satte 95 Prozent. In Vielfalt geeint? So das Motto der EU. Heute muss es eher heißen: in Unwissenheit geeint“. Siehe http://daserste.ndr.de/container/file/t_cid-2853670_.pdf, eingesehen am 4. Juli 2007.

36 Zahlen von Allensbach, Erhebung 28.10. bis 11.11.2011; vgl. Petersen 2011.

ten Probleme der nächsten Jahre zu lösen, von 76 Prozent der Bevölkerung als sehr oder eher niedrig und nur von neun Prozent als eher hoch oder sehr hoch eingeschätzt wird.³⁷

Ebenfalls wird ein anderer zentraler Teil jeder Repräsentationsbeziehung in Frage gestellt, dass nämlich die Repräsentanten im Interesse der Repräsentierten und dabei responsiv handeln.³⁸ Die Legitimation der repräsentativen Demokratie sinkt deshalb in den Augen der Bürger, weil sie den Eindruck haben, dass die Politik letztlich nicht mehr der Mehrheit der Bevölkerung nutzt, sondern nur einer kleinen Minderheit von Reichen. Was sollen auch die Bürger glauben, wenn der Steuerzahler mit hohen Garantien und Hilfen die Banken retten muss, während sich die Banker wie bislang horrende Gehälter und Boni auszahlen. Wie der von Frank Schirmmacher in seinem schon legendären Artikel in der FAZ zitierte britische Konservative Charles Moore denkt sicherlich die Mehrheit der Bevölkerung: „Denn wenn die Banken, die sich um unser Geld kümmern sollen, uns das Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, passiert etwas Schlimmes. Es zeigt sich – wie die Linke immer behauptet hat –, dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu ei-

nem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert.“³⁹

Es geht also nicht um die Moral Einzelner, wie FDP oder CDU noch zu Beginn der Finanzkrise behaupteten, sondern es besteht ein struktureller Zusammenhang zwischen der Bereicherung einzelner Interessengruppen und dem marktradikalen Wirtschaftssystem. Von den hohen Finanzgewinnen hat nur eine kleine Elite profitiert: Das oberste Zehntel aller Haushalte mit den höchsten Einkommen hat heute fast elf Mal so viel Geld zur Verfügung wie die zehn Prozent mit den niedrigsten Einkommen. Noch drastischer sieht es bei den Vermögen aus: Folgt man dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung besaßen zehn Prozent der Bevölkerung 56 Prozent des Reichtums, während 50 Prozent der Bevölkerung gerade mal zwei Prozent des Vermögens gehörte.⁴⁰ Tissy Bruns spitzte im Tagesspiegel dieses Argument auch für die Innenpolitik zu: Jahrelang hätten die Bürger zugeschaut, wie sozialdemokratische, liberale und konservative Regierungen den öffentlichen Sektor abgebaut haben, weil ‚Privat vor Staat‘ zum Dogma ihrer Regierungen wurde. Diese Bürger sind fertig mit ihren Parteien, beinah fertig aber auch mit einer Demokratie, die sie als Veranstaltung wahrnehmen, die nur noch von und für die Besserverdienenden gemacht wird“⁴¹ Genau diese Analyse schließt an der Analyse Colin Crouchs der Postde-

37 Vgl. Korge 2011 sowie http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/nachrichten_102347.htm, eingesehen am 28.10.2011.

38 Pitkin, 1967: 209.

39 Schirmmacher 2011a.

40 Vgl. Rudzio 2011.

41 Bruns 2011.

mokratie an: „Tatsächlich gilt: Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.“ Es seien „die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine Minderheit sprechen, die weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für seine eigenen Ziele einzuspannen“.⁴²

Zudem scheint die Politik innerhalb der Repräsentationsbeziehung nicht nur gegen die Interessen der Repräsentierten zu handeln, sondern ebenfalls besteht ein Mangel an Responsivität. Gerade die Proteste im Rahmen von Stuttgart 21 zeigen, dass viele engagierte Bürger aus der gutgebildeten Mittelschicht für sich in Anspruch nehmen, politische Entscheidungen in die eigene Hand zu nehmen, weil *die* Politik diese nicht mehr vertreten würde. Dies gipfelt in der Auffassung, „in einer echten Demokratie müssen wichtige politische Fragen vom Volk und nicht von Politikern entschieden werden.“⁴³ Studien über die aktuellen Proteste der sogenannten „Wutbürger“ zeigen, dass diese von sich überzeugt sind, breites Wissen über den jeweiligen Protestgegenstand sowie ein extrem hohes Bedeutungsmaß als unabhängig und ob-

jektiver Informationslieferant an einer wichtigen Schaltstelle zwischen Politik und Wirtschaft zu besitzen.⁴⁴ Weil die Bürger zugleich der Politik mit 57 Prozent voll und ganz bzw. eher zubilligen, dass es für sie schwieriger geworden sei, eine Entscheidung zum Wohle der Allgemeinheit zu treffen,⁴⁵ wollen sie am liebsten selbst in Volksentscheiden mitbestimmen. Bei allen wird ein Antagonismus von Bevölkerung und Politik betont: Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung glauben nur 22 Prozent, dass die Politik einer höheren Mitbestimmung durch die Bürger positiv gegenüberstehen würden.⁴⁶

Beispielhaft zeigt dies die Studie des Göttinger Zentrums für Demokratieforschung über die Demonstranten gegen den Schönefelder Flughafen BER/BBJ. Diese zeigen eine ausgeprägte „Unzufriedenheit mit der Funktionsweise des demokratischen Systems in der Bundesrepublik“ und einen hohen „Verdross über Parteien und Politiker. Parteien erscheinen den Protestierenden ohne Rücksicht auf Sorgen und Ängste der Bevölkerung sowie losgelöst von Interessen und Ansichten der Bürger zu agieren. Viele fühlen sich mehr als Stimmvieh der Parteien und Politiker denn als ernstgenommene und einbezogene

44 Vgl. Analyse des Göttinger Institut für Demokratieforschung, vgl. <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/%E2%80%9Ewutbürger%E2%80%9C>.

45 Umfrage Konrad-Adenauer-Stiftung (Februar 2011), vgl. Schmid 2011.

46 Vgl. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xcbr/SID-0FCB4945-1EF88664/bst/xcms_bst_dms_31888_31889_2.JPG, eingesehen am 28.10.2011.

42 Crouch 2008: 29f.

43 Köcher 2010: 5.

Bürger. (...) Das Vertrauen in die etablierten Parteien und Politiker ist – besonders im Vergleich zum noch großen teils vorhandenen generellen Vertrauen in die Demokratie – ebenfalls stark beschädigt. Zwischen 87% und 90% der Protestteilnehmer geben an, kaum bis gar kein Vertrauen in die etablierten Parteien und Politiker auf Bundes- sowie Landesebene zu haben.⁴⁷

Alternativ zu dieser Art des Widerstands gibt es aber gleichermaßen die Tendenz, angesichts des Gefühls mangelnder Responsivität auf einen „Volkstribun“ zu setzen, der in den Augen der Menschen endlich ausspricht, was „das Volk“ wirklich wolle, der „Klartext“ spreche, „was endlich mal gesagt werden“ müsse. Genau deshalb ist es auch nicht überraschend, dass parallel zur Bürgerbewegung rund um Stuttgart 21 sich eine Volksbewegung rund um Karl-Theodor zu Guttenberg sowie Thilo Sarrazin etablierte. In den Leserbriefspalten etwa der FAZ wurde eine linke mediale Kampagne beklagt und eine Politik „über die Parteigrenzen hinweg“ durch „fähige Personen“ gefordert, statt der „auf den Parteien basierenden politischen Blockbildung“. Guttenberg wurde als „die letzte Hoffnung“ für eine „volksbezogene Politik“ betrauert.⁴⁸ Und Susanne Gaschke stellte in Bezug auf die Sarrazin-Bewegung in der ZEIT fest, dass viele – obwohl sich mittlerweile die Integrationspolitik auch gewandelt habe

– trotzdem „das Gefühl haben, dass ihre Erfahrungen und Probleme von den politischen Repräsentanten entweder gar nicht gesehen oder willentlich ignoriert werden oder – schlimmer noch – dass man sie ihnen wegpädagogisieren will.“⁴⁹ Und in der Tat scheint es ein Problem zu sein, wenn die Eliten Integrationsprobleme in der Vergangenheit negiert haben, ihre Kinder dann auf private Montessori-Schulen schickten und die Hauptschüler mit den Problemen der Integration allein ließen.

Krise der sozialen Demokratie

Nicht zuletzt hat die soziale Demokratie in den letzten 10 Jahren erheblichen Schaden genommen. Stabile Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind aber untrennbar miteinander verbunden. Der Staat hat in den Augen der Bürger eine zentrale Aufgabe in der Absicherung sozialer Risiken und in der Vermeidung sozialer Schief lagen. Wenn das nicht mehr gelingt, schwindet das Vertrauen in die politischen Institutionen. Sowohl die Mittelschichten als auch die sozial schwächeren Schichten haben in den letzten zehn Jahren eine Erosion der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Institutionen wahrgenommen. Dies zeigt sich insbesondere bei den jungen Wählern, die nicht mehr von den bestehenden Institutionen des Sozialstaats profitieren oder gar nicht mehr in solche institutionelle Kontexte eingebunden sind, ja oftmals keine Hoffnung mehr haben, in diese eingebunden zu werden. Kündigungsschutz, Alters- und Krankenversicherung oder gewerk-

47 Becké u.a. 2011, siehe: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Studie_BBI_Zusammenfassung.pdf, eingesehen am 01.11.2011.

48 Püttmann 2011.

49 Gaschke 2010.

schaftliche Mitbestimmung entfalten angesichts prekärer Arbeitsverhältnisse, Solo-Selbständigkeit und geringer Löhne keine Bindung mehr. Im Jahr 2008 waren nur noch 63 Prozent der Beschäftigten in West- und 52 Prozent in Ostdeutschland über einen Tarifvertrag abgesichert. Die Hälfte aller neuen Arbeitsverträge ist befristet. Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse hat sich in letzten 7 Jahren verdreifacht. 1,4 Millionen Menschen beziehen trotz Arbeit „Stütze“ vom Arbeitsamt.⁵⁰ Dies führt zu einer zunehmenden Delegitimierung der bestehenden sozialen und politischen Institutionen. Die Mehrheit der jungen Leute fühlt sich um das Versprechen des „sozialen Aufstiegs“ betrogen bzw. fühlt die Bedrohung, nicht das materielle Niveau der Eltern zu halten. Dies betrifft sowohl die sozial schwachen Milieus, deren Hauptschulabschluss keinen Wert mehr zu haben scheint, als auch Kinder der Mittelschichtseltern, die zunehmend wissen, dass es sich um einen Mythos handelt, nach ganz oben aufzusteigen.⁵¹ Zwar sind sie im Schnitt besser ausgebildet und haben umfassende Lebensläufe und „Soft Skills“ erworben. „Doch folgt aus der Bildungsoffensive eben noch lange nicht, dass die Mehrheit auch ökonomisch profitieren wür-

de – oder gar den Sprung in die Elite schafft. Stattdessen ist das Paradox zu besichtigen, dass die Arbeitnehmer immer qualifizierter sind und real trotzdem weniger verdienen, während die Finanzgewinne explodieren.“⁵²

Die Mittelschicht schrumpft hingegen. Die Aufrechterhaltung des Status erfolgt in den meisten Fällen schon heute über Geldtransfers der im Wirtschaftswunder erworbenen Vermögen an die Kinder. Die Anspargung eines Vermögens hat diese neue Generation schon lange aufgegeben, wo schon das Ansparen einer ausreichenden Altersvorsorge unmöglich erscheint. Die Journalistin Katja Kullmann spitzte derart zu: „Tatsächlich wäre es, gut 20 Jahre nach der Wende, interessant, einmal zu ermitteln, wie viele der aufsehenerregenden Galerien, Shops und Special-Interest-Magazine in Berlin auch heute noch von rheinischen Rechtsanwalts-Papas, westfälischen Fleischer-Dynastien oder fränkischen Oberstudienräte-Haushalten am Laufen gehalten werden. (...) Die Gegenwart ist zu einem Gutteil elternfinanziert, der heutige Wohlstand – darin inbegriffen die Rudimente der Solidarsysteme – speist sich ganz wesentlich aus der Vergangenheit.“⁵³ Gerade die ehemals zum Leitmilieu erkorene „neue Mitte“, „kreative Boheme“ und „New Economy“-Generation erkennt, dass der Wert der „Freiheit des eigenen Lebensentwurfes“ nicht mehr durch die eigene Prekarität aufgewogen wird, weil durch Familiengründungen oder Scheidungen der alte kreative und

50 Zahlen vom Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit sowie Hans-Böckler-Stiftung, siehe: http://www.boeckler.de/pdf/ta_tarifbindung_1998_2010.pdf.

51 Glatzer u.a. 2008; siehe: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Sozialpolitik/forschungsprojekt-a381.html>, vgl. Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*, Frankfurt am Main, 2002.

52 Herrmann 2010: 48.

53 Kullmann 2011: 87 und 94.

postmaterialistische Lebensentwurf mit Bio-Supermarkt und Manufactum-Möbeln brüchig wird. Letztlich steht jenes Milieu an der Bewusstseins-Grenze zwischen „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“: „Die ‚Oben-unten-und-dazwischen-Charakter‘ des Wortes ‚Mitte‘ hatte ich so gut wie verdrängt. (...) Auch in den Medien sprach damals so gut wie niemand (mehr) von ‚Klassen‘ und kaum (noch) von ‚Schichten‘. (...) Heute verstehe ich: So denken und sprechen Leute, die sich in Sicherheit wiegen“.⁵⁴ Nicht überraschend aber ist, dass große Teile dieses Klientels letztlich aus habituellen Gründen nicht den letzten Schritt gemacht haben: Sie haben die Piraten gewählt und deren Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Selbstverwirklichung soll die Gesellschaft bezahlen.

Für die Wohlstandsverlierer und die sogenannten Unterschichten droht die Krise der sozialen Demokratie nicht mehr, sie ist dort bereits virulent vorhanden. Jene Gruppen verabschieden sich von Politik und Demokratie. All jene, welche Reformen bei Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern seit 2003 „eher falsch“ fanden, sind zu 63 Prozent im Westen und sogar zu 73 Prozent im Osten mit der Demokratie „eher unzufrieden“. „Reformbefürworter in beiden Landesteilen beurteilen die Demokratie dagegen überdurchschnittlich häufig positiv“.⁵⁵

54 K. Kullmann 2011:124.

55 Schäfer 2008: 38ff.

Krise der demokratischen Beteiligung

Genau deshalb resultiert aus der Krise der sozialen Demokratie auch eine Krise der demokratischen Beteiligung. Welche Krise, mögen da manche fragen angesichts Hundertausender von Demonstranten etwa im Rahmen der Proteste gegen Atomkraft oder gegen Stuttgart 21? Überall entwickeln sich Bürgerinitiativen, die Zivilgesellschaft wächst. Es ist eine Welle der Politisierung gut informierter und leidenschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger zu beobachten. Sowohl das Bildungsniveau als auch das Informationsniveau ist im Vergleich zur Frühzeit der Bundesrepublik stark angestiegen. Der Wunsch, außerhalb von Parteien in der Politik „mitreden zu wollen“, hat zugenommen, etwa auch durch Web 2.0-Angebote im Internet.

Doch die Beteiligungskrise besteht darin, dass sich die Demokratie zunehmend zu einer Demokratie der gut ausgebildeten Mittelschichten und Wohlstandsgewinner entwickelt.⁵⁶ Direktdemokratische Bürgerbeteiligung ist zeit- und ressourcenaufwändig. Die Träger von Volksbegehren sind daher meist dort zu finden, wo über Zeit und Ressourcen verfügt wird: In den Schichten, die heute schon meinungsbildend sind, ist die soziale Selektivität bei den zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen – ähnlich wie bei direkter Demokratie – noch wesentlich stärker ausgeprägt als bei der Wahl als konventioneller Form der politischen Partizipation.⁵⁷ „Dies wird von den emphatischen Befürwor-

56 Jörke 2011: 15f.

57 Vgl. Zimmer 2009.

tern der Zivilgesellschaft nicht hinreichend wahrgenommen. Allein schon deshalb können zivilgesellschaftliche Assoziationen und Initiativen nie die demokratischen Ausfallbürgen niedergehender (Volks-)Parteien sein. Trotz aller positiven Partizipationsimpulse, die von der Zivilgesellschaft ausgehen können, verstärken diese in aller Regel die Tendenz der Exklusion unterer Schichten aus der politischen Sphäre. Insofern stärkt die vermehrte zivilgesellschaftliche Aktivität auch den Mittel- und Oberschichtcharakter unserer Demokratie. Zugespitzt formuliert: Die verstärkten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten verschärfen gerade die Exklusionskrankheit unserer Demokratie, die sie ja eigentlich heilen sollen.⁵⁸

Wolfgang Streeck stellte in Bezug auf die Ausschreitungen in Großbritannien fest: „Warum aber kommt es nicht zu politischen Forderungen, sondern zu Straßenkämpfen, Plünderungen, Jugendrevolten? Zum Abgehängtsein der Quartiere derer, die Politik eigentlich mehr als alles gebrauchen könnten, gehört, dass Politik in ihnen nicht mehr vorkommt. (...) dass Politik etwa mit ihrer Lebenssituation zu tun haben oder sie verbessern könnte, kommt der Unterschicht von heute (...) nicht mehr in den Sinn. Die heutige Politik hat den Kontakt zu den neuen Unterschichten verloren, nicht nur in England, (...) auch in Deutschland.“⁵⁹ In Großbritannien wurde diese Entwicklung beson-

ders angefacht, weil in den Monaten vor der Eskalation auf der Straße Lobby- und Spesen-Skandale in der britischen Politik und Exzesse in der Londoner Finanzbranche eskalierten. Letztlich, so Beobachter, hätten sich Plünderer ebenso hemmungslos bedient wie die Banker und Politiker.

Die Abschottungstendenzen kann man messen: Bei Jüngeren aus den unteren Sozialschichten ist das Interesse an Politik, Wirtschaft oder kulturellen Themen steil abgesunken. Mitte der neunziger Jahre interessierten sich immerhin noch 45 Prozent der unter 25-Jährigen aus den unteren Schichten zumindest eingeschränkt für Politik, heute nur noch 32 Prozent. In der Mittelschicht ist das Interesse wesentlich moderater abgesunken, in der Oberschicht nur marginal von 67 auf 65 Prozent. Dies verstärkt die ohnehin großen Unterschiede in der Zuwendung zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Debatten. In den oberen Sozialschichten hält es die überwältigende Mehrheit für wichtig, sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen und sich darüber mit anderen auszutauschen, in den unteren Sozialschichten 39 Prozent. Für 71 Prozent der Oberschicht, auch 57 Prozent aus der Mittelschicht ist es wichtig, über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden zu sein. 45 Prozent der unteren Sozialschichten, von den unter 30-Jährigen aus dieser Schicht gerade einmal 25 Prozent, sehen dies so.⁶⁰ Schließlich sagen 80 Prozent der einkommensärmsten Ostdeutschen (West:

58 Merkel/ Petring 2011, siehe: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf.

59 Siehe in: *Handelsblatt*, 15.08.2011.

60 Alle Daten vgl. *FAZ*, 17.08.2011.

70 Prozent), dass sie selbst keinen Einfluss auf die Regierung ausüben können, während sich nur eine Minderheit der Wohlhabenden als einflusslos erachtet.⁶¹

Doch während in den unteren sozialen Schichten die Versprechungen der sozialen Demokratie nicht mehr geglaubt werden, stellen Teile der Oberschicht sowie der oberen Mittelschicht die Werte der sozialen Demokratie konkret in Frage. Das marktradikale Mantra, „wenn jeder an sich selber denkt, ist an alle gedacht“, hatte auch auf die normalen Bürger Auswirkungen. Ein Beispiel aus der persönlichen Empirie: Ein Waldbesitzer antwortete auf die Frage des Autors, warum denn nach seiner Meinung Politik so schrecklich wäre und wir in Deutschland keine echte Demokratie hätten, „weil es überall Lobbyisten gäbe“. In der Tat, so die Reaktion des Autors, dass sei eine wichtige Frage, aber was sei denn das genaue Problem? Nach langer Rede, kurzem Sinn antwortete der Waldbesitzer, die Öko-Verbände würden verhindern, dass er seinen Wald bewirtschaften könnte. Auch hier antwortete der Autor, dies sei ein Interessenkonflikt, aber – so die Gegenfrage – würde er denn etwas dagegen tun? „Ja, natürlich“, so die Antwort. Alleine oder als Verband? „Nein, als Verband“. Aha, so der Hinweis, es würden also Lobbyisten für ihn arbeiten – was von ihm mit einem ungläubigen Blick quittiert wurde. Nun könnte man diesen Typus des Bürgers als naiv oder egoistisch einstufen. Doch das entscheidende Problem, ist etwas anderes: Verkürzt man dessen

Argumentation, so dachte dieser Bürger nichts anderes, als dass die Demokratie nicht funktioniere und er die Politik abstoßend fände, weil *sein* Lobbyist sich nicht gegen den Lobbyisten *der anderen* durchsetzen könnte. Die Inkorporierung des ganzen „Volkes“ für die eigenen Forderungen ist zu einem demokratischen Problem geworden. Ein Beispiel dafür ist etwa Sebastian Nerz, der Bundesvorsitzende der Piratenpartei, der seine Motivation in die Politik zu gehen mit dem großen Lauschangriff erklärte. So weit, so gut. Er bemerkte aber dann – und dies findet sich immer wieder bei den Piraten: „Politiker reden nicht mit Menschen – zumindest wenn der Wahlkampf vorbei ist.“⁶² Dass vielleicht – egal wie man zu dem Thema inhaltlich steht – „andere Menschen“ einen Lauschangriff befürworten könnten, gerade wegen dem 11. September, kommt ihm gar nicht in den Sinn.

Bedenklich ist dabei, dass zunehmend ein „Prozess der Entsolidarisierung der Gesellschaft“ zu beobachten ist, „der etwa zur Folge hat, dass die Eliten sich mit den Ausgegrenzten und Benachteiligten nicht mehr im selben Boot eines als Ganzes gedachten Gemeinwessens sehen, sondern vielmehr danach trachten, ihre eigene gesellschaftliche Position durch eine forcierte Leistungs-ideologie zu legitimieren. (...) Von da an ist es nur noch ein kleiner Schritt zur kollektiven Selbstvergewisserung des gehobenen Establishments, bei der dann die Stigmatisierung des Arbeitslosen, der nicht arbeiten will, oder des integrationsunwilligen „Ausländers“, der in die

61 Schäfer 2008 : 34f.

62 Reimann 2011.

Sozialsysteme zuwandert und sie damit unterwandert, leichtes Spiel haben.⁶³ Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich in aktuellen Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders in den oberen Einkommensgruppen Veränderungen ergaben. Bei den Besserverdienenden stieg nicht nur der Anteil derjenigen, die meinen, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, sondern auch die deutliche Ablehnung von sozial ausgleichender Unterstützung für Personengruppen am Rande der Gesellschaft. Insbesondere nahm bei den Besserverdienenden die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten und Islamfeindlichkeit zu, während sie in allen anderen Einkommensgruppen stagnierte. Die Autoren der Studie konstatierten eine „zunehmend rohe Bürgerlichkeit“, die nicht als Status, sondern als Haltung verstanden werde. Als Folge der Krise gäbe es also Hinweise auf eine „entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit“, die aufgrund der Einflussmächtigkeit dieser Gruppen sich stark auf das gesellschaftliche Klima insgesamt auswirke. Darüber hinaus sei das Verhältnis von regierender Politik und gesellschaftlichen Gruppen „nachhaltig gestört“.⁶⁴

Die Suche nach Alternativen

Angesichts dieser Defizite der repräsentativen Politik ist es nicht überraschend, dass die Suche nach Alternativen bei vielen Bürgern begonnen hat. Parteien,

Parteipolitiker und Parlamente kommen in dieser Suche allenfalls noch am Rande vor. Die Krise des demokratisch-politischen Systems hat zu einem Absturz des Vertrauens in das Repräsentationsprinzip und einer Tendenz zum direktdemokratischen bzw. sogar antiparlamentarischen Denken geführt. Weil aber keiner politischen Partei mehr von allen Vertrauen entgegen gebracht wird, ist es ebenso wenig verwunderlich, dass sich in „Bewegungen“ wie der Piratenpartei, „Echte Demokratie jetzt“ oder „Occupy Frankfurt“, aber auch in rechten, sich als „Volksbewegung“ definierenden Gruppen populistische Argumentationsmuster wiederfinden, welche in ihren programmatischen Äußerungen den Antagonismus zwischen Volk und Elite als politisches Hauptproblem betrachten, das es vor allem zu lösen gelte.⁶⁵ Ihnen allen ist eine ähnliche Argumentationslinie eigen, wenngleich sie – das muss betont werden – eine völlig andere inhaltliche und eben auch politische Linie vertreten. Sie sind allesamt Projektionsflächen für die Unzufriedenheit mit dem politisch-demokratischen System und der Unsicherheiten durch die Krise der sozialen Demokratie.

Eine populistische Bewegung kann derart nicht einfach verteufelt werden. „Populismus kann wie ein Fieber als eine Warnung angesehen werden, ein Signal, dass die Probleme nicht wirksam behandelt werden, oder ein Hinweis auf schlecht funktionierende Beziehungen zwischen den Bürgern und den herrschenden Eliten“.⁶⁶ Und René Cuperus

63 Embacher 2011, siehe: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Einstellungen_zur_Demokratie.pdf, eingesehen am 28.10.2011.

64 Vgl. Heitmeyer 2010.

65 Vgl. Lucardie 2011: 22.

66 Mény/Surel 2002: 15.

formulierte, Populismus könne auch „als berechtigte Warnung gegen den technokratischen Politikbetrieb verstanden werden, gegen das Misstrauen der akademischen Welt, gegen die Ungleichheit und das Versagen der Interessenvertretung in der Politik, (...) das auf eine Krise der Interessenvertretung hinweist, einen Mangel an Kommunikation zwischen den Eliten und dem Volk. Ein Volksaufstand des Misstrauens und der Unzufriedenheit. (...) Um so mehr, weil die Elite uns vermittelt, dass dies die einzig mögliche Zukunft ist: TINA. There is no alternative“.⁶⁷

Drei grundsätzliche Linien – neben der Enthaltung und Rückzug aus der Politik – sind gerade zu beobachten: Erstens besteht eine diffuse und keineswegs gleichgerichtete Forderung einer formal gut gebildeten Mittelschicht, stärker und direkter und teilweise exklusiv in politischen Prozessen beteiligt zu werden, sei es in Form von mehr Bürgerbeteiligung, Internetdemokratie oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die „Occupy-Frankfurt“-Bewegung fordert etwa „ein basisdemokratisch orientiertes Gesellschaftssystem, statt pseudo-demokratischer Parteiendemokratie.“⁶⁸ Es ist offensichtlich, dass ein Teil der Bürger „über die Art und Weise, wie sie künftig richtig leben wollen, zumindest mal reden“ will „und sich nicht länger mit behaupteten Alternativlosigkeiten

abspeisen“ lässt.⁶⁹ Genau dies ist auch die Erklärung für die Eskalation der Stuttgart-21-Proteste. Die Bahn nannte das neue Bahn- und Bahnhofskonzept S 21 immer „Projekt ohne Alternative“.⁷⁰ Angela Merkel formulierte, „Stuttgart 21 müsse kommen, sonst sei Deutschland unregierbar, und Europa sei in Gefahr. Wenn dieses Großprojekt nicht komme, dann könne man keines mehr bauen“.⁷¹ Ferner können die derzeit enorm hohen Umfragewerte der Piraten auf diese Art erklärt werden. Zentrale Begriffe sind „Transparenz“ und „echtes Mitreden“. Die Piratenpartei behauptet, freier und ohne Autoritäten und die etablierten Parteien in einem „freien Herrschaftsraum“ des Internets Einfluss nehmen zu können, ohne institutionell gebunden zu sein. Sie betonte im Wahlkampf, sie stelle nur das (Internet-)Tool zur Verfügung, die Menschen würden dann Lösungen in Form einer Schwarmintelligenz finden. Laut Vorwahlbefragung von Infratest dimap wählten bei den Landtagswahlen 2011 66 Prozent der Anhänger die Piratenpartei nur aus Unzufriedenheit mit anderen Parteien, nur 33 Prozent wegen der Inhalte der Partei. Daher konnte die Piratenpartei auch 23.000 Stimmen aus dem Nichtwähler-Lager mobilisieren. Ihre offenkundige Inkompetenz ist hingegen nicht relevant, weil auch den etablierten Parteien keine Lösungskompe-

67 Vgl. Cuperus 2007: 81f.

68 <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele/>, eingesehen am 01.11.2011.

69 Interview mit Heinz Bude, in: *Stuttgarter Zeitung*, 12.01.2011.

70 Siehe Flyer auf: <http://www.thomas-felder.de/dasneueherz.pdf>, eingesehen am 21.11.2011.

71 Supp 2010: 43.

tenz mehr zugewiesen oder zugerechnet wird: In Umfragen wird die Fähigkeit der Politik, die dringendsten Probleme der nächsten Jahre zu lösen, von 76 Prozent der Bevölkerung als sehr oder eher niedrig und nur von neun Prozent als eher hoch oder sehr hoch eingeschätzt.⁷²

Ältere „Wutbürger“ im Rahmen der Proteste gegen Stuttgart 21 oder den Berliner Flughafen einerseits und die jungen Empörten von „Occupy“ oder der „Piraten“ sind allerdings von den Sorgen der Krise der sozialen Demokratie unterschiedlich betroffen: Die Interessen der ersten Gruppe scheinen laut der Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung eben auch von egoistischen Motiven getragen zu werden. Franz Walter kommentierte: „Denn natürlich sind die Handlungsmotive der Bürgerproteste nicht rundum selbstlos. Sie werden nicht allein von der Sorge um den Bestand der Fledermäuse, rarer Biotope oder uralter Bäume angetrieben. Die umtriebigen Wortführer gegen Flughafenausbau, Windräder und Oberleitungen sind in bemerkenswert großem Umfang (über 90 Prozent) Grundstückseigentümer und Hausbesitzer. Sehr prosaisch formuliert: Die Immobilienwerte stehen auf dem Spiel, wenn Stromleitungen und bis zu 150 Meter hohe Windräder in einem bis dahin beschaulichen Kurort den Blick auf eine Caspar-David-Friedrich-Landschaft verstellen, wenn Flugzeuge die Ruhe der Anwohner empfindlich zu

stören drohen.“⁷³ Die Anhänger der jungen Empörten-Bewegungen – vor allem durch ihre Bezüge zu den Protesten aus Spanien oder Israel – sind von der Krise der sozialen Demokratie hingegen viel konkreter betroffen. Alle diese Bewegungen demonstrieren aber in selber Weise: Sie sind prekär, gleichzeitig hedonistisch und fordern Mitsprache jenseits traditioneller Entscheidungsprozesse. In Spanien und Israel campieren sie auf den Plätzen, in Deutschland wählen sie die Piratenpartei. Nicht von ungefähr spielt in diesen Bewegungen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen eine große Rolle.

Eine zweite Linie dieser Bewegung, der Rechtspopulismus, ist in Deutschland bislang schwach geblieben, wenn gleich in den letzten Monaten verstärkt Anstrengungen zur Gründung einer neuen Rechtspartei forciert wurden, sowohl im Sinne einer islamkritischen Partei im Rahmen der Debatte um Thilo Sarrazin oder aber im Sinne einer deutschen Tea Party, angeführt vor allem vom ehemaligen BDI-Vorsitzenden Hans Olaf Henkel. Ähnlich besteht die Argumentation letztlich darin, dass Eliten am Volk vorbei Politik und Widerspruch systematisch „mundtot“ machen. Ein Vergleich rechtspopulistischer Parteien in Europa zeigt dabei, dass diese ihre Wähler zu einem wesentlichen Teil aus (männlichen) proletarischen Schichten sowie kleinbürgerlichen Mittelschichten (mit relativ hohem Frauen und Rentner-Anteil) ziehen. Sein Aufstieg geht besonders auf Kosten der tra-

72 Vgl. Johannes Korge, Bürger drängen an die Macht, (SPON, 13.06.2011) sowie http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_102347.htm, eingesehen am 28.10.2011.

73 Walter 2011.

ditionellen Linksparteien. Besonders erfolgreich sind Rechtspopulisten bei Wählern, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung negativ betroffen sind.

Eine dritte Linie ist schließlich die zunehmende Unterstützung charismatischer Herrschaftsfiguren und allgemein einer Personengebundenheit der Unterstützung. Die Folge ist, dass heute insbesondere Politiker beliebt sind, welche sich als Anti-Parteipolitiker inszenieren oder so gesehen werden. Gemeinsam ist diesen Personen, dass sich die Politiker vom negativen Parteipolitiker-Klischee in irgendeiner Weise unterscheiden müssen. Besonders erfolgreich war hier auch Angela Merkel, die sich bewusst als Anti-Parteipolitiker im Wahlkampf 2009 inszenierte: als „präsidiale, überparteiliche Kanzlerin“, als fast schon „unpolitische Mutter der Nation“, die auf ihren Wahlkampfreden über Gänsebratenrezepte sprach, die Veränderungen in der Kopfpauschale aber verschwieg. Sie verstärkte das Bild als „Außenseiterin im Parteienzirkus“ und „Anti-Typus zum bestehenden Parteiestablishment“ – als Frau, Ostdeutsche, und als „unideologische, pragmatische, lernfähige“ Wissenschaftlerin/ Physikerin, die nüchtern und nicht nach Parteipolitik agiert. Dies macht den größten Teil ihrer Beliebtheit aus – obwohl Merkel wie oben beschrieben als zentrale Verantwortliche der Politikverdrossenheit genannt werden kann. Doch die Wut der Bürger trifft nicht etwa Merkel, sondern alle Parteien, nicht zuletzt die der Opposition und vor allem die SPD.

Letztlich führt diese Kritik des politisch-demokratischen Systems zu ei-

ner noch stärkeren Infragestellung legalistischer Herrschaft und zur Stärkung des Ansehens charismatischer Führung über die sowieso bestehende Tendenz zur Personalisierung der Politik hinaus. Was für Formen eine solche Bewegung annehmen kann, konnte man im Rahmen der Guttenberg-Kampagne sehen. Die FAZ, linker Umtriebe unverdächtig, formulierte im Rahmen der Guttenberg-Affäre: „Es kann durchaus ängstigen, wie große Teile der konservativen politischen Klasse sich blenden ließen und im Bündnis mit der „Bild“-Zeitung für die Verteidigung ihrer Illusion und Machtperspektive bereit waren, demokratische Sitte, Rechtsbewusstsein, Amtsethos und den Ruf des Bildungsstandorts Deutschland zu beschädigen (...). Alarmismus dürfte auch jetzt noch unangebracht sein. Doch die staatspolitische Geisterfahrt einer fortgesetzt uneinsichtigen Union, die einmal als staatstragende politische Formation par excellence, als wertorientierte Rechtsstaatspartei galt (...) wirft ernste Fragen nach dem geistigen und tugendethischen Fundament der Republik auf“.⁷⁴ Guttenbergs Erfolg beruhte auf einer Mischung zwischen (rechts-)populistischen Argumentationsweisen und einer Bedienung anti-partecipolitischer Klischees. Er bediente und inszenierte virtuos das Bild eines Gegenmodells des Klischees Politiker, „der sagt, was er meint, und tut, was er sagt, und das, was er tut, ist objektiv das Beste für alle“.⁷⁵ Er betonte ständig, er habe eigent-

74 FAS, 13.03.2011.

75 Esslinger 2010.

lich mit dem „Raumschiff Berlin“ nichts zu tun und wolle nur in der Provinz mit vernünftigen Bürgern vernünftig reden. Er inszenierte sich als einer, der jederzeit (als Multimillionär) aus der Politik aussteigen könne, obwohl er letztlich an seinem Posten klebte. Er benutzte bewusst Vorurteile „gegen die politische Klasse“, um seine eigene Popularität zu steigern. In seinen Reden sprach er vom „Parteienzirkus“ und aktuell kokettierte er sogar indirekt mit der Teilnahme an einer populistischen Partei.⁷⁶

Genau diese Denkfiguren finden sich aber in allen „Alternativen“ des repräsentativen Systems. Bei allen krassen Unterschieden zwischen den Bewegungen, argumentieren diese, dass auf der einen Seite ein wie auch immer gearteter „Volkswille“ bestehe, auf der anderen Seite die „verantwortliche“ politische und ökonomische Klasse. Sowohl das Volk als auch die Eliten werden dabei zu einer mehr oder weniger homogenen Masse, die mit moralisch aufgeladenen Chiffren bezeichnet werden. Das „Volk“, das ist „der kleine Mann“, die „99 Prozent“, „die Fleißigen“, „die schweigende Mehrheit“, „die Deutschen“. Die anderen sind „die da oben“, die „machtgierige“, „abgehobene“, „korrupte“ Elite, das Establishment, die „politischen Klassen“, die Banker oder Reichen. Die Occupy-Bewegung formuliert: „Wir alle sind aber besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Abzocke der Gesellschaft durch die Banken,

die Ausbeutung der großen Mehrheit, die Korruption unter Politikern, Managern und Bankern empört uns.“⁷⁷ Auch bei der Piratenpartei liest man ähnliches: Auch dort dominieren Vokabeln über „Alt-Parteien“ und „die da oben“, die alle „intransparent“ und „verlogen“ seien. Die Bürger sehnten sich offensichtlich „nach einer anderen Art Politik“, sagte Spitzenkandidat Andreas Baum. Genau die gleiche Argumentation findet sich bei den Rechtspopulisten: Natürlich seien „100 Prozent der politischen Klasse und 70 Prozent der Medien“ bereits nach Erscheinen der ersten Vorabdrucke gegen sein Buch gewesen, so Sarrazin, das Volk sei aber ganz anderer Meinung.⁷⁸ Natürlich wissen auch Hans-Olaf Henkel oder Hans Herbert von Arnim den „Mehrheitswillen“ hinter sich, wenn es um europäische Rettungsschirme geht und daher eine Unterstützung des ganzen Volkes für ihre rechtspopulistische Politik vermuten. Und natürlich bezeichnen sich beide als die „meistgehassten Männer der Politik-Klasse.“⁷⁹

Eine andere Ähnlichkeit bei den „Alternativ-Bewegungen“ ist die Tendenz, dass sie die „Wahrheit“ für sich allein in Anspruch nehmen, weil nur sie es wagen, die Probleme der „Menschen“ und des „Volkes“ anzusprechen, gegen eine politisch-publizistische Elite, welche Lösungen mutwillig verhindert. Es dominieren monokausale Erklärungen

76 Siehe Interview in der *ZEIT*, 24.11.2011.

77 <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele/>, eingesehen am 01.11.2011.

78 Fahrenholz 2010.

79 Reese 2009.

von Missständen, häufig verbunden mit Verschwörungstheorien und aggressivem sowie polarisierendem Vokabular. In allen Alternativ-Bewegungen findet sich die Metapher „Widerstand“, egal ob bei Stuttgart 21, Hans-Olaf Henkel, Hans-Herbert von Arnim oder der Occupy-Bewegung, oftmals mit einem Bezug auf die Revolutionäre in Ägypten, wo es immerhin gegen Diktatoren mit Sicherheitsapparaten und blutigen Auseinandersetzungen ging.⁸⁰ Populismus weist sodann einen Hang zur Selbstgerechtigkeit auf und behauptet immer, die Moral auf seiner Seite zu haben.⁸¹ Die Occupy-Bewegung formuliert derart: „Wir setzen uns für rational geprägte Politik ein, jenseits von Ideologien. Wir wollen es dem Bürger ermöglichen, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, ohne ihn zu beeinflussen. (...) Wir wünschen eine auf Rationalität und Demokratie aufbauende politische Kultur.“⁸² Und die Piratenpartei behauptet einfach auf die Frage, warum man seine Stimme nicht einer anderen Partei geben sollte: „Wenn man die Piratenpartei unterstützt, handelt man weise und tut das Richtige.“⁸³

80 Anders als in den libertären populistischen Bewegungen findet sich allerdings bei den rechtspopulistischen und mittelschichtpopulistischen Parteien ebenfalls eine Abgrenzung nach „unten“, gegen Hartz IV-Empfänger, „die Faulen/Sozialschmarotzer“, „die Migranten/Minderheiten“. Dies unterscheidet die Bewegungen grundsätzlich.

81 Vgl. Demuth 2007b: 134.

82 <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele/>, eingesehen am 01.11.2011.

83 http://wiki.piratenpartei.de/H%C3%A4ufig_gestellte_Fragen, eingesehen am 01.11.2011.

Zudem sehen sich die Vertreter der Alternativ-Bewegungen als einzige Wahrer einer „*echten* direkten Demokratie“, wie die Occupy-Bewegung auf ihrer Internetseite behauptet.⁸⁴ Kritik an der Tendenz zum Elitären bei Internetdemokratie, direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement werden hingegen ignoriert. Bei der Piratenpartei heißt es: „Nur wir wollen elektronische Basisdemokratie langfristig auf allen Ebenen, gerade auch im Tagesgeschäft der Bundespolitik, einsetzen und somit fundamental die Demokratie stärken sowie Korruption und Lobbyismus in die Schranken weisen.“⁸⁵ Dasselbe erwarten letztlich auch die „Volksbewegungen“ von ihren Volkstribunen Sarrazin oder Guttenberg: Nur diese vertreten die Meinung „des Volkes“. Widersprüche werden hingegen ausgeblendet: Dabei hat die Forschung schon lange herausgearbeitet, dass bestehende Ungleichheiten in der demokratischen Teilhabe durch unkonventionelle Beteiligungsformen nicht etwa ausgeglichen, sondern noch verstärkt werden,⁸⁶ was auch in Teilen der Internetszene so gesehen wird.⁸⁷ Demokratie wird zudem fast ausschließlich als Volkssouveränität definiert. Dies ist einesteils zwar eine logische Folge des Übergewichts der li-

84 <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele>, eingesehen am 22.11.2011.

85 http://wiki.piratenpartei.de/H%C3%A4ufig_gestellte_Fragen, eingesehen am 01.11.2011.

86 Schäfer 2008: 31f und Merkel 2011.

87 Siehe: <http://internetunddemokratie.wordpress.com/2011/09/28/piratenpartei-mit-selektiver-eliten-transparenz/>.

beralen Demokratietheorie in den letzten Jahren.⁸⁸ Gleichwohl kommen hierdurch die Bürgerrechte trotzdem unter die Räder, bei den Piraten die Opfer von Kinderpornographie genauso wie bei Sarrazin die Migranten. Wie ein Blog-Beitrag feststellte, hätten die Piraten noch „keinen Begriff von Freiheit“, weil sie nicht sehen würden, dass die „Freiheit der Einen immer auch die Unfreiheit der Anderen“ ist.⁸⁹

Gleichzeitig ist das Auffällige dieser Alternativen deren „Politikleere“ und ihre Tendenz zum „Unterhaltungsfaktor“: Die Piraten wurden auch als Spaßpartei gewählt, die Occupy-Proteste haben Happening-Charakter. Und Gutenberg ist für viele Bürger bis weit in die obere Mittelschicht hinein deshalb interessant, „nicht langweilig“ angesichts der vielen Nachrichten im Boulevard. Der „Plagiator“ hatte gleichermaßen inhaltlich außer bekannten konservativen und marktradikalen Floskeln wenig zu bieten⁹⁰ wie derzeit auch die Piraten oder die Occupy-Bewegung. Es geht bei diesen Bewegungen letztlich nicht primär um Inhalte, sondern um habituelle Zuschreibungen. Interessanterweise argumentieren die neuen „Alternativ-Bewegungen“ dabei genauso wie die TI-NA-Vertreter, es gäbe keine politischen Lager mehr, sondern nur noch ein „jenseits von Rechts und Links“. Die Piratenpartei etwa formuliert auf die Fra-

ge, „Seid ihr links/rechts?“, „Nein, wir Piraten sehen uns außerhalb der Gerade zwischen den Extremen ‚rechts‘ und ‚links‘. Trotzdem sind wir nicht irgendwo in der Mitte dieser (gedachten) Geraden anzutreffen sind, sondern außerhalb dieser – unser Meinung nach zu simplen – eindimensionalen Betrachtungsweise von politischen Positionen. (...) Weil eine Links- oder Rechts-Einordnung den Blick für das Wesentliche vernebeln kann.“⁹¹ Und auf der Internetseite von Occupy Frankfurt heißt es: „Wir sind unterschiedlicher politischer Überzeugung. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht.“⁹² Letztlich folgt daher aus den Bewegungen kein Aufbruch, weil sie das Thema Machtinteressen symbolisch „auf die da oben“ projizieren, aber dem Widerstreit zwischen Arm und Reich oder konservativ und progressiv nicht angehen und damit einem Selbstbetrug aufsitzen.

Wie kann die repräsentative Demokratie reagieren?

Die repräsentative Demokratie ist besser als ihr Ruf, gerade im Bezug auf die oben geschilderten Defizite der Alternativbewegungen. Gleichwohl hat ihr Erscheinungsbild, ihr Zustand und ihre Angebote erhebliche Defizite. Letztlich scheint die Situation sehr vergleichbar mit 1968: Auch dort forderte die Mehrheit der Protestierenden eher einen politisch-kulturellen Wandel sowie mehr soziale Gerechtigkeit statt einzelner in-

88 Vgl. Mouffe 2008.

89 Jens Berger, Klarmachen zum Entern?, siehe www.spiegelfechter.com/wordpress/834/klarmachen-zum-kentern, eingesehen am 23.11.2011.

90 Vgl. Pörksen 2011.

91 http://wiki.piratenpartei.de/H%C3%A4ufig_gestellte_Fragen, eingesehen am 01.11.2011.

92 <http://www.occupyfrankfurt.de/unsere-ziele/>, eingesehen am 01.11.2011.

haltlicher Forderungskataloge. Es geht darum, diesen Wandel glaubwürdig als Partei aufzunehmen und zu vertreten, auch gegen eigene Interessen innerhalb der Partei. Es darf nicht vergessen werden, dass „mehr Demokratie wagen“ keineswegs in der ganzen SPD und dem ganzen Land damals offen begrüßt wurde. Parteien machen sich hingegen unglaubwürdig, wenn sie nur krampfhaft versuchen, die Bewegungen zu kopieren oder zu infiltrieren. „Wenn alle Parteien von links bis rechts versuchen, jede neue Bewegung aufzugreifen, die sich irgendwo in der Gesellschaft regt, geht der Demokratie ihr wichtigstes Schmiermittel verloren: Der Widerspruch.“⁹³

Vier zentrale Aufgaben hat die Politik.⁹⁴ Erstens muss sie anerkennen, dass die Bürger heute mehr und direkter beteiligt werden wollen. „Die Krise der repräsentativen Demokratie – dagegen hilft nicht Basta, sondern das Gegenteil eher: frühe Bürgerbeteiligung, Volksentscheide, das ist die Erkenntnis, die sich von Stuttgart aus zu verbreiten beginnt.“⁹⁵ Zu mehr Beteiligung gehört allerdings nicht nur die Einführung direkter Demokratie auf Bundesebene und mehr Transparenz politischer Entscheidungsprozesse sowie die frühzeitige Beteiligung an öffentlichen Planungen gerade bei Großprojekten. Dazu gehört nicht minder mehr Mitbestimmung, etwa von Arbeitnehmern, Eltern

und Schülern in Betrieben und Schulen. Gleichzeitig muss – zweitens – klar sein, mehr direkte Demokratie kann die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, wohl aber ergänzen. Die Anhänger der eher „linken“ Alternativbewegungen vergessen, dass ihre Institutionen- und Parteienfeindlichkeit letztlich zu einer Delegitimierung legalistischer Herrschaftsformen führen und geradezu charismatische Führer eben wie Guttenberg provozieren. Einziger Schutz davor sind glaubwürdige Institutionen. Zudem gilt, dass die gewählten Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger für die Beteiligung aller Schichten der Gesellschaft an politischen Entscheidungen unabdingbar sind, weil sie über den Kreis der direkt Betroffenen oder am besten Informierten hinaus, alle formal einbezieht. Eine kleine Schicht einer gutgebildeten Elite darf mit ihren Themen und Interessen nicht die Politik dominieren.

Doch diese Forderungen werden allein nichts nutzen, wenn die Menschen den Eindruck haben, in der Politik würden nur Klientelinteressen und Lobbyismus regieren, während der Finanzkapitalismus zunehmend die Demokratie untergräbt. Zentral sind daher drittens die Beschränkung der Finanzmärkte, eine sozial gerechte Politik und mehr Transparenz im Rahmen politischer Prozesse, nicht zuletzt ein Lobbyregister oder Karenzzeiten für Politiker nach Beendigung ihrer Amtszeit. Claus Offe betonte zu Recht im Handelsblatt, dass die Politik zunächst das „politische Machtdefizit“ bekämpfen muss. „Wer Macht hat, hat Alternativen und kann andere ‚treiben‘; wer sie nicht hat, erlebt

93 Sosalla 2011.

94 Vgl. Antrag der SPD „Mehr Demokratie leben“ für den Parteitag in Berlin vom 4.–6.12.2011.

95 Supp 2010: 43.

– und verkauft dann – die Vorgaben der Finanzwirtschaft als ‚alternativlos‘ und wird getrieben.“⁹⁶ Dazu gehört viertens, eine glaubhafte Politik und dazugehörige Erzählung zu entwickeln. Ging es 1968 um eine gerechtere Verteilung des Wirtschaftswunders, geht es heute darum, ein Auseinanderfallen der Gesellschaft zu verhindern. Die SPD muss wieder die Partei der „kleinen Leute“ sein. Sie muss klarmachen, dass die Schere zwischen Arm und Reich kleiner werden muss, damit es der gesamten Gesellschaft, und zwar sowohl der sozial schwachen Schichten als auch der Mittelschichten, besser geht. Es muss aber auch die Effektivität und Effizienz der eingesetzten Steuermittel gewährleistet werden, weil sonst manche Schichten ihre Solidarität aufkündigen: Der Staat muss wirklich gute Bildung und gute Versorgung garantieren. Die Beseitigung von bürokratischen Barrieren für die Förderung sozialer, demokratischer und ökologischer Freiheiten muss daher ein neues Ziel der Politik der SPD sein.

Die Umsetzung wird nicht einfach, denn den Parteien wird eben kein Vertrauen für die Umsetzung eines solchen Projekts entgegengebracht, sondern im Zweifel parteipolitische Motive unterstellt. Um eine Bewegung für „mehr Demokratie leben“ zu etablieren, scheint es daher sinnvoll zu sein, dies durch ein Mitte-Links-Projekt voranzutreiben. Claus Offe plädiert etwa für eine Zusammenarbeit der politischen Parteien, sozialen Bewegungen und Medien, damit die „regierenden Eliten dazu er-

mutigt würden, sich den Diktaten der Finanzindustrie zu widersetzen“.⁹⁷ Die SPD muss ihren Teil dazu beitragen, schafft es aber wie auch die anderen Parteien nicht allein. Wie Sigmar Gabriel feststellte: „Die Menschen zählen uns zum Establishment: Wenn sie von ‚den Politikern da oben‘ reden, dann meinen sie auch uns“.⁹⁸ Die SPD muss daher einerseits wieder „Kümmerer-Partei“ werden, aber sodann eine Vision entwickeln, die sich nicht an taktischen oder strategischen und auch nicht rein pragmatischen Überlegungen orientiert. Zentral ist der Wunsch einer neuen Werteorientierung. Es müssen wieder klare Alternativen zwischen den politischen Lagern formuliert werden, was angesichts der Mitte-Strategie Merckels gleichwohl schwierig sein wird.

Von der aktuellen Regierung ist hinsichtlich der Demokratiekrise hingegen nur wenig zu erwarten. Im „Herbst der Entscheidungen“ diffamierte Merkel Partizipationsforderungen der Bevölkerung als „Dagegen-Politik“. Die *Financial Times Deutschland* titelte damals: „Merkel zielt auf die Mitte“, zusammen mit einem Bild, das den Angriff eines Wasserwerfers auf bürgerliche Demonstranten zeigte. Ein Entwurf für ein Gesetz zur „Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren“ sah vor, die Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern nicht etwa auszuweiten, sondern sogar einzuschränken. Hier piff Merkel ihren damaligen Innenminister de Maizière zwar zurück, nachdem

96 Offe 2011.

97 Offe 2011.

98 Korfmann 2011.

Heiner Geißler den Entwurf als „Rückfall in die Basta-Politik des letzten Jahrhunderts“ kritisiert hatte. Dabei spiegelte der Inhalt des Gesetzentwurfes nichts anderes wider, als was Merkel mit Westerwelle im Koalitionsvertrag ausgehandelt hatte. Merkel behandelt auch jenes Thema der Bürgerbeteiligung eben rein machttaktisch und nicht wertegeleitet. Zur Frage nach bundesweiten Volksentscheiden sagte sie, diese „halte ich für schwierig. Wir haben hierzulande zwei Kammern, Bundestag und Bundesrat. Wenn wir jetzt noch die Bürger direkt befragen, bekommen wir eine dritte Instanz. Das bringt uns verfassungsrechtlich in ein sehr schwieriges Fahrwasser. Was gilt denn, wenn es da ganz unterschiedliche Mehrheiten gibt?“⁹⁹ Mehr Pragmatismus geht nicht. Doch das ist nicht das einzige Problem: Wahrscheinlich hat sie auch nicht verstanden, was Demokratie genau beinhaltet. Für Merkel bezeichnete etwa die Fernsehübertragung der Schlichtung von „Stuttgart 21“ als „urdemokratische Erfahrung, wie die beiden Lager da ihre Positionen präsentieren und Rede und Gegenrede aushalten mussten.“ Eine Fernsehübertragung zwischen in der Mehrzahl nicht legitimierten Akteuren als urdemokratischer Akt? Ohne Werte besitzt man auch kein Verständnis von Demokratie.

99 *Stuttgarter Zeitung*, 7.3.2011.

Literatur

- Svein S. Andersen/Tom R. Burns, 1996: The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study of Post-Parliamentary Governance, in: Svein S. Andersen/Kjell A. Eliassen (Hrsg.), *The European Union: How Democratic Is It?*, London u.a.: 227–251.
- Ana Belle Becké, Franz Hartmann, Christoph Hermann, Lea Heyne, Christoph Hoefl, Julia Kopp, Stine Marg, 2011: *Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg (BER/BBI). Eine explorative Analyse der Protestteilnehmer*, siehe: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Studie_BBI_Zusammenfassung.pdf, eingesehen am 01.11.2011.
- Julia von Blumenthal 2003: Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen, in: *APuZG* B43: 9–15.
- Ralph Bollmann, 2009: Merkels Transformismus, in: *TAZ*, 8.9.2009.
- Tissy Bruns, 2011: Die Welt ist aus den Fugen, in: *Tagesspiegel*, 21.08.2011.
- Tymian Bussemer, 2011: *Die erregte Republik*, Stuttgart.
- Colin Crouch, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.
- Christian Demuth, 2007a: Die Linkspartei, eine populistische Partei?, in: *Perspektiven ds*, 2/2007: 134.
- Christian Demuth, 2007b: Institutionen und ihre Stabilität, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.), *Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*, Würzburg: 449–481.
- René Cuperus, 2007: Populismus gegen Globalisierung. Eine neue europäische Revolte, in: *Perspektiven ds*, 2/2007: 81f.

- Christian Demuth 2010: Der Deutsche Bundestag und seine Eigenzeit, in: Werner J. Patzelt/Stephan Dreischer (Hrsg.), *Parlamente und ihre Zeit*, Wiesbaden.
- Serge Embacher, 2011: Einstellungen zur Demokratie (Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung), siehe: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Einstellungen_zur_Demokratie.pdf, eingesehen am 28.10.2011.
- Detlef Esslinger, 2010: Dalai Guttenberg, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.10.2010.
- Peter Fahrenholz, 2010: Therapeut und Brandstifter, in: *Süddeutsche Zeitung*, 01.10.2010.
- Brigitte Fehrle, 2011: Im Griff der Spekulanten, in: *Berliner Zeitung*, 19.10.2011.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010.
- Susanne Gaschke, 2010: Politiker hört die Signale, in: *ZEIT*, 09.09.2010.
- Wolfgang Glatzer u.a., 2008: Einstellungen zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland, Frankfurt am Main; siehe: http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte_Sozialpolitik/forschungsprojekt-a381.html,
- Michael Hartmann, 2002: Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt am Main.
- Wilhelm Heitmeyer, 2010: Deutsche Zustände, 9. Folge, Frankfurt am Main.
- Ulrike Herrmann, 2010: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht, Frankfurt am Main: 48.
- Dirk Jörke, 2011: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: *ApuZ* 1-2/2011: 13–18.
- Renate Köcher, 2010: Der Ruf nach dem Plebiszit, in: *FAZ* 20.10.2010: 5.
- Matthias Korfmann, 2011: Gabriel: SPD hat sich vom Bürger entfernt, in: *Westdeutsche Allgemeine*, 21.11.2011.
- Johannes Korge, 2011: Bürger drängen an die Macht, in: *SPON*, 13.06.2011.
- Katja Kullmann, 2011: Echtleben. Warum es heute so schwierig ist, eine Haltung zu haben, Frankfurt a.M. 2011.
- Melvyn Krauss, 2011: Weniger Demokratie tut Pleitestaaten ganz gut, in: *FTD*, 15.11.2011.
- Claus Leggewie/Jan Schneider, 2008: Demokratie in Gefahr? Wie man Beteiligungskompetenz zurückerobert, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 3/2008: 383–396.
- Paul Lucardie, 2011: Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie*, Münster u.a.: 17–38.
- Yves Mény/Yves Surel, 2002: The Constitutive Ambiguity of Populisms, in: Dies. (Hrsg): *Democracies and the Populist Challenge*, Palgrave.
- Wolfgang Merkel/Alexander Petring, 2011: Partizipation und Inklusion (Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung), siehe: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf.
- Chantal Mouffe, 2008: *Das demokratische Paradox*, Wien.
- Karlheinz Niclaß, 2011: SPD-Fraktion und Reformpolitik: Wie viel Mitsteuerung war möglich bei der Vorbereitung der

- Agenda 2010?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2011.
- Claus Offe, 2011: Die Politik ist ohnmächtig geworden, in: Handelsblatt, 21.11.2011.
- Thomas Petersen, Hochkonjunktur für politische Interventionen?, in: FAZ: 16.11.2011.
- Hanna Pitkin, 1967: The Concept of Representation, Berkeley.
- Uwe Pörksen, 2011: Der Mediencondottiere – eine Skizze, in: Oliver Lepsius (Hrsg.), Inszenierung als Beruf, Berlin: 21-32.
- Andreas Püttmann, 2011: Stationen einer Geisterfahrt, in: FAZ, 13.03.2011.
- Jonas Reese, 2009: „Der meistgehasste Mann“. Schiefelage der Demokratie, in Süddeutsche Zeitung, 12.05.2009.
- Anna Reimann, 2011: Kapitän auf schwerer See, in: SPON, 08.10.2011.
- Kolja Rudzio, 2011: Gerecht war gestern, in: DIE ZEIT Nr. 34, 18.08.2011.
- Armin Schäfer, 2008: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie (MPIfG Discussion Paper 08/10), Köln, siehe: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp08-10.pdf, eingesehen am 22.11.2011.
- Fritz W. Scharpf, 1998: Demokratie in der transnationalen Politik, in: Ulrich Beck (Hrsg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M.: 228–253.
- Gregor Schiegl, 2005: Die Bananenrepublik im Kopf, in: Süddeutsche Zeitung 09.12.2005.
- Thomas Schmid, 2011: Auf der Suche nach des Bürgers Kern, in: Die WELT, 24.02.2011.
- Frank Schirrmacher 2011a: Bürgerliche Werte, „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, in: FAZ, 15.08.2011.
- Frank Schirrmacher 2011b: Der griechische Weg Demokratie ist Ramsch, in: FAZ, 01.11.2011.
- Ulrike Sosalla, 2011: Stoppt die Schleimer, in: FTD, 02.11.2011.
- Klaus Stüwe: 2006: Informales Regieren bei Kohl und Schröder im Vergleich, in: Zparl 37: 544–559.
- Barbara Supp, 2010: Die Mutbürger, in : Spiegel 42/2010: 43.
- Franz Walter, 2008: Baustelle Deutschland, Frankfurt a.M.
- Franz Walter 2011: Alt, stur, egoistisch, in: SPON, 08.09.2011.
- Annette Zimmer, 2009: Zivilgesellschaft und Demokratie: Drei Modelle zivilgesellschaftlicher Einbettung, in: GWP (2009): 397–406.

Der Aufbruch der Gewerkschaften und die Mosaik-Linke

Eine Zeit lang herrschte Aufatmen: Die befürchteten Massenentlassungen in der Krise sind ausgeblieben, die Konjunktur zog an und die Auftragsbücher füllten sich. Doch mittlerweile wird immer klarer: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Die Lage auf den Finanzmärkten ist weiterhin beunruhigend und die wirtschaftlichen Konjunkturaussichten haben sich erheblich verschlechtert. In ihrem Herbstgutachten haben die sogenannten führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich nach unten revidiert: Die Konjunkturforscher erwarten nach 2,9 Prozent im laufenden Jahr 2011 nur noch einen Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt von 0,8 Prozent im Jahr 2012. Hauptgründe sind aus Sicht der Gutachter die nachlassende Weltkonjunktur und die Unsicherheit angesichts der Schuldenkrise in Europa. Bisher gehen die Ökonomen davon aus, dass der Arbeitsmarkt von der Konjunkturflaute kaum berührt wird (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2011). Doch die Entwicklung ist ungewiss. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) konstatiert „beträchtliche Unsicherheit über die Entwicklung im Jahr 2012“ und „schwerere Zeiten für den Arbeitsmarkt“. Zwar gehen auch die IAB-Forscher bisher von einer grund-

sätzlich robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes aus. Entscheidend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung am Arbeitsmarkt in 2012 sei jedoch, ob es in der europäischen Schuldenkrise zu einer nachhaltigen Stabilisierung kommt und sich die Situation an den Finanzmärkten beruhigt (vgl. Fuchs u.a. 2011). Aktuell gibt die Lage in Europa keinen Anlass zur Beruhigung. Die Euro-Schuldenkrise nimmt kein Ende. Die Politik hat in der vergangenen Zeit schon viele Rettungsaktionen gestartet, die allesamt jedoch ihr Ziel verfehlten. Europa befindet sich in einer „Krisenschleife“ (Hickel 2011) und bisher ist kein Ausweg in Sicht. Kurzum: Die Lage ist und bleibt ernst und die Zukunft ist unsicher.

Es bewahrheitet sich immer mehr, was viele schon seit längerem äußern: Wir haben es mit einer „Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise“ (Altvater 2009) zu tun. Bezieht man in diese Erkenntnis die ökologische Dimension der Energiekrise und des drohenden Klimakollapses sowie eben die Schuldenkrise in Europa mit ein, verschärft sich die Problemlage. Die derzeitigen politischen Strategien zur Lösung der Schuldenkrise in Europa zeichnen sich dadurch aus, dass sie versuchen, ökonomischen Stabilitätsgewinn durch politischen Demokratieverzicht zu er-

kaufen. Als Modell eines autoritären Finanzmarktkapitalismus hat ein demokratisches Europa jedoch keine Zukunft. Vieles spricht dafür, dass ein solches autoritäres Regime ökonomisch kontraproduktiv, sozial polarisierend und politisch legitimationsgefährdend wirkt und zu einer Zuspitzung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme führen wird. Die Devise „Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht“ bedroht so gesehen die Demokratie in Europa und setzt das gesamte europäische Projekt aufs Spiel (vgl. Urban 2011).

Damit ist die gigantische Aufgabe umrissen, vor der die Gesellschaft steht. Auf die Tagesordnung gehört nicht weniger als die Debatte über einen grundlegenden Politikwechsel und einen sozial-ökologischen Systemwechsel. Gefordert ist ein Entwicklungsmodell, das die sozialen Reproduktionsinteressen der Arbeit, die allgemeinen Entwicklungsinteressen der Gesellschaft, ökologische Nachhaltigkeitserfordernisse und einen ausgeglichenen globalen Handel in Übereinstimmung bringt. Nötig ist aber auch ein Paradigmenwechsel der Politik in Europa. Die Europäische Integration muss sich von einem Eliteprojekt zu einem Partizipationsprojekt wandeln. Es braucht mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in Europa und es müssen solidarische Krisenbewältigungsstrategien gefunden werden. Das europäische Regime der autoritären Stabilität muss in ein Modell der kooperativen Stabilität umgewandelt werden.

Ein solcher grundlegender ökonomischer und politischer Richtungswechsel kollidiert jedoch mit den Einkommens- und Machtinteressen der

finanzmarktkapitalistischen Eliten. Diese haben bisher das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben müssen. Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat zwar zur schwersten Krise der Nachkriegsgeschichte geführt, er kommt bisher aber weitgehend ungeschoren davon. Die Macht der Finanzmärkte ist nicht gebrochen. Zwar regt sich weltweit Protest und gesellschaftliche Gegenwehr – etwa in Athen, in Spanien oder auch bei den jüngsten weltweiten „Occupy“-Protesten. Im globalen Maßstab und angesichts der enormen Problemlagen handelt es sich jedoch um noch recht überschaubare Protestbewegungen. Die dringend erforderliche Politisierung breiter Massen ist bisher nicht erreicht. Sie wird nur dann erfolgen, wenn es gesellschaftliche Bewegungen, Akteure, Kräfte gibt, die die Kritik und Frustration bündeln und Perspektiven aufzeigen. Wollen die Gewerkschaften hier eine bedeutendere Rolle spielen, setzt dies eine Wiederbelebung ihrer Organisations- und Verhandlungsmacht voraus.

Grenzen des Krisen-Korporatismus

Um ihre Zukunft als durchsetzungsfähige Interessenorganisationen zu sichern, stehen für Gewerkschaften wichtige Strategieentscheidungen an. Beginnen muss die notwendige Strategiedebatte mit einer realistischen Analyse der eigenen machtpolitischen Lage und den Folgen der staatlichen Krisenpolitik. Eine solche Analyse befördert wenig Beruhigendes zu Tage: Zweifellos haben Gewerkschaften eine bedeutende Rolle bei der Krisenbewältigung und Beschäftigungssicherung gespielt. Sie wurden in Konsultationsrunden mit Regierung

und Wirtschaftsverbänden eingebunden, und viele der angewandten Kriseninstrumente gehen wesentlich auf Ideen und das Engagement der Gewerkschaften zurück. Dieser Krisen-Korporatismus (vgl. Urban 2010) eröffnete gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten. Insbesondere muss die Verhinderung von Massenentlassungen durch die massive Ausweitung von Kurzarbeit und die Nutzung von anderen arbeitszeitpolitischen Instrumenten als interessenpolitischer Erfolg der Gewerkschaften unter denkbar schlechten Bedingungen gewertet werden. Dem stehen jedoch die zunehmende Substitution sozial geschützter Vollzeitbeschäftigung durch oftmals schlechter ausgestattete Teilzeit- und befristete Beschäftigung, ein drastischer Arbeitsplatzabbau in prekären Belegschaftssegmenten (vor allem bei Leiharbeit) sowie erhebliche Zugeständnisse bei Entgelten und Arbeits- und Leistungsstandards gegenüber. Insgesamt konnten die Gewerkschaften in der Krise somit zwar keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge erzielen, jedoch gelang es ihnen nicht in die Offensive zu kommen. An die systemische Dimension der Krise reichten auch die Antikrisenstrategien der Gewerkschaften nicht heran.

Jetzt drohen die Gewerkschaften im Zusammenspiel von verbleibender Arbeitslosigkeit, der Prekarisierung von Arbeit und der sozialstaatlichen Um- und Abbaupolitik des Krisenstaates in eine machtpolitische Abwärts-Spirale zu geraten. Vor allem die „Rückkehr sozialer Unsicherheit“ (Robert Castel) in die Lohnabhängigenexistenz bedroht gewerkschaftliche Verhandlungs- und

Organisationsmacht in ihrem innersten Kern. Auch die (Verteilungs-) Bilanz der staatlichen Krisenpolitik kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht befriedigen. Nachdem die Krisenkosten zunächst auf die Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen abgewälzt wurden, hat die konservativ-liberale Bundesregierung zum Abbau dieser Krisenlasten einen Sparkurs eingeschlagen, der soziale Härten vor allem für sozial Schwache, Arbeitslose und Familien bedeutet, während die Verursacher der Krise, also Banken und Spekulanten, weitgehend verschont bleiben. Zudem sprechen Maßnahmen wie das Insistieren auf der Rente ab 67, der endgültige Abschied von der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder die Verweigerung einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung der Hartz IV-Regelsätze eine klare Sprache. Es geht um die Verschiebung der finanziellen Tragelast in den Sozialversicherungen zu Lasten der Versicherten bei mitunter gleichzeitigen Verschlechterungen auf der Leistungsseite. Die Antwort auf die Frage, wer von den Spar- und Umbauprogrammen der Bundesregierung profitiert und wer nicht, ist eindeutig: „Kapital gewinnt – Arbeit verliert“ (Horn/Stein 2010). Das alles sind starke Argumente für eine kritische Prüfung der bisherigen Strategien und eine strategische Neuorientierung der Gewerkschaften.

Gewerkschaftlicher Revitalisierungsbedarf

Wenn sich die Gewerkschaften nicht auf die geliehene Macht des Krisen-Korporatismus verlassen können, steht die

Frage nach der richtigen strategischen Orientierung an. Erfolgversprechend scheint dafür die Strategie eines konstruktiven Vetospielers und einer autonomen Revitalisierung (vgl. Urban 2010): Der konstruktive Vetspieler nutzt offensiv korporatistische Einflusskanäle in die politischen Entscheidungsarenen, gibt sich aber keinen Illusionen über Interessenlagen und Erfolgsaussichten dieser fragilen Politikform hin. Er setzt zugleich auf die Erneuerung autonomer Verhandlungs- und Organisationsmacht durch eigene Machtressourcen und mobilisiert diese gegen Krisenpolitiken zulasten der Bevölkerungsmehrheit. Und er nutzt diese Vetomacht in dem Sinne konstruktiv, als er sich mit eigenen Reformalternativen für solidarische Krisenstrategien engagiert und Reformwege für einen öko-sozialen Umbau des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells verfolgt.

Die Strategie des konstruktiven Vetspielers erfordert zunächst eine Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften selbst. Notwendig ist eine Stabilisierung gewerkschaftlicher Verankerung in traditionellen Wirtschaftssektoren und zugleich die Erschließung neuer Beschäftigungsbereiche. Dies ist der Kern gewerkschaftlicher Organizing-Strategien. Dabei handelt es sich um eine offensive Rekrutierungspolitik, der sich zunächst die amerikanischen, seit geraumer Zeit aber auch einige europäische und darunter auch deutsche Gewerkschaften zugewandt haben (vgl. Dörre 2008; Rehder 2008). Sie zielt vor allem auf Mitgliederzuwächse in gewerkschaftsfernen Seg-

menten der Dienstleistungs- und High-Professional-Arbeit. Dabei bedient sie sich konfliktorientierter Mobilisierungs- und Kampagnenmethoden (*Campaigning*), die nicht selten dem Politiktypus von Nichtregierungsorganisationen entliehen werden. Zugleich gehen diese Revitalisierungsanstrengungen vielfach mit einer Rückbesinnung auf einen *Social Movement Unionism* einher, der eine aktivierte Mitgliederbasis als eigentliches Reservoir gewerkschaftlicher Organisationsmacht anerkennt.

Die IG Metall hat diesen Weg vor einiger Zeit eingeschlagen. Sie setzt in ihrer Initiative „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ auf Elemente der *Organizing-Philosophie*. So fährt sie seit längerem eine Mobilisierungskampagne, die auf Interessenvertretung und Mitgliedererwerb im Segment der weitgehend gewerkschaftsfreien Leiharbeit zielt (Kampagne: „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“). Zugleich investiert die IG Metall seit geraumer Zeit zusätzliche Mittel in Projekte, die darauf zielen, zusätzliche Betriebe zu erschließen und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Mitgliederentwicklung gibt dieser Strategie recht: Im September 2011 verzeichnete die IG Metall das erste Mal seit 22 Jahren wieder einen Mitgliederzuwachs.

Neben der Herstellung gewerkschaftlicher Organisationsmacht geht es aber auch darum, diejenigen politischen Projekte zu identifizieren, die am ehesten geeignet sind, die gewerkschaftlichen Revitalisierungs- und zugleich die gesellschaftlichen Krisenbewältigungspotenziale zu aktivieren. Die Verteidigung und Erneuerung des Sozialstaats, die Auseinandersetzung

um gute Arbeitsbedingungen sowie der grundlegende Strukturwandel der Arbeitswelt gehören hier zu den Themen- und Handlungsfeldern, die eine neue gewerkschaftlich-strategische Aufmerksamkeit verdienen.

Dies allein reicht jedoch nicht aus. Gewerkschaften sollten nicht eine rein auf sich selbst gerichtete Perspektive verfolgen. Sie sollten ihre Revitalisierungsbemühungen vielmehr in den Kontext einer breiten zivilgesellschaftlichen Aktivierung einordnen. Denn wenn es darum geht, Voraussetzungen für einen tatsächlichen Politik- und Systemwechsel zu schaffen, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Basis und eines handlungswilligen und -fähigen Akteurs. Ziel müsste die Sammlung all jener Teile der Gesellschaft sein, deren Interessen durch die kapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien der Eliten unter die Räder zu geraten drohen. Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, in dem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammenschließen und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen. Und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Für einen solchen Akteur wurde der Begriff der *Mosaik-Linken* ins Spiel gebracht (vgl. Urban 2009).

Die Mosaik-Linke

Die Mosaik-Linke ist nicht mit klassisch-linken Vorstellungen von Bündnispolitik eines mit hegemonialen Kapazitäten ausgestatteten Teilakteurs in eins zu setzen. Etwa der Intellektuellen

oder der Arbeiterklasse, die sich, gestützt auf ihr kulturelles Kapital oder ihren Organisationsvorsprung in Form straff geführter Parteien und Gewerkschaften, der Unterstützung anderer Organisationen zur Realisierung eigener Ziele zu bedienen trachten. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert vielmehr, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Funktions- oder Handlungssysteme hervorgehen. In diesen Kontexten sind die Einzelakteure nicht nur in spezifische Akteurskonstellationen und systemische Eigenlogiken eingebunden. Zugleich haben die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus einen Grad an Differenzierung und damit an Komplexität erreicht, dass kein Akteur eines Teilbereichs für sich reklamieren kann, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen oder besitzen zu können.

Fragt man für die Bundesrepublik nach Akteuren, aus denen sich die Mosaik-Linke bilden könnte, wäre neben den Gewerkschaften an die globalisierungskritischen, ökologischen und Menschenrechtsbewegungen, die diversen sozialen Selbsthilfe-Initiativen und Sozialverbände, die kritischen Teile der kulturellen Linken und Intellektuellen und nicht zuletzt die Träger kritischer Konsumentenmacht zu denken. Auf diesem Weg könnte eine neue soziale Machtform entstehen, die Klaus Dörre als *assoziierte Macht* bezeichnet hat (vgl. Dörre 2009, 263). Sie ginge – aufbauend auf progressiven Veränderungen im eigenen gesellschaftlichen Feld – aus der Verbindung der traditionellen Macht der organisierten Lohnarbeit, den Kräf-

ten einer zivilgesellschaftlich aktivierten politischen Öffentlichkeit, der Diskursmacht reaktiver kritischer Intellektueller, der Nachfragemacht politisierter Konsumenten und der Einbringung anderer Machtressourcen hervor.

Doch die Selbst-Konstituierungen der Mosaik-Linken und die Hervorbringung ihrer assoziierten Macht dürften sich als höchst widersprüchlicher und anspruchsvoller Prozess erweisen. Offensichtlich ist, dass ein solcher Kollektivakteur sich vor einem überzogenen Vereinheitlichungsanspruch hüten sollte. Eher sollte er die wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Bewegungs- und Organisationskulturen als Schlüsselressource begreifen und entwickeln. Die Welten – oder besser: die gesellschaftlichen Felder –, aus denen der Betriebsrat, die ATTAC-Aktivistin, der Hochschullehrer und die Vertreterin der Clean-Clothes-Kampagne kommen und in denen sie politisch sozialisiert wurden, könnten unterschiedlicher kaum sein. Wollen sie sich zu gemeinsamen politischen Projekten zusammenfinden, bedarf es einer Kultur der wechselseitigen Toleranz und der Akzeptanz der spezifischen Bewegungs- und Organisationskulturen. Die Bewahrung der organisationskulturellen Autonomie der Kooperierenden muss der Attraktivität einer solchen Bewegung keineswegs abträglich sein. Denn wie ein Mosaik seine Ausstrahlungskraft als Gesamtwerk entfaltet, obwohl seine Einzelteile als solche erkennbar bleiben, könnte eine neu gegründete Linke als heterogener Kollektivakteur wahrgenommen und geschätzt werden. Gerade in der Unterschiedlichkeit der Erfahrungen, Kom-

petenzen und Zugänge liegt die Chance, die aus den Widersprüchen des modernen Finanzmarkt-Kapitalismus hervorgehenden Widerständigkeiten zu einem wirkungsmächtigen Korrektiv zusammenzufügen.

Dies ist als Anspruch schneller formuliert als in der sozialen Praxis realisiert. Hier stehen komplexe Theorie- und Strategiefragen zur Debatte, etwa: Wie lässt sich trotz aller Heterogenität ein Reservoir an gemeinsamen Analysen, Wertvorstellungen und Politikentwürfen erzeugen, ohne das kollektive Handlungsfähigkeit kaum vorstellbar ist? Wie entsteht feldübergreifende Handlungsfähigkeit zwischen Akteuren, die in die Logik ihres sozialen Mikrokosmos eingebunden sind? Wie lassen sich Vorkehrungen gegen einen eventuell auftretenden imperialen Übermut einzelner Teilakteure treffen, die anderen an Organisationsmacht, Ressourcen und Konflikt Erfahrungen überlegen sein mögen und daraus im kollektiven Handlungskontext ihren Nutzen ziehen möchten? Von besonderer Bedeutung ist schließlich auch die Frage des Verhältnisses der gesellschaftlichen Mosaikakteure zu denen im politischen Feld, also den Parteien.

Demokratisierung der Wirtschaft als Projekt

Sicher ist, dass die Mosaik-Linke in ihrem Prozess der Selbst-Konstituierung ohne Projekte, die die Interessenlagen der Feldakteure bündeln und ihnen eine gemeinsame Ausrichtung verleihen, nicht auskommt. Damit stellt sich die Frage, was solche Projekte sein könnten.

Zweifelsohne müssten die umfassende Regulierung der Finanzmärk-

te und die Bändigung ihrer irrationalen Handlungslogik weit oben auf einer Agenda stehen. Nicht minder dringlich wäre die umfassende Veränderung des finanzkapitalistischen Verteilungsregimes, das unvorstellbaren privaten Reichtum, Niedriglöhne, beschämende Prekarität und bittere Armut zugleich hervorbringt. Die Zukunft dürfte noch düsterer als die Gegenwart ausfallen. Für die Unternehmen hat sich die Freisetzung prekärer Arbeit als schnelle und konfliktarme Krisenstrategie bewährt. Sie werden zukünftig in ganz neuen Dimensionen auf die Ausweitung von Befristungen, Leiharbeit, Praktika und anderen Formen diskriminierter Beschäftigung setzen. Der Gesellschaft droht eine Prekaritäts-Explosion – mit allen Folgeproblemen für den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft und die Aktionsmöglichkeiten ihrer Akteure.

Nach den gegenwärtigen Spielregeln dürfte es unter den jetzigen strukturellen Bedingungen schwer fallen, die Unternehmen von dieser Art strategischer Krisenvorsorge abzuhalten. Die Felder der Ökonomie haben sich als weitgehend stabile Bastionen von Elitenprivilegien und -macht über die Krise hinweg gerettet. Es herrschen weiterhin renditegetriebene Produkt- und Marktstrategien vor, die Aspekte wie gesellschaftliche Nützlichkeit, soziale und ökologische Verträglichkeit weitestgehend ignorieren. Nach wie vor wirken diese profit- und machtbasierten Strukturen des Shareholder-Value-Regimes als zentrale Innovationsblockade für einen öko-sozialen Umbau des Entwicklungsmodells. Die krisenbedingte Delegitimierung dieses Regimes sollte als

Chance genutzt werden, mittels einer Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse Widerstände der Wirtschafts- und Finanzeliten zu überwinden. In diesem Sinne wäre die Demokratisierung der Wirtschaft als weiteres, vielleicht wichtigstes Kernprojekt der Mosaik-Linken und als Bedingung der Möglichkeit zu begreifen, die Ökonomie vom Shareholder-Value-Regime zu befreien, das die gesamte Gesellschaft im „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) der Finanzmärkte gefangen hält und den Weg für einen öko-sozialen Umbau blockiert. Die Demokratisierung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse erweist sich so gesehen als Schlüsselfrage einer umfassenden Transformationsstrategie.

Wirtschaftsdemokratie muss dabei heute zweifelsohne als eine Mehrebenen-Konzeption formuliert werden. Wirtschaftsdemokratische Ansätze müssten auf mindestens vier Ebenen etabliert werden: als direkte Partizipation von Beschäftigten am Arbeitsplatz und im Betrieb; als Kollektivwille innerhalb und im Umfeld großer Unternehmen, der explizit macht, dass es sich bei diesen Wirtschaftsorganisationen im Grunde um öffentliche Institutionen handelt; über regionale wie nationale Wirtschafts- und Strukturräte sowie als Demokratisierung wichtiger internationaler Institutionen.

Demokratiepolitik in diesem Sinne könnte zugleich eine Möglichkeit der Erneuerung der Linken eröffnen. Demokratische Akteure im Sinne der Einflussnahme auf die strategischen Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht mehr jene „unab-

hängig voneinander existierenden, getrennten Individuen, zwischen denen nicht einmal ein Minimum an *Interaktion* stattfindet“, sondern jene Mosaikteile, die ihre Sichtweisen einander konfrontieren, „um (im Idealfall) zu einer Synthese zu gelangen, in der die Unterschiede bewahrt und aufgehoben werden, um ein *Ganzes* zu erhalten, das sich mehr als über seine einzelnen Elemente über deren Verknüpfungen definiert“ (Bourdieu 2001, 118f).

Es geht letztlich um nicht weniger als ein neues wirtschaftspolitisches Regime, in dem Gesellschaft und Politik stärker in wirtschaftliche Prozesse und Strukturen eingreifen, als dies in traditionellen sozialreformerischen Strategien angedacht wird. Einschlägige Begriffe wie soziale Marktwirtschaft, keynesianische Nachfragepolitik oder betriebliches Co-Management bleiben dahinter zurück. Als neuer Begriff scheint dagegen der Begriff der neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie geeignet. Er bringt den Anspruch von Gesellschaft und Politik zum Ausdruck, Krisenbewältigung und Strukturwandel nicht den Vermögens- und Machtinteressen privater Akteure zu überlassen. Dies ist elementar, um Folgekosten für die Gesellschaft zu begrenzen und beides im Sinne ökologischer und sozialer Verträglichkeit zu regulieren.

Öko-soziale Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts

Mit dem Projekt einer öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts sind gewaltige Aufgaben verbunden (vgl. Meine/Schumann/Urban 2011). Hierzu gehört nicht zuletzt die Beabreitung der

Frage, wie ein zeitgemäßes wirtschaftsdemokratisches Modell konzipiert werden müsste. Anregungspotenziale hierfür finden sich bei den Theoretikern der „alten“ Wirtschaftsdemokratie wie etwa Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz. Blaupausen für eine neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie halten diese Konzepte jedoch nicht bereit. Vieles an ihnen muss mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden.

Doch nicht nur konzeptionelle, wirtschaftsdemokratische Überlegungen, auch Praxiserfahrungen mit der Steuerung und Entprivatisierung von Wirtschaft geben wichtige Hinweise für die Annäherung an eine realitätstüchtige Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Hier lassen sich vor allem drei neuralgische Punkte ausfindig machen, die sich im Zuge der politischen Realisierung schnell zu manifesten Zielkonflikten auswachsen können:

Einen ersten neuralgischen Punkt stellt das Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und Partizipation an der Gestaltung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen und der Unverzichtbarkeit zentraler, überindividueller Koordinierung und Regulierung dar. Was tun, wenn individuelle Bedürfnisse und Entscheidungen den Interessen und Entscheidungen widersprechen, die auf einer anderen Ebene des gesellschaftlichen Planungsprozesses geplant oder bereits getroffen wurden? Die Bewältigung dieses Spannungsverhältnisses dürfte für die demokratische Qualität neuer Wirtschaftsmodelle von hoher Bedeutung sein.

Ein zweiter neuralgischer Punkt besteht in der unverzichtbaren Überwindung des Primats des „Betriebswohls“ in den Institutionen und Praxen der betrieblichen und unternehmenspolitischen Mitbestimmung. „Gesamtwirtschaftliche Ziele, ökologische Rücksichtnahme und Ressourcenschonung, der Beitrag des Betriebs zur öffentlichen Infrastruktur, die Beteiligung an wettbewerbspolitischen und volkswirtschaftlich zweifelhaften Konzentrationsprozessen, die Preispolitik und sonstiges Marktverhalten, etwa Kampagnen zwecks Verdrängungswettbewerbs etc., stehen nicht im Focus der betrieblichen Mitbestimmung.“ (Hensche 2011, 37) Denn unter den Bedingungen des globalen und aggressiver werdenden kapitalistischen Auslesewettbewerbs sind die objektiven Spielräume zur Realisierung von Maßnahmen, die im einzelnen Betrieb und dauerhaft die Rentabilität des eingesetzten Kapitals unter die erforderlichen Standards drücken, kaum auf Dauer durchzuhalten. Die Infragestellung der ökonomischen Existenzfähigkeit des Unternehmens ist nur eine Frage der Zeit. In dieser Konstellation ist die oftmals auch in den Gewerkschaften vorherrschende defizitäre ökologische Sensibilität sowie die mitunter tiefe Verwurzelung des Standortdenkens weniger dem Versagen gewerkschaftlicher oder betrieblicher VertreterInnen zuzuschreiben, als vielmehr Ausdruck der objektiven, ökonomischen Logik der Konstellation. Hier steht die Frage nach der Regulierung dieses Mechanismus auf der Tagesordnung. Es geht darum, soziale und ökologische Erfordernisse auch gegen die betriebswirtschaftliche

Renditelogik mit Macht zur Geltung zu bringen – ohne die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens zu gefährden. Ob dies gelingt, wird entscheidend für die soziale und ökologische Qualität des neuen Wirtschaftsmodells sein.

Den dritten neuralgischen Punkt bildet die Frage, welches Modell der volkswirtschaftlichen Koordinierung einzelwirtschaftlicher Aktivitäten (Modell der „Ressourcen-Allokation“) dominieren sollte, wenn der marktwirtschaftlich-renditeorientierte Mechanismus eklatante Defizite aufweist. Diese Frage reicht ins Zentrum wirtschaftsdemokratischer Modelle. Im Kern betrifft sie das Verhältnis zwischen Markt und Planung. Hier gilt es gerade aus den Erfahrungen der gescheiterten Modelle staatsbürokratischer Planwirtschaften klug zu werden. Die Frage ist, ob und wie es gelingt, die komparativen Vorteile von Markt und politischer Planung im Sinne optimaler Effizienz und Partizipation zu kombinieren; ob und wie es gelingt, langfristige soziale und ökologische Nachhaltigkeitserfordernisse gegenüber kurzfristigen Einzelinteressen zur Geltung zu bringen.

Damit ist die Dimension der konzeptionellen Aufgabe umrissen. Ohne Zweifel wird die Bearbeitung erheblicher Anstrengungen bedürfen. Evident ist zudem, dass wirtschaftsdemokratische Fortschritte – gleichgültig, ob sie an die Grenzen einer kapitalistischen Ökonomie oder darüber hinausreichen – nur im Rahmen eines andauernden, konfliktintensiven Prozesses realisiert werden können. Der *eine* große Wurf wird Illusion bleiben. Mit anderen Worten:

Die Überführung der gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen Marktökonomie in eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie bedarf einzelner reformpolitischer Projekte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten im politischen Mehrebenen-System zu entwickeln und anzugehen sind. Sie können gleichsam als Steine beziehungsweise Bauelemente eines wirtschaftsdemokratischen Hauses begriffen werden, die von unterschiedlichen Handwerkergruppen in unterschiedlichen Bauphasen, jedoch nach einem gemeinsamen Plan zusammengefügt werden müssen.

Die detaillierte Beschreibung des Bauplans einschließlich seiner einzelnen Bauelemente und Bauphasen würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Sie ist ohnehin eine nur kollektiv zu bewältigende Aufgabe. Sollten die Beteiligten an der Wirtschaftsdemokratie-Debatte sich ein solches gemeinsames Selbstverständnis erarbeiten, wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Aber schon auf der Basis des jetzigen Diskussionsprozesses und der Erfahrungen der Großen Krise lassen sich konkrete erste Umsetzungsprojekte benennen, die tragende Säulen eines wirtschaftsdemokratischen Hauses sein könnten. Sie wären für die ersten Phasen des Umbaus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung. Sie markieren konkrete Reformforderungen und -ziele:

- Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert und das Euro-Finanzregime reformiert werden, um den politischen (Regierungen) und arbeitsmarktpolitischen (Unternehmen, betriebliche Interessenvertre-

tungen, Gewerkschaften) Akteuren wirtschaftsdemokratische Handlungsoptionen zu eröffnen.

- Die normative und realpolitische Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik muss erheblich erweitert werden, um die marktvermittelte wirtschaftliche Wertschöpfung („Primärverteilung“) zu korrigieren und sie gemäß den volkswirtschaftlichen und sozialstaatlichen Erfordernisse zu verteilen und die notwendigen Anreize/Auflagen für die öko-soziale Transformation industrieller Sektoren zu setzen.
- Dem privatkapitalistischen Eigentum muss öffentliches und genossenschaftliches Eigentum zur Seite gestellt werden, um die Überführung einer rein kapitalistischen zu einer gemischten Eigentumsordnung zu beginnen und einen umfassenden Sektor öffentlicher Güter zu fördern.
- Entgrenzung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit müssen gestoppt und ein neues „Normalarbeitsverhältnis“ muss institutionell etabliert werden, um individuelle Autonomie mit kollektivem sozialen Schutz zu verbinden.
- Durch umfassende Mitbestimmungs- und Interventionsrechte der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Belegschaften müssen die privatkapitalistischen Eigentums- und Verfügungsrechte eingeschränkt und die Bedarfe der Gesellschaft und der Lohnabhängigen nach sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in die unternehmerische Politik einfließen können.

- Mittels makro- und mikroregionaler Strukturräte gilt es, den wirtschaftlichen Lenkungs-, Planungs- und Umbauprozessen einen institutionellen Ort und entsprechende Kompetenzen zu geben.

Zweifelsohne müssen diese Umsetzungsprojekte konkretisiert und mit Strategien zur politischen Realisierung verbunden werden. Ansonsten werden sie fromme Wünsche gut meinender Menschen bleiben. Das ist keine einfache Aufgabe. Schon der kurze Blick auf den hier skizzierten Bauplan lässt deutlich werden: Alle Einzelvorhaben der ersten Bauphasen stellen Megaprojekte dar, die nicht nur aufgrund ihrer sachlichen Komplexität, sondern vor allem mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im realen Finanzmarkt-Kapitalismus mehr als anspruchsvoll sind. Dabei dürfte es nicht einmal schwer fallen, verbleibende Unzulänglichkeiten und Defizite dieser Pläne zu benennen. Dies festzustellen, heißt nicht, einer Strategie der Selbstentmutigung das Wort zu reden. Wohl aber mahnt der Hinweis zu einer gewissen Geduld und rät zu einem Mindestmaß an machtpolitischem Realismus.

Ausblick

Wahrlich ist eine neue öko-soziale Wirtschaftsdemokratie ein ambitioniertes Projekt – für die Gewerkschaften und für eine neue Mosaik-Linke. Und die aktuelle Ausgangslage macht die Sache nicht leichter: Mit dem verteilungspolitischen Roll back im Zuge der Krise hat sich ein enormer verteilungspolitischer Korrekturbedarf aufgestaut,

der Fragen der Verteilung der zukünftigen Wertschöpfung in den Vordergrund und Fragen der Demokratie in den Hintergrund drängt. Entscheidend wird sein, ob die Gewerkschaften und anderen Kräfte der Mosaik-Linken das Projekt einer neuen öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie angesichts der realen Kräfteverhältnisse in Betrieb und Gesellschaft als Luxus- oder Utopiethema zurückweisen und in die ferne Zukunft verschieben. Oder ob es als Voraussetzung der Möglichkeit begriffen wird, der demokratieunverträglichen Anmaßung der Finanzeliten Einhalt zu gebieten und die Perspektive auf eine solidarischere Ökonomie und Gesellschaft offen zu halten. Es ist höchste Zeit, die Debatte zu beginnen. Denn wer die gegenwärtigen Probleme mit Erfolgsaussichten angehen will, der kann auf mehr Demokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nicht verzichten.

Literatur

- Altwater, Elmar (2009): Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2009.
- Bourdieu, Pierre (2001): „Formen politischen Handelns und Existenzweisen von Gruppen“. In: Bourdieu, Pierre: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.
- Dörre, Klaus (2008): Die strategische Wahl der Gewerkschaften. Erneuerung durch Organizing? In: WSI Mitteilungen, Nr. 1/2008.
- Dörre, Klaus (2009): Landnahme, sozialer Konflikt, Alternativen – (mehr als) eine

- Replik. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stefan/Rosa, Hartmut Rosa (Hg.): Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/M..
- Fuchs, Johann u.a. (2011): Schwere Zeiten für den Arbeitsmarkt. Prognose 2011/2012. IAB-Kurzbericht 19/2011.
- Hensche, Detlef (2011): Markt und Mitbestimmung, in: Sozialismus H. 1, S. 35–46.
- Hickel, Rudolf (2011): Nach der Rettung ist vor der Rettung. Europa in der Krisenschleife. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2011, S. 60–68.
- Horn, Gustav A. /Stein, Ulrike (2010): Kapital gewinnt – Arbeit verliert, in: Wirtschaftsdienst H. 7, S. 439–443.
- Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2011: Gemeinschaftsdiagnose. Herbst 2011. Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur. http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/forecasts/forecasts_container/GD20111013/GD-Herbst-11.pdf. Download 13.10.2011.
- Rehder, Britta (2008): Revitalisierung der Gewerkschaften? In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3/2008.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2009, S. 71–78
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Niedergang oder Comeback der Gewerkschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13–14/2010
- Urban, Hans-Jürgen (2011): Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2011, S. 77–88.

Der ordnungspolitische Fortschritt, den das Land wirklich braucht, wird nicht einmal erwähnt

Zum „neuen Fortschritt“ im „Entwurf“ der Sozialdemokratie

Ein neuer Fortschritt ist nötig, so postuliert es der *Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm*, vorgelegt auf der Jahresauftaktklausur am 10. und 11. Januar 2011. (Im Folgenden zit. als „Entwurf“). Beachtliches wird dabei geleistet. Das moderne Fortschrittsverständnis wird mit den natürlichen Lebensbedingungen und den sozialen Fragen aus den politischen Überzeugungen der Sozialdemokratie heraus konfrontiert. Politische Gestaltungsoptionen, auch für künftige technische Großprojekte, werden im Lichte der folgenden Leitsätze konkretisiert, die auch als politische Projekte erkennbar werden:

Dem Fortschritt eine neue Richtung geben: ein sozialdemokratisches Projekt:

- Neuer Fortschritt ist nachhaltig.
- Neuer Fortschritt ist Wachstum für ein besseres Leben.
- Neuer Fortschritt ist innovativ.
- Neuer Fortschritt ist gute Arbeit und gutes Leben.
- Neuer Fortschritt ist sozial und gerecht.
- Neuer Fortschritt ist europäisch und global.
- Neuer Fortschritt ist demokratisch.

Der neue Fortschritt wird als ein „*Programm zur Gerechtigkeit*“ verstanden. In der Tat werden in dem „Entwurf“ eine Reihe wichtiger Gestaltungsansätze für den Fortschritt konzeptionell verdichtet und für die aktuelle politische Lage auf den Begriff gebracht. Das genauere Hinsehen zeigt jedoch, dass der gesellschaftliche Fortschritt selber, bezogen auf die ordnungspolitischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, bezogen auf den die Probleme bedingenden Gesellschaftsaufbau und Ordnungsrahmen, keine neuen Begriffe findet und das Ganze daher nur, wenn auch in einer besonders intensiven Akzentuierung, als Neubelebung klassischer sozialdemokratischer Politikansätze im gegenwärtigen Krisenmanagement der europäischen Staaten bezeichnet werden kann.

Im Vordergrund steht im „Entwurf“ (in *Stichworten*): Wir brauchen eine nachhaltige Investitionskultur, um von den Leitmärkten der Zukunft zu profitieren. Steuerliche Anreize und öffentliche Investitionen sollen das fördern. Das klingt ziemlich neoliberal, ist aber richtig. Wir brauchen eine europäische Währungs- und Finanzmarktarchitektur, die mehr beinhaltet als das gemeinsame Eintreten für Preisstabilität und

Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten. (S.14) Eine europäische Wirtschaftsregierung soll künftig die gesamtschuldnerische Haft für die Staatsschulden der Eurozone übernehmen. Das ist viel zu wenig, wenn die Reform der Finanzmärkte ernst genommen werden will. Eine Reform des Geldwesens erscheint im „Entwurf“ als Thema nicht. Neue Eigentums- und Partizipationsformen sollen entwickelt werden. Erwähnt werden an dieser Stelle allerdings nur die alten: Revitalisierung des Genossenschaftswesens, Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung an den Geschäftsergebnissen und Ausweitung der Mitbestimmung. (S. 17 f.) Es wird festgestellt, Märkte sind sozial blind, der Sozialstaat kann und soll dies verändern (S.18), Privatwirtschaft und Staat sind deshalb als komplementäre und kooperative Akteure und Pioniere gefragt (S.17). Aber wer ist denn dann wirklich letztlich beteiligt, außer den gesellschaftlichen Großakteuren, von denen eine kritische Analyse ihrer ursächlichen Verflochtenheit in die Krise eher nicht zu erwarten ist, und die in ihrem schon langen Zusammenwirken doch die Wirklichkeit geschaffen haben, die gerade droht in sich zusammen zu fallen.

Insgesamt zeigt der „Entwurf“ für die aktuelle Problemlage eine Reihe passender Politikansätze, die auch ein eigenes sozialdemokratisches Profil erkennen lassen. Es fehlt aber eine ausgearbeitete Perspektive für die Überwindung der grundsätzlichen Staatskrise in der Sozialen Marktwirtschaft. Die Altschulden von ca. zwei Billionen Euro zeigen, dass der Staatshaushalt ca. acht Jahre lang noch gar nicht bezahlt ist.

Glaubt man wirklich dieses mit neuer wachstumsbezogener Industriepolitik und Steuererhöhungen bewältigen zu können? Nichts im Ausgabeverhalten der Staaten deutet darauf hin, dass eine europäische Kompetenz in Wirtschaftsfragen andere Ansätze einer sozialen Gestaltung verkörpern würde als die der bisherigen staatlichen Überforderung und Verschuldungsstrategien. Die Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft wird im Lichte der gegenwärtigen Staatsschulden im Fortschrittsentwurf gar nicht reflektiert. Schuldenmachen für weiteres Wachstum wird empfohlen. Es gibt weiterführend keinerlei Hinweise auf Reformen für die Fortbildung der überkommenen gesellschaftlichen Strukturen, welche die Menschen auf eine neue Weise verantwortlich in die sozialen Prozesse stellen würden, so dass der Problemanfall für den Staat sich verringern könnte und politisch noch zu leisten wäre. Die grundsätzliche Aufgabenüberforderung des Staates auf der Basis einer mangelhaften Vergesellschaftung der Individuen in der Sozialen Marktwirtschaft wird im Rausch der Fortschrittsperspektiven nicht mehr wahrgenommen. Es entstehen auch keine neuen Begriffe in das gesellschaftliche Geldwesen hinein, aus denen der Finanzmarkt auf eine neue Weise entstehen und gesellschaftsfördernd zur Wirkung kommen könnte.

Die Gesellschaft und der Staat bleiben in diesem „Entwurf“ die alten und das in einem „neuen Fortschrittskonzept“. Das Verhalten der Menschen wird von den Strukturen des Zusammenlebens her nicht grundsätzlich neu orientiert. Der Kapitalismus wird weiterhin

nur „eingehegt“, anstatt die wirtschaftlich Handelnden in ihrer Arbeitsteiligkeit und Abhängigkeit voneinander selber problemlösend in die Verantwortung zu nehmen, und die Wirtschaft als soziale Teilordnung in ihrer Verfasstheit weiter zu entwickeln. Mehr „Regeln“ um das Alte herum sind noch keine neue und fortschrittlichere Weise der Vergesellschaftung. Die gewohnten Verhaltensweisen bleiben im enger gezogenen Rahmen dabei eher unverändert und in der Tiefe, trotz neuer Regeln, weiterhin wirksam, auch in ihren ganz offensichtlichen Dysfunktionen. Den neuen Fortschritt in der in den Leitsätzen ausgedrückten Perspektive zu gestalten, kann kein Staat ohne die veränderte Mitwirkung der Menschen in den unmittelbaren Lebensverhältnissen. Und das wiederum setzt bei diesen einen anderen als einen rein interessenbezogenen Zugang zur Gesellschaft voraus, wie er heute dominant geworden ist. Wir müssen in den Sozialprozessen die Gemeinschaft unmittelbar wollen und nicht als ein Nebenprodukt der Verfolgung unserer Individualinteressen. Bevor wir den Fortschritt gesellschaftlich und politisch neu machen können, müssen wir doch selber erst einmal neu werden bezüglich unserer gegebenen Weise in die sozialen Prozesse einzutreten und das muss auch durch strukturelle Erneuerung gestützt werden. Hierfür gibt es jedoch keinerlei auch nur andeutende Hinweise im „Entwurf“.

Die oben erwähnten Leitsätze der Gestaltung des Fortschritts verdienen Anerkennung, lassen jedoch keine neue Gesellschaft von den Strukturen her als Projekt erkennen und noch weniger

eine neue Bewusstseinslage der Individuen im Hinblick auf ihre verursachende und verantwortende Rolle bezüglich der sozialen und ökologischen Fragen. Wie viel Sozialstaat ist schon bemüht worden, ohne dass Naturzerstörung, soziale Ungleichheit, echte Armut, prekäre Lebensverhältnisse und elementare Ungerechtigkeiten in den Industriestaaten als zunehmende Trends umgekehrt worden wären. Was dem Land aber vorrangig fehlt, sind nicht ausgefeilte neue Strategien des Wachstums und der Steuereintreibung, sondern eine langfristige Strategie, die die Menschen mit neuen Anforderungen an ihr soziales Bewusstsein und ihre soziale Verantwortung in den sozialen Prozesse konfrontiert, bevor die gegenwärtig nicht mehr bezahlbaren politischen Kosten des gesellschaftlichen Handelns für das hinter den Problemen herlaufende politische Gemeinwesen entstehen.

Die Gesellschaftsformation, die die Probleme erzeugt, die Soziale Marktwirtschaft und in ihr die Eigentumsfragen, das Geldwesen und die Wirtschaftsverfassung werden in dem vorgelegten Entwurf als Themen des Fortschritts ausgelassen. Welche Zukunft kann denn dann noch entstehen, auch wenn den Menschen im Hinblick auf einen Gesellschaftswandel dafür gar nichts abverlangt wird. Die Frage nach einem neuen Fortschritt lautet nicht wie viel Staat wir brauchen in einer gegebenen Gesellschaft, sondern wie die problem erzeugende Gesellschaft neu verfasst werden muss, um einen sozial und ökologisch verantwortbaren Fortschritt und einen handlungsfähigen Staat zur Erscheinung zu bringen.

Zur Leitsatzbildung des „neuen Fortschritts“

Was im „Entwurf“ nicht beabsichtigt war und in seiner grundsätzlichen Struktur wohl auch nicht möglich, ist ein Konzept der sozialen und ökologischen Gesellschaftsreform mit sorgfältiger Gradualisierung der Reformschritte zu einer Gesamtwirkung und ihrer Integration in ein Gesamtprogramm. Was aber da ist, sind umfassende und auch ausgearbeitete Leitsätze, aus denen jederzeit und situationsbezogen eine in sich stimmige Politik der Fortschrittsgestaltung hervorgehen kann. Der Entwurf erweist sich hier als strategisch und definiert Offenheiten für eine politische Gestaltung. Leitbilder sind Zukunftsbilder. Sie orientieren das politische Handeln und die gesellschaftlichen Akteure. Sie zwingen uns, gewohnte Vorstellungen von der sozialen Wirklichkeit aufzugeben. Sie definieren einen Möglichkeitsraum und das Machbare. Durch Leitbilder befreien wir uns von den im Alltag aufgedrängten gewohnten und zwanghaften Vorstellungen und setzen diesen bewusst etwas entgegen, das sie unwirksam macht (Lindenau, 1983, S. 116 ff.) und zugleich Perspektiven für unser eigenes Handeln entstehen lässt. Leitbilder vermitteln uns ein ständig neu zu konkretisierendes Verständnis der sozialen Wirklichkeit und auch Zielbilder für unser politisches Handeln. Leitbilder zeigen Zusammenhänge auf und machen uns urteilssicher. Es entstehen Bilder möglicher Zukünfte in einer Weise, die ein Lernen im eigenen Handeln anregen. Bild ist dabei, was als Wirklichkeit im eigenen sozialen Handeln entsteht. Sozialer Fortschritt kann we-

der technisch noch theoretisch erzeugt werden. Die Menschen müssen ihn selber hervorbringen und dafür in ihr Bewusstsein nehmen. Nur so entsteht die soziale Zukunft, hier ein Fortschritt in der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, als Bild einer sich entwickelnden aktiven Sozialität im sozialen Raum und eines neuen Verhältnisses zur Natur als der zu bewahrenden Lebensgrundlage.

Der Ansatzpunkt für die Wirksamkeit der Leitbilder muss bei den Motiven der Menschen liegen. Das Hauptproblem ist nicht das Imaginieren von Leitbildern an sich, sondern das Erfordernis, die Zukunftsbilder, hier auf den neuen Fortschritt bezogen, auch motivkräftig zu entwickeln. Dieses ist bekanntlich der Sozialdemokratie bereits mehrfach erfolgreich gelungen. „Mut zur Veränderung“ hat den Perspektivenwandel auf die Arbeitsverwandlung in der rot-grünen Regierung orientiert und „Mehr Demokratie wagen“ die antiautoritären Impulse der 68er Bewegung in gesellschaftlich produktive Bahnen gelenkt. Ob der neue Fortschritt mit einem Leitbild wie ein „Programm für Gerechtigkeit“ (S.18) gut präsentiert werden könnte, muss sich noch zeigen. In jedem Fall läge hier ein guter Ausgangspunkt auch für die Weiterbildung der ordnungspolitischen Wirklichkeit der Gegenwartsgesellschaft, die das Papier als unmittelbares Thema jedoch völlig ausgeblendet hat.

Verschiedene Gefahren müssen in der Leitbildentwicklung für politische Ziele beachtet werden: Projektionen von innovativen Potenzen sollten rational verständlich sein, denn sonst wird aus dem Möglichen das Fremde, etwas

Fiktives oder ein Phantasma, jenseits der Möglichkeit verantwortlichen Handelns. (Klages, 1968, S.55f.) Der Fortschritt würde lahm gelegt, das Leitbild ausgebremst anstatt handlungsstimulierend zur Wirkung gebracht zu werden. Um eine wirkliche Perspektivität jenseits pragmatischer Gegenwartsbezogenheit im Leitbild zu erreichen, sollten Leitbilder eine große inhaltliche Reichweite und viel innere Differenzierung aufweisen, was im „Entwurf“ auch in Erscheinung tritt, von der ordnungspolitischen Abstinenz im Fortschrittsdenken einmal abgesehen. Teilprojektionen machen nur wenig Sinn, da sie dann hinsichtlich des Gesamtbildes und ihres gegenseitigen Verhältnisses ungeklärt bleiben. Im „Entwurf“ fehlen jedoch völlig Gesamtprojektionen im Hinblick auf elementare ordnungspolitische Grundlagen des Zusammenlebens, deren Fortschreiten nicht zum Thema wird. Es muss im Leitbild ferner die Möglichkeit bestehen komplexe Zusammenhänge wie auch Details zu beschreiben. Das Bild muss beweglich bleiben und in ein anderes überführt werden können, immer wieder in der Zielsetzung sich einem Optimalbild der Zukunft zu nähern. (Klages, a.a.O., S, 58f.)

Fortschrittsfragen, die der Entwurf zu wenig stellt

In der gegenwärtig zu beobachtenden zunehmenden sozialen Spaltung der Bevölkerung, bei lachenden und schmarotzenden Finanzmarktprofiteuren sowie gleichzeitig bedrohlichem Kassenschwund der Staaten, steht inzwischen das Gesellschaftsgefüge selber zur Disposition. Die Stärkung unserer

internationalen Wettbewerbsfähigkeit als vorrangig postulierter Lösung greift zu kurz und geht immer auch auf Kosten anderer. Ein Wirtschaften, das sich nicht an den Lebensbedingungen aller orientiert, zerstört den sozialen Frieden und die demokratische Basis im Zusammenleben. Ein ordnungspolitischer Schnitt, der die Beziehungen der Wirtschaftsakteure rechtlich neu ordnet und sie problembezogen auf eine Zusammenarbeit und soziale Verantwortungsübernahme anstelle eines ausschließlichen Konkurrenzverhältnisses und individueller Wohlfahrtsoptimierung orientiert, ist schon lange überfällig. Es fehlen jedoch die Begriffe für eine Neuorientierung in der Kapitalverfügung. So ist etwa die verfestigte Gewohnheit unserer Gesellschaft, die Arbeit als Kosten der Wirtschaft zu bezeichnen, um ihren Preis zu drücken, eigentlich ein gesellschaftlicher Skandal, der weltweit nicht mehr akzeptiert werden dürfte. Es wird daher eine Frage des gesellschaftlichen Fortschrittes, in der Arbeit der Menschen eine Wertschöpfung zu sehen, die dazu führt, dass Löhne als Anteil der Mitarbeiter am Unternehmensertrag entstehen, d.h. als Teil der Wertschöpfung, die das Kapital bisher für sich allein einvernimmt und die Mitarbeiter damit als Unselbständige anstatt als gleichberechtigte Partner in die Verantwortung bringt. Da wird ein Fortschritt in der Arbeitsverfassung doch überfällig. Stattdessen entsteht im Wettbewerb ein andauernder Druck auf Lohnsenkung und Verminderung der Sozialstaatskosten, der im Kern gesellschaftszerstörenden Charakter hat. Wer nicht mitmacht, gefährdet demnach Eu-

ropa und jede Kürzung wird als Durchbruch hin zum ökonomischen Denken gefeiert. Hier fehlt die grundlegende Reflexion darauf, wofür die Ökonomie als gesellschaftlich gewollter und ermöglichter Prozess eigentlich da ist.

Die sozialen Wirkungen des Wirtschaftens kommen in den gegenwärtigen ordnungspolitischen Strukturen der Wirtschaft den Profiteuren völlig legal weder in ein Bewusstsein noch in das Handeln. Die neue Macht der Kapitalmärkte zeugt davon. Die soziale Geldwirklichkeit in ihnen wird nicht zum Thema. Die Parolen der Politik lauten, wir müssen die Märkte beruhigen. Das ist ein Hohn auf die in unserem Finanzwesen enthaltenen Dysfunktionen und es betrifft auch die leistenden Unternehmen zu ihrem Schaden. Der Wert der Aktienkurse ist schon lange nicht mehr gedeckt durch die Produktivvermögen. Und steigende Kurse erzeugen Druck auf die Unternehmen überproportionale Dividenden auf die Geldblasen zu zahlen, nicht nur den Aktionären sondern auch den zu Mitaktionären gemachten Managern. Der Zugriff der Kapitaleseite auf die Substanz der Unternehmen ist bestens abgesichert. Die die Wertschöpfung jedoch durch ihre Arbeit Bewirkenden werden je nach Bedarf als Kostenfaktor berücksichtigt. Hier und da werden sie durch Vergünstigungen zum Mitwirken an dem Treiben angeregt. Das Kapital wirkt antisozial und das völlig legal in unserer ansonsten bezüglich ihrer sozialen Weiterentwicklung tabuisierten Wirtschaftsordnung.

Die zunehmende Globalisierung, in die hinein sich das Marktdenken und das Wirtschaften auf der Basis unko-

ordinierter Einzelentscheidungen fortsetzt, zeitigt weltweit eine zunehmende Sozialsplaltung. Als Auswege bieten sich vordergründig zwei Antworten an: mehr Wettbewerb bei gleichzeitiger Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, nur so könnten wir von der Globalisierung profitieren, der neoliberale Weg, und zum anderen, die staatliche Souveränität international auszuweiten, größere politische Einheiten zu schaffen und die Herrschaft der Politik wieder herzustellen. Dabei wird übersehen, dass die gegenwärtigen Verhältnisse doch auch und gerade unter der Mitverantwortung von Regierungen und Parlamenten entstanden sind. Was spricht eigentlich für die Annahme, dass größere politische Einheiten sich anders verhalten würden als es heute auf einer nationalstaatlichen Ebene geschieht. Es sei denn, es käme zu wirklich neuen Denk- und Verhaltensweisen, die es erlauben zu den tieferen Ursachen der Probleme vorzudringen, was in der Gegenwart heißt, das ökonomische Denken zu erneuern und die ordnungspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Arbeit, Boden, Wissen und Kapital auf eine soziale und kreative Weise wirtschaftlich in Erscheinung treten zu können. Dafür bedarf es jedoch neuer Begriffe und eine Weiterentwicklung in den Grundlagen des Zusammenlebens, was in der Regel abgewehrt wird. (Herrmannstorfer, 1997, S23 f.)

An ordnungspolitischem Fortschritt mangelt es überall

Die Marktwirtschaft in ihrer Verbindung mit dem sozial ausgleichenden Staat grundlegend zu reformieren, da liegt der eigentliche Fortschritt, den wir

weltweit brauchen. Wir müssen anfangen die Konsequenzen daraus zu ziehen, dass jede wirtschaftliche Handlung irgendwo auf der Welt eine Gegenbuchung hat: Wo sich jemand egoistisch bereichert, da entsteht an anderen Orten Armut, erkennbar an Gegenbuchungen: Umweltzerstörung durch Rohstoffausbeutung, Schuldenberge anderer durch unsere Exportüberschüsse, Einwanderung aus Armutsgebieten, weil die Mittelklassen der reichen Ländern sich ihren Wohlstand von diesen preiswert liefern lassen. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 29 f.) Wirtschaften darf künftig nicht mehr als Selbstbedienungsladen einseitiger Individualinteressen verstanden werden. Höhere Motive müssen zur Wirkung kommen. Es geht um das Wohl sozialer Gesamtheiten und Wirtschaften ist ein arbeitsteiliger Prozess, der gegenseitige Abhängigkeiten, also einen Bedarf an Zusammenarbeit und Koordination in den Markt hinein entstehen lässt. Dies erfordert Interessenbegegnung und Interessenausgleich, in der Zukunft schon in den Wirtschaftsprozessen selbst und nicht erst nachträglich. Die Wirtschaftsverfassung sollte hier weiter entwickelt werden und Möglichkeitsräume sozialer Bewusstheit und sozialer Verantwortung in die Aushandlungsprozesse der Wirtschaftenden hinein eröffnen und einfordern. Die Marktwirtschaft muss an dieser Stelle ordnungspolitisch durch assoziativ-genossenschaftliche Formen der gesellschaftsunmittelbaren Problembearbeitung durch die Wirtschaftenden erweitert werden, welche der Markt nicht will und der Sozialismus nicht freiheitlich bewirken konnte. Nur wo die Wirtschaft die Folgen ihres

Handelns selbstverantwortet und selbstverwaltend bearbeitet, entsteht eine Bewusstheit vom tatsächlichen Zusammenhang der Einzelverhaltensweisen und ihrer Auswirkungen auf die Gesamtheit sowie die Möglichkeit diese als Verursacher selber zu bearbeiten, statt über den Staat andere dafür verantwortlich zu machen. Um das hervorzubringen, müssen wir allerdings unsere überholte Modellvorstellung vom Markt und der vermeintlichen staatlichen Leistungsfähigkeit zur Auflösung bringen.

Wir müssen lernen, die Stellung der Produktionsfaktoren, Arbeit, Boden, Kapital aus dem sozialen Prozess heraus zu verstehen. Arbeit, Boden und Kapital müssen in der Zukunft durch Rechtsverhältnisse hindurch wirtschaftlich wirksam werden. Rechte lassen sich nicht kaufen. Nur so kann die Motivbildung des Wirtschaftens aus ihrer Bindung an das Einzelinteresse befreit werden. Stattdessen wird aber heute die Geldmacht auf den Thron gehoben, die sich in den Krisen systemisch aufführt, statt sozial verantwortlich zu werden – aus eigener freier Initiative, nicht jeder für sich sondern durch Absprachen und Vereinbarungen. Dem gesamtwirtschaftlich erforderlichen Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage muss ein Lebensgleichgewicht der einzelnen entsprechen zwischen ihrem Fähigkeitspotential und der zu dessen Entfaltung notwendigen Bedürfnisbefriedigung. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 41) In der modernen Weltwirtschaft wird der ursprüngliche von sozialer Gegenseitigkeit geprägte Markt zu einem anonymen, sozial blinden Wirkungszusammenhang.

Ohne Tausch wäre keine Gemeinschaft möglich – hatte schon Aristoteles betont. Wie aber kommen wir zu gerechten Preisen, d.h. zu einem sozial akzeptablen Wertverhältnis der getauschten Arbeitsleistung? Preisgerechtigkeit ist eine Fortschrittsfrage für viele und immer wieder, die aber bei den Rechten der Menschen und ihrer Angewiesenheit aufeinander ansetzt. Wo bleibt denn dieser so notwendige Fortschritt und wie sieht er thematisch aus. „Die Selbständigkeit der demokratischen Mündigkeit nützt in der Lebensrealität nichts, wenn nicht auch die Frage des wirtschaftlichen Anteiles des einzelnen am Leisten und Verbrauchen gerecht geregelt wird.“ (Herrmannstorfer, a.a.O., S.39) Ohne Tausch wäre keine Gemeinschaft möglich, und kein Tausch ohne Gleichheit, und keine Gleichheit ohne messende Vergleichbarkeit, heißt es weitergehend bei Aristoteles. Wer dieses durch menschliche Einsicht nicht für regelbar hält, verbannt den einzelnen in den Egoismus und lässt seine Mündigkeit, auf die wir in der Moderne doch stolz sind, zur Illusion werden.

Wie sähe denn der gesellschaftliche Fortschritt aus, aus dem heraus wir in die Lage versetzt würden, Gerechtigkeit in die Tauschverhältnisse zu bringen? Wieso ist es denn ein „objektiv“ richtiges Preisverhältnis, das auf dem Markt niedrig entsteht, wenn wenigen unternehmerischen Nachfragern oder einer besonders produktiven Technologie ein Heer Arbeitssuchender entgegen steht? Die Produktivität, die alle am Leben erhalten könnte, ist doch da. Und der Lebenserhalt ist ein natürliches und ver-

fassungsmäßig verbürgtes Recht. Das merken wir aber nicht wirklich, weil wir die Arbeit zur Ware machen. Dass ich als Unternehmer, wenn ich einem Arbeiter zehn Euro bezahle und zehn Arbeitern je einen Euro bezahlen könnte, weil diese keine andere Arbeit finden, ist statistisch richtig, aber nicht objektiv oder sozial, wie eben der ganze Markt. Dem geht nämlich die subjektiv-interessenorientierte Vorentscheidung voraus, dass wir die Produktionsfaktoren Arbeit und auch das Geld zur Ware machen und unsere Machtposition nutzen, anstatt zu einem von der sozialen Lebenswirklichkeit nicht abgekoppelten Rechtsverhältnis. Durch das Verfügen über die Unternehmen nach Kapitalgesichtspunkten, können diese ebenso wie eine Ware gekauft oder verkauft werden. Anstelle freier Kooperationen zwischen den Unternehmen haben wir dann eine gewaltige Konzentrationswelle. Menschen und Arbeitsverträge werden gleich mit verkauft. Eigentliche Rechtsbeziehungen werden zur Ware, zum Gegenstand des Treibens an der Börse und auf dem Arbeitsmarkt.

„Seinen“ Preis (Aristoteles), und damit ist der gerechte Preis gemeint, soll jeder Leistende für seine Arbeit erhalten. Statt uns um diesen in mündigen Absprachen auf freiheitlicher Grundlage immer wieder zu bemühen, handeln wir mit Geld, das heute zu einem unrellen Konkurrenten des Warenstromes wird – ein irrlichterendes Treiben, computergestützt, sozial nicht gebunden und ständig aufgeblasen ein Vielfaches der realen Leistungsströme betragend. Folgeschwere Devisenkursschwankungen, chaotisierte Waren- und In-

vestitionsgüterströme und inflatorische Tendenzen sind die Folge. Das Geld hat dabei auch seine Funktion als Messinstrument verloren. Und das sind die Märkte, die die Politik beruhigen soll? Scheinmärkte sind das und ein antisoziales Treiben. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 43)

Preisbildung ist notwendig, weil nicht beliebig viele Güter zur Verfügung stehen. Aber wie viel von dem sozialen Leben, das die Güter und Dienstleistungen zur Voraussetzung haben und das sie zugleich erzeugen, scheint durch die bloße Zahl auf einem Etikett hindurch? Hieran muss gearbeitet werden. Der Preis ist das Ende des Wirtschaftsprozesses und sollte der Anfang der Wirtschaftsgestaltung werden. Das ist nicht immer kaufbezogene Billigkeit der Leistung. Übervorteilung gewinnt da oft an Macht statt eines Rechtsbewusstseins aus dem Wissen, dass es in der modernen Wirtschaft nicht mehr um Selbstversorgung geht, sondern um Gleichberechtigung und arbeitsteilige Angewiesenheit aufeinander. Wer aus den oft zufälligen statistischen Angebots- und Nachfrageverhältnissen heraus teuer verkaufen und billig einkaufen kann, wird jedoch nicht als ungerecht wahrgenommen, sondern als erfolgreich. Das ist Selbstgerechtigkeit. Aussichten auf Preisvorteile regieren das Geschäft, nicht die aristotelische Proportionalität, die besagt, dass die Preise den vollständigen gegenseitigen Austausch der Tagewerke ermöglichen sollen, eigentlich nur das auskömmliche Weiterleben für jeden, was sozial ausgehandelt werden könnte, mündig und frei, wenn man sich in der Wirtschaft

sozial dahin organisieren würde. Auf den Märkten wird der Egoismus jedoch zur sozialen Pflicht und Gerechtigkeit wird zum Gleichgewicht der Egoismen. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 47 f.) Absprachen, Werbung und Marktforschung wirken hinein. Und der Staat muss dafür herhalten. Ausgleichende Gerechtigkeit korrigiert die Folgen der Nichtwahrnehmung einer austeilenden Gerechtigkeit im Markt. D.h. die soziale Praxis der Marktwirtschaft drängt zur ständigen Korrektur. Diese ist jedoch sehr teuer und oft unzulänglich und wird heute auf der Basis der öffentlichen Überverschuldung realisiert. Acht Jahresbudgets des Staatshaushaltes sind, wie schon erwähnt wurde, nicht mehr bezahlt worden und ca. 50 Mrd. Euro zahlt der Staat jährlich Zinsen an die Geldschmarotzer (Investmentbanker), die ansonsten real-wirtschaftlich nichts leisten.

Stimmt da vielleicht etwas nicht am Denkmodell der sozialen Marktwirtschaft und wann kommt denn der gesellschaftliche Fortschritt, dass dieses korrigiert wird? Es geht doch nur darum, die Bedingungen zu erfassen, unter denen ein Gespräch über den Graben des Marktes, der Angebot und Nachfrage trennt, hinweg möglich würde, also eine sozial bewusste Durchdringung des Wirtschaftslebens erreicht werden könnte. Es gibt da keine Erkenntnisgrenzen. Die Marktkräfte müssten sich assoziieren. Die Austauschvorgänge müssen zum gemeinsamen Thema werden und es gibt viele gemeinsame Interessen, denn jeder von uns ist ja als auch Verkäufer und als Verbrauchender auch Käufer.

Wir könnten doch auch in der Weise fortschreiten in der sozialen Gerechtigkeit, dass wir die Produktionsmittel nicht mehr käuflich machen, sondern die Rechte an einem Unternehmen ausschließlich aus der unternehmerischen Funktion bestimmen, d.h. als ein Nutzungsrecht an den Produktionsmitteln. Wirtschaftliche Entscheidungen würden sozial dienend und aus dem Lohnverhältnis würde ein vereinbarter Anteil am gemeinsamen Ertrag. Alle wären Selbständige!

Wir leben in einer freiheitlichen Ordnung. Wer darf uns daran hindern im Wirtschaftsleben mündig und sozial tätig zu werden, aus Freiheit? Keiner kann aber diesen Fortschritt alleine und nur für sich erzeugen. Er wäre der Dumme. Wir müssen den Fortschritt in der modernen Arbeitsteiligkeit gemeinsam wollen. Vereinbartes Wirtschaften legt eine Vertrauenshülle um die Austauschverhältnisse in der Wirtschaft. Die sozialen Urteils- und Handlungsmöglichkeiten, wenn sie auf freiheitliche Weise entstehen, müssen doch nicht schlechter sein als die einzelwirtschaftlichen. Im Gegenteil, die Wahrnehmungsbreite und Urteilssicherheit vergrößert sich durch die Assoziationen der in der Wirtschaft verantwortlichen Tätigen. Sie verwalten sich selbst, keine Behörde entsteht und auch keiner, der die Unternehmen, die erfolgreich sind, aufkauft und damit eine Angebotskonzentration herbeiführt, um den Markt zu dominieren. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 75 f.)

Die Preisbildung auf dem Markt ist wirtschaftlich und sozial immer der springende Punkt. Fortschritt hierherbei zu führen bedeutet, dass sich in der Preisbildung Arbeits- und Le-

bensbedingungen gegenüber treten, die durch die Lebenserfahrung der Marktpartner in eine gerechte Beziehung gebracht werden sollten. Die sich zusammenschließende assoziative Wirtschaft fügt durch Kooperation und Aushandlung die in sich arbeitsteilig zersplitterte Wirtschaft im Bewusstsein wieder zu einem Ganzen zusammen. Die sozialen Verhältnisse werden wahrnehmbar und zur Erlebnisgrundlage für das Gerechtigkeitsempfinden, um dessen Fortschritt es geht. Die Lebensverhältnisse entstehen nicht mehr sozial bewusstlos so wie im reinen Markt und auch nicht aus einer wirklichkeitsfremden Pläne erstellenden verwaltenden Behörde, sondern unternehmerisch gemeinsam urteilend auf das Ganze bezogen, d.h. aus einer sozialen Vernunftbetätigung.

Hieran könnte sich auch eine Steuergerechtigkeitsdiskussion anschließen. Steuerfortschritt würde erreicht dadurch, dass nicht das Leisten, sondern das Beanspruchen, d.h. der Konsum besteuert würde. Das Problem ist die Geldverwendung. Hieran sollte der Steuergedanke anknüpfen, nicht bei den Unternehmen oder den Arbeitleistenden. Denn alle im Unternehmensbereich erhobenen Steuern werden in den Preisen der Wertschöpfung an den Verbraucher weiter gereicht und zwar völlig intransparent für die Betroffenen. Mit einer Ausgabensteuer dagegen können Beanspruchungsunterschiede ausgeglichen und gerechte Verhältnisse von der Verbrauchsseite her unterstützt werden. Das würde auch den Standort Deutschland erheblich aufwerten. „Wir exportieren nämlich mit der Wertschöpfung nicht mehr die Steuerlasten des betref-

fenden Landes verdeckt zum Arbeitnehmer und in das Ausland; wir machen vielmehr umgekehrt Industrie und Handel des Landes, das seine Steuererhebung offen auf das Ende der Wertschöpfung, auf den Konsum, verlagert, wettbewerbsfähiger im globalen Umfang. Wir ziehen damit Beschäftigung und Kapital ins Land – soweit jedenfalls, wie wir sie durch falsche Steuererhebungsmaßnahmen bisher aus dem Inland ins Ausland vertrieben haben.“ (Hardorp, 2008, S.129)

Steuererhebung zielt darauf, ein Teilungsverhältnis an der Gesamtwertschöpfung zu schaffen zwischen dem privaten Konsum der Bürger und dem Bedarf der öffentlichen Hand. Dies wird sozial oft nicht anschaulich, weil die praktizierte Steuererhebung bereits in den Vorstufen des Wertschöpfungsprozesses stattfindet, aber in verdeckter Form. Das hat zur Folge, dass sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung mehr und mehr nach steuerlichen Standortvorteilen richtet. Form und Ausmaß des Teilungsverhältnisses werden undeutlich und das Verständnis dafür sinkt. Eine Konsumbesteuerung dagegen bleibt gestaltbar, kann die Mitwirkung der Bürger einbeziehen, als notwendig erkannt und akzeptabel werden. „In diesem Wandel liegt der fällige bewussten geschichtliche und steuersystematische Schritt, den die gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart fordern, damit das Steuersystem insgesamt wieder zu einem bewusst gehandhabten Element der gesellschaftlichen Selbstregulierung, der gesellschaftlichen Selbstreflexion und der Selbstfindung werden kann.“ (Hardorp, 2008, S.141)

Der erste Schritt in jedem Fortschritt ist natürlich nicht die schon feststehende Lösung der Probleme, sondern die offene Diskussion der Handlungsalternativen. Das wäre schon viel gegenüber dem ordnungspolitischen Immobilismus auch des SPD-Fortschrittsentwurfs. Vor allem die Marktwirtschaftslehre wird dazu lernen müssen. Schon lange wird die Marktrealität de facto durch eine zwar einseitige aber doch kooperative Willensbildung durchzogen, auch über die Wirtschaftspolitik. Preis- und Mengenabsprachen vor allem im internationalen Austausch oder bei notleidenden Wirtschaftsbranchen sind die Regel. Gewaltige Kartell- und Konzernbildungen führen dazu, dass vormals außerbetriebliche und damit den Marktprozessen unterworfenen Vorgänge zu innerbetrieblichen werden und damit einer planenden Vernunft und dem sozialen Ausgleich unterliegen: Betriebsverluste werden untereinander ausgeglichen, Bankkonsortien zur gemeinsamen Problemlösung gebildet, soziale Übergänge subventioniert. Alles das ist doch gemäß der Theorie mit der Marktsteuerung nicht vereinbar. Aber das Entscheidende fehlt noch für ein Fortschrittsdenken in Bezug auf die Marktfunktionen, ihre Weiterentwicklung in Richtung einer assoziativen Wirtschaft, die das Wohl der Gesamtheit und nicht nur der einzelnen Wirtschaftsbürger zum Ziel hat. Die Folge einer fehlenden sozialen Vernunft in den Wirtschaftsprozessen ist ein wuchernes Wachstum ohne Formbildung sowie öffentliche Schuldenberge für den sozialen Ausgleich und damit die Wirtschaft läuft. Das wiederum verstärkt In-

vestitionen um der Rendite willen, nur weil das Geld vorhanden ist, Rüstungsproduktion um der Arbeitsplätze willen, Verbilligung um des Absatzes willen, alles ohne transparenten und kontrollierten Bezug auf einen intendierten Sozialzusammenhang im Wirtschaften selbst. Was aber fehlt sind wirkliche Impulse zur Wirtschaftsgestaltung aus einem sozialen Bewusstsein der Wirtschaftenden selbst. Das aber wiederum setzt ordnungspolitischen Fortschritt voraus und würde durch eine Assoziierung der Wirtschaftsteilnehmer entstehen können.

Auch das Bodenrecht ist ein Bereich, in dem eine Diskussion über eine soziale Rechtsbindung als ordnungspolitischem Fortschritt überfällig wird. Die Bodennutzung ist eng verkoppelt mit der Entwicklung der Bodenpreise. Schon lange übersteigen die Landbeschaffungskosten ein vertretbares Maß, was einer sozialgerechten Bodennutzung hohe Hürden setzt. Eine öffentliche Diskussion über die Bodenrechtsentwicklung dagegen fehlt. Interessante Ausarbeitungen wie die von Volker Hauff, Hartmut Dieterich und Peter Conradi scheiterten in der SPD gleich parteiintern. Aber auch hier gilt, was die Autoren damals anmerkten: *Gesellschaftliche Veränderungen werden uns nicht geschenkt!* Der Bodenmarkt ist krank. Es fehlt ein Fortschritt zugunsten der sozialen Gemeinschaft. Aber die Handlungsfreiheit, die wir in der Demokratie haben, wird auch hier nicht zu einer Handlungsverpflichtung. Das Fortschreiten in einem sozialen Bodenrecht sucht man im „Entwurf“ vergebens, obwohl das Grundgesetz zu jedem Zeitpunkt neue gesellschaftliche

Bestimmungen des Eigentums zulässt und zwar durch einfaches Gesetz. Die Bodenpreise explodieren. Wären nicht die vielen Mietbeihilfen, Baukostenzuschüsse, Zinssubventionen und Steuerbegünstigungen, der Wohnungsbau käme zum Erliegen. Zwangsversteigerungen sprechen eine deutliche Sprache. Die gewerbliche Wirtschaft ist betroffen durch einen erhöhten Kapitaleinsatz, in der Landwirtschaft lässt sich der Kaufpreis nicht mehr mit den landwirtschaftlichen Erträgen verzinsen. Die Gemeinden haben es immer schwerer, den Grundbedarf an Gemeinschaftseinrichtungen zu erfüllen. Ein Fortschritt im Bodenrecht ist überfällig, aber der „Entwurf“ schweigt. Die freie Verkäuflichkeit des Bodens ist für die meisten zu einer faktischen Nichtkäuflichkeit geworden. Eine soziale Bodennutzung wird immer schwieriger. Immobilienpekulanten und auch die Eigenheimbesitzer schweigen, weil sie glauben, dass der Vermögenszuwachs die allgemeine wirtschaftliche Situationsverschlechterung für sie aufwiegt. „Sie übersehen aber dabei, dass dieser Vermögenszuwachs die Krankheitsursache selbst ist und dass das vermeintliche Vermögen nur real einlösbar ist, solange der soziale Organismus noch gesund ist.“ (Hermannstorfer, a.a.O., S 92).

Fortschritt im Bodenrecht tut Not. Und Fortschritt hieße hier, den Marktbezug, der für den Waren- und Leistungsaustausch Sinn macht, nicht auf den Boden zu beziehen. Boden ist kein von Menschen erzeugtes Gut und sollte auch keine Ware werden. Damit ein Markt funktioniert, müssen Angebot und Nachfrage reaktionsfähig bleiben, da ja

nur durch die mögliche Gegenreaktion der Preis beeinflusst werden kann. Boden lässt sich letztlich nicht vermehren und auch nicht transportieren. Verfügbares Land in einer abgelegenen Region kann nicht zur Verbilligung in einer Metropole eingesetzt werden. Gleichzeitig entsteht ein wachsender Bodenbedarf. Es gibt keinen Marktausgleich, denn jeder braucht eine Wohnung. Bodeneigentum muss in der Zukunft als ein Recht zur Nutzung begriffen werden und unverkäuflich aber übertragbar sein. Das ist natürlich die Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gemeinschaft hat. Aber der „Entwurf“ schweigt auch hier. Neue Sozialformen des Eigentums am Boden scheinen kein Fortschrittsthema der Sozialdemokratie zu sein.

Ebenso bezüglich einer sozialen Einbindung des Geldwesens gibt es keine tief greifende Fortschrittsperspektive im „Entwurf“. Obwohl wir wissen, dass wirkliche Werte nur aus einem Leistungsprozess entstehen, schafft sich die Wirtschaft heute Geldanlageformen, die auch für viele Unternehmen schon längst einträglicher sind als Realinvestitionen. Sie verdienen dabei mehr als aus dem Verkauf ihrer Leistungen. Viele scheinen zu glauben, das Geld komme von der Bank. Die gewaltigen privaten und öffentlichen Schuldenberge resultieren hieraus. Die Verselbständigung des Geldzweckes hat schwerwiegende Folgen für die Sozialentwicklung. Mehr Geld durch Geld wird zur leitenden Maxime. Und laufend werden neue Anlageformen auf den Markt gebracht, um die Illusion eines sozial bindungslos

wuchernden Geldes aufrechterhalten zu können. Die Sozialbindung des Geldes befindet sich in einer gefährlichen Auflösung. Nicht mehr an Sachwerte gebundenes Geldkapital chaotisiert das Wirtschaftsleben und wird dafür auch noch von der Politik bei Laune gehalten. Das Geldgewerbe mit seinen diversen Unternehmenszweigen beherrscht die großen Zentren der Welt, sichtbar in den hierfür errichteten Hochglanztürmen. Hier wird aus dem Geld eine Ware, verpackt in für den Laien undurchschaubare Produkte, deren Palette täglich erweitert wird. Schon lange reichen die bestehenden Produktionsmittel nicht mehr aus, um die ertragsuchende wachsende Geldmenge zu binden. Diese Entfesselung der Geldkräfte führt dann immer wieder zu einer völligen Entkoppelung der Geldmenge und des Geldwertes von der Realität. Das Geld als Gestaltungsmittel der sozialen Ordnung verliert seine Funktion. Im „Entwurf“ wird darüber viel herumgeschimpft, über ein fortschrittliches soziales Geldkonzept für die Wirtschaft und über die Bedingungen einer dynamischen Geldwerterhaltung erfährt man eher nichts. Forderungskataloge und Jammern nützen hier jedoch gar nichts. Jedem Geldvorgang muss ein Wertvorgang im Sozialen zugrunde liegen. Wir benötigen eine völlig neue und realitätsgerechte Weltbuchhaltung der gegenseitig erbrachten Leistungen. Sind keine Werte da, müssen die entsprechenden Zahlen korrigiert werden. (Herrmannstorfer, a.a.O., S. 162 f.)

Das betrifft auch das nicht ausgegebene Geld, das zu besteuern wäre, wenn die mit ihm verbundenen Rechte nicht

in einer zu bestimmenden Frist eingelöst werden, bzw. antisoziale Spekulationsgeschäfte damit verfolgt werden. Aber gerade die Weltliquidität, die als verkörpertes Recht die sozialen Prozesse durchströmt, ist anfällig gegen Machtfaktoren, wie sie die modernen Staaten auf der Basis demokratischer Legalität immer wieder produzieren. Hier muss die Korrektur ansetzen. Das sind auch keine Fragen einer neuen Geldtheorie, sondern Anliegen einer assoziativ-sozialen Gestaltung einer sich selber verwaltenden Wirtschaft, die ihre öffentliche Verantwortung begriffen hat.

Die sozialen Erkenntnisgrenzen des Marktes müssen heute überschritten werden. Zur Marktsteuerung der Wirtschaft gibt es keine Alternative, aber die Vergesellschaftung des Menschen in den Markt hinein kann und sollte verbessert werden. Will man soziale Gestaltung im Markt und diese ohne eine die Marktkräfte lähmende bürokratische Kontrolle, müssen bei den Beteiligten zusätzliche und andere Motive wirksam werden als bisher üblich. Das Bewusstsein der Marktpartner muss sich aus Freiheit der sozialen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung stellen. Dieses kann nicht vom einzelnen alleine geleistet werden, sondern ist eine gemeinsame Aufgabe. Daraus folgt strukturell, dass sich gerade einander entgegen gesetzte Interessen assoziieren sollten, um ein Gesamtbild der sozialen Entscheidungslage zu ermitteln. Sie müssen sich dann in der Wahrnehmung wirtschaftlicher Vorgänge gegenseitig ergänzen und einen Ausgleich unter sich herbeiführen. Wir brauchen erfahrungsgesättigte, sozial wahrnehmungs-

fähige Tauschbeziehungen. Der Markt versagt als soziale Ordnung. Dies ist der Grund für die meisten der Probleme, denen sich die Politik stellen muss, und weil sie das tut, können die Verursacher oft unverantwortlich weiterwirken. Wie es möglich werden könnte, dass die Sozialordnung in Zukunft nicht erst jenseits der Marktordnung entsteht, das ist die wichtigste Fortschrittsfrage, die gegenwärtig ordnungspolitisch zu stellen ist, in die soziale Marktwirtschaft hinein.

Die soziale Ordnung im „Entwurf“

Der „Entwurf“ enthält aber doch einige Ansätze für eine aktive Zielformulierung bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung. Gesellschaftlicher Fortschritt heißt: „Eine solidarische Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung aller für alle verbindet. Und in der wirtschaftlicher und technischer Fortschritt mit individuellem und sozialem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe verbunden wird.“ (S. 6) Das wird noch unterstrichen: „Diese Verbindung ist der emanzipatorische Kern unserer Idee für einen neuen, gerechten und nachhaltigen Fortschritt.“ (ebenda) Nur daraus entwickelt sich noch nicht eine Vorstellung von der Weiterentwicklung der bestehenden sozialen Strukturen als politischem Reformprogramm. Eine neue Gesellschaft ist nirgends als Projektion erkennbar. Das Ganze wendet sich vielmehr zurück in die traditionelle Forderung nach einem Primat der Politik in den gegebenen Verhältnissen, die dann demokratisch entscheidet, was wachsen sollte und

was nicht, ohne dass die gesellschaftliche Ordnung sich weiter entwickelt. Der gesellschaftlichen Selbstverantwortung, gestützt auf institutionelle Weiterentwicklung, wird gar nichts zugetraut. Dabei sind es die gleichen Bürger, die die Politik demokratisch legitimieren und die in der Wirtschaft arbeiten. In der Politik sollen sie das können, was sie in der Wirtschaft nicht können. Warum können sie es denn dort nicht? Die Antwort kann doch nur lauten, weil wir die Wirtschaft institutionell nicht zu einem Ort sozial verantwortlicher und sozial abgestimmter Entscheidungen fortentwickeln.

Die verbale Formulierung für eine neue gesellschaftliche Orientierung ist im „Entwurf“ durchaus da, nur es fehlt der Rückbezug auf ein Programm der Wirtschafts- und Sozialreform, das den strukturellen und motivationalen Wandel in der Wirtschaft einleitet. Die Defizite der Vergesellschaftung in der sozialen Marktwirtschaft werden nicht ausgesprochen und deren Fortbildung wird auch nicht zum Thema. So heißt es zwar im „Entwurf“ und besser wohl nicht auf den Begriff zu bringen: „Sozialdemokratische Politik muss dabei die Richtung bestimmen, die der neue gesellschaftliche Fortschritt nehmen soll. Eine Richtung, die nicht nur auf eine bessere ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ des Einzelnen setzt, sondern neue Gemeinsamkeit für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft schafft (...)“ (S.7) Die ordnungspolitischen Mittel, die dafür vorgeschlagen werden, erscheinen jedoch völlig unzureichend und eher traditionell: „Ein neues Verhältnis von Staat und Markt, die Rolle des Staates als In-

vestor, Impulsgeber und demokratische Steuerungsinstanz muss gestärkt und die Balance von Arbeit und Kapital wieder hergestellt werden.“ (ebenda) Es heißt dann noch: „Eine solche neue Idee von Fortschritt braucht Leitlinien, politische Projekte und Programme.“ (S.8) Die Gesellschaft und die Wirtschaft bleiben in den erörterten Fortschrittsszenarien institutionell von den Strukturen her jedoch die alten. Auch in der später eingebrachten Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie“ ändert sich nicht das Verständnis von der Wirtschaft als sozialem Raum nicht grundlegend. Wie schon bisher wird ein Machtgleichgewicht der Kräfte gesucht. Dabei wird aber übersehen, dass jeder Mensch als Konsument und Arbeitnehmer auch Kapitalist ist und seine persönlichen Vorteile sucht.

Das Staatshandeln als Korrektiv, das zeigt die Geschichte des Wohlfahrtsstaates, hat doch in keiner Weise die entscheidenden strukturellen Veränderungen hervorgebracht, die im Wirtschaftshandeln aller eine soziale Vernunft als Ausgangspunkt der Entscheidungen ermöglichen. Das muss aber endlich kommen, in die Wirtschaft hinein, dadurch dass durch Assoziierung der Wirtschaftsteilnehmer ökonomische Entscheidungen möglich werden, die die gemeinsamen Belange der Menschen und ihrer Gemeinschaften direkt zum Ziel haben. Dafür müssten Boden- und Produktiveigentum in unternehmerische Nutzungsrechte umgewandelt werden, der Arbeitnehmer ein selbständiger Partner und der „gerechte Preis“ zu einem andauernden Thema im Markttausch werden. Wir brauchen

einen ordnungspolitischen Fortschritt, zunächst als orientierendes Leitbild und im Weiteren als ein mehrheitsfähiges Gestaltungsprojekt der kleinen Schritte, in denen sich komplexe Phänomene wie ganze Gesellschaften nur verändern lassen. In der Wirtschaft und nicht erst in der Politik müssen wir sozial rational und mündig werden, um problem-lösungsfähig zu werden. Der Staat kann die menschliche Wohlfahrt nicht produzieren.

Literatur

- Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm. Neuer Fortschritt und mehr Demokratie. Sozial gerecht. Wirtschaftlich stark. Ökologisch vernünftig. Vorlage zur Jahresauftaktklausur am 10. und 11. Januar 2011. (Siehe auch unter www.spd.de)
- Hardorp, B. (2008): Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte. Einkommensbildung und Besteuerung als gesellschaftliches Teilungsverfahren, Karlsruhe
- Heimann, E. (1955): Vernunftglaube und Religion in der modernen Gesellschaft. Liberalismus, Marxismus und Demokratie, Tübingen
- Herrmannstorfer, U. (1997): Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft, Stuttgart
- Heyder, U. (1994): Reformperspektiven für die Industriegesellschaft. Neue Wege der sozialen Reform nach dem Scheitern des Sozialismus, Chur (Schweiz)

Sozialdemokratie, Integration und Islam

Polarisierungen

Der deutsche Migrations- und Integrationsdiskurs ist schon immer ein kontroverser und polarisierter Diskurs gewesen. Das verwundert angesichts der Herausforderungen durch Zuwanderung und ihre politischen Begleitumstände nicht. Die politische Polarisierung hat nach der Wiedervereinigung Deutschlands an Schärfe zugenommen. Auch haben sich die Fronten verschoben. Der Diskurs ist keineswegs mehr ein „Rechts-Links“ – Phänomen, also etwa „Rot-Grün“ gegen „Schwarz“, sondern die „Frontlinie“ verläuft quer durch die politischen Lager. Spätestens seit „9/11“ wird auch die Rolle von Religion in Gesellschaft, Politik und Integrationsprozessen neu und heftig diskutiert.

Eine der neuesten Varianten der Polarisierung ist die Konfrontation zwischen vermeintlichen „Islamkritikern“ und „Islamverteidigern“ (oder auch „Islamophilen“), die im öffentlichen, medial aufgeladenen Diskurs, sich wechselseitig als „Panikmacher“ oder beschönigende „Gutmenschen“ attackieren. Oder anders, im integrationspolitischen Sprech formuliert: Vertreter einer „Willkommenskultur“ für Migranten stehen gegen Protagonisten einer „Erwartungskultur“. Während die „Willkommenskulturalisten“ vornehmlich die Aufnahmegesellschaft ansprechen und von ihr Vorleistungen für eine bessere Integration der Zuwanderer erwarten,

verlangen die „Erwartungskulturalisten“ deutlichere Integrationsleistungen von den Migranten selbst („Bringeschuld“). In der deutschen Sozialdemokratie steht – zugespitzt – Klaus Wowereit („Mut zur Integration“) für die „Willkommenskulturalisten“ und sein ehemaliger Finanzsenator Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) für die „Erwartungskulturalisten“.¹

Für die Aufnahmegesellschaft und die Migranten gleichermaßen ist es nicht förderlich, diese polarisierte Debatte verbissen weiter zu betreiben. Denn wie der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen (SVR) in seinem Jahresgutachten 2010 feststellte, ist die Integration in Deutschland im internationalen Vergleich „keineswegs gescheitert. Sie ist vielmehr in vielen empirisch fassbaren Bereichen durchaus zufriedenstellend oder sogar gut gelungen.“² Die Bilanz staatlicher begleitender Integrationsförderung für Neuzuwanderer bis zur nachholenden Integrations- und Partizipationsförderung mit einer Fülle von Förder-Maßnahmen ist

1 Klaus Wowereit: Mut zur Integration. Vorwärts-Buch, Berlin, 2011. THILO SARRAZIN, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spielsetzen. München, 2010.10

2 Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen (SVR),Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten mit Integrationsbarometer. Berlin, 2010, S.17.

auch nicht so schlecht, wie sie im Diskurs häufig gezeichnet wird. „Einheimische“ und Migranten befinden sich keineswegs im „Dauerkonflikt“ wie mitunter verzerrend dargestellt wird. Rund 60% der Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich in Deutschland „wohl“ („sehr/eher wohl“), wobei es Abweichungen zwischen den Herkunftsgruppen gibt. Die Zufriedenheit mit Deutschland ist z.B. bei Menschen aus der Türkei niedriger als bei EU-Ausländern³ Entgegen den – vor allem von Migrantenverbänden (insbesondere der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“) mantrahaft vorgetragenen Klagen an die Adresse der Mehrheitsgesellschaft über massive Diskriminierungen ihrer Klientel, geben zwischen 66% und 80% der Zuwanderer an, „dass sie keine Benachteiligungserfahrungen kennen.“

Insbesondere die immer wieder beklagte Diskriminierung von *Muslimen* findet in der Realität nach den Erkenntnissen des Sachverständigenrates nur geringen Anhalt.⁴

Gleichwohl gibt es eine Reihe von gesellschaftspolitischen „Baustellen“, d.h. integrationspolitischen Defiziten, für die eine Volkspartei wie die SPD Erklärungen und Lösungsvorschläge entwickeln muss. Leider hat die heftig emotionalisierte Debatte um die Thesen Thilo Sarrazins deutlich gemacht, dass die Partei von nüchterner Bestandsaufnahme und streitkultureller Kompetenz weit entfernt ist. In den „Perspektiven ds“ haben Richard Saage, Helga Grebing und Klaus Faber den Stab über den

streitbaren Finanzsenator a.D. gebrochen, indem sie seine unglücklichen, „biologistisch“ ausdeutbaren Einlassungen in die Nähe einer „*Eugenik mit katastrophalen Konsequenzen*“ rückten.⁵ Das ist m.E. völlig überzogen. In der Tat kann weidlich darüber gestritten werden, und die „Linke“ tut es seit Jahren, in welchem Verhältnis Erbanlagen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines Individuums stehen. Etwas mehr Gelassenheit wäre hier angemessen gewesen. Sarrazin hat in seiner Erklärung vor der Schiedskommission des Berliner SPD-Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf allerdings klargestellt, dass es nicht seiner „Vorstellung“ entspricht, dass bestimmte Migrantengruppen „*bei eigenen Anstrengungen und einer ergänzenden Bildungspolitik etwa aus genetischen Gründen nicht integriert werden könnten.*“⁶

Sarrazin hat die keineswegs neue und m.E. durchaus berechtigte Kritik an Integrationsdefiziten und Fehlentwicklungen, auch sozialdemokratischer Integrationspolitik, provokativ zugespitzt. In der Sache verweist er auf tatsächlich wunde Punkte wie der Diskurs der letzten Jahre dokumentiert. Diejenigen „Migrationsforscher“, die sich nach Erscheinen von Sarrazins Buch über seine vermeintlich „*biologistischen*“, „*sozialdarwinistischen*“ und „*rassistischen*“ Positionen erregten und zugleich mit

3 Ebenda. S. 48 f.

4 Ebda., S.45 ff.

5 Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber: Ist Thilo Sarrazin ein Sozialdemokrat? Perspektivends, 27.Jg. 2010, H.2, S.9.

6 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,758686,00.html>

herablassenden Gesten der Öffentlichkeit versicherten, dass Sarrazin nicht „Neues“ gebracht habe und man auf *sie* hätte hören müssen, sollten erklären, warum sie als vom Staat hochsubventionierte Forscher nicht das Ohr der Politik fanden. Vielleicht lag es am Mangel tatsächlich aussagekräftiger Analysen, Verweigerung nachhaltiger Forschung in vermeintlich „zu sensiblen“ Bereichen (etwa Gewaltkriminalität von Migranten) oder bloßer Unfähigkeit zur Kommunikation ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse im öffentlichen Diskurs.⁷

Integration nur eine „soziale Frage“? Die Ausblendung von Kultur und Religion

Klaus Wowereit widmet ca. 80% des Textes seines Buches „Mut zur Integration“ dem Nachweis, dass es sich bei Integrationsfragen um „soziale Fragen“ handele. Und dafür besitze die SPD die entscheidende Kernkompetenz, was nicht zu bestreiten ist. So werden Integrationsprobleme konsequent und fast ausschließlich aus der Sicht des Sozialpolitikers betrachtet und entsprechende wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmenbündel vorgeschlagen: Verschafft den Menschen Teilhabe an Bildung und Arbeit, dann ist der Weg für eine offene und „multikulturelle“ Gesellschaft frei und die Integration geglückt!⁸ Nun ist Wowereit nicht so naiv und wirklichkeitsfremd (etwa wie große Teile der Grünen, von der Links-

partei ganz zu schweigen!), um nicht zu sehen, dass es auch Integrationsprobleme gibt, die sich aus ethnischer Herkunft, kulturellen Orientierungen und religiösen Überzeugungen speisen,⁹ aber die Bereitschaft, sich mit kulturell und religiös induzierten Integrationsdefiziten auseinanderzusetzen, bleibt doch befremdlich gering. Stattdessen widmet sich Wowereit dem Kampf gegen „*notorische Polarisier*“ und „*Provokateure*“ à la Sarrazin. Er will einerseits die Ängste der Menschen vor Fremdheit und Verschiedenheit ernst nehmen und andererseits auch gleich wieder zerstreuen. „Ernst nehmen“ heißt dann im Klartext, den ängstlichen BürgerInnen mehr Toleranz und Empathie gegenüber Zuwanderern zu empfehlen.

So ist sein Buch in langen Passagen ein Beispiel dafür, dass in der Integrationsdebatte Integrationsdefizite, die ihren Ursprung und Sitz in *religiösen und kulturellen Lebensformen* von Migranten haben, weitgehend ausgeblendet, verharmlost und heruntergespielt werden, vor allem durch die Behauptung, die vielfach schwierige soziale und ökonomische Lage (durch das Versagen der Aufnahmegesellschaft) von Migranten bringe diese Defizite erst hervor, bzw. befestige sie. Auch die Grundwertekommission der SPD sieht in ihrem Grundsatzpapier „Gleichberechtigt zusammenleben“ die „*Hauptursachen für die tatsächlich bestehenden Integrationsdefizite nicht in den kulturellen, religiösen oder gar ethnischen Unterschieden zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten*“, sondern in der Versa-

7 Siehe dazu v.a. Necla Kelec; Professor Bade gibt den Anti-Sarrazin. FAZ, 9. Mai 2011.

8 Wowereit, Mut zur Integration, S. 17, 76, 83 ff.

9 Ebda., v.a. S. 35 ff., 60 f., 76 f.

gung „gleicher Teilhabechancen in den zentralen Lebensbereichen.“¹⁰ Gleichzeitig verlangt die Kommission aber emphatisch eine „Kultur der Anerkennung“ und widmet weite Passagen ihres Papiers der Erörterung gerade von religiösen und kulturellen Differenzen, was dafür spricht, dass hier wohl ganz offensichtlich massive Konfliktfelder zu finden sind. Die Kommission bleibt aber erstaunlich wortkarg, wenn es darum geht integrationserschwerende, bzw. integrationsverhindernde Effekte autochthoner religiöser und kultureller Lebensformen zu benennen und zieht sich häufig auf die Erklärungsparameter „Bildung“ und „Arbeitsmarkt“ zurück, was ja nicht falsch ist, gleichwohl sträflich verkürzt. So zeichnet die Kommission ein schräges Bild des Versagens der „Mehrheitsgesellschaft“. Immerhin erfahren wir, dass „traditionelle Geschlechterrollen“ benachteiligend wirken und der Integration abträglich sein können und dass die Demokratie „fundamentalistische Formen kultureller Identität“ prinzipiell nicht vertrage.¹¹

Es gibt aber religiös und kulturell induzierte Integrationsdefizite, die im wesentlichen bei Migrantengruppen muslimischer Orientierung anzutreffen sind. Allein dies auszusprechen, löst bei manchen engagierten Verteidigern von „Multi-Kulti“ heftige Reaktionen aus, die gewöhnlich in Vorwürfen, hier wer-

de „antimuslimischer Rassismus“ und „Islamophobie“ verbreitet, münden.¹² Gleichwohl muss auch gesagt werden, dass inzwischen durch die steigende Zahl von deutschstämmigen Konvertiten diese Integrationsdefizite sich nicht nur auf Migranten beziehen.

Einige Problembereiche seien genannt:

1. Patriarchalisch-autoritäre Familien- und Milieustrukturen;
2. Archaische Ehrbegriffe, die z.T. militant gegen Angehörige der eigenen Ethnie und Kultur (Ehrverbrechen) und die Aufnahmegesellschaft gerichtet sind;
3. Geschlechterapartheid, d.h. Verweigerung selbstbestimmten Lebens für Mädchen und junge Frauen (Abschließung, Kontrolle, Kopftuchzwang, Zwangsheiraten etc.) Dazu ist gerade eine neue Studie des Bundesfamilienministeriums erschienen, die konstatiert, dass 60% der Zwangsehen in religiösen Migrantenfamilien vorkommen und 83% in islamischen Familien;¹³
4. Segregationstendenzen bis zu muslimischen Parallelwelten und Clanbildung mit teilweise kriminellem

10 Grundwertekommission der SPD beim Parteivorstand der SPD, Gleichberechtigt zusammenleben. Grundwerte sozialdemokratischer Integrationspolitik: demokratisch, pluralistisch und sozial. Berlin, 2011, S. 4 ff.

11 Ebda., S. 7, 11.

12 Siehe dazu v.a. Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): Islamfeindschaft. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden, 2009. Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. München, 2011.

13 BMFSFJ (Hrsg.), Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen. Berlin, 2011. Sie auch den Reader des BMFSFJ, Zwangsverheiratung in Deutschland. Baden-Baden, 2007.

Verhalten, v.a. in libanesischen und kurdischen Migrantengruppen;¹⁴

5. Gewaltkriminalität und islamische Paralleljustiz in muslimischen Milieus¹⁵, die das Gewalt- und Rechtsmonopol des demokratischen Rechtsstaates aushöhlen;
6. Demokratiedistanz in Teilen der muslimischen Gesamtbevölkerung: Rund 40 Prozent der bei uns lebenden 4,3 Millionen Muslime folgen Einstellungen, die eine repräsentative Studie des Bundesinnenministeriums als „religiös-fundamental“ bezeichnet. Diese 1,7 Millionen „religiös-fundamental“ Orientierten sind sehr religiös, schlecht integriert, zeigen eine auffällige Aufwertung der eigenen und Abwertung anderer Religionen. Sie haben – und das muss für jeden Demokraten ein Alarmsignal sein! – eine starke Distanz zur Demokratie. Die Studie ermittelte darüber hinaus eine „Problemgruppe“ von 14 Prozent der Muslime in Deutschland. Bei diesen besteht entweder hohe Distanz zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und/oder hohe Akzeptanz von politisch-religiös motivierter

Gewalt. Fast jeder dritte muslimische Jugendliche gehört zu dieser „Problemgruppe“.¹⁶

7. Widersprüchliche und unklare Positionierungen im überwiegend konservativ-orthodox bis islamistisch geprägten organisierten Islam (ca. 25% der 4,3 Millionen Muslime) zu Menschenrechten und pluralistischer Demokratie;¹⁷
8. Religiös-politischer Fundamentalismus, vor allem in diversen islamistischen Ausprägungen; Expansion salafistischer Extremisten mit inzwischen bedeutenden Konversionserfolgen bei „Einheimischen“, insbesondere Jugendlichen und zwar nicht exakt messbaren, aber doch bedeutenden Einflüssen auf Teile der muslimischen Milieus.¹⁸

14 Siehe dazu Ralph Ghadban: Die Libanon Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten. Berlin, 2008.2

15 Siehe dazu z.B. den Forschungsbericht des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zu „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin“. Hannover, 2011. JOACHIM WAGNER; Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat. Berlin, 2011. Kirsten Heisig: Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter. Freiburg-Basel-Wien, 2010.2

16 Katrin Brettfeld/Peter Wetzels: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Hamburg, 2007 (= Texte zur Inneren Sicherheit, hrsgg. vom Bundesministerium des Inneren, Berlin, 2007), S. 138 f., 200 ff.

17 Klassisches Beispiel ist die „Islamische Charta“ des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Zur Kritik an der Charta siehe Johannes Kandel: Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität. Freiburg-Basel-Wien, 2011, S. 76 ff.

18 Unter „Salafismus“ (von arab. „al-salaf al salih“ = die „lauteren Vorfahren“) wird eine besonders puristische Spielart des Islamismus verstanden. Siehe dazu die glänzende Analyse von Claudia Dantschke, Ahmad Mansour, Jochen Müller und Yasemin Serbest: „Ich lebe nur für Allah“. Argumente und Anziehungs-

9. Zunehmende Fälle der Herausbildung eines „home grown Dschihadismus“ mit Terror-„Tourismus“ nach Afghanistan und Pakistan.

Für alle diese genannten Defizite gibt es empirische Belege, die allerdings in der kontroversen Debatte wiederum bestritten und daher sehr unterschiedlich bewertet werden, sowohl im Blick auf ihre Gründe als auch ihre Bedeutung für das Integrationsklima.

Ich will mich hier nur auf den *Islamismus als politische Ideologie und Bewegung* konzentrieren, der m.E. ein zentrales Integrationsdefizit markiert.

Islamismus als politische Ideologie und Bewegung

Islamismus ist eine extremistische Variante im zeitgenössischen Islam und wird durch vier *Grundmerkmale* bestimmt:

1. *politisch-extremistische Herrschafts-ideologie*, deren Kern eine Ideologie der Ungleichheit bildet: Abwertung anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen und Verweigerung gleichberechtigter Existenz neben einem als die einzig „wahre“ Religion verstandenen Islam, Begründung und Ableitung politischer Herrschaft aus religiösen „Gesetzen“ (Scharia), Zurückweisung universal geltender Menschenrechte und des Prinzips der Säkularität, d.h. der Trennung von Religion und Politik;

2. *politische Protest- u. Oppositionsbewegung* gegen muslimische, vermeintlich „unislamische“ Regime („der nahe Feind“) und „den Westen“ als die Inkarnation der „islamfeindlichen“, „ungläubigen“ Mächte („der ferne Feind“),
3. *soziale Bewegung*, die soziale Dienstleistungen (z.B. Arbeit, Bildung, Kultur, Freizeit) anbietet, nicht zuletzt um Sympathisanten für die Bewegung zu gewinnen und Rekruten für den Dschihad,
4. *transnationale (virtuelle) Diskursgemeinschaft*, Bildungs- und Informationsmedium, sowie operative Agentur islamistischer Aktivisten („Cyber-Dschihad“).

Islamismus ist ein soziologisch und politisch höchst differenziertes Phänomen. Islamistische Bewegungen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer ethnischen und sozialen Struktur und Politiken. Die Bandbreite islamistischer Politiken reicht von *militant-revolutionären Konzepten* (inklusive Dschihadismus/Terrorismus) bis zu *friedlichen Formen* der „Islamisierung“ im Wege religiös-kultureller Hegemoniestrategien und politischer Partizipation. Die Befürwortung von Gewalt und aktive Gewaltausübung sind *nicht* die entscheidenden definierenden Kriterien für Islamismus. Islamismus ist die spezifisch „fundamentalistische“ Interpretation religiöser Basis-Quellen (Koran, Sunna), die Ableitung von religiös-politischen Werten, normativen Gesellschaftskonzeptionen und strategischen Optionen sowie ihre systemische Bündelung zu einer mehr oder weniger kohärenten Ideologie der

kraft des Salafismus. (= Schriftenreihe Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 2011).

politischen Herrschaftsübernahme und dauerhaften Sicherung. Islamisten verstehen Islam als die einzig wahre, große Erzählung von der Erschaffung der Welt, der Entfaltung des Willen Gottes in Bezug auf die Bestimmung des Menschen und dem Ende der Welt (Jüngstes Gericht). Sie erheben den Anspruch, die Grundwerte, Normen und Regeln muslimischer Existenz, die gemäß dem Willen Gottes in der Scharia ausgedrückt seien, exklusiv zu kennen. Sie behaupten, die für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu einem islamischen Staats- und Gemeinwesen („Hakimiyyat Allah“) notwendigen religiösen und politischen Strategien zu wissen und richtig einzusetzen. Islamisten betonen die „Einheit und Einzigkeit Allahs“ („tawhid“) und seine souveräne Herrschaft, die sich in der harmonischen Einheit von Glauben und Leben, Religion und Politik der islamischen Gemeinschaft („umma“) ausdrücken soll. Das islamistische Credo brachte der marokkanische Imam Mohammed Fazazi in einer seiner berühmten Predigten im Jahre 2000 in der Hamburger Al-Quds Moschee auf den Punkt: *„Die islamische Religion ist umfassend, vollständig, widerstandsfähig, komplett und vollkommen. Und sie mischt sich ausnahmslos in alle Bereiche des Lebens ein. Der Islam hat Antworten auf jede Frage und für alles ein besonderes Programm.“*¹⁹ Fazazi formulierte das grundlegende Prinzip des Islamismus: *„Der Islam ist die Lösung!“* Sehr prägnant formuliert finden wir dieses Ideologem auch bei der äl-

testen islamistischen Vereinigung, der 1928 vom dem Lehrer Hasan al-Banna gegründeten „Muslimbrüderschaft“: Der Islam ist nach al-Banna gleichermaßen *„Kult und politische Führung, Religion und Staat, Vaterland und Nationalität, Spiritualität und Aktion, Gebet und Kampf, Gehorsam und Herrschaft, Koran und Schwert“*.²⁰ Das Credo der Muslimbrüderschaft lautet bis heute unmissverständlich:

*„Allah ist unser Ziel.
Der Gesandte ist unser Führer.
Der Koran ist unser Gesetz.
Der Dschihad unser Weg.
Auf dem Wege für Allah zu sterben, ist unsere größte Hoffnung.“*²¹

Wichtige islamistische Gruppierungen in Deutschland sind in erster Linie die seit 2003 mit Betätigungsverbot belegte Hizb-ut-Tahrir, Hizbollah und Hamas, die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD), die der Verfassungsschutz als deutsche Repräsentanz der islamistischen Muslimbrüderschaft betrachtet und die türkische Organisation „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“. Die letzte ist ein umstrittener Grenzfall.²²

Islamistische Gruppierungen umfassen rd. 1% aller Muslime in Deutsch-

19 Aus dem Film „Hamburger Lektionen“ von Romuald Karmakar, 2006.

20 Hasan al-Banna in „An-Nadir“ (Politische Wochenzeitung) vom 29. Mai 1938. zit.nach Reinhard Schulze: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert. München, 2002², S. 135.

21 Von der Muslimbrotherhood Website: <http://www.ikhwanweb.com>

22 Siehe dazu Kandel, Islamismus in Deutschland, S. 96 ff.

land, sind somit eine kleine Minderheit. Allerdings sagt eine kleine Zahl noch wenig aus über den tatsächlichen ideologischen Einfluss. Das zeigt sich am Beispiel der stärker werdenden „salafistischen“ Gruppierungen, die in zunehmendem Maße Konvertiten rekrutieren. Aus dieser Gruppe zogen bereits eine Reihe von „Kämpfern“ nach Pakistan, um sich dort für den „Dschihad“ ausbilden zu lassen.

Obwohl es ideologische, politische, strategische und taktische Differenzen zwischen und innerhalb dieser Gruppen gibt und auch islamistische Bewegungen auf gesellschaftlichen Wandel und veränderte politische Rahmenbedingungen mitunter flexibel reagieren, so lässt sich m.E. dennoch das Urteil rechtfertigen, dass diese Gruppen nicht demokratiekompatibel sind, jedenfalls nicht in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Insofern sie ideologisch auf die muslimischen Gemeinschaften einwirken und für ihre Ideologien werben sind sie Integrationshindernisse und eine anhaltende Gefahr für unsere Demokratie. Es gilt daher wachsam zu bleiben und, ohne in Panik zu verfallen, diese Gruppierungen und ihre Einfluss-Strategien im Blick auf die muslimischen Milieus genau zu beobachten. Eine deutliche Mehrheit der Muslime hat keine Schwierigkeiten mit rechtsstaatlicher Demokratie und Pluralismus. Aber die integrationswidrige Radikalisierung einer bedeutenden, wachsenden Minderheit darf nicht länger ignoriert werden. Verschweigen ist keine Lösung. Sozialdemokraten sagen „was ist“, so Ferdinand Lassalle. Sie beschönigen und verharmlosen nicht – auch keine Inte-

grationsdefizite. Sie reichen allen Migranten die Hand, die zu unserer Demokratie stehen. Aber die Gegner der offenen Gesellschaft dürfen Sozialdemokraten nicht gewähren lassen.

Auch das gehört zu einer nüchternen und pragmatischen Integrationspolitik wie sie Klaus Wowereit umreißt.

Fazit: Die SPD und der Islam – Weder Idealisierung noch Dämonisierung

Wir sollten uns an dem Versuch einer „essentialistischen“ Bestimmung von Islam nicht beteiligen („Der Islam ist in seinem Wesen so oder so“). Dies kann nur in Sackgassen führen. Allerdings ist der gänzliche Verzicht auf eine Bestimmung dessen, was wir unter Islam verstehen (wie es z.B. der Islamwissenschaftler Stefan Weidner vorschlägt), auch keine Lösung.²³ Es geht darum, ein – soweit möglich – empirisch belegbares Orientierungswissen über die religiösen und politischen Orientierungen und die Binnenstrukturen muslimischer Gemeinschaften zu erwerben. Wir sollten uns die Mühe machen, den „real existierenden Islam“ ohne Idealisierung und Dämonisierung zu beschreiben. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf, was z.B. in dem „Islam“ Kapitel des SPD-Grundwertepapieres deutlich zum Ausdruck kommt. In dem ehrenwerten Bestreben „den“ Islam vor „wenig informierten Debatten, aggressiven Urteilen, verdeckten oder offenen Resentiments“ in Schutz zu nehmen, zeich-

²³ Stefan Weidner: Manual für den Kampf der Kulturen. Warum der Islam eine Herausforderung ist. Frankfurt/Main/Leipzig, 2008, S. 95 ff. ; S. 152.

net die Kommission ein allzu rosiges Bild des Gegenwartsislam. So lässt sich über den tatsächlichen Einfluss „des Islam und der Muslime“ auf die deutsche und europäische Kultur streiten.²⁴ Auch die Vorbildfunktion eines bosnischen und indonesischen Islam bedarf deutlicher Korrekturen. In Indonesien beobachten wir seit Jahren gefährliche Radikalisierungen: islamistische Gruppen sind (nicht nur in der Provinz Aceh!) auf dem Vormarsch und werden immer militanter. Übergriffe auf die islamische Sondergemeinschaft der Ahmadis häufen sich, von massiven Angriffen auf die christliche Minderheit ganz zu schweigen. Die indonesischen Behörden schauen zu und weichen vor der Militanz zurück²⁵, von der zunehmenden Bedrohung des indonesischen Beispiels durch islamistische Radikalisierungen ganz abgesehen. Die Türkei ist nun gerade nicht „ein Beispiel für eine laizistische Interpretation des Islam“, wie die Kommission meint, sondern ein höchst prekärer Fall für eine islamistische Modernisierung mit staatlicher Kontrolle der Religion, offenkundiger Benachteiligung anderer Religionen und autoritärer Beschneidung von Meinungsfreiheit! Und wo die Kommission in Europa „die Ausbildung eines modernen ‚Euro-Islam‘“ zu sehen meint, bleibt ihr Ge-

heimnis.²⁶ Leider gibt es ganz andere Entwicklungen (siehe weiter unten).

Wenn wir Sozialdemokraten über „den Islam“ reden, dann sprechen wir in erster Linie über und mit *religiösen Muslimen*, die spezifischen *traditionalistischen, orthodox-konservativen (wahabitischen/ salafistischen) und islamistischen Lesarten und Interpretationen* „des“ Islam folgen und für diese den Anspruch auf absolute Geltung erheben. Diese Interpretations- und Deutungsrichtungen des Islam, ausgehend von den autoritativen Lehrstätten in Kairo, Riad, Karatschi, Islamabad und Deoband, sind gegenwärtig die dominanten im Weltislam. Sie kommen, vielfach gefiltert und elementarisiert von nicht immer theologisch qualifizierten Imamen und Rechtsgelehrten, bei den muslimischen „Massen“ an und werden ferner mit „volksislamischen“ Anschauungen und Vorstellungen aufgeladen (z.B. Märtyrerverehrung, Heiligenkult, weit verbreiteter und zunehmender Judenhass). Die „Islamische Weltliga“ („Rabitat al-alam al-islami“), die wesentlich von Saudi-Arabien finanziert wird, übt mittels ihrer missionarischen Aktivitäten („da’wa“), einen wesentlichen Einfluss auf Inhalte und Formen des innermuslimischen Diskurs in Europa und den gelebten Islam aus. Es ist daher gerechtfertigt, von einem „*realdominanten Islam*“ zu reden, der durch folgende Charakteristika bestimmt ist:

Der „*realdominante Islam*“

- leitet aus der *göttlichen Offenbarung* im Koran, der als unerschaffen, wi-

24 Siehe dazu: Johannes Kandel: Gehört der Islam (geschichtlich) zu Deutschland? In: Materialdienst, Zeitschrift für Religions- und Weltanschauungsfragen. 74.Jg. H. 6/2011, S. 212 ff.

25 Siehe den aktuellen Report von Emily Rauha: The Other Indonesia. TIME-Magazine, Nr. 48, 21. November 2011, S. 25

26 Grundwertekommission, Gleichberechtigt zusammenleben, S. 14.

derspruchsfrei und absolut zeitlos geltend verstanden wird, einen umfassenden monopolistischen religiös-politischen Herrschaftsanspruch ab. Die „Religion bei Gott ist der Islam“ (Sure 3,85) und die Muslime bilden die „*beste Gemeinschaft, die je unter den Menschen hervorgebracht worden ist. Ihr gebietet das Rechte und verbietet das Verwerfliche und glaubt an Gott*“ (Sure 3,110). Friede auf Erden und harmonisches Zusammenleben werden erst dann erreicht, wenn die ganze Welt sich zu diesem Islam bekennt.

- bleibt im Blick auf die *Scharia* unklar und ambivalent. Das Verhältnis von unveränderlichem „Gottesrecht“ und flexiblem „Menschenrecht“ bleibt letztlich unaufgeklärt und bietet somit fundamentalistischen und extremistischen Auslegungen breiten Raum.
- nimmt eine scharfe *Trennung von „Gläubigen“ und „Ungläubigen“* vor und verweigert den Religionen und Weltanschauungen der „Ungläubigen“ die gleichberechtigte Anerkennung im Sinne menschenrechtlich definierter Religionsfreiheit. Als „Ungläubige“ werden auch Juden und Christen verstanden, weil sie die „Urreligion“ bei Gott in ihren heiligen Schriften verfälscht und verzerrt haben („tahrif“). Gleichwohl wird ihnen als „Schriftbesitzer“ („ahl-al-kitab“) die (höchst eingeschränkte, weitgehend nicht-öffentliche) Pflege ihrer Religion zugestanden. Jahrhunderte mussten Juden und Christen für diese „Duldung“ (euphemistisch als „Schutz“

gedeutet) eine demütigende „Kopfsteuer“ („djizya“) bezahlen. Gegenwärtig ist die Lage insbesondere von Christen in manchen islamischen Staaten mehr als prekär. Sie reicht von Belästigungen und Diskriminierungen bis zu offener Verfolgung (z.B. im Iran, Saudi-Arabien, Sudan, Somalia, Eritrea, Pakistan, Afghanistan, Malediven, Jemen).

- ahndet daher konsequent die *Abwendung vom Islam als verabscheuungswürdigen „Abfall“* („Apostasie“), der sowohl eine schwere Strafe im Jenseits nach sich zieht (z.B. Sure 3, 86–91; 88, 23–24; 16,106–107; 109;) als auch – nach einhelliger Auffassung aller vier Rechtsschulen – im Diesseits mit dem Tode bestraft werden soll, da der „Apostat“ („murtadd“) nicht nur Gott beleidigt, sondern gegenüber der muslimischen Gemeinschaft („umma“) Hochverrat begangen habe (z.B. Sure 2,217; 4,88–89; 9,11–12; Im Hadith: Bukhari, Band 9, Buch 84, Nr. 57; Bukhari, Band 9, Buch 83, Nr. 17 u.a.).
- versteht den Kampf für die *Dominanz des Islam als „Dschihad“*, der als verdienstliches Werk auf „dem Wege Gottes“ verstanden wird und erst aufhören darf, wenn die Weltgemeinschaft sich zum Islam bekennt. Trotz einer spiritualistischen Tradition, die „Dschihad“ vornehmlich als Ringen um individuelle Gottnähe und Bekämpfung persönlicher Verfehlungen und Laster darstellt („großer Dschihad“), bleibt in Geschichte und Gegenwart die militante Version des Dschihad, verstanden als physischer „Kampf gegen die

- Ungläubigen“, eine herausragende Interpretation („kleiner Dschihad“).
- weigert sich, entweder gänzlich die *Säkularität des neuzeitlichen Staates* (Trennung von Staat und Religion) als das friedensbürgende Grundprinzip für das Zusammenleben im religiös-kulturellen Pluralismus anzuerkennen oder akzeptiert lediglich pragmatisch den säkularen Rechtsstaat ohne eine theologisch plausible Begründung anzubieten. Eine solche Haltung steht dem vom Bundesverfassungsgericht mehrfach unterstrichenen fundamentalen Verfassungsprinzip der unbedingten „Rechtstreue“ entgegen.
 - verweigert *Frauen* in Familie und Gesellschaft die Gleichberechtigung unter Verweis auf gottgegebene biologische Unterschiedlichkeit und errichtet ein Regime der Geschlechterapartheid: Verhinderung von individueller (vor allem auch sexueller) Selbstbestimmung der Frauen, Unterordnung unter die gottgesetzte Autorität des Mannes, die auch ein Züchtigungsrecht einschließt (Sure 4,34). Das Kopftuch ist symbolischer Ausdruck dieser Unterordnung. Dass es Musliminnen gibt, die das Kopftuch auch freiwillig tragen, ist kein Argument gegen seine repressive Deutung und die mit ihm verbundene aggressive Körperpolitik.

Islamisten sind heutzutage die Hauptvertreter und militanten Aktivisten dieses „*realdominanten Islam*“, den sie zu einer Ideologie der politischen Herrschaft zugespitzt haben.

Die Hoffnungen auf einen „*Reformislam*“, auch gelegentlich „*Euro-Islam*“, „*liberaler*“ oder „*progressiver Islam*“ genannt, haben sich bis jetzt – trotz positiver Ansätze – nicht erfüllt. Die intellektuellen Aktivisten des „progressiven Diskurses“ leben und arbeiten weit über den Globus verstreut, meistens in westlichen Staaten und es gibt nur zaghafte Vernetzungsstrukturen. Ihr Einfluss auf religiöse Bildung und den Diskurs in den überwiegend konservativen muslimischen Gemeinschaften ist sehr begrenzt. Gleichwohl sind sie als Ansprechpartner für Sozialdemokraten unverzichtbar, da sie die entscheidenden Fragestellungen für einen demokratie-kompatiblen Islam formulieren und diskutieren:

- Die Frage nach der *religiösen Autorität* im Islam, ausgedrückt in den Worten des in Los Angeles lehrenden Islamwissenschaftlers Khaled Abou El-Fadl: „*Who speaks in the name of God?*“;
- Die Frage nach *Scharia und Moderne*, d.h. die Frage nach dem Verhältnis von „Gottesrecht“ und „Menschenrecht“. Es geht um die Legitimation, Rolle und Grenzen religiöser Wahrheitsansprüche im Blick auf die ethisch-moralische Fundierung muslimischer Lebensweisen und die Ausgestaltung politischer Systeme. Darin ist die immer wieder diskutierte Problematik des Verhältnisses von „Islam“ und Säkularität enthalten;
- Die Frage nach einer *Koranhermeneutik*, die literalistische Ansätze überwindet und den Anschluss an historisch-kritische Ansätze findet;

- Die Frage nach der *Kompatibilität von universalen Menschenrechten, rechtsstaatlicher, pluralistischer Demokratie und den verschiedenen Interpretationsvarianten* von Islam.
- Angebot der für die Kooperation mit dem Staat erforderlichen Rechtsinstitute ohne rechtliche „Ermäßigungen“ (z.B. „Körperschaft des Öffentlichen Rechts Light“).

Anerkennung des Islam?

Vor dem Hintergrund der Binnendifferenzierung des Islam bedarf die häufig erhobene Forderung von der „*Anerkennung des Islam*“ der Erläuterung und Präzisierung. Im deutschen Religionsverfassungsrecht gibt es keine Rechtsfigur der formalen „Anerkennung“ von Religionsgemeinschaften. Wenn Religionsgemeinschaften (auch: Religionsgesellschaften) mit dem Staat in Kooperationsbeziehungen treten wollen, stehen ihnen verschiedene Rechtsinstitute offen: die „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“ und der religiöse Verein. Auch an Stiftungen des Privatrechts ist zu denken. Die mit diesen Rechtsinstituten verbundenen Anforderungen müssen von muslimischen Organisationen erbracht werden. Dieser Punkt ist allerdings innerhalb der Sozialdemokratie strittig. „Anerkennung des Islam“ bedeutet m.E.:

- Respekt vor den individuellen Glaubensüberzeugungen und weltanschaulichen Positionen von Muslimen;
- Gleichberechtigung islamischer Glaubensgemeinschaften i. S. von Artikel 4 GG und Art. 140 GG insofern „Rechtstreue“ nachgewiesen wird (Akzeptanz der nach Art. 79, Absatz 3 mit „Ewigkeitsgarantie“ versehenen fundamentalen Verfassungsprinzipien und der Trennung von Staat und Religion).

Es ist strittig, welche *Sachbereiche* durch „Anerkennungspolitik“ konkret berührt werden. Wenn wir uns an den Forderungen der organisierten „religiösen Muslime“ orientieren, geht es z.B. um die in These 20 der „Islamischen Charta“ des „Zentralrats der Muslime“ notierten Wünsche.

- Einführung eines deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts,
- Einrichtung von Lehrstühlen zur akademischen Ausbildung islamischer Religionslehrer und Vorbeter (Imame),
- Genehmigung des Baus innerstädtischer Moscheen,
- Erlaubnis des lautsprecherverstärkten Gebetsrufs, Respektierung islamischer Bekleidungsvorschriften in Schulen und Behörden,
- Beteiligung von Muslimen an den Aufsichtsgremien der Medien,
- Vollzug des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schächten,
- Beschäftigung muslimischer Militärbetreuer,
- Muslimische Betreuung in medizinischen und sozialen Einrichtungen,
- Staatlicher Schutz der beiden islamischen Feiertage,
- Einrichtung muslimischer Friedhöfe und Grabfelder.

Die SPD sollte im Blick auf diese Forderungen eine möglichst klare, einheitliche Haltung erkennen lassen.

SPD im Dialog

Zentral ist ferner ein *substantieller Dialog mit Muslimen* auf verschiedenen Ebenen. Hier hat die „Deutsche Islamkonferenz I (2006-2009)“ durchaus einen Beitrag geleistet. Sozialdemokraten sollten die seit 2011 fortgesetzte „Deutsche Islamkonferenz II“ mit eigenen Beiträgen kritisch begleiten.

Für den Dialog ist es zentral, *Menschenrechts- und Demokratiefragen* als Leitthemen in den Mittelpunkt zu stellen. In den Dialog gehören in jedem Fall folgende Themen:

1. Der Beitrag des Islam zu *Gerechtigkeit, Frieden und der zivilgesellschaftlichen Stärkung der Demokratie*;
2. „*Anerkennung*“ des Islam konkret: Religionsverfassung (siehe oben) Speisevorschriften (Schächten), Moscheebau, Bekleidungs Vorschriften (Kopftuch), Bildung- und Ausbildung, Ausbildung von Imamen, Rolle von Koranschulen, Islamischer Religionsunterricht, Islamisch-theologische Fakultäten;
3. *Islamismus* als extremistische politische Ideologie und Bewegung (in ihren vielfältigen Differenzierungen) Zusammenhänge von Islam und Islamismus – Anknüpfungspunkte und „Instrumentalisierungen“;
4. *Antisemitismus und Islam*, vor allem das Problem wachsenden Judenhasse unter muslimischen Jugendlichen;
5. *Gewalt in Geschichte und Gegenwart des Islam*, das Konzept des Dschihad in seinen verschiedenen Ausprägungen und Bedeutungen von der Frühzeit bis zu den Interpretationen islamistischer „Dschihadis-

ten“; Zwangsheiraten mit religiöser Begründung und „Ehrverbrechen“;

6. *Säkularer Staat*, das Prinzip der Säkularität, Trennung von Staat und religiösen Institutionen, Scharia und Demokratie;
7. *Religionsfreiheit* unter besonderer Berücksichtigung des Religionswechsels und der Lage nicht-muslimischer Minderheiten in der islamischen Welt;
8. „*Gender*“-Fragen: Frauenrechte und Feminismus;

Wir wissen, dass Muslime Mitglieder, Sympathisanten und Wähler unserer Partei sind. Wir wissen nicht, wie viele es sind, weil wir, aus guten Gründen, nicht nach der Religionszugehörigkeit fragen. Es lässt sich vermuten, dass viele muslimische Sozialdemokraten religiös sind (mit weiteren Binnendifferenzierungen), andere akzeptieren die Zuschreibung „Muslim“ *nicht* (oder nicht allein) als Bezeichnung ihrer Identität. Manche verstehen sich, wie viele Christen auch, als „nicht-religiös-praktizierend“. Wer von ihnen bereit ist, in der Sozialdemokratie mitzuarbeiten, hat deutlich gemacht, dass er/sie die fundamentalen Verfassungsprinzipien des demokratischen und pluralistischen Rechtsstaates akzeptiert und mit uns gemeinsam für die Grundwerte der sozialen Demokratie eintreten will. Sie sind uns willkommen. Und es wäre es hilfreich, wenn muslimische Sozialdemokraten in einen internen Dialogprozess einträten und ihr Selbstverständnis deutlich machten. Das ist kein Aufruf zur „weltanschaulichen Versäulung“ der Partei, sondern ein Beitrag zur innerparteilichen Demokratie und Kommunikationskultur.

Redaktionelle Vorbemerkung:

Auf unserer Tagung „Perspektiven des Fortschritts“ in Rostock (01.07.–03.07.2011) hat Sibylle Reinhardt zu „Werte-Bildung und politische Bildung“ vorgetragen und den Entwurf für eine Resolution vorgelegt. Wir geben Auszüge aus ihrem Vortrag wieder (ausführlich Reinhardt 2010) und drucken die von Teilnehmern der Tagung und Mitgliedern der HDS verabschiedete Resolution ab. Die Resolution zu gemeinsamem Unterricht ist mit einem Begleitbrief von Sibylle Reinhardt an die SPD-Fraktionen der Landtage und an die KultusministerInnen der Länder gesandt worden.

Sibylle Reinhardt

Werte-Bildung und Schule

1. Was sind Werte? (Individuelle, institutionelle, kollektive Werte)

„Werte“ sind Vorstellungen des Wünschenswerten, also Ideen oder Ideale, die der Beurteilung von Wünschen dienen. Sie sind also nicht die erstrebten Objekte (z.B. ein Auto) selbst, sondern sie sind Maßstäbe zu deren Bewertung (z.B. Freiheit). Deshalb ermöglichen sie die Unterscheidung zwischen tatsächlich vorhandenen und gerechtfertigten Wünschen (vgl. Thome 2003:6).

Individuen erlangen ihre Werte in modernen Gesellschaften nicht nur über Traditionen und konkrete Zugehörigkeiten, sondern sie müssen sie auch selbst wählen und verantworten. (So waren z.B. die Geschlechtsrollen früher klarer vorgegeben als heute.) Die Individuen erringen belastbare Identität nur, wenn ihre Werte über unterschiedliche Situationen hinweg und über längere Zeit und auch bei Werte-Konflikten als integriert erscheinen (ausführlich Reinhardt 1999).

Werte können und dürfen nicht nur Individuen zugeschrieben werden. Wä-

ren Werte nur in Individuen verkörpert, dann müssten Versuche zur Verbesserung der Welt als moralische Appelle an die Einzelnen gerichtet werden (was natürlich auch Sinn macht). Das Bild ist aber komplizierter: Systemische Regelungen durch Institutionen verkörpern ebenfalls Werte. Das System der sozialen Marktwirtschaft ist ein instruktives Beispiel: Marktteilnehmer handeln im Grundsatz aus Eigennutz, aber die institutionelle Koordination der Egoisten durch eine von Adam Smith so genannte „unsichtbare Hand“ fördert unter Umständen die Wohlfahrt aller. Dafür bedarf es rechtlicher Rahmenbedingungen und staatlicher Absicherungen, damit Gemeinwohl in den Horizont des Gesamthandelns kommt. „Moral wird (...) in das Institutionengefüge verlegt und deren Sicherung zur Aufgabe des Staates erklärt.“ (Nunner-Winkler 2003:310).

Institutionen sind ganz unterschiedlich strukturiert, nicht nur funktional, sondern auch in ihrem Werte-Kern.

„Gerechtigkeit“ ist z.B. im Teilsystem Wirtschaft eine andere Idee (nämlich Tausch-Gerechtigkeit) als in der Familie (fast unbedingte Solidarität) oder im Gesundheits- oder Bildungssystem (kollektive Solidarität bzw. Leistung).

Die Entscheidungen über institutionelle Regelungen und damit auch über deren Werte-Kern sind keine nur persönlichen (ethische), sondern kollektive (politische). Das Beispiel der sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass unterschiedliche Werte und unterschiedliche Konkretisierungen dieser Werte das Urteil leiten. Die Werte „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ werden z.B. in der FDP häufig anders konkretisiert und kontextualisiert als in der SPD.

Demokratisch-pluralistische Gesellschaften kennen und respektieren eine Fülle sozialer Konflikte; sie sind geprägt durch Interessen- und Werte-Konflikte. Das politische System benötigt deshalb einen Grundkonsens für das Austragen dieser Konflikte, damit sie nicht das System und die Individuen zerstören. Zum Konsens gehören Institutionen für Konflikt und Entscheidung, also die in der Verfassung festgelegten Wege zur Kanalisierung der Auseinandersetzungen und zur Entscheidungsfindung. Auf Seiten der Bürger und Bürgerinnen gehört dazu eine politische Kultur des zivilen Streitens. Teil dieser politischen Kultur muss die geteilte Überzeugung der Werthaltigkeit der Demokratie (GG Artikel 1: Menschenwürde als oberstes Prinzip) mit ihrer Anerkennung von sozialen Unterschieden im Rahmen der staatsbürgerlichen Gleichheit sein.

2. Didaktische Konsequenzen

Die Hoffnung auf unmittelbare gesellschaftliche Integration und auf garantierte individuelle Identität durch gemeinsam geteilte Werte ist vergeblich. Denn Werte (auch die der Verfassung) sind abstrakt und müssen jeweils konkretisiert werden; auch kollidieren sie miteinander (z.B. Freiheit und Gleichheit). Schließlich ist ihr Verständnis dem Wandel unterworfen, und zwar nicht nur in langen historischen Linien, sondern auch in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg (vgl. Hradil 2002).

Drei didaktische Konsequenzen werden aus dem Problem, dass Werte abstrakt, kontrovers und historisch sind, gezogen:

1. Toleranz statt Partikularismus: Die auf Werte spezialisierten Fächer der Religionen, Ethik u.a. müssen integrieren, nicht separieren.
2. Individuelle Moral und politische Bildung gehören zusammen: Moralische Dilemmata sind als politisch bildende Aufgaben vorzüglich für Lernprozesse geeignet.
3. Reflexivität statt Übernahme: Es geht nicht um Werte-Erziehung im Sinne von Stoff-Lernen, sondern um Reflexion auf Werte im Sinne von Bildung.

Der zweite und dritte Punkt wurde im Vortrag erläutert, bleibt hier aber ausgespart. Die erste Konsequenz wird etwas erläutert.

3. Die heutige Schulorganisation und Schulstruktur trennen, statt zu integrieren

Schon heute ist die Trennung des christlichen Religionsunterrichts nach Konfessionen und die Ergänzung für andere Lernende durch andere Fächer wie Ethik (das ist das Modell nicht in allen Bundesländern, aber das häufigste) in der Schulorganisation für alle eine organisatorische Bürde. Dieses Problem wird zunehmen, wenn weitere Religionen denselben Status erlangen. Dieses praktische und finanzielle Argument wiegt schwer, aber nicht so schwer wie das strukturelle.

Die Religionslehren werden konfessionell segmentiert und die Lernenden werden separiert. Die zentrale sozial integrierende Struktur in der Schule, die Klasse, wird geteilt und getrennt. Es ist also unmöglich, dass die Lernenden unterschiedliche religiöse und säkulare Deutungs- und Wertmuster miteinander erörtern. Sie lernen nicht einmal die religiösen Praktiken der anderen kennen, Gewohnheiten und Rituale bleiben fern. Die zentrale Tatsache der Differenz und des Konflikts wird durch Trennung organisatorisch still gestellt und damit weder gesellschaftlich anerkannt noch didaktisch genutzt. Hinzu kommt die negative Diskriminierung jener Religionen, die die Bedingungen staatlicher Anerkennung für den Unterricht nicht erfüllen und gar nicht berücksichtigt werden.

Es werden nicht nur Lernchancen nicht eröffnet, die Struktur der Lehre macht selbst eine Aussage über das Leben in dieser Gesellschaft – dass man nämlich getrennt zu bleiben hat. Als „heimlicher Lehrplan“ wird seit langem

bezeichnet, wenn strukturelle Eigentümlichkeiten vorgeblich neutral sind, aber inhaltlich doch eine Botschaft vermitteln. Strukturen machen Aussagen, und die lautet hier: Auch in der staatlichen Schule bzw. in der staatlich anerkannten Schule bleiben religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und ihre Kenntnisnahme sowie die Erörterung ihrer Konsequenzen für das Zusammenleben der Menschen die Sache partikularer Gruppen und Institutionen, statt dass die öffentliche Schule das Lernen integriert.

4. Wir brauchen den Diskurs im gemeinsamen Lernen

Die separierende Struktur ist eine bildungspolitische Entscheidung (mit historischen Gründen), die zu ändern wäre. Sinnvoll wäre ein einziges, religionsübergreifendes Fach, das allgemein bildende Aufgaben hätte. Die Kenntnis des eigenen und der anderen, die Kontrastierung der Ansätze, die streitige Auseinandersetzung über politische Konsequenzen (gemäß dem Kontroversgebot der politischen Bildung) – all dies brauchen unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Dafür brauchen wir gemeinsames Lernen.

Literatur

- Hradil, Stefan (2002): Der Wandel des Wertewandels. in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, H. 4, S. 409–420
- Nunner-Winkler, Gertrud (2003): Politik und Moral. in: Nassehi, Armin / Schroer, Markus (Hrsg.): Der Begriff des Politischen. Baden-Baden: Nomos, S. 309–323

Reinhardt, Sibylle (1999): Werte-Bildung und politische Bildung. Zur Reflexivität von Lernprozessen. Opladen: Leske+Budrich

Reinhardt, Sibylle (2010): Werte-Bildung und politische Bildung. in: Schubarth, Wilfried / Speck, Karsten / von Berg,

Heinz Lynen (Hrsg.): Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 211–223

Thome, Helmut (2003): Soziologische Wertforschung. in: Zeitschrift für Soziologie, H. 1, S. 4–28

Resolution zu gemeinsamem Unterricht für Religion und Weltanschauungen

Die HDS unterstützt Bestrebungen, gemeinsames Lernen über Religionen und Weltanschauungen in den Schulen zu institutionalisieren. Ein gemeinsames Unterrichtsfach ermöglicht allgemein bildende Prozesse der Kenntnisnahme, des Verständnisses und der Diskurse.

Begründung:

Deutschland ist ein Land mit unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen geworden. Zwar sind diese Überzeugungen Privatsache, jedoch haben sie Konsequenzen für das Zusammenleben und für politische Forderungen.

Auch Konflikte in Gesellschaft und Politik können dabei nicht ausbleiben. Wo sie auftreten, müssen sie zivil ausgetragen werden. Dafür ist wechselseitiges Verständnis und Anerkennung notwendig. Wir brauchen die Auseinandersetzung, wir brauchen den Diskurs!

In unseren Schulen findet aber kein Diskurs statt. Die in der Schule praktizierte Trennung des Unterrichts nach Konfessionen, Religionen und weltlicher Ethik verhindert allgemeine Bildung. Der heimliche Lehrplan sagt: Man redet nicht miteinander, sondern höchstens übereinander.

Demokratie bedarf der Öffentlichkeit und nicht der Abschottung partikularer Überzeugungen. Es ist die Aufgabe der Schule, im Unterricht Gelegenheiten für Kennenlernen, Austausch und

Auseinandersetzungen zu bieten. Damit würde aktiv Toleranz geübt und gelernt.

Integrationspolitik verlangt das Zusammenführen von Menschen und Kulturen. Dies wird mit integrierendem Unterricht über Religionen und Weltanschauungen erreicht. In diesem Unterricht würden Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen kennen gelernt, ihr Verstehen ermöglicht und sie könnten auf Konsequenzen für das persönliche und das politische Leben geprüft werden. Wir fordern deshalb die Einführung dieses Unterrichts mit dem Ziel allgemein bildenden Lernens über und für religiöse und säkulare Überzeugungen und Weltansichten.

Diese Resolution wurde am 3. Juli 2011 in Rostock von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung „Perspektiven des Fortschritts“ und Mitgliedern der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. unterzeichnet:

Erstunterzeichner: *Kira Ludwig, Prof. Dr. Helga Grebing, Manfred Tiemann, Prof. Dr. Richard Saage, StS a.D. Klaus Faber, Prof. Dr. Nils Diederich, Jens Kreibaum, Dr. Petra Hoffmann, Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Tobias Kühne, Karl-Friedrich Reinhardt, Axel Blaschke, Christian Wend, Prof. Dr. Ralf Ludwig, Enrico Barsch, Roland Popp, Prof. Dr. Ulrich Heyder.*

Perspektive 2030: Wohlstand durch soziale gesellschaftliche Alternativen

Ein kritischer Einspruch zur gegenwärtigen Wohlstandsdebatte

1. Wohlstandsvernichtung in Zeiten fehlgesteuerter Wirtschaftsweise

Wir sollten uns besinnen, dass Deutschland zwei Billionen Euro geballtes Brutto sozialprodukt sind, Spitze in Europa. Europa wiederum oder vielmehr die EU und der sich darum scharende Finanz- und Wirtschaftsmarkt (Brutto sozialprodukt EU 27 im Jahr 2009: 11,79 Billionen Euro)¹: das ist ein mächtiges finanzielles und wirtschaftliches Staategebilde mit einer guten wissenschaftlichen und industriellen Basis und mit guten Unternehmen für eine erfolgreiche Wirtschaftsproduktion. Wir sind nicht so schlecht, wie einige uns gerne haben wollen, als günstige Spekulationsobjekte oder flexible wirtschaftliche Verschiebungsmasse.

Ebenso wahr ist, dass die Europäer (EU-27) im Jahr 2010 nur noch rund 10% der Weltbevölkerung ausmachen. Zudem ist das Durchschnittsalter der Europäer bereits jetzt rund 40 Jahre und hat er oder sie das Rentenalter von 65 erreicht, lebt er durchschnittlich noch

rund 20 Jahre (2008).² Die demographische Entwicklung und der Konkurrenzdruck durch die Globalisierung werden sich stetig weiter entwickeln, ohne dass wir jedoch die Basis unseres wirtschaftlichen Handelns grundsätzlich in Frage stellen müssten. – Es war so und es ist momentan noch auf absehbare Zeit so, dass die großen industriellen Zentren Europa, die USA und Japan, jetzt noch erweitert um den Wirtschaftsriesen China, einige asiatische Staaten wie Korea und Indien, Russland mit seinen mächtigen Rohstoffreserven und die Mittelmächte Lateinamerikas die Weltwirtschaft dominieren und dass wirtschaftliche Austauschprozesse unter ihnen den Großteil der Weltwirtschaft ausmachen, von denen diese Wirtschaftsräume auch in ihrem Wohlstand partizipieren.

Wir sollten uns weiterhin besinnen, dass ist unser Wohlstand aber nicht in grundsätzlicher Weise durch die Globalisierung oder mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bedroht ist. Bedroht ist unser Wohlstand eher durch falsche Reakti-

1 Vgl. Eurostat 2011, S. 19.

2 Vgl. Eurostat 2011, S. 30, 35, 43.

onsweisen auf diese Globalisierung und einen überbordenden Finanzsektor, der zu wenigen Kontrollen unterliegt. Wöchentlich werden an den Börsen Volumina von Billionen Euro bewegt, ohne dass hier eine ausreichende Steuerung oder restriktive Regelungen entgegen destabilisierende Bewegung ergriffen wurden oder z.B. eine Finanztransaktionssteuer vorhanden wäre, die reine Spekulationsgewinne zu Gunsten der Allgemeinheit mit einem gewissen Steuersatz abschöpfen würde.

Ein Blick in die Wirtschaftspresse genügt, um zu erkennen, dass wir von einer wettbewerbsfähigen Wohlstandsökonomie ausgehen können, deren Innovationskraft ungebrochen und deren Spitzenunternehmen auch im internationalen Vergleich gut abschneiden. „Gewinnmaschine Deutschland“ titelte das Handelsblatt im Juli 2011 sogar in Bezug auf die Bilanz der deutschen TOP-Konzerne. Das ist die gute Nachricht. Ebenso bewusst müssen wir uns jedoch den Bedrohungen des Wohlstandes durch Finanzspekulationen sein: Die schlechten Nachrichten in der Presse erzählen seit einigen Jahren von den Risiken, die sich durch eine sich immer mehr verselbstständigende und entkoppelte Finanzökonomie entstehen können. Es kann jeden treffen: vom großen Finanzinvestor über einen Staat bis hin zum „durchschnittlichen“, einkommensabhängigen Bürger. In den Gesellschaften, in denen die Einkommensverteilung so ist, wie in Deutschland und in vielen entwickelten Ökonomien, haben nur vergleichsweise wenige das Geld zur finanzmarktgesteuerten Spekulation. Zuerst trifft es die Reichen. Ein Bei-

spiel aus dem Jahr 2009 unter dem Titel „Arme Millionäre“: „Auch die sehr vermögenden Bürger dieser Welt haben in der Finanzkrise Geld verloren. Diese Meldung darf nicht weiter verwundern, interessant ist jedoch das Ausmaß des Wohlstandsverlustes. Der von Merrill Lynch Global Wealth Management und Capgemini vorgelegte World Wealth Report gibt Auskunft. Als reich gilt jeder, der mindestens eine Million US-Dollar besitzt, die er nicht für das tägliche Leben benötigt und somit frei investieren kann. Die Anzahl dieser sogenannten „High net worth individuals“ (HNWIs) sank im Jahr 2008 weltweit um 14,9 Prozent auf 8,6 Millionen Personen. Ihr Vermögen reduzierte sich im Vergleich zu 2007 um 19,5 Prozent auf 32.800 Milliarden Dollar.“

Die Zahl der Superreichen – das sind Menschen mit einem verfügbaren Finanzvermögen von mindestens 30 Millionen Dollar – verringerte sich um 24,6 Prozent. „Dieser in seiner Höhe bislang einmalige Rückgang machte das solide Wachstum der Jahre 2006 und 2007 zunichte“, heißt es in der Studie. In Deutschland sank die Zahl der HNWIs im Jahr 2008 um 2,7 Prozent auf 809.700 Personen. Rund 90 Prozent aller HNWIs leben in Nordamerika, Asien und Europa.“ (Zydra 2009)

Hochspekulative Anlagen sind „die Lotterie des reichen Mannes“ könnte man schlussfolgern, nach dem z.B. im Handelsblatt vom 05./06.08.2011 Informationen enthalten sind, nach dem diese Hedgefonds den meisten Menschen am Ende gar kein Geld bringen, das wird „verbrannt“ oder bleibt eben kleben bei einigen cleveren Spekulanten.

Mithin ist es keine Lotterie, sondern vielmehr ein „Pilotenspiel“, das schon fast Straftatbestände erfüllt und eigentlich einer Kontrolle ob einer eventuellen Sittenwidrigkeit der Geschäfte unterliegen sollte.

Doch wo sind die Auswege für solche Fehlleistungen unseres Wirtschaftsystems? – Es gibt zwei bis drei verschiedene herkömmliche und strategische Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und der internationalen Finanzmarktökonomie: a) Einmal müssen Länder mit einer starken wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Basis immer wieder ihre Wettbewerbsfähigkeit durch verschiedene Maßnahmen stärken, um weniger angreifbar zu sein. b) Zum anderen kann neben den Versuchen zu Regulierung und Beschränkung von reinen Spekulationen auch die Strategie vorangetrieben werden, sich mehr über ein qualitatives und selektives Wachstum wirtschaftlich zu definieren und sich damit weniger angreifbar gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen des quantitativen Wachstums zu machen. Hinzu kommen c) auch Änderungen und Innovationen in der Gesellschaft, um sich weniger angreifbar zu machen und Fortschritt durch soziale gesellschaftliche Alternativen zu definieren.

Zur Zeit machen sich schon viele Wissenschaftler und Initiativen größere Gedanken über die Gesundung des Wohlstands und sozial und ökologisch verträgliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Alternative Konzepte schießen aus dem Boden momentan. Sie reichen vom Konservativen Meinhard Miegel (2011), der Wohlstand

ohne Wachstum quasi prognostiziert und Anleitungen nach gewohnter Art liefert bis hin zum österreichischen Attac-Gründer Christian Feiber (2010), der mit der „Gemeinwohl-Ökonomie“ ein komplettes alternatives Wirtschaftsmodell für die Zukunft vorlegt. Andere sind auf dem traditionellen Weg einer solidarischen Ökonomie, die sie jetzt als „solidarische Postwachstumsökonomie“ bezeichnen. Auch die Ansätze des „Ökosozialismus“ (Scherer/Vilmar 1983) erleben eine neue Renaissance, wie sich im Internet nachvollziehen lässt. Gleichwohl bescheidener nehmen sich da die Konzepte von Dullien et al. 2010 zum „Guten Kapitalismus“ oder besser noch im englischen „Decent Capitalism“ (2011) und diverse Versuche der Begründung einer „Postwachstumsökonomie“ oder von „selektivem Wachstum“ (z.B. von Ehrhard Eppler) aus, die auf eine eher sanfte Reformierung und Weiterentwicklung unserer Ordnungen zum Abwenden von Schäden oder negativen Nebenwirkungen unseres Systems zielen.

Es dürfte eigentlich allen mittlerweile klar sein, dass unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell dringend überholungsbedürftig ist, weil es selbst droht, seine eigenen ökologischen Existenzgrundlagen zu zerstören oder zumindest irreparabel zu schädigen und auch seinen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen finanzielle Schäden zuzumuten, die zu viel sind, als dass sie noch als Preis des Fortschritts tolerabel wären.

Die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas liegt nämlich in der Funktionstüchtigkeit ihrer gesellschaftlichen, sozialen, finanzi-

ellen und wirtschaftlichen Strukturen gleichermaßen. Ein neueres Konzept hätte nicht nur alternative Arbeits-, Lebens- und Wirtschaftsvorstellungen zu einem Traumparadies, mithin zu einem Wunschtraum, einer Utopie, zu vereinigen, sondern auch wirtschaftliche Grundlagen zu beachten und auszugestalten.

Vor allem technologische Spezialisierungen und Produkte und die damit verbundenen industriellen Dienstleistungen auf einer guten wissenschaftlichen Basis sind z.B. eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, die beidem Rechnung tragen kann: der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit im quantitativem Sinn und der Nutzung für bessere Qualität in Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Gerade deshalb ist es von überragender Bedeutung, dass sich unsere Gesellschaft noch in viel weiter reichendem Ausmaß als eine „Wissengesellschaft“ begreift, weil technologischer und wissenschaftlicher Fortschritt die Basis für Innovationen, höhere Produktivität und qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen liefert, die in Zukunft noch viel stärker als bisher die Basis unseres Wohlstandes sein werden.

Das unsere technologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Basis auch weiterhin ausreichend sein werden, um einen gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen, daran muss auch weiter gearbeitet werden. Es ist dabei so, dass auch hier eine soziale Spaltung eingetreten ist und droht weiter zuzunehmen. Der Anteil hochqualifizierter „Wissensarbeiter“ (z.B. Ingenieure oder überhaupt Akademi-

ker) in der Industrie ist gewachsen, der Anteil der mittleren Qualifikationen (bei denen Deutschland sehr stark ist) ist wahrscheinlich leicht im Sinken begriffen und der Anteil der Niedrigqualifizierten in der Industrie sank rapide, sowohl allgemein als auch sektoral, z.B. in der chemischen Industrie. Insgesamt können wir allgemein und sektoral von einer lang anhaltenden Tendenz hin zu höheren erforderlichen Qualifikationen und von überdurchschnittlichen Zuwächsen bei akademischen Fachkräften am Arbeitsmarkt sprechen.³

Im Zuge der hochintensiven Arbeits- und Wirtschaftsweisen werden die Notwendigkeiten und die tatsächlichen Möglichkeiten einer menschlichen Entlastung für Expertinnen und Experten bzw. Funktionseliten und die Reproduktionsnotwendigkeiten und -möglichkeiten in einer „Hochleistungswissensökonomie“ mit hohen und weiter zu entwickelnden sozialen Dienstleistungen zu steigern sein.

Wir sind in Zukunft eher wirtschaftlich daran gebunden, deutsche und europäische Qualitäts- und High-Tech-Produkte (z.B. Biotechnologie, Energietechnologien, spezielle Informatik, Nanotechnologie, Robotik, wissens- und medienökonomische Dienstleistungen und Produkte, Werkstofftechnologien etc.) zu unserem Vorteil zu nutzen.⁴

3 BIBB 2002, Rogalski 2005, zuletzt siehe Bundesagentur für Arbeit 2011, 10ff

4 Gerade Politiker wie Sigmar Gabriel haben dies auch mit der Überholung der Industrie- und Infrastrukturpolitik und der Steigerung

Zur Besinnung über unsere Situation gehört wohl aber auch der Realitäts-sinn, dass eine Partizipation an den internationalen Finanzmärkten eben ein erheblicher Teil des industriellen Wirtschaftslebens ist. Jedoch ist die Order, „dem Markt“ genug Freiraum zu lassen, spätestens seit der neuesten Finanzkrise im Jahr 2011 unbedingt durch Steuerungs- und Kontrollmechanismen zu ergänzen. Daran dürfte wohl kaum noch jemand, der vernünftig ist, Zweifel haben.

Wie auch immer, zurück bleibt der „normale“ Arbeiter und Angestellte, dessen Arbeit sich in den letzten Jahrzehnten eben auch immer mehr intensiviert, qualitativ gesteigert, erweitert und verdichtet hat und der sich dennoch aufgrund niedriger Gehälter weniger Reproduktionszeit leisten kann.⁵ Es ist kein Wunder, dass in solch einer Arbeitsgesellschaft besonders psychische Leiden in den letzten Jahren immer mehr zugenommen haben und dass die Arbeitszufriedenheit – besonders in Deutschland – immer mehr abnimmt.⁶ – Schon jetzt, werden die wirtschaftlichen Gebote der Effizienz- und Leis-

tungssteigerung zu einer Diktatur des Wirtschaftens, die vielen Geboten nach einer humanen Arbeitsordnung vehement widersprechen.

Zurück bleibt auch ein gesunder Planet mit Umweltzerstörungen sondergleichen, obwohl der „Club of Rome“ schon in den 1970er Jahren gewarnt hatte, dass wir bei unserem jetzigen Wirtschaften und der Umweltzerstörung gleich mehrere Planeten bräuchten, wenn wir überleben wollen. Die weltweit zunehmenden Warnungen aus kritischen Zahlen über Klimawandel durch zu starken CO₂-Ausstoss, Rückgang der Biodiversität auf dem Land und den Meeren gleichermaßen, Abschmelzen der Polkappen und der Gletscher und damit einhergehenden Klimaveränderungen (Zunahme extremer Wetterlagen) und dem Anstieg der Meeresspiegel, Verwüstungen, Entwaldung sollten eigentlich genug sein, um zu begreifen, dass unsere Wirtschaftsweisen und unserer Ressourcenverbrauch an elementaren Stoffen ihre Grenzen haben, wenn weitere riesige Ökonomien mit Milliarden von Menschen ökonomisch aufholen wollen.

Gefragt ist also – durchaus aus eigenem Interesse – eine erneuerte Arbeits- und Wirtschaftsordnung, die einerseits Wohlstandsbedrohungen durch Spekulationen, soziale und wirtschaftliche Desintegration und damit einsetzende gesellschaftliche Krankheiten durch Fehlentwicklungen und auch die selbstzerstörerische Ausbeutung von natürlichen Ressourcen durch falsches Wirtschaften vermeidet und andererseits auch wieder zu neuem qualitativen Wohlstand durch Begrenzung von

der Forschungspolitik klar im Blick. Siehe Gabriel 2008, S.166ff.

- 5 Vgl. z.B. die Statistiken der Böckler-Stiftung unter: http://www.boeckler.de/themen_32990.htm.
- 6 Vgl. Deutsche immer unzufriedener mit ihrer Arbeit, in: Frankfurter Rundschau Online, 02.08.2011, <http://www.fr-online.de/wirtschaft/deutsche-immer-unzufriedener.htm>, wo eine Studie der Universität Duisburg-Essen bzw. Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) wiedergegeben wird.

Spekulationen, soziale gesellschaftliche Alternativen für eine menschenfreundliche Arbeits-, Lebens- und Wirtschaftsweise und zu nachhaltigem Wirtschaften führt bzw. zunächst einmal als einen Zwischenschritt die destruktiven Erscheinungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftsentwicklung abmildert.

Die genannten Fehlsteuerungen sind in den kommenden 30 Jahren und darüber hinaus die dringendsten Wohlstandsgefahren, nicht mangelndes oder fehlgesteuertes Wachstum.

2. Die wahren Bedrohungen für unseren Wohlstand und die Perspektiven für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand

Deutschland und Europa gehören zu den attraktiven Kapitalmärkten. Es sind schließlich –banal gesagt – ja so viele finanzielle Mittel vorhanden, dass sich das Anlagen suchende Kapital zunehmend statt Investitionen in die Realwirtschaft zu tätigen, spekulativen Finanzmarktgeschäften zuwendet. Seit mehreren Jahrzehnten wachsen die finanziellen Anlagen ganz gleich welcher Art wesentlich stärker als die Volumina des Welthandels. Dies kann man auch als positive Entwicklung sehen, denn Kapital sucht sich (wenn die Profite der Realwirtschaft nicht hoch genug sind) zwangsläufig gute, gewinnbringende und produktive Anlagen, die auch zur Wohlstandsvermehrung beitragen können, nur eben nicht zum Wohlstand von allen, sondern zum Wohlstand einiger weniger. Dieser ständig zunehmende Prozess kann und hat jedoch auch zu größeren Überakkumulationskrisen geführt, bei denen die ständig

auf noch größeres Wachstum fixierten Banken ihre Gelder krisenhaft in Anlagen gesteckt haben, z.B. Immobilien, bei denen seit Monaten, wenn nicht Jahren klar war, dass diese niemals den angesteuerten Gewinn erwirtschaften werden. Statt die Banken zu entsprechenden Abschreibungen zu zwingen und zu einer gemeinschaftlichen Gesamthaftung des Finanzmarktsektors aufzurufen, zahlen jetzt Staaten und mithin auch die Bürgerinnen und Bürger, die Zeche für Fehlanlagen, in diesem Ausmaß ein bisher noch nicht da gewesener Vorgang in den USA, wo sich diese Verluste für die Volkswirtschaft gleich mit mehreren Billionen Dollar beziffern lassen. Wer noch irgendeinen Zweifel hat, dass das einer der größten Skandale der Wirtschaftsgeschichte ist, sollte das bei dem Wirtschafts-Nobelpreisträger Stiglitz einmal ausführlich nachlesen.⁷

Wirtschaftsspekulationen und Investitionen gehören zu unserer Wirtschaftsform und wer sich dabei verspekuliert, ist nun mal Risiken eingegangen. Unser Wohlstand wird aber bedroht durch in sich zusammenfallende Spekulationen, die den Volkswirtschaften schaden. Diese Fehlspekulationen entziehen der so genannten Realwirtschaft dringend gebrauchte finanzielle Mittel und den Staaten Mittel für gesellschaftliche Infrastruktur (z.B. Mittel für dringend gebrauchte Bildungsexpansionen) und Investitionen. In einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Studie rechnet Dullien et al. aus, dass die letzte Finanzmarktkrise Mit-

⁷ Stiglitz 2010, Kapitel 1 – 6.

tel in Höhe von rund 3.000 € pro Kopf der Bundesbürger vernichtet haben. Das war kein imaginäres Geld, sondern das sind finanzielle Mittel, die unseren Wohlfahrtsstaaten letztendlich fehlen. Wo einige andere sich dieses Geld gerne für eine Steuersenkung gewünscht hätten, ist das Geld aus dem erneuten Aufschwung der Jahre 2009 bis Mitte 2011 verschwunden im Orkus des weltwirtschaftlichen Marktversagens und Politikversagens.

Wir sind weitaus mehr von Schwankungen in der Weltwirtschaft beeinflusst, als dies der Allgemeinheit bewusst ist. Das Volumen der Finanztransaktionen lag im Jahr 2007 schon beim 75-fachen des Welt-Bruttoinlandsproduktes. Seit 1990 hat sich dabei das Volumen der Börsenderivate um das Achtfache gesteigert, also innerhalb relativ kurzer Zeit. Auch daher ist eine „Finanztransaktionssteuer“ so sehr in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses aller Parteien und auch in den Bereich der Kerninteressen von verschiedensten Bürgerinitiativen gerückt.⁸

Was die jetzige Situation von anderen unterscheidet, ist, dass einige Politiker, Ökonomen und Wirtschaftsfachleute annehmen, dass es ohne zentrale Steuerungs- und Kontrollmechanismen nicht mehr geht, will man nicht ganze Ökonomien und gar in einem Crash die gesamte Weltwirtschaft gefährden. Es geht kurz gesagt um nichts anderes als eine Neuordnung kapitalistischen Wirtschaftens mit einer wesentlich strengeren Fi-

nanzmarktkontrolle. Spekulationen und Finanztransaktionen sind durch ihre Größe bei einer weiteren Steigerung ihrer Ausmaße mit diesen übertriebenen Gewinnerwartungen, die immer größere Spekulationsblasen erzeugen, zu einem Gesamtrisiko für ein Scheitern von Staaten und der Weltwirtschaft geworden. Wir stehen an einem Scheideweg.

Ungünstiger demographischer Wandel, Herausforderungen des technologischen Wandels, Globalisierungstendenzen, zunehmende Migration, zunehmende Umweltrisiken und daraus entstehende Handlungsnotwendigkeiten werden uns ohnehin schon vor Probleme stellen, die nicht leicht zu bewältigen sind. Hinzu kommt potentiell und tatsächlich ein Eigenanteil, wo deutsche und europäische Politikerinnen und Politiker sagen müssten: Wenn die europäische Einigung im Sinne einer Wirtschafts- und Währungsunion nicht gelingt, dann werden die Entsolidarisierung und Fehlsteuerung gepaart weitere schwerere Krisen ergeben.

Wir brauchen eine Besinnung auf Stabilität: Wir werden in einer Welt leben, wo es weiterhin eine Zunahme von Spekulationen mit Krisen geben wird. Wir werden damit leben müssen. Und wir werden zur Stabilisierung deutscher Absatzmärkte und europäischer Partnerstaaten auch Eurobonds und weitere Elemente der Finanz-, Wirtschafts- und Währungsstabilisation brauchen, um eben Stabilität im gesamten europäischen Raum oder in der EU zu unterstützen.⁹

8 Vgl. FÖS, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft 2011, Finanztransaktionssteuer, <http://www.foes.de/themen/finanztransaktionssteuer>.

9 Ein anderer Weg ist das sog. „Kerneuropa“, dessen Zentrifugalkräfte so stark werden

Die in Deutschland zunehmende Schere zwischen Arm und Reich wiederum produziert mehr Armut als unsere Gesellschaft verkraftet und ist ein gesellschaftlicher Skandal. Und nicht nur, dass die mangelnde gerechte Verteilung des Wohlstandes von mehreren Billionen Vermögen durch eine viel zu niedrige Besteuerung der obersten Einkommen zu einer Armut des Staates führt, sie führt gleichzeitig z.B. über Stagnation von Löhnen und Transfereinkommen zu weniger Binnenkonjunktur und überdies auch noch zu einer solchen gesellschaftlichen Atmosphäre, dass zu einem großen Teil ohnehin privilegierte Menschen wesentlich bessere Aufstiegschancen haben¹⁰ und gesamtgesellschaftlich gesehen Menschen aus mittleren und unteren Einkommenschichten zu wenig an höherer Bildung teilhaben können.

Vor diesen Hintergründen ist die Frage auch berechtigt, ob wir *zusätzlich* zum Bruttosozialprodukt auch andere Indikatoren brauchen, die Verteilungsgerechtigkeit, Lebensqualität und ökologischen Wohlstand abbilden und europäische Wohlstandsniveaus besser vergleichbar machen. Inzwischen ist diese Diskussion so weit fortgeschritten, dass sich in Frankreich bereits eine

können, dass der Rest von Europa, der unter weiteren Krisenerscheinungen leiden würde sich zunehmend auflösen würde und damit die gesamte Integration der wirtschaftlichen Gemeinschaft untergraben würde. Für alternative Konzepte für eine neue Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa siehe: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011. Zum Gesamtkontext der Bewältigung der Finanzkrise s. Bofinger 2011.

10 Vgl. insbesondere Hartmann 2008.

analoge statistische Berichterstattung zu den Ergebnissen der sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission¹¹ herausgebildet hat und in Deutschland die Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2010 ein Gutachten an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Implementierung vorgelegt hat und auch in Deutschland neben dem negativen Votum der so genannten „Wirtschaftsweisen“ gegenüber solchen Vorschlägen eine Implementierung durch eine Enquete Kommission des Deutschen Bundestages in irgendeiner Form wahrscheinlich wird. Jenseits aller statistischen und auch wirtschaftswissenschaftlichen Fragen des Sinns und der Implementierungsfähigkeit von solchen Indikatoren ist es politisch gesehen nur ein weiterer Schritt einerseits zur Versachlichung von Wohlstandsdebatten andererseits nur wieder die Schaffung neuer Ausgangspunkte für den ewig gleichen politischen Streit, ob die Umwelt zu geschädigt ist oder nicht oder ob wir unter sozialen Ungerechtigkeiten und schlechter Lebensqualität leiden oder nicht. Auch die größere Aussagefähigkeit und Ausdifferenzierung der Wohlstandsfaktoren unterliegen letztlich dem politischen Streit.

Nimmt man diesen Ansatz in Zeiten fehlender Expertisen für Demokraten in einer Wissensgesellschaft ernst und entwickelt ihn mit einer demokratischen Rückbindung an die Basis weiter, so ist

11 Gemeint ist: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, abzurufen unter: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

in Deutschland als ein Zwischenschritt die Ergänzung bereits existierender Expertenräte zur Beratung von Regierung und Parlament in Zukunft unabdingbar. Dies kann aber nicht in einem einheitlichen System geschehen, dass alles unter einem Deckmantel einer besseren Abbildung von Wohlstand innerhalb einer veränderten Statistik abdeckt, denn dies wäre die Fortsetzung einer Abwälzung der Verantwortung in die Hände der Statistik und Wissenschaft. Wegen der Einbindung der so genannten Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft in einer verbesserten Partizipation im demokratischen Staat wären die Ergänzungen dieses Ansatzes vorzunehmen. Die Erweiterung der bestehenden Institutionen, zumindest um Sozialweisen oder beispielsweise, die Zusammenbindung von Bildungsräten und Wissenschaftsrat zu Bildungsweisen (unter Beteiligung der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz) für eine umfassendere Betrachtung unserer Lage und für die konkrete Debatte „wie wir leben wollen“ ist wünschenswert und demokratisch gesehen sinnvoller als isolierte Instrumente oder gar nur eine Veränderung der Statistik. Wenn wir uns auf wesentliche Dinge besinnen, ergeben sich folgende Schlussfolgerungen: Um Wohlstand zu sichern, muss zunächst gegen wohlstandsfeindliche Entwicklungen vorgegangen werden. Drei Entwicklungen behindern hauptsächlich wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Europa und der globalisierten Ökonomie insgesamt:

1. Vor allem anderen das Auseinanderdriften von unteren und oberen Einkommen bzw. die Ungleichmä-

ßigkeit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums/ Wohlstands unter erheblicher Vernachlässigung staatlicher Umverteilungsmechanismen und damit ein verheerender Schlag gegen binnenkonjunkturelle Weiterentwicklungserfordernisse,

2. die Zunahme kapitalintensiver und kapitalakkumulierender Finanzmarkttransaktionen jenseits einer Realwirtschaft oder Warenwirtschaft (der Warenverkehr ist in den vergangenen Jahrzehnten in seinen Steigerungsraten längst von Finanztransaktionen bei weitem überholt worden) und damit eine Spekulationsblasen erzeugende Geldvernichtungsmaschinerie, die auch noch zu einer gesellschaftlichen und staatlichen Verarmung beiträgt, in dem die Verluste von Banken etc. aufgefangen werden müssen und
3. die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch zunehmende ressourcenverbrauchende und ressourcenzerstörende Lebens- und Wirtschaftsweise (wer denkt eigentlich noch an „die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome von vor über 30 Jahren?).

Bei der Frage nach den Perspektiven für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist die Frage: „Wem es nützt und wozu?“, was von dem Wachstum genutzt wird, von entscheidender Bedeutung. Wohlstand ist immer auch der Wohlstand der vielen!

Wir werden in Zukunft in einer hochgradig veränderten innovativen Dienstleistungs-, High-Tech-, Wissens- und Hochleistungsökonomie leben, die

dennoch soziale Balancen wahren muss, damit die Zufriedenheit bzw. an sich das „well-being“ in der Gesellschaft für viele erhalten bleibt – und zwar nicht nur, um den sozialen Frieden zu sichern, sondern auch um unsere Leistungsfähigkeit und unsere Lebensqualität zu erhalten.

Die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Citoyen wird dabei m.E. ebenso gefordert sein, wie das Empowerment und die materielle Unterstützung des (vor-) sorgenden Sozialstaats.¹² Es sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass sich unser Wohlstand auch durch soziale und gesellschaftliche Alternativen herausbilden muss!

3. Perspektive 2030 – Wie wir leben wollen – die soziale und humane Demokratie

Notwendig sind sozial-humanistische Perspektiven¹³ dessen, wie wir leben wollen, z.B. etwa in 20 Jahren, im Jahre 2030, wenn die Babyboomer-Generation in die Rente geht und die neuen Arbeitsgenerationen vor viel schwierigeren bildungsmäßigen, technologischen, ökologischen, demographischen, migrationsbedingten und sozialen Problemen stehen als wir heute. Die zukünftigen Arbeitsgenerationen stehen nämlich nicht nur erneut vor der Frage der Bewältigung der technologischen und wirtschaftlichen Umbrüche und eines zunehmenden Strukturwandels, sie stehen ebenso vor der Herausforderung in einer

überalterten Gesellschaft die Hauptlast des Erwirtschaftens von Wohlstand tragen zu müssen und gleichzeitig ihr Familien- und Sozialleben und ihre Regeneration zu bewältigen.

Deutschland wie Europa stehen vor großen Herausforderungen, die einerseits in der Bewältigung von Krisen bestehen, andererseits in der notwendigen Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Praxis hin zu einer umweltverträglicheren Wirtschaftsweise, sozialen Neuerungen, die eine humanere Gesellschaft begründen, in den mehr Menschen zufrieden sind, weil die bisherigen Fehlentwicklungen der Arbeitspraxis und der ungleichen Verteilung der Chancen und aufgrund einer ungünstigen demographischen Entwicklung und der notwendigen Zunahme sozialer Absicherungen und Unterstützungen in einer Wissens- und Hochleistungsgesellschaft im Jahre 2030 notwendig werden wird.

Die allgemeinen Perspektiven bis zu einem Erreichen eines vorläufigen demographischen Höhepunktes im Jahre 2030¹⁴ bestehen nach wie vor in einem sozialökologischen und energetischen Umbau der Gesellschaft¹⁵ einerseits und andererseits in der Bewältigung der ökonomischen Umbrüche hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wissensökonomie bei gleichzeitiger großflächiger Partizipation und Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten.

12 Sehr lesenswert in diesem Zusammenhang ist in der Diskussion innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung z.B. in diesem Zusammenhang m.E.: Hillebrandt 2009.

13 Vgl. z.B. den Klassiker: Fromm 2006.

14 Zum Beispiel wird in Deutschland dann bei konstanter demographischer Entwicklung dann die Arbeitnehmergruppe der 50- bis 60-jährigen die größte Einzelgruppe unter den Beschäftigten sein.

15 Vgl. insb. Scheer 2011.

Die Hauptforderungen und Politikansätze, die sich daraus ergeben könnten und unterfüttert und ausgestaltet werden müssen, sind beispielsweise:

- Erhöhung von Bildungspartizipation und deren Verkopplung mit einer Kultur der „Guten Arbeit“ sowie die Schaffung von Bildungsgerechtigkeit und der Ausbau von Systemen „Lebensbegleitenden Lernens“;
- finanz- und steuerpolitische Renovierung der sozialen Umverteilung und zur Förderung von sozialen und ökologischen Innovationen beispielsweise der Förderung gemeinnütziger Aktivitäten und insbesondere gemeinnütziger Bildung sowie Rückgewinnung staatlichen Eigentums, insbesondere Förderung ökologischer Sondermaßnahmen (insbesondere im Energiesektor);
- Umdefinierung von Wohlstand und Reichtum in Bezug auf ein qualitatives Wachstum, z.B. durch steuerliche Förderung höherer qualitativer Standards in der Arbeit in Familienstrukturen und im Gemeinwesen verbunden mit einer Arbeitszeitreduzierung und einer weiteren Humanisierung der Arbeitswelt;
- Schaffung und Förderung von staatlichen oder freien Trägern, die in Fragen der ökologischen, demographischen, migrationsbedingten, krankheitsbedingten Fragen beraten können und kulturelle und mediale Probleme der Wissensgesellschaft und der ethischen Alltagsbildung aufnehmen;
- Schaffung einer größeren Basiskultur der demokratischen Partizipation mit innovativen und sozial

emanzipatorischen Sinnstiftungsmechanismen und deren Anbindung an ein Netzwerk von Expertenräten: Bildungsweise und Sozialweise (in Ergänzung zu den Wirtschaftsweisen); in Verkopplung mit der politischen Klasse zur Bewältigung neuer Herausforderungen.

Ohne die Beantwortung der Fragen der demokratischen und sozialen Teilhabe und der gesellschaftlichen Fortentwicklung in ethischer und sozial humanistischer Hinsicht bewegen wir uns in einem ökonomischen und sozialen Niemandsland des Diktats der normativen Kraft des Faktischen des technisch-ökonomischen Fortschritts und der Strukturen der Finanzmärkte, das zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen geführt hat, vor denen wir heute stehen.

Hier sind auch weiterhin viele Expertengremien und Netzwerke gefragt, die – mit einer gesellschaftlichen Einbindung versehen – helfen könnten, die Herausforderungen am Anfang des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Vor allem aber ist die politische Elite gefragt, diese Perspektiven für eine soziale und humane Demokratie konkret weiter zu entwickeln und auszugestalten.¹⁶

¹⁶ Es wird, wie Sigmar Gabriel (2008) richtig gesagt und gezeigt hat, so sein, dass linke Politik ein Kampf um die Mehrheit sein wird. Zur Klärung einzelner Perspektiven werden allerdings noch viele Studien zu initiieren, auszuwerten und viele Vorschläge ausführlicher zu diskutieren sein. Vgl. aber auch z.B. Drohsel 2009.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011: Sondermemorandum, Feb. 2011, Euroland in der Krise: Ein sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion, Bremen.
- Berger, Jens 2010: Die Profiteure der Krise, in: Nachdenkseiten vom 4. Mai 2010, siehe URL: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=9297>.
- BIBB (Hrsg.) 2002: Veränderte Arbeitswelt – veränderte Qualifikationen: Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Bildungsstrukturen, Bonn, Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Bofinger, Peter 2011: Did governments draw the right lessons from the crisis?, Analytical Paper, New Atlantic Capitalism, 20-21 June 2011, Paris.
- Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung (Hrsg.) 2011: Der Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, Mit guten Chancen in den Aufschwung, Nürnberg.
- Drohse, Franziska (Hrsg.) 2009: Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft, Piper Verlag, München.
- Dullien, Sebastian/ Herr, Hansjörg und Kellermann, Christian 2009: Der gute Kapitalismus .. und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, transcript verlag, Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis, Bielefeld.
- Dullien, Sebastian/ Herr, Hansjörg und Kellermann, Christian 2011: Decent Capitalism: A blueprint for reforming our economies, London.
- Dullien, Sebastian/ Hardenberg, Christiane von 2011: Der Staat bezahlt die Krisenzeche, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs, März 2011, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07875.pdf>.
- Fromm, Erich 2006: Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung, 5. Aufl., Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Gabriel, Sigmar 2008: Links neu denken. Politik für die Mehrheit, Piper Verlag, München.
- Hartmann, Michael 2008: Eliten, Macht und Reichtum in Europa, Vortrag bei der Österreichischen Nationalbank.
- Herr, Hansjörg o.A.Z. : Das internationale Finanzsystem im Zeitalter der Globalisierung, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50337.pdf>.
- Hillebrandt, Ernst 2009: Eine Gesellschaft selbstbestimmter Bürger. Konturen eines sozialdemokratischen Projekts für das 21. Jahrhundert, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Lieb, Wolfgang 2009: Die ökonomischen Ungleichgewichte werden in der Krise zu einer besonderen Belastung – Deutschland als „Spielverderber“ für ein europäisches Sozialmodell, in: NachDenkSeiten. Die kritische Homepage, 7. April 2009, <http://nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=3877>.
- Müller, Albrecht von 2011, Das Elend des Wirtschaftsjournalismus findet in der Börsenberichterstattung sein Vollen- dung, NachDenkSeiten. Die kritische Websteite, 5. Aug. 2011, <http://networkedblogs.com/likQ1>.
- Rogalski, Steffen 2005: Vocational education and training in the chemical industry in Germany and the United Kingdom, Working Paper No. 242, Geneva, International Labour Office.
- Scheer, Hermann 2011: Der energetische Imperativ: 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien

zu realisieren ist, Verlag Antje Kunstmann, München.

Scherer, Klaus-Jürgen/ Vilmar, Fritz 1983: Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus, Stattbuch Verlag, Berlin.

Schmidt, Helmut 1998: Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral. Deutschland vor dem neuen Jahrhundert, Goldmann Verlag, München.

Stiglitz, Joseph 2010: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, Siedler Verlag, München.

Zydra, Markus 2009: Arme Millionäre. Die Krise und die Superreichen, in: Die Süddeutsche online vom 24.06.2009, siehe URL: <http://www.sueddeutsche.de/geld/die-krise-und-die-superreichen-arme-millionaere-1.89764>.

Horst Heimann

Voraussetzungen der „Zweiten Großen Transformation“ und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Teil I)¹

Die Transformation des Kapitalismus in ein anderes System ist gewiss ein globales Projekt. Dennoch ist es möglich und auch notwendig, das Thema konzentriert auf die Situation in Deutschland zu behandeln. Denn der Hinweis, auf nationaler Ebene könne man gar nichts tun, dient oft als Vorwand, gar nichts zu tun.

Überwindung des Kapitalismus durch Systemwechsel ist mehrheitsfähig

Rolf Reißig hat in seinem Beitrag in den *perspektiven ds* (Heft 1/2011) mit überzeugenden Fakten und Argumen-

ten gut begründet, warum eine Große Transformation des real existierenden Kapitalismus notwendig ist, wenn die Menschheit in einer freiheitlich-demokratischen und human-solidarischen Gesellschaft überleben will. Aus zahlreichen kapitalismuskritischen Publikationen zieht er die Schlussfolgerung, dass der intensiv diskutierte „Übergang“ und „Umbruch“, bzw. die „Transformation“ u.a. verstanden werden könne „als beginnendes Ende der Formation und des Weltsystems Kapitalismus ... und Herausbildung eines neuen Weltsystems in den nächsten 50 Jahren. ... Als radikaler Systembruch, als Ende des Kapitalismus und Etablierung eines ganz neuen, ganz anderen Systems.“ (a. a. O., S. 53)

1 Meine Überlegungen wurden angeregt durch den Beitrag von Rolf Reißig: Die Zweite große Transformation, in: *perspektiven ds*, Heft 1/2011, S. 50–60

Bei der „Zweiten Großen Transformation“ geht es also nicht nur um einzelne Veränderungen, vielleicht sogar wieder um Verbesserungen und Reformen in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sondern um weit mehr: „Systemveränderung“, „Systemwechsel“, „Überwindung des Kapitalismus“. Diese „Zweite Große Transformation“ unterscheidet sich aber grundsätzlich von der „Ersten Großen Transformation“, die Karl Polanyi 1978 in seinem Buch „The Great Transformation“ beschrieben hatte. Bei jener handelte es sich weitgehend um einen objektiven Entwicklungsprozess der Produktivkräfte, der technologisch-ökonomischen Basis, der zur modernen kapitalistischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft führte. Dagegen spielt beim Projekt einer „Zweiten Großen Transformation“ der von vielen Linken oft vernachlässigte oder vergessene „subjektive Faktor“ eine entscheidende Rolle, also das Bewusstsein, das Denken und Handeln der Menschen, ihre Ideen, Wert- und Zielvorstellungen. Denn dabei geht es um die langfristig zu planende Verwirklichung bewusst gewählter und immer wieder zu korrigierender gesellschaftspolitischer Ziele.

Damit die „Zweite Große Transformation“ nicht nur abstrakte Utopie bleibt, sondern zu einem bewussten und zielgerichteten Veränderungsprozess werden kann, ist die demokratische Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zu den systemverändernden Zielvorstellungen eine unabdingbare und notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung. Gegenwärtig dürften allerdings deutliche Mehrheiten in den Machteliten von Wirtschaft, Wis-

senschaft, Medien und Politik solche systemverändernden Zielvorstellungen noch als illusionären Unfug und Teufelszeug eindeutig ablehnen und als Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes brandmarken: „Der Kapitalismus ist unantastbar.“

Doch da sich die Meinungen in der Gesamtbevölkerung deutlich von den Meinungen in den Machteliten unterscheiden, sind dort systemverändernde Ziele durchaus mehrheitsfähig, wie zahlreiche Umfragen zeigen:

„Die Deutschen zweifeln am Kapitalismus“ (Die ZEIT, 19. 8. 2010)

Eine Emnid-Umfrage zeigte schon im Sommer 2010, dass in der Gesamtbevölkerung nicht nur Einzelphänomene unseres Wirtschaftssystems zunehmend kritisiert und abgelehnt werden, sondern auch das Wirtschaftssystem insgesamt: „Denn der Umfrage zufolge finden immerhin 88 Prozent der Befragten, das derzeitige System berücksichtige weder den ‚Schutz der Umwelt, noch den sorgsamsten Umgang mit den Ressourcen‘ oder den ‚sozialen Ausgleich in der Gesellschaft‘ genügend. Da ist es dann nur konsequent, dass sie sich auch eine ‚neue Wirtschaftsordnung‘ wünschen... Nur jeder dritte Deutsche glaubt noch an die ‚Selbstheilungskräfte des Marktes‘, die Jungen sogar noch weniger als die Alten.“ Auch andere Umfragen belegen, dass sich nicht nur die Politikverdrossenheit, sondern auch die Kapitalismusverdrossenheit rapide ausbreitet. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stieg zwischen 2003 und 2010 der Anteil der „Kapitalismuskritiker/innen“ von 58% auf 63,2%, der noch

radikaleren „Antikapitalist/innen“ von 30% auf 42,6%. (Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin: Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, S. 127)

Die erste notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine systemverändernde Reformpolitik ist also bereits erfüllt, nämlich die Zustimmung der Gesamtbevölkerung. Doch für die praktische Durchsetzung einer solchen Politik reicht die Akzeptanz, selbst die aktive Mitwirkung der Mehrheit der Gesamtbevölkerung, nicht aus. Dafür ist auch die aktive und schöpferische Mitwirkung der Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik notwendig. Doch selbst in diesem Bereich gibt es bereits ermutigende Ansätze.

Konjunktur radikaler Kapitalismuskritik in Wissenschaft, Publizistik und Medien

Rolf Reißig zeigt in seinem Beitrag, dass es in den Sozialwissenschaften diesen kapitalismuskritischen Diskurs in Richtung Transformation bereits seit längerem wieder gibt. Auch wenn sich die Mehrheit der Wissenschaftler und Publizisten noch damit begnügt, den real existierenden Kapitalismus facetten- und detailreich zu beschreiben, so wird er doch zunehmend auch grundsätzlich in Frage gestellt.

Thomas Meyer (Siegen) verweist in seinem informativen Beitrag „Neue Ungleichheitsdiskurse – Von der Lebensstil- zur Klassengesellschaft“ (in: *Perspektiven* ds 1/11, S. 75 ff.) auf einen sich anbahnenden Paradigmenwechsel in den sozialwissenschaftlichen Diskursen: Längere Zeit wurden im Konzept

der „Lebensstilgesellschaft“ die sozialen Gegensätze und Konflikte weitgehend ausgeklammert, die gesellschaftliche Realität also ideologisch verzerrt oder verfälscht dargestellt. Dagegen nehmen neuere ideologiekritische Diskurse wieder die harten sozialen Fakten zur Kenntnis, so dass Ansätze für eine neue Theorie der Klassengesellschaft entstehen.

Doch nicht nur in der relativ kleinen Gemeinschaft der Wissenschaftler verändert sich das lange vorherrschende affirmative Diskursklima in Richtung einer kritischen Bewertung der Gesellschaft, sondern auch in der sehr viele breitere Bevölkerungskreise ansprechenden Publizistik. Im Zusammenhang mit der aktuellen Krise des Finanzmarktkapitalismus sind zahlreiche kritische Publikationen erschienen, Bücher, Aufsätze, Essays, Reportagen, auch in den Massenmedien Fernsehen und Funk. Sogar in Talk-Shows, jüngst noch Agit-Prop-Zentralen zur systematischen Elitenverdummung (das Volk ließ sich davon kaum verdummen!), wird das neoliberale Einheits-„Denken“ in die Defensive gedrängt.

Unser Wirtschaftssystem, auch nach den neoliberalen systemverändernden Reformen weiterhin beschönigend „Soziale Marktwirtschaft“ genannt, wird inzwischen wieder von vielen, nicht nur von Linksradikalen, ungeniert KAPITALISMUS genannt.

Am 1. September 2011 erschien in der Wochenzeitung Die ZEIT der erste Beitrag einer Serie, in der die Autoren auf die Frage antworten sollen

Kapitalismus – kaputt?

Der Autor Jens Jessen fasst seine Antwort auf die Frage in dem Untertitel zusammen: „Hemmungsloser Reichtum, betrogene Bürger: Der entfesselte Markt bringt die Demokratie in Gefahr“. Mit anderen Worten: Der kaputte Kapitalismus ist dabei, unsere Demokratie kaputt zu machen. Ähnliche Warnungen hört man inzwischen nicht nur von der Partei DIE LINKE, sondern immer mehr auch von gemäßigten Linken und sogar auch von aufgeklärten Konservativen.

Eine radikale Systemkritik formuliert auch Der SPIEGEL vom 22. 8. 2011 im Beitrag „Märkte außer Kontrolle“. (S. 60 ff.) Der Untertitel plädiert indirekt für einen Systemwechsel: „Die Finanzindustrie ist zu einer Bedrohung für die globale Gesellschaft geworden. Denn ihre Krisen sind keine Fehler des Systems, der Fehler ist das System selbst.“

Die Wochenzeitung Die ZEIT machte ihre Ausgabe vom 25. 8. 2011 mit der auf rotem Hintergrund ins Auge springenden Schlagzeile auf: „Wir leben im falschen System“. Diese Schlagzeile verwies auf einen Beitrag von Susanne Gaschke, die den kritischen Intellektuellen Hodgkinson in England besuchte und dessen Philosophie wie folgt zusammenfasste: „Wir leben zwar im falschen System, aber wir könnten auch anders.“

In der Frankfurter Rundschau vom 20./21. 8. 2011 konstatierte Arno Widmann in einem Beitrag über die aktuellen Jugendrevolten lapidar: „Wir leben in einem Systemwechsel.“

In der Ausgabe vom 24./25. September 2011 begann die Frankfurter Rundschau eine „Serie zur Kapitalismuskrise“

zu veröffentlichen. Seinen Beitrag „Der Marktfundamentalismus der jüngsten Finanzkrise hat nicht allein ökonomische Folgen. Er bewirkt obendrein den Verlust des Vertrauens in den Staat und die repräsentative Demokratie“ beginnt Christian Thomas mit der empirischen Feststellung: „Wer viel auf der Bahn ist, der kann in den Bahnhofsbuchhandlungen zusehen, wie das Angebot die Nachfrage regelt. Büchertürmchen annoncieren in diesen Tagen eine kräftige Konjunktur der Kapitalismuskritik.“

Sogar „Rechte“ rehabilitieren linke Kapitalismuskritik

Für viele ist es überraschend, dass sogar gestandene Konservative in den lauter werdenden Chor radikaler Kapitalismuskritik einstimmen. Immer wieder zitiert wird z. B. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht. Und weiter: Globalisierung bedeutet nur, dass Banken die Gewinne internationalen Erfolgs an sich reißen und die Verluste auf jeden Steuerzahler jeder Nation verteilen.“ (Zitiert von Klaus Staeck in seiner Kolumne „Linke Freunde von rechts“ in: FR, 19. 10. 2011) Und als „geradezu revolutionär“ findet es Staeck, dass Schirrmacher auch den konservativen Thatcher-Biografen Charles Moore mit seiner radikalen Systemkritik zitiert: „Denn wenn die Banken, die sich um unser Geld kümmern sollen, uns das

Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, passiert etwas Schlimmes. Es zeigt sich – wie die Linke immer behauptet hat – dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die Wenigen bereichert.“

Ausgehend von der „Occupy Wallstreet“-Bewegung in den USA seit September 2011, gibt es inzwischen weltweit, natürlich auch in Deutschland, eine wachsende außerparlamentarische Volksbewegung gegen die zerstörerische Allmacht des Finanzkapitals: „In mehr als 950 Städten in 82 Ländern haben am Sonnabend hunderttausende Menschen für ein gerechteres Finanzsystem protestiert. Dazu auferufen hatte die bankenkritische Occupy-Bewegung. Finanzminister Wolfgang Schäuble CDU) ließ beim G20-Treffen in Paris Verständnis für die Demonstranten erkennen.“ (FR, 17. 10. 2011)

Die ZEIT vom 20. 10. 2011 widmete sich dem Schwerpunktthema „Bändigt die Banken! Aktivisten, Anleger, Abgeordnete: Weltweit wächst der Zorn auf die Geldinstitute. Der Protest könnte unser Wirtschaftssystem verändern.“

Auch aus den politischen Parteien sind kaum noch laute Stimmen zu hören, die den real existierenden Kapitalismus gegen die wachsende Zahl seiner Feinde im Volk, in Wissenschaft, Publizistik und Medien mit Nibelungen-treue mutig verteidigen. Hört man in den Medien nur die Stimmen von Politikern, erhält man den Eindruck, dass nur noch Politiker der Partei DIE LINKE zu Wort kommen. „Markt pur ist

Wirtschaft pervers. Markt pur ist purer Wahnsinn.“ Das ist eine radikale Meinung, die man zwar auf einem Parteitag der Partei DIE LINKE Oskar Lafontaine oder Sahra Wagenknecht zutrauen würde, aber doch nicht Horst Seehofer auf einem Parteitag der CSU.

Aus der anschwellenden Konjunktur radikaler Kapitalismuskritik könnte man zur beruhigend optimistischen Schlussfolgerung gelangen: Die stärker und breiter werdende kapitalismuskritische Volksfront wird wohl bald den Kapitalismus überwinden und damit „Die Zweite Große Transformation“ als Tagesaufgabe zügig durchsetzen. Denn der Neoliberalismus, auch Marktradikalismus oder Marktfundamentalismus genannt, ist gescheitert und hat für alle erkennbar, in eine katastrophale Krise geführt.

„Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ und die Defizite der aktuellen Kapitalismuskritik

Der Neoliberalismus ist zwar gescheitert und von fast allen totgesagt, aber bei genauerem Hinschauen erlebt man eine unangenehme Überraschung: Er hat überlebt. Und er wird länger überleben, wenn er nur totgesagt, aber nicht mehr intellektuell und politisch bekämpft wird. Die Titel-These des Buches „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Berlin 2011) von Colin Crouch ist leider noch nicht widerlegt, sondern entspricht noch immer der aktuellen intellektuellen, politischen, ökonomischen und sozialen Realität. Die politische Rhetorik hat sich zwar radikal geändert, aber noch nicht die Politik, die allerdings nicht mehr mit neo-

liberalen Schlagworten begründet wird. Obwohl die stärker und radikaler werdende kapitalismuskritische Rhetorik inzwischen von fast allen Politikern gepflegt wird, konnte das noch nicht zu einem radikalen Politikwechsel führen, um die Ursachen der Krise wirksam zu bekämpfen. Und das vor allem wegen des folgenden Defizits der aktuellen Kapitalismuskritik: Sie ist nicht das Ergebnis großer intellektueller Anstrengungen, einer fundierten, wertorientierten wissenschaftlichen Analyse und einer daraus abgeleiteten Theorie unserer Gesellschaft. Sie entspringt vielmehr einer natürlichen, spontanen und hilflosen Reaktion auf die bedrohliche Zuspitzung der Krise, und der Angst, diese nicht mehr politisch in den Griff zu bekommen. Noch vorhandene, aber vergessene Elemente einer rationalen wissenschaftlichen Kritik werden kaum einbezogen in die wachsende Empörung über die Raffgier der Banker, die man für die persönlich erkennbaren Verursacher der Krise hält.

Der Kapitalismus wird zwar von immer mehr Menschen politisch und emotional-moralisch scharf verurteilt, aber nicht ausreichend rational beurteilt. Daher werden die Ursachen der Krise auf Grundlage einer Analyse und Theorie der Gesellschaft nur unzureichend erkannt. Und daher müssen sich die Politiker notgedrungen damit begnügen, mit mehr oder weniger wirksamen, nur improvisierten Aktionen und Programmen den Schaden zu begrenzen oder auch nur den Anschein zu erwecken, wenigstens etwas zu tun. Und wenn man schon den befürchteten Absturz nicht verhindern kann, dann sol-

len wenigstens Rettungsschirme beruhigend wirken.

Auch die anspruchsvollere und fundiertere Kapitalismuskritik in den wissenschaftlichen und publizistischen Diskursen konnte noch nicht die Hegemonie der neoliberalen Ideologie ernsthaft in Frage stellen und einen alternativen intellektuellen Mainstream zu einem gesellschaftspolitischen Machtfaktor machen, und zwar vor allem aus folgenden Gründen:

Die neoliberalen Ideologen, „denkende“ und handelnde Machteliten, kämpften und kämpfen noch immer gut organisiert und vernetzt, gemeinsam und „solidarisch“, und daher machtpolitisch erfolgreich, für eine egoistisch-assozielle und unsolidarische Gesellschaft. Die neuen wissenschaftlichen und publizistischen Kapitalismuskritiker dagegen kritisieren die dramatisch zunehmende Ungerechtigkeit und Ungleichheit als individuelle Einzelkämpfer und plädieren daher politisch erfolglos für eine solidarische Gesellschaft. Dem mächtigen Mainstream der neoliberalen Ideologie stehen daher nur kleine idyllische Biotope, anmutige Bächlein und unscheinbare Rinnsale eines linken ideologiekritischen Denkens gegenüber. Nur wenn die kapitalismuskritischen Einzelbeiträge in einem dialogisch-solidarischen Diskussionsprozess zu einem linken Paradigma zusammenwachsen, zu einer erkennbaren geistig-politischen Strömung, muss der ökonomisch und sozial gescheiterte Raubtierkapitalismus endlich die intellektuelle Kapitalismuskritik fürchten. Nicht allein scharfe und überzeugende Kritik, nur eine glaubwürdige und konsensfähige intellektuelle Alter-

native kann die neoliberale Großideologie entmachten.

Noch gibt es als Alternative zur neoliberalen Großideologie keine konsensfähige Analyse und Theorie der Gesellschaft aus linker Perspektive, und daher auch noch keine konsensfähige Reformstrategie für die „Zweite Große Transformation“, die als politisches Ziel schon konsens- und mehrheitsfähig ist. Und der aktuelle Stand der Kapitalismuskritik berechtigt nicht zu der Hoffnung, dass eine solche systemverändernde Reformstrategie in kürzerer Zeit zu entwickeln wäre, da dafür noch viele Voraussetzungen fehlen. Es gibt gegenwärtig noch keine politische Partei, die den mehrheitlich kapitalismuskritischen Wählern ein realisierbares Reformkonzept für einen Systemwechsel anbieten könnte, um nach einem Wahlsieg den Transformationsprozess starten und zielorientiert steuern zu können. Das kann auch Die LINKE nicht! Der Kampf für die notwendige „Zweite Große Transformation“ kann also noch nicht Tagesaufgabe sein, muss aber als Zukunftsaufgabe auf der Tagesordnung bleiben.

Können politische Ideen die Welt verändern?

Die Einsicht, dass die „Zweite Große Transformation“ wegen fehlender Voraussetzungen noch nicht Tagesaufgabe sein kann, ist nicht gleichbedeutend mit Politikverdrossenheit und der fatalistischen Meinung, dass die Politik und die politischen Parteien sowieso nichts verändern können oder wollen. Diese Einsicht verweist vielmehr auf die notwendige Aufklärungsarbeit, wieder bei vielen politikverdrossenen Menschen

die Überzeugung zu stärken, dass politische Ideen und Bewegungen tatsächlich die gesellschaftliche Entwicklung wert- und zielorientiert zu beeinflussen vermögen. Nicht nur in der politikverdrossenen Gesamtbevölkerung, auch bei vielen kritischen Intellektuellen, also in einer Elite, ist die objektivistisch-fatalistische Auffassung verbreitet, dass politische Ideen und Bewegungen die Welt nicht verändern können.

Diese objektivistisch-fatalistische Denkweise sei hier kurz exemplarisch erläutert anhand des bereits erwähnten Essays von Arno Widmann in der FR vom 20./21. 8. 2011, in dem er diagnostizierte: „Wir leben in einem Systemwechsel – und werden hundert Jahre brauchen zu begreifen, wie er sich abgespielt hat.“ Dieser „Systemwechsel“ wird also nicht von bestimmten Menschen und sozialen Gruppen mit politischen Ideen und Zielvorstellungen aktiv erkämpft oder durchgesetzt werden, er wird „sich abspielen“. Und erst in hundert Jahren werden wir begreifen, wie sich das, ohne unser Zutun, einfach „abgespielt hat“. In seinen anregenden Überlegungen zu den aktuellen Jugendrevolten verweist er auf seine Jugendzeit Ende der sechziger Jahre, als er „die Idee einer Räterepublik (propagiert)“. Heute führt ihn sein kritischer Blick auf die Folgen des inzwischen brüchig gewordenen Glaubens an die Allmacht der Märkte zur Einsicht: „Aber es ist der Zustand der Welt selbst, der auf Änderung drängt.“ Eine erkennbare oder wünschenswerte Richtung für diese Änderung sieht er allerdings nicht und will er auch nicht suchen: „Wer jetzt schaut, ob eine Lösung von links oder von rechts

kommt, der vertut seine Zeit.“ Aus seiner Enttäuschung, dass die von ihm einst propagierte „Idee der Räterepublik“ keine Lösung war, schließt er, wie viele alt-neue Linke, dass es überhaupt keine Ideen für bewusst gesuchte und gewollte Lösungen gibt: „Es gibt keine Generallösung, keine sozialistische Gesellschaft, keine reale Utopie. Es gibt nur das Durchwursteln.“

Dieser im gesellschaftskritischen Milieu verbreitete historische Fatalismus bedeutet zwar nicht, dass das von Francis Fukuyama konstatierte „Ende der Geschichte“ eingetreten ist. Aber eingetreten ist bei vielen Ex-Linken, die nicht zu Rechten geworden sind, ein „Ende des Geschichtsbewusstseins“, ein Verzicht auf historisches Wissen und Gedächtnis. Dieser historische Fatalismus verdrängt die Tatsache: Es gab immer wieder ideengeleitete Menschen, deren Bewusstsein nicht nur vom gesellschaftlichen Sein bestimmt wurde, sondern deren Bewusstsein auch das gesellschaftliche Sein wertorientiert beeinflusste und veränderte. Natürlich gab und gibt es auch den außengeleiteten homo oeconomicus, der das gesellschaftliche Sein nur profitorientiert zu nutzen vermag.

Verständlich ist es, wenn immer mehr Menschen aus Enttäuschung über die Politik in den letzten 30 Jahren das Vertrauen in Politiker und Politik verloren haben. Aber in der Geistesgeschichte der Moderne gibt es auch zwei einflussreiche Großideologien, die geschichtsphilosophisch begründen, dass der historische Entwicklungsprozess determiniert ist und von Menschen nicht beeinflusst werden kann. Sowohl der

Marxismus-Leninismus als auch der Neoliberalismus sehen in der Geschichte einen objektiven gesetzmäßigen Entwicklungsprozess der ökonomischen Basis. Und die Anhänger beider Großideologien glauben, dass sie selbst Richtung und Ziel dieses historischen Naturprozesses wissenschaftlich erkannt haben und daher durch ihre Politik beschleunigen können.

Wenn auch die Erste Große Transformation bei oberflächlicher Betrachtung diese fatalistische Deutung der Geschichte nahe legt, so blenden diese Großideologien wichtige historische Fakten aus, vor allem den sog. „Subjektiven Faktor“, die Bedeutung des menschlichen Bewusstseins, der Ideen, der Wert- und Zielvorstellungen der Menschen, die nicht voll deckungsgleich mit ihren egoistischen materiellen Interessen sind.

Drei historische Beispiele: Ideen und Politik verändern die Welt

In der Geschichte der Neuzeit gibt es drei bedeutende Beispiele für die aktive Rolle jenes „Subjektiven Faktors“, drei Beispiele, die empirisch nachweisen, dass die Philosophen mit ihren Ideen die Welt nicht nur verschieden interpretiert, sondern auch verändert haben:

Politische Demokratie und Rechtsstaat

Die Durchsetzung der politischen Demokratie und des Rechtsstaates mit Menschen- und Bürgerrechten war nicht ein naturnotwendiges Nebenprodukt der gesetzmäßigen ökonomischen Entwicklung. Diese Institutionen und Regelungen waren zunächst nicht in der Wirklichkeit vorhanden und entstan-

den nicht naturwüchsig. Sie entstanden zunächst in den kreativen Köpfen von Philosophen und Intellektuellen. Und diese Ideen haben das Bewusstsein zahlreicher Menschen beeinflusst und motiviert, sich zu organisieren und zu engagieren, um diese Ideen gegen Widerstände anderer Gruppen mit anderen Ideen und Interessen in die Realität umzusetzen und immer wieder gegen Antidemokraten zu verteidigen.

Aufbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates

Der schrittweise Aufbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in Westeuropa und mit dem New Deal ansatzweise auch in den USA, war ebenfalls kein unvermeidliches Nebenprodukt der objektiven ökonomischen Entwicklung, sondern das gegen zähe Widerstände bewusst erkämpfte Ergebnis einer ideen-, und natürlich auch interessengeleiteten sozialen und politischen Bewegung.

Sowohl die politische Demokratie als auch der Sozial- und Wohlfahrtsstaat schufen gute Voraussetzungen für weiterreichende systemverändernde Reformen und waren schon wichtige Schritte in Richtung „Zweite Große Transformation“.

„Die Große Regression“

Trotz katastrophal-barbarischer Rückfälle (1. Weltkrieg, Nazi-Barbarei, Stalinismus) waren die zwei Jahrhunderte von der Aufklärung und der Französischen Revolution 1789 bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts in den Hauptländern der „Ersten Großen Transformation“ (Europa und USA) strukturell eine Epoche langfristigen politischen und sozialen Fortschritts.

Doch dieser Fortschritt wurde nicht genutzt als Grundlage für weitere Schritte in Richtung „Zweite Große Transformation“. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde im Gegenteil auf der Grundlage der hegemonial gewordenen neoliberalen Ideologie eine „Große Regression“ eingeleitet, die ein drittes Beispiel dafür ist, dass aktiv handelnde Menschen mit ihren „Ideen“ die Richtung der historischen Entwicklung radikal verändern können. Diese Richtung wurde unter den Schlachtrufen „Reformen“ und „Modernisierung“ umgekehrt, zurück in Zeiten vor der Demokratie und des Sozialstaates, auf alle Fälle zurück zu den sozio-ökonomischen Verhältnissen vor der Großen Weltwirtschaftskrise 1929, die Ursache für jene Krise waren.

Der inzwischen weitgehend beklagten Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit war eine radikale Veränderung des Bewusstseins in den Köpfen der Machteliten vorausgegangen. Am Anfang war das Wort, ihm folgte die Tat. Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs parteiübergreifend gefestigte geistige Hegemonie linker Ideen, Werte und Deutungsmuster wurde in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts abgelöst durch eine rechte und neoliberale ideologische Hegemonie. Für diese erfolgreiche Bewusstseins-Konterrevolution gibt es keine rationale Erklärung, man kann das unerklärliche Phänomen nur beschreiben. Die neoliberale Hegemonie setzte sich nicht in einem scharfen Ideenwettbewerb durch. Angesichts einer gut geplanten und finanzierten

wissenschaftlich-publizistischen Großoffensive steckte die lange Zeit hegemoniale intellektuelle, kulturelle und politische Linke den Kopf in den Sand. Kampflös kapitulierend, war sie dann einfach mal weg. Einige Restlinke konnten gegen das mächtige „Einheitsdenken“ nichts ausrichten.

Einige selbstkritische Linke wundern sich nach der rhetorischen Niederlage des Neoliberalismus, dass sich fast alle von der gewaltigen neoliberalen Welle, die von Außerirdischen verursacht worden war, umwerfen ließen. Wenn man sich die veröffentlichte Meinung vor und nach der Jahrhundertwende, vor allem in den die Parlamentsdebatten ersetzenden Talk-Shows, noch einmal in Erinnerung ruft, könnte man tatsächlich glauben, das neoliberale „Einheitsdenken“ (in Frankreich kritisch „pensée unique“ genannt), sei alternativlos gewesen und von der großen Mehrheit des Volkes übernommen worden. Doch wer noch Kontakt zum normalen Volk hatte, konnte wissen, dass die Mehrheit der Gesamtbevölkerung keineswegs von der Naturgewalt der neoliberalen Welle umgeworfen worden war. Diese Welle hat tatsächlich nur das Denken und Handeln bei der großen Mehrheit der Machteliten in Wirtschaft, Wissenschaft, vor allem Wirtschaftswissenschaften, in Medien und Politik deformiert.

Die ZEIT veröffentlichte am 9. August 2007 in ihrer Titelstory „Deutschland rückt nach links“ Umfrageergebnisse, die empirisch belegen, dass die Mehrheit des Volkes nie die neoliberalen Glaubenssätze der Machteliten übernommen hat. Da zwei Drittel bis drei Viertel und mehr eindeutig linke

Positionen unterstützten, sprach Die ZEIT von einem „Linksruck“: Z. B. 68% für Mindestlöhne, über 80% für längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, 82% für Rente mit 65, 67% für Staatsbesitz von Bahn, Telekom, Energieversorgung. (Vergl. ausführlicher H. Heimann, „Deutschland rückt nach links“, in: *perspektiven ds 2/07*)

Diese Diskrepanz zwischen den Meinungen der Machteliten und des Volkes ist eine Ursache nicht nur für die Krise der repräsentativen Demokratie, sondern des Prinzips der Repräsentation und des sozialen Zusammenhalts insgesamt. Die Machteliten haben sich dem Volk entfremdet, so dass es sich nicht mehr von den Volksvertretern, aber auch nicht mehr in der veröffentlichten Meinung, in den wissenschaftlich-publizistischen Diskursen vertreten oder repräsentiert fühlte.

Der Neoliberalismus rhetorisch besiegt – faktisch noch Sieger

Glücklicherweise ist die vom Neoliberalismus verursachte „Große Regression“ noch vor Erreichen ihres Endzieles in eine bedrohliche Krise geraten, die Chancen für eine Neuorientierung eröffnet. Im Mittelpunkt medialer Aufmerksamkeit stehen die Finanz-, Euro- und Schuldenkrise und die hektischen Bemühungen der Politiker, durch allerlei improvisierte Rettungsschirme die von vielen befürchtete Katastrophe last minute abzuwenden, von der nur die Banker mit ihren „Goldenen Fallschirmen“ profitieren würden. Diese Krise und die mehr oder weniger hilflosen Reaktionen der Politik haben die lange Zeit hegemoniale neoliberale Ideologie

schwer diskreditiert, so dass kapitalismuskritische, zumindest finanzmarktkritische Positionen in den Medien und in den wissenschaftlich-publizistischen Diskursen vorherrschend geworden sind. Daraus schließen viele, vor allem auch Linke, dass der Neoliberalismus gescheitert und schon besiegt sei. Rhetorisch ist er zwar inzwischen tatsächlich besiegt. Denn weitgehend verstummt ist das neoliberale Mantra: Mehr Markt, mehr Privatisierung, mehr Deregulierung, mehr Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Unternehmensgewinne und weniger Steuern, weniger Sozialleistungen, weniger Arbeitskosten, weniger Staat. Doch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit haben wir noch immer mehr Markt, mehr Privatisierung, mehr Deregulierung und weniger Staat als bis Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Obwohl der neoliberale Schlachtruf „deregulieren!“ kaum noch zu hören ist und der fromme Chorgesang „Regulieren! Regulieren! Regulieren!“ seit Jahren ständig anschwillt, ist noch nichts reguliert.

Ein „Positionspapier Vorstand DL 21 e. V.“ (ein Zusammenschluss linker Sozialdemokraten) vom 16.10. 2011 beginnt mit der frohen Botschaft: „I. Das Ende neo-liberaler Fehltritte und Mythen. Die aktuellen, weltweiten Proteste gegen die Macht der Finanzmärkte und für mehr soziale Gerechtigkeit sind ein weiterer Beweis: Der Neoliberalismus ist am Ende.“ Doch diese Siegesmeldung ändert nichts an der die Neoliberalen erfreuenden sozialen Wirklichkeit, dass dort noch nicht mehr soziale Gerechtigkeit entstanden ist, sondern die soziale Ungerechtigkeit größer wird,

die Kluft zwischen Arm und Reich sich weiter vertieft, was wir täglich in allen Medien hören, sehen und lesen können. Nur ein Beispiel unter vielen: In der Wochenzeitung Die ZEIT am 18. 8. 2011 von Kolja Rudzio der Beitrag: „Gerecht war gestern – Mehr Arme und mehr Millionäre: In Deutschland wächst die Ungleichheit – ist der Trend noch zu stoppen?“ Global ist dieser Trend noch deutlicher. Der SPIEGEL vom 19. 9. 2011 zitiert aus dem „Global Wealth Report“ des Vermögensforschers Holzhausen: „Der Abstand der wirklich Reichen zum Rest der Mittelschicht wächst.“ (S. 59)

Nicht nur Rettung der Banken und des Euro, auch der Demokratie und des Sozialstaats

Die akute Schulden- und Eurokrise ist nur der oberflächliche Eisberg der viel tieferen Krise. In den kritischen sozialwissenschaftlichen und publizistischen Diskursen wurde es durchaus bereits erkannt: Es geht nicht nur um die Rettung des Euro, sondern auch um die Rettung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts, also des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und der damit verbundenen gemeinwohlorientierten und solidarischen Werte. Denn politische Demokratie, also Volksherrschaft, kann nur funktionieren, wenn die große Mehrheit des Volkes sie als das institutionelle Regelwerk zur Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und zur Lösung entstehender Probleme anerkennt. Doch alle Umfragen zeigen schon seit vielen Jahren, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in Politik und Politiker, also Volksvertreter, verlieren. Nicht nur

die wachsende Zahl von Nichtwählern, sondern auch große Teile derer, die noch wählen gehen, glauben nicht mehr, dass Politik und Politiker die immer bedrohlicher werdenden Probleme lösen können oder überhaupt lösen wollen.

Schon 2008 sah Erhard Eppler die Ursache für den Vertrauensverlust des Volkes in die Politiker in der größer werdenden Gerechtigkeitslücke, der tiefer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich. Darin sieht er nicht nur ein soziales Problem, sondern eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie: „Wenn drei Viertel der Wähler finden, es gehe ungerecht zu und diese drei Viertel zu der Überzeugung kommen sollten, daran lasse sich auf demokratischem Wege nichts ändern, dann steht die Demokratie auf wackligen Beinen.“ (Erhard Eppler, Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: Die SPD?, Berlin 2008, S. 21) Eppler leitet aus dieser Einsicht die Hauptaufgabe für künftige Politik ab: „Politik muss zuerst und vor allem die Spaltung der Gesellschaft verhindern. ... Politik muss alles noch in ihrer Macht Stehende tun, um die Vertiefung der Kluft zwischen reich und arm zu stoppen. ... Politik muss dem sozialen Ausgleich dienen.“ (Ebd., S. 26 f.) Über dieses Ziel der Politik dürfte inzwischen in der SPD wieder Konsens bestehen. Im Prinzip, aber ...

Doch in der Bewertung unserer Gesellschaft gibt es sicher auch nach der rhetorischen Niederlage des Neoliberalismus noch gravierende Unterschiede zwischen der Meinung der Machteliten und des Volkes. Vor wenigen Jahren zeigte eine Umfrage besonders deutlich die Diskrepanz zwischen Volk und Volksvertretern: 80% des Volkes beur-

teilten die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als ungerecht, nur 20% als gerecht. Dagegen hielten nur 20% der Volksvertreter diese Verhältnisse, die sie zu gestalten beanspruchten, für ungerecht, 80% aber für gerecht.

Sowohl zunehmende soziale Ungerechtigkeit als auch die offensichtliche Handlungsunfähigkeit der Politik angesichts der Finanzmarktkrise steigern weiter die Politikverdrossenheit des Volkes, was auch immer mehr Volksvertreter besorgt zur Kenntnis nehmen. Im Magazin DER SPIEGEL vom 24. 10. 2011 antwortete Peer Steinbrück auf die Frage, ob er die Empörung der Demonstranten gegen die Macht der Finanzmärkte verstehen könne: „Die Proteste beweisen, dass die ökonomische Krise zu einer gesellschaftlichen Krise wird. Die Regierenden erscheinen als die Getriebenen, die der Dynamik und den Übertreibungen entgrenzter Finanzmärkte nicht gewachsen sind. Die Bürger zweifeln an der Handlungsfähigkeit der Politik. ... Die Banken haben die Welt an den Abgrund geführt.“ (S. 29) Auch Helmut Schmidt wiederholt, wie seit rund 15 Jahren, seinen Frontalangriff auf den real existierenden Kapitalismus: „Der Raubtierkapitalismus gefährdet unsere Zukunft.“ (Ebd.)

Droht eine Große Weltwirtschaftskrise?

Ein Interview Helmut Schmidts im ZEIT MAGAZIN vom 6. 10. 2011 vermittelt aufschlussreiche Einsichten in das Wesen der akuten Finanzkrise und versucht die Frage zu beantworten, ob diese Krise noch zu einer wirtschaftlichen Rezession oder gar Depression führen könne. Im Gegensatz zu einer

verbreiteten Meinung begründet er, dass weder Griechenland noch die Staatsverschuldung das Hauptproblem seien. Verglichen mit der Lage im zerstörten Europa nach 1945 „ist das gegenwärtige griechische Problem ein minores“. (S. 39) Gegen die Meinung vieler Ökonomen, „dass die Staatsverschuldung unser Grundproblem ist“, meint Schmidt: „Die Staatsverschuldung ist ein Problem unter mehreren. Aber ein viel dickeres Problem ist die uferlose Handlungsfreiheit auf den globalen Finanzmärkten.“ Bei der Krise 2008 sei es „überhaupt nicht um Staatsverschuldung“ gegangen, „sondern um eine große Zahl von Finanzinstituten, die reihenweise von ihren Staaten gerettet werden mussten.“ Das Hauptproblem sind heute „intelligente, aber einäugige Idioten“ auf den Finanzmärkten. „Sie haben kein Verantwortungsbewusstsein und gehören deshalb unter viel straffere Aufsicht.“ (Ebd.)

Eine „Weltrezession“ als Folge der Finanzkrise hält Schmidt „für möglich, aber ... auch für abwendbar“. (Ebd., S. 40) Abwendbar hält er die Weltrezession „durch eine Rückkehr der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika zur ökonomischen Vernunft“. Er kann aber „nicht völlig ausschließen“, dass es „nicht nur zu einer Weltrezession (kommt), sondern sogar zu einer Weltdepression, wenn etwa einige Regierungen größerer Staaten größere Dummheiten begehen würden.“ (Ebd.)

Obwohl Schmidt es für möglich hält, dass die Republikaner in den USA „zur ökonomischen Vernunft“ zurückkehren, dürfte das aber so gut wie aus-

geschlossen sein, so dass eine Weltwirtschaftskrise wahrscheinlicher wird, es sei denn, die Mehrheit der amerikanischen Wähler kehrt „zur ökonomischen Vernunft“ zurück, gegen die die Republikaner immun sind.

Der amerikanische Intellektuelle Eliot Weinberger spricht den Republikanern die Fähigkeit ab, „zur ökonomischen Vernunft“ zurückzukehren: „Die Republikanische Partei wurde von Anarchisten übernommen, die den Staat demontieren und überhaupt keine Steuern mehr zahlen wollen.“ (Die ZEIT, 13. 10. 2011) Für die „Occupy Wall Street“-Bewegung befürwortet er den schon gebräuchlichen Namen „Bewegung der 99 Prozent“ aus folgendem Grund: „Tatsächlich besitzt das eine Prozent der US-Spitzenverdiener 40% des nationalen Vermögens, 50 Prozent der Wertpapiere und verdient 24 Prozent des Volkseinkommens. Dank der Politik von George W. Bush zahlen diese Leute heute einen geringeren Steuersatz als ihre Chauffeure.“ (Ebd.)

Wenn es die Republikaner als „kommunistischen Klassenkampf“ ablehnen, wenn die Superreichen einen so hohen Steuersatz zahlen müssten wie die Masse der Normalverdiener, obwohl das angesehene Superreiche ebenfalls fordern, wenn man die republikanischen Spitzenpolitiker agitieren und agieren sieht, kann man den Eindruck gewinnen: Sie sind tatsächlich eine „ELITE“, eine Auswahl, nicht nur der Asozialsten und moralisch Verkommensten, sondern auch der intellektuell Verblödetsten. Wenn dieser „Auswahl“ von den Wählern nicht die politische Macht entzogen wird, dann werden die USA tatsächlich

wie 1929 die Welt in eine katastrophale Wirtschaftskrise hineinreißen.

Wie in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts könnten einige Linke in einer solchen Krise wieder einen Beweis für die marxistische Prognose sehen, dass der Kapitalismus bald zusammenbricht. Doch tatsächlich würde eine solche Krise nicht zum baldigen Tod des verhassten Systems führen. Sie würde nur die Kluft zwischen Reich und Arm noch schneller vertiefen, für eine asoziale Minderheit wieder enorme Profite bringen, für die große Mehrheit aber mehr Armut und Not. Das würde zwar die kapitalismuskritischen Einstellungen bei vielen zum wütenden Hass auf das System steigern, aber faktisch nur die Große Regression verschärfen und keineswegs die Chancen für die notwendige „Zweite Große Transformation“ verbessern.

Von der „Finanzmarktkratie“ wieder „zurück“ zur Demokratie

Ein erster Schritt zur Bewältigung der Krise muss die von vielen geforderte Wiederherstellung des Primats der Politik sein, ohne den es keine Demokratie gibt. Ein Grund dafür, dass das Volk den Volksvertretern immer weniger zutraut, die großen Probleme zu lösen, ist der Eindruck, oder die Tatsache, dass die Politik gar nicht mehr die zur Problemlösung nötige Macht besitzt, weil diese vielmehr bei den Mächtigen der Wirtschaft liegt. Inzwischen fällt das sogar Politikern unangenehm auf, die vor kurzem noch enthusiastisch riefen: „Alle Macht den Märkten!“ Manche möchten jetzt wieder etwas von der Macht zurück haben oder fordern sogar

die Wiederherstellung des Primats der Politik. Horst Seehofer, in der Kabarettsendung „Pelzig unterhält sich“, auf die zunehmende Politik- und Politikerverdrossenheit des Volkes angesprochen, fand eine erstaunlich ehrliche Entschuldigung für die Politiker: „Wissen Sie, Herr Pelzig – die, die gewählt sind, haben nichts zu entscheiden, und die, die entscheiden, sind nicht gewählt.“ (Zitiert in FR., 15. 2. 2011)

Was Seehofer so kurz und zutreffend formulierte, wie es kein Journalist oder Kabarettist besser könnte, ist allerdings auch zwiespältig. Es könnte sowohl Appell sein für einen neuen Aufbruch der Politik als auch eine beruhigende Entlastung der Politiker. Es könnte Seehofer ersparen, seine Einsicht zur vollen Wahrheit voranzutreiben, nämlich: Die Politiker, die gewählt wurden, haben entschieden, dass künftig die entscheiden, die nicht gewählt wurden und werden. So könnten sich die Politiker am Banker-Bashing beteiligen, sie zu Sündenböcken machen und sich mit dem Hinweis „entschuldigen“: Wir sind`s nicht gewesen, die Banker sind`s gewesen. (Die Banker eignen sich als Sündenböcke, da sie ja ausgewiesene Schwerstsünder sind: Sie haben größere ökonomische Schäden angerichtet als die gesamte globale organisierte Wirtschaftskriminalität. Grotesk ist die Begründung dafür, dass sie als einzige Berufsgruppe einen steuerfinanzierten Mindestlohn erhalten müssen: Wenn sie nicht jeden Monat mindestens soviel verdienen wie die Bundeskanzlerin im ganzen Jahr, dann würden die Banken gar nicht „diese guten Leute“ bekommen, die das alles zu leisten vermögen.

Tatsache ist: Sie „verdienen“ nicht deshalb soviel mehr als die Bundeskanzlerin, weil sie soviel mehr leisten und soviel mehr Verantwortung tragen, sondern weil sie soviel mehr Macht haben als die Bundeskanzlerin.)

Gegen diese Tatsache demonstrieren Menschen vor den Banken. Doch eine noch so starke Volksbewegung allein könnte den Primat der Politik nicht wieder herstellen. Aber eine stärker werdende Volksbewegung, im Zusammenspiel mit den kritischen wissenschaftlich-publizistischen Diskursen, könnte die Volksvertreter ermutigen und zwingen, wieder die Verantwortung für die bewusste Gestaltung unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu übernehmen und sich zu bemühen, mit einer neuen Politik das drohende Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu verhindern oder wenigstens abzubremesen.

Tagesaufgabe einer neuen Politik:

„Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“

Was könnte eine neue Politik heute leisten? Schön wäre es natürlich, die „Zweite Große Transformation“ zügig durchzusetzen, also dem kaputten und schwerkranken Kapitalismus durch Euthanasie einen schönen Tod zu bereiten. Doch so wenig wie die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ könnte ein sofortiger Systemwechsel die aktuelle Krise in den Griff bekommen. Um eine katastrophale Zuspitzung der Krise zu verhindern oder wenigstens abzumildern, muss sich eine neue Politik vielmehr der bescheidenen Tagesaufgabe stellen: „Als Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ zu seiner baldigen Genesung beizutragen.

Den oft zur Kritik an der SPD verwandten Begriff „Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ prägte auf dem Leipziger Parteitag im Mai/Juni 1931 der sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter Fritz Tarnow in seiner heute noch bedenkenswerten Rede zur Weltwirtschaftskrise: „Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja was soll ich da sagen? – als Arzt, der heilen will?, oder fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? (Heiterkeit.) ... Wir sind nämlich wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, dass wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe.“ (Protokoll des Parteitags, abgedruckt in: W. Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, 1. Band, Frankfurt am Main 1978, S. 411)

Die Verpflichtung, heilen zu müssen, begründet Tarnow mit der Tatsache, dass vor allem die Arbeiter unter der schweren Krankheit des Kapitalismus leiden: „Wenn der Patient röchelt, hungern die Massen draußen. Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, ... dann geben wir ihm die Medizin.“ (Ebd., S. 411 f.) Mit einer prophetischen Warnung wendet er sich gegen die unter revolutionären Linken damals verbreitete Hoffnung auf den Zusammenbruch, dem man nachhelfen müsse: „Ich könn-

te mir vorstellen, dass etwas anderes zusammenbricht als das kapitalistische System.“ (Ebd., S. 412) Als Alternative zu Tarnows „Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ wurde auf dem Parteitag die Position von Rudolf Breitscheid diskutiert: „Der Sozialismus muss für uns Gegenwartsaufgabe sein!“ Keine der beiden Aufgaben konnte die SPD damals erfüllen.

Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts hätte die Demokratie in Deutschland gerettet werden können, wenn die demokratischen Parteien gewillt und fähig gewesen wären, „als Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ die verheerende Krise in den Griff zu bekommen, statt sie durch „Sparpolitik“ und „Schuldenbremse“ noch zu verschärfen. Da die demokratischen Parteien in Deutschland als Arzt versagten, hat sich der kranke Kapitalismus – die freie Arztwahl nutzend – einen anderen Arzt seines Vertrauens gesucht und gefunden. In den USA dagegen hatte Roosevelt erfolgreich die Rolle des Arztes übernommen und mit dem New Deal eine Therapie angewandt, die weniger schmerzliche Nebenwirkungen hatte als die des großdeutschen Arztes.

Ob die Politik eine geeignete und wirksame Therapie gegen die schwere Erkrankung des Kapitalismus finden wird, hängt weitgehend von der Diagnose ab. Wenn Ökonomen und die Bundesregierung recht haben, dass es sich vor allem um eine Schuldenkrise handelt, dann wären Umschuldungen, Schuldenbremsen und Ausgabenkürzungen schon wirksame Therapien. Wenn aber, wie Helmut Schmidt im ZEIT-MAGAZIN vom 6.10. 2011 dia-

gnostiziert, die Staatsverschuldung nur ein Problem unter vielen ist, das größere Problem aber „die uferlose Handlungsfreiheit auf den globalen Finanzmärkten“, dann sind umfassendere Therapien notwendig. Wenn die europäischen Regierungen tatsächlich gewillt und fähig wären, die Finanzmärkte wieder zu regulieren, Risiken zu reduzieren, den Casino-Kapitalismus unter staatliche Aufsicht zu stellen, dann wäre das gewiss ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Ob dieser richtige Schritt tatsächlich das Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft verhindern könnte, ist nicht gewiss, eher sogar unwahrscheinlich.

Aber gewiss kann dieser Schritt nicht die tiefe Vertrauenskrise des Volkes in die Demokratie überwinden. Denn die Finanzmarktkrise verstärkt zwar diese Vertrauenskrise, ist aber nicht deren Ursache. Schon lange vor der ersten Krise 2008, seit der Jahrhundertwende, kamen immer mehr Menschen zu der kritischen Meinung: Die sich vertiefende Kluft zwischen Reich und Arm zeigt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zunehmend ungerecht werden und dass die Politiker nichts dagegen tun können oder wollen. Diese Krise der Demokratie ist also nur einzudämmen, wenn die Parteien wieder glaubwürdig eine Politik für mehr Soziale Gerechtigkeit durchsetzen, für die große Mehrheit des Volkes, rund 80%, der wichtigste und oberste Wert. Doch eine solche neue Politik ist nicht nur um der sozialen Gerechtigkeit willen notwendig, sondern vor allem auch aus Gründen der ökonomischen Vernunft. Denn es gibt auch eine tiefer greifende

Diagnose, die immer mehr für zutreffend halten.

Die Vertiefung der Kluft zwischen Reich und Arm ist nicht die Folge der Krise, sondern deren Ursache – wie schon 1929

Diese Diagnose begründet mit zahlreichen Daten und Argumenten Professor Heinz-J. Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in seiner Expertise „Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise“. (Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Reihe WISO Diskurs vom Dezember 2010)

Kurz zusammengefasst einige zentrale Argumente und Daten zur Begründung der Diagnose: Der Wechsel zur neoliberalen angebotsorientierten Wirtschaftstheorie und -politik führte zu einer „doppelten Umverteilung“: Durch die „Umverteilung zu Lasten der Lohnquote“ sank diese seit 1980 bis 2007 (vor Krisenausbruch) um 5,3%, wodurch „Wachstum und Beschäftigung geschwächt“ wurden. (S. 15) Das wurde noch verstärkt durch „eine zweite Umverteilung in Form einer Steuer- und Sozialabgabenpolitik zugunsten der Kapitaleinkünfte“, nämlich: „Verschiebung zu den indirekten Steuern und auf der anderen Seite eine massive Entlastung bei den direkten Gewinn-, Einkommen- und Vermögenssteuern“. In den 1960er Jahren hatten in Deutschland die „Lohn- und Verbrauchssteuern ... noch einen Anteil von 30 Prozent“, aber „70 Prozent des Steueraufkommens entfiel auf Gewinn-, Einkommen- und Vermö-

genssteuern.“ Heute ist es genau umgekehrt: „2009 lag der Anteil der Massensteuern bei knapp 73 Prozent.“ Auch bei den Sozialabgaben wurden die Arbeitgeber entlastet. Insgesamt sank daher die „Nettolohnquote von 43,8 Prozent in 1980 auf 33,9 Prozent in 2007“. Also um 9,9, fast 10%.

Im Gegensatz zu den Erwartungen der neoliberalen Theorie hat diese „doppelte Umverteilung“ die Investitionsquote und damit die Beschäftigung nicht ansteigen lassen, sondern sogar reduziert, weil die Massenkaukraft geschwächt wurde. Die Steuerpolitik führte von 2000 bis 2013 zu Steuerausfällen von 490,35 Milliarden Euro. (Ebd., S. 15) Diese Politik führte auch zur steigenden Staatsverschuldung, bei gleichzeitig starkem Anstieg der Privatvermögen in den Händen einer kleinen Minderheit: Rund zwei Drittel verfügte 2007 über kein oder nur geringes Vermögen, 27 Prozent waren sogar verschuldet. Die obersten 10 Prozent verfügen über mehr als 60 Prozent des gesamten Nettovermögens, allein das reichste Prozent über fast ein Viertel. (Ebd., S. 17)

Die von fast allen beklagte und bekämpfte hohe Staatsverschuldung, die viele für die Ursache der Krise halten, wirkt eher zwiespältig: Durch die Umverteilung von unten nach oben, in fast allen Staaten, hat der Staat nicht nur die Reichen reichlich beschenkt, sondern auch viel Geld der Realwirtschaft entzogen und dem Casino-Kapitalismus zum Zocken zur Verfügung gestellt, also die „Chancen“ für eine Finanzkrise erhöht. Die Geschenke des Staates an die Superreichen haben sodann den armen Staat gezwungen, bei den beschenkten Rei-

chen mehr Geld zu leihen, also mehr Schulden zu machen. Doch das wirkt „dialektisch“: Ohne Schulden kann es zwar keine Schuldenkrise geben. Aber andererseits hat der Staat mit der höheren Verschuldung dem Casino-Kapitalismus etwas Spekulationsmasse entzogen und der Realwirtschaft zurückgegeben, also die Krise etwas abgemildert. Übrigens: Noch immer wird eine Halbwahrheit als dreiste neoliberale Lüge verkündet: Wir haben den nachwachsenden Generationen hohe Schulden aufgebürdet; jedes Baby wird mit 20 000 Euro Schulden geboren. Wahrheit ist: Die große Mehrheit der nachwachsenden Generation ist bei einer kleinen Minderheit der nachwachsenden Generation hochverschuldet. Die meisten Babys werden zwar tatsächlich mit 20 000 Euro Schulden geboren, einige aber auch mit vielen Millionen Euro Vermögen.

Der SPIEGEL vom 19. 9. 2011 fasst die Quintessenz aus einem „Global Wealth Report“ wie folgt zusammen: „Der Abstand der wirklich Reichen zum Rest der Mittelschicht wächst.“ Und: „Globales-Brutto-Geldvermögen wächst 2010 um 6,2 Prozent.“ Der Autor des Beitrags folgert daraus: „Es gibt genügend Vermögen auf der Welt, aber es befindet sich nicht in den richtigen Händen.“ (S. 59)

Die Argumente und empirischen Daten, die die Diagnose bestätigen, dass die sich dramatisch vertiefende Kluft zwischen Reich und Arm zu den Hauptursachen der aktuellen Krisen gehört, sind nicht nur in wissenschaftlichen Publikationen zu finden, sondern seit Jahren auch in den allen leicht zugänglichen Medien. Die vielen Hinweise auf

Artikel und Schlagzeilen in den Medien sollen belegen: Die verheerenden nicht nur sozialen, sondern auch ökonomischen Folgen der zunehmenden Ungleichheit werden nicht nur, wie um die Jahrhundertwende, von einigen Außenseitern und „Gutmenschen“ erkannt, ansonsten aber ignoriert oder sogar als Beweis für erfolgreiche Modernisierung gefeiert. Dieses Problem genießt inzwischen im breiten öffentlichen Bewusstsein eine besorgte Aufmerksamkeit.

Es gibt zwar noch keine konsensfähige fundierte wissenschaftliche Gesamtanalyse und -theorie unserer gravierend veränderten Gesellschaft und noch keinen neuen theoretischen Begriff zu ihrer Kennzeichnung. Aber aus einer Zusammenschau der inzwischen vorherrschenden kritischen Beurteilungen und bekannten Daten und Argumente im öffentlichen Bewusstsein sind einige Strukturmerkmale und Hauptentwicklungstrends herauszuarbeiten, die auch eine neue begriffliche Kennzeichnung unserer Gesellschaft möglich machen, nämlich:

Neue Klassengesellschaft mit neofeudalen Elementen

Die Gesellschaft der Bundesrepublik entsprach zwar nie ausreichend dem Begriff der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, aber auch nicht mehr dem Begriff der „Klassengesellschaft“, mit dem die marxistische Theorie den real existierenden Kapitalismus zutreffend gekennzeichnet hatte. Kolja Rudzio schreibt in seinem bereits erwähnten Artikel „Gerecht war gestern“ in der ZEIT vom 18. 8. 2011: „Zu den Markenzeichen der Bundesrepublik“ gehörte

„der soziale Ausgleich. ... Es (gab) weniger Reiche als in anderen Industrieländern – und weniger Arme. Die sozialen Gegensätze waren geringer als anderswo, die Einkommensunterschiede vergleichsweise klein. ... Doch das ist vorbei. ... Die Reichen wurden auch hier in den vergangenen Jahrzehnten reicher und die Armen ärmer.“

Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat des „Rheinischen Kapitalismus“ (Michel Albert) enthielt zwar auch noch Elemente einer Klassengesellschaft, die aber nicht mehr dominierend waren. Der Begriff Klassengesellschaft entsprach daher nicht mehr voll der sozialen Wirklichkeit, so dass auch der Begriff „pluralistische Gesellschaft“ angemessen war. Klassengesellschaft hängt zwar mit sozialer und ökonomischer Ungleichheit zusammen, die auch in der Geschichte der Bundesrepublik immer vorhanden war. Und obwohl fast alle Parteien diese Ungleichheit kritisierten, wurde sie nie faktisch reduziert. Aber die starke Stellung der Gewerkschaften sowie Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik sorgten dafür, dass alle Einkommenschichten von Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum profitierten. Die Kurven aller Einkommenschichten bewegten sich nach oben, der Abstand zwischen oberen, mittleren und unteren Einkommen blieb bis in die achtziger Jahre etwa gleich.

Ende des 20. Jahrhunderts, in Großbritannien und USA schon früher, setzte aber eine folgenschwere Trendwende ein, in der viele einen unaufhaltsamen Naturprozess sahen. Doch in Wirklichkeit haben die Machteliten, vor allem in Wissenschaft, Medien und Politik,

durch „neues“ Denken und Handeln diese Trendwende gegen, leider nur geringe Widerstände, bewusst und zielgerichtet durchgesetzt. Im neuen Trend wurde die bestehende Ungleichheit nicht mehr nur fortgeschrieben, sondern verschärft, so dass der Abstand zwischen oben und unten ständig größer wird. Zunächst wurde der Abstand größer, weil die höheren Einkommen schneller stiegen als die mittleren und unteren, die nur noch langsam stiegen oder stagnierten. Aber seit der Jahrhundertwende öffnete sich die Schere dramatisch, weil nicht nur die obersten Einkommen sprunghaft anstiegen, sondern auch die untersten Einkommen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik beachtlich zurückgingen. Die obersten Einkommen „verdienten“ nicht nur den gesamten Zuwachs des Volkseinkommens, sondern auch das, was man den Armen genommen hatte, um es den Reichen zu geben.

Diese Entwicklung rückte immer mehr ins Zentrum kritischer wissenschaftlich-publizistischer Diskurse, während andererseits die neoliberalen Ideologen zur Rechtfertigung dieser Entwicklung weiter verkündeten: Die fetten Jahre sind vorbei, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, die deutsche Wirtschaft (mit enormen Exportüberschüssen) ist international nicht wettbewerbsfähig. Die große Mehrheit des Volkes – da die meisten keine promovierten Wirtschaftswissenschaftler sind – konnte diese „Argumente“ nicht verstehen und verlor zunehmend das Vertrauen in diese Politik und Politiker.

Aus der Fülle der kritischen Publikationen sei hier verwiesen auf die Ti-

telstory „Die Gerechtigkeitslücke“ im SPIEGEL vom 17. 12. 2007. Dieser Beitrag belegt mit umfangreichen empirischen Daten, vor allem auch der Arbeiten des Verteilungsforschers Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, wie sich die Schere zwischen Reich und Arm immer dramatischer öffnete, vor allem durch den neuen Trend, dass die Einkommen der Ärmsten sogar sinken. Von 1992 bis 2006, vor allem aber seit 2000, sind „die Einkommen der ärmeren Schichten ... um 13 Prozent gesunken.“ Dagegen sind „die Bezüge der Spitzenverdiener“, ebenfalls vor allem zwischen 2000 und 2006, um 31 Prozent gestiegen. Der SPIEGEL leitet aus diesem spektakulären Wandel das Urteil ab, dass Deutschland damit „den Klassengesellschaften Großbritanniens und Griechenlands bedrohlich nahe komme“. (S. 23) Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass die lange Zeit vorherrschenden Aufstieghoffnungen immer mehr durch Abstiegsängste verdrängt wurden, was durchaus begründet ist: Allein zwischen 2000 und 2006 sind rund 5 Millionen Menschen aus der „bröckelnden Mitte“ in die „armutsgefährdete Schicht“ abgestiegen. (Der SPIEGEL, 3. 3. 2008)

Diese neue Entwicklung, in der öffentlichen Meinung und vor allem im Volk überwiegend kritisch beurteilt, wurde von Politikern sehr unterschiedlich bewertet: Der SPIEGEL zitiert den ehemaligen Wirtschaftsminister der rot-grünen Regierung: „Eine Gesellschaft lebt dynamischer, wenn es Ungleichheiten gibt.“ (Der SPIEGEL, 17. 12. 2007, S. 25) Franz Müntefering meint: „Besonders die fünf Jahre seit 2003 waren

für Deutschland außerordentlich erfolgreich, eine gute Basis für eine sozial gerechte Gesellschaft.“ (Franz Müntefering mit Tissy Bruns, Macht Politik! – Freiburg 2008, S. 56) Nur ein leichter Schatten war auf diese so erfolgreiche Zeit gefallen: Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I war „keine gute Stunde“. (S. 11)

Sigmar Gabriel beschäftigt sich in seinem Buch „Links neu denken – Politik für die Mehrheit“ (München 2008) ausführlich und kritisch mit der „wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich“. Er sieht in dieser Entwicklung keine „gute Basis für eine sozial gerechte Gesellschaft“, sondern urteilt kritisch: „Neue Klassenspaltungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ (S. 86) Den Begriff „Klassenspaltung“ (in einem Internetaufsatz sprach er von „Neofeudalismus, der inzwischen Züge einer Klassengesellschaft trägt“) begründet er mit den umfangreichen empirischen Daten zu den sozialen Verwerfungen seit mehr als einem Jahrzehnt. Der Begriff „Feudalismus“, in dem jeder in seinen Stand hineingebohren wurde und es kaum Aufstiegschancen gab, ist auch berechtigt angesichts der neuen Tatsache: „Trotz Leistung ist der Aufstieg oft nicht möglich, der Abstieg dafür leicht und schnell.“ (S. 14)

Diese „neofeudalen“ Elemente in unserer Gesellschaft spielen auch in den wissenschaftlich-publizistischen Diskursen seit einigen Jahren eine wichtige Rolle, wie zwei Beispiele zeigen: „Arm bleibt arm, Reich bleibt reich. Sozialer Aufstieg ist ungewöhnlich schwer.“ So überschreibt die FR vom 4. 1. 2011 einen Bericht über eine Studie der Ber-

telsmann Stiftung. Und „Einmal arm, immer arm“, ist der Titel des Artikels der FR am 12. 10. 2011 über den „Sozialbericht für Deutschland“.

Objektive Strukturen einer neuen Klassengesellschaft

Die erreichte und weiter zunehmende Ungleichheit und soziale Spaltung zeigen objektive Strukturen, Hauptmerkmale und Hauptentwicklungstendenzen, die es rechtfertigen von einer neuen Klassengesellschaft zu sprechen. Diese ist allerdings nicht identisch mit der im 19. Jahrhundert von Karl Marx analysierten Klassengesellschaft, gekennzeichnet durch den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, also Arbeitern und Arbeitgebern. Durch demokratische und soziale Ideen und Bewegungen, vor allem auch die demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung und ihren erfolgreichen Klassenkampf, wurde diese traditionelle Klassengesellschaft im Sozial- und Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage eines Sozialstaatskompromisses der zwei Hauptklassen weitgehend überwunden, oder „aufgehoben“.

Die Hauptstrukturen und -merkmale sowie die Trennlinien der neuen Klassengesellschaft sind komplexer und differenzierter als in der Vergangenheit und hier nur thesenartig verkürzt anzudeuten: Einerseits besteht weiter die Trennlinie zwischen der großen Mehrheit der Menschen, die von Lohn und Lohnersatzleistungen für ihre Arbeit leben müssen und der Minderheit, die von Kapitaleinkünften, einschließlich Gewinnen aus Unternehmertätigkeit, ihren Lebensunterhalt bestreiten

können. Doch Hauptproblem ist nicht die Fortexistenz dieser beiden unterschiedlichen sozialen Schichten oder Klassen, sondern eine neue Entwicklungstendenz: Ein zunehmend höherer Anteil des gesamten Volkseinkommens entfällt auf die Kapitaleinkünfte, ein schrumpfender Prozentsatz auf Löhne (Lohnquote) und Lohnersatzleistungen. (Schlagzeilen in den Medien: Gewinnexplosion und stagnierende oder sinkende Löhne).

Auf diese zunehmende Ungleichheit hat in fast allen Ländern die Politik auf gleiche Weise reagiert: Sie hat die Steuern auf explodierende Gewinne und vor allem auf horrenden Einkommenssteigerungen in der Finanzindustrie massiv gesenkt. Sie hat also den fatalen Trend zur primären Umverteilung von unten nach oben durch eine zweite Umverteilung von unten nach oben noch verschärft, wie Bontrup in seiner Expertise „Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise“ empirisch überzeugend belegt hat. Hauptproblem der neuen Klassengesellschaft ist also nicht die Fortexistenz der traditionellen Klassen, sondern die ideologisch begründete Interessenpolitik von Machteliten, durch welche die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft wird.

„Rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer) – subjektiver Faktor der neuen Klassengesellschaft

Eine Klassengesellschaft wird nicht allein konstituiert durch die objektiven Sozial- und Einkommensstrukturen, sondern auch durch das subjektive Bewusstsein der Menschen, also durch Klassenbewusstsein. Nicht nur in

Deutschland, in fast allen Industrieländern, haben die in Parallelgesellschaften lebenden privilegierten Minderheiten ein hochentwickeltes Klassenbewusstsein, das politisch auch deshalb so wirksam ist, weil der großen Mehrheitsklasse jegliches Klassenbewusstsein fehlt. Zum Klassenbewusstsein dieser Oberschicht, nicht identisch mit der Schicht der Unternehmer, gehört das egomane Selbstbewusstsein, etwas Besseres zu sein und dass die anderen nichts Besseres verdienen. Dieses sozialdarwinistische Bewusstsein hat glücklicherweise nicht alle erfasst, die objektiv zu dieser Schicht gehören, aber bedauerlicherweise hat es auch das Denken und Verhalten vieler deformiert, die objektiv gar nicht zu jener Oberschicht gehören, die sie aber bewundern.

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer untersucht jenes Klassenbewusstsein, das er „rohe Bürgerlichkeit“ nennt, in „einem auf zehn Jahre angelegten Forschungsprojekt zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. In einem Artikel in der ZEIT vom 22. September 2011 berichtet er darüber unter dem Titel: „Rohe Bürgerlichkeit – Zur Verteilungsdebatte: Von Abstiegsängsten getrieben zetteln Bessergestellte einen Klassenkampf von oben an.“ Wie hier zur Charakterisierung der neuen Klassengesellschaft beschrieben, sieht auch Heitmeyer „unsere Gesellschaft ... besonders stark durch soziale Spaltung und Desintegration gekennzeichnet“. Er verwirft ausdrücklich die deterministisch-objektivistische Deutung, „die Spaltung sei das Ergebnis von natürlichen Prozessen“ und fragt nach dem subjektiven Faktor: „Wer sind die Ak-

teure dieser Spaltungsbewegung?“ Seine Antwort: „Direkte wie indirekte Spaltungsakteure sind die intellektuellen Diskursagenten bei den wissenschaftlichen, insbesondere den wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Eliten.“

Diese Prozesse „verschärfen sich durch immer stärkere Abweichung vom Ideal anzustrebender Gleichheit und vor allem Gleichwertigkeit. Eine rohe Bürgerlichkeit bildet sich heraus, und so geraten wir auf den Weg zu einer eskalierenden Spaltung.“ Zu dieser „rohen Bürgerlichkeit“ gehört der „Klassenkampf von oben“, angeregt auch durch Abstiegsängste: „Der so von oben inszenierte Klassenkampf wird über die rohe Bürgerlichkeit nach unten weitergegeben. Die objektive finanzielle Spaltung zwischen Reich und Arm wird ideologisch durch die Abwertung und Diskriminierung von statusniedrigen Gruppen durch die rohe Bürgerlichkeit getragen.“

Zu den Ergebnissen von Heitmeyers Forschungsprojekt gehört die Erkenntnis, dass „der obere Teil der Gesellschaft ... die soziale Spaltung in der Gesellschaft signifikant weniger wahrnimmt“. Das hat u.a. zur Folge: „Die Hilfe für Schwache und die Solidarität mit schwachen Gruppen (wird) eher aufgekündigt. Weniger Unterstützung wird vor allem gegenüber Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern gefordert“. Im „ökonomistischen Denken werden diese Menschen als nutzlos etikettiert“. Dieser „Ökonomismus“ führt auch zum „Anstieg von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in höheren Einkommensklassen“. Diese „rohe Bürgerlichkeit“ richtet sich gegen

benachteiligte Gruppen, die sich kaum dagegen verteidigen können: „Die Opfergruppen sind mittlerweile wehrlos und nicht mobilisierungsfähig.“

Die neue Klassengesellschaft ist verbunden mit einem gravierenden Wertewandel: Weg von immateriellen, kulturellen, solidarischen und gemeinwohlorientierten Werten hin zu rein materiell-egoistischen Werten. Doch auch die Hinwendung zur „rohen Bürgerlichkeit“ ist kein unaufhaltsamer Naturprozess. Auch wer objektiv zu den „Besserverdienenden“ gehört, kann an humanistischen, christlichen und demokratisch-sozialistischen Werten festhalten. Auch Wohlhabende können zur sozialen Verantwortung fähig sein und sogar aus aufgeklärtem Eigeninteresse für das Gemeinwohl eintreten. Zahlreiche Superreiche in aller Welt, die seit Jahren öffentlich dafür werben, dass im Interesse des Gemeinwohls die Reichen höhere Steuern zahlen müssen, stehen in der neuen Klassengesellschaft auf der Seite der unterprivilegierten Mehrheit. Vom Volk gewählte Politiker, selbst mit bescheidenerem Einkommen und Vermögen, die jene verantwortungsbewussten Reichen als dumme Gutmenschen verspotten und an der Politik der weiteren sozialen Spaltung festhalten, stehen dagegen als Vertreter der „rohen Bürgerlichkeit“ in der Parallelgesellschaft der verantwortungslosen privilegierten Minderheit.

„Jede Partei war infiziert vom Neoliberalismus“ (Sigmar Gabriel) – jede Partei sollte bei der Schadensbeseitigung mitwirken

Aus gutem Grund wurde hier die „Große Regression“ allgemein analysiert, ohne die spezifische Rolle der SPD hervorzuheben. Denn alle etablierten Parteien sind den Weg in die Krise mitgegangen und tragen daher Verantwortung für einen Politikwechsel, der den von den meisten beklagten sozialen Spaltungsprozess der neuen Klassengesellschaft stoppt.

Die kritischen wissenschaftlich-publizistischen Diskurse und seit kurzem auch die basisdemokratische Occupy-Bewegung haben zwar der destruktiven Macht der Finanzindustrie den Kampf angesagt. Aber diese brauchen die Kampfansage nicht zu fürchten, wenn nicht die politischen Parteien in den Kampf einbezogen werden. Denn nur die demokratisch legitimierte Politik, die den Finanzkapitalismus entfesselt hat, kann ihn wieder zügeln, wenn sie die ihr zustehende staatliche Macht wieder beansprucht und ausübt.

Ihre Verantwortung für einen Weg aus der Krise können die Parteien nur wahrnehmen, wenn sie zunächst erkennen, dass ihre Politik für die fatale Entwicklung mitverantwortlich war und dass sie daher diese Politik ändern müssen. Sigmar Gabriel hat sich dieser Erkenntnis schon genähert. Bei der Occupy-Bewegung Anfang November 2011 in London um Vertrauen werbend, bekannte er in einem Gespräch mit deren Vertretern: „Im letzten Jahrzehnt war jede Partei infiziert vom Neoliberalismus. Das ändert sich.“ (Zitiert

in FR vom 3. 11. 2011) Ein Aktivist entgegnete, Occupy sei keine sozialdemokratische Bewegung: „Wir sind die 99 Prozent. Wir wollen etwas ganz Neues schaffen.“

In einem Dialog mit der auf Systemwechsel zielenden Occupy-Bewegung hätte die SPD eine besondere Aufgabe und auch besonders gute Chancen für konstruktive Ergebnisse: Wenn sie glaubwürdig vermitteln könnte, dass die SPD einmal selbst angetreten war, um „etwas ganz Neues zu schaffen“ und dass sie das mittel- und langfristig auch wieder anstrebt, könnte sie auch Systemveränderern zur realistischen Einsicht verhelfen: Gerade wenn wir „etwas ganz Neues schaffen“ wollen, eine „Zweite Große Transformation“, dann müssen wir zunächst durch einen Politikwechsel eine katastrophale Zuspitzung der Krise verhindern. Im Zusammenspiel mit der Occupy-Bewegung und den Einsichten der kritischen wissenschaftlich-publizistischen Diskurse müssen politische Parteien ihre Macht im Staate anwenden, um die destruktive Macht der Finanzindustrie wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen. Mit anderen Worten: Demokratische Parteien müssen zunächst, bescheiden und dennoch anspruchsvoll, als „Ärzte am Krankenlager des schwerkranken Kapitalismus“ die Krise eindämmen. Denn während die von „roher Bürgerlichkeit“ geprägte Oberschicht weiter von der Krise profitiert, leidet die große Mehrheit unter ihr immer mehr.

Für diese Rolle als „Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ muss und kann sich die SPD besonders anstrengen. Immer mehr ahnen oder erkennen sogar: Sogar im parteiegoistischen Interesse müssen wir gemeinwohlorientierten Positionen in der Politik wieder mehr Geltung verschaffen. Nur wenn wir mehr von unserer verlorenen Kompetenz im Bereich Soziale Gerechtigkeit zurückgewinnen, können wir mehr verlorene Wähler und Mitglieder zurückgewinnen, mehr als durch ein neues Parteistatut. Und wir können und müssen deutlich machen: Ein guter Arzt kann auch nicht die Banken retten, wenn er nicht zugleich die weitere Vergrößerung der Gerechtigkeitslücke verhindert, die mit eine Ursache für die Krise ist.

Gegenwärtig ist zwar noch nicht ganz sicher, ob 2013 Rot-Grün ein „guter Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ wäre, aber ganz sicher ein besserer als Schwarz-Gelb. Inzwischen signalisiert „Genossin Merkel“ (Schlagzeile auf der ersten Seite der ZEIT am 3. 11. 2011), dass auch Schwarz-Rot ein besserer Arzt werden könnte als Dr. Rösler.

Warten wir's nicht ab!!!

P.S.: Im Teil II des Beitrags in den *perspektiven* ds 1/12 geht es vor allem um die Aufgaben der SPD bei der Entwicklung einer Reformstrategie für die „Zweite Große Transformation“, und die Frage, welchen Beitrag das vergessene Erbe des Demokratischen Sozialismus dabei leisten könnte.

Die SPD braucht eine attraktive Reformvision

Absolute Mehrheit für die SPD in Hamburg, dritter Platz in Sachsen-Anhalt hinter Linkspartei und CDU, große Verluste in Rheinland-Pfalz, aber weiterhin stärkste Partei, Machtwechsel in Baden-Württemberg bei leichten Verlusten der SPD und triumphalen Gewinnen der Grünen, wieder stärkste Partei in Berlin und ein verunglückter Anlauf zur rot-grünen Koalition. Vier Landtagswahlen in wenig mehr als einem Monat. Inzwischen kamen noch einige dazu, bei der die SPD in Maßen erfolgreich war. Und wie lautet nun die Botschaft, die die Wähler ins Willy-Brandt-Haus nach Berlin senden? Dass die schwarz-gelbe Koalition im Bund dramatisch an Zustimmung verliert und die Chancen für eine Wiederauflage von Rot-Grün steigen? Richtig. Dass die Energiepolitik nach der Katastrophe von Fukushima eine alle anderen Themen überragende Bedeutung gewann und die Grünen davon profitierten? Auch richtig. Aber was folgt daraus für den künftigen Kurs der SPD?

Nach der Hamburg-Wahl gab es Stimmen in der SPD, die eine pragmatische wirtschaftsnahe Politik mit sozialen Akzenten und vorsichtigen Neuerungen in der Bildungspolitik für *das* Erfolgsrezept erklärten. Bei den Mitgliedern des Seeheimer Kreises und in Teilen der Gewerkschaften keimte die Hoffnung auf, dass der alte Wachstumskurs mit ein paar Korrekturen vielleicht

doch noch weitergeführt werden könne und ein Richtungswechsel gar nicht nötig sei. Fukushima und die jüngsten Wahlerfolge der Grünen haben diese Illusion zerstört. Die Diskussion über die Grenzen des traditionellen Wachstums- und Fortschrittskonzepts und die Konturen eines anderen Fortschritts, die in der SPD schon seit den frühen 70er Jahren geführt wird und sich teilweise auch im Berliner und im Hamburger Grundgesetzprogramm niedergeschlagen hat, ist nun wieder entbrannt. Heftiger denn je.

Worum geht es? Die Berechnungen des britischen Ökonomen Nicholas Stern über die Kosten des Klimawandels haben bestätigt, was vorher auch schon andere Untersuchungen gezeigt hatten, dass von einem Nettonutzen unserer Produktionsweise keine Rede mehr sein kann. Das verengte Fortschrittskonzept, das sich im 19. Jahrhundert durchsetzte, ist ganz offensichtlich ein Zuschussgeschäft, weil die Verluste, die dabei entstehen, längst die Gewinne übertreffen. So wie bisher kann es also nicht weitergehen. Aber wie dann?

Manche neigen der Meinung zu, dass die Konsequenz nur lauten kann: Verzicht und Selbstbeschränkung. Aber das ist leichter gesagt, als getan, und sicher keine Botschaft, mit der man politisch erfolgreich sein kann. Außerdem sollte man nicht übersehen, dass auch die Fortsetzung des bisherigen Kurses, wie nicht zuletzt die Berechnungen von

Nicholas Stern beweisen, uns gewaltige Verzichtleistungen aufzwingt. Die Alternative lautet auch gar nicht: Verzicht und Selbstbeschränkung oder Weiterleben in Saus und Braus. Es geht vielmehr um die Frage, welche Wirtschafts- und Lebensweise wirklich in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse liegt.

Wir wissen längst, dass *Wachstum* nicht einfach mit Wohlstandssteigerung gleichgesetzt werden darf. Auch dass *Lebensstandard* und *Lebensqualität* zwei ganz verschiedene Dinge sind, wissen wir. Wer wie die Kanzlerin immer noch wirtschaftliches Wachstum zur unerlässlichen Voraussetzung aller Politik erklärt – „ohne Wachstum ist alles nichts“ –, erklärt damit zugleich den Bankrott der Politik. Unseren Wohlstand können wir in Zukunft auch dadurch mehren, dass wir Schäden nach Möglichkeit vermeiden und so teure Reparaturleistungen einsparen, Energie und Stoffe effizienter nutzen, länger haltbare Gebrauchsgüter produzieren, durch städtebauliche und raumordnerische Maßnahmen die Zwangsmobilität einschränken. All das würde sich zwar wachstumsdämpfend auswirken, aber die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Und wo Arbeitsplätze dadurch überflüssig würden, könnten wir das tun, was wir seit hundertfünfzig Jahren tun: die Arbeitszeiten verkürzen.

Die SPD sollte endlich die empirischen Befunde zur Kenntnis nehmen, die Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind* (Berlin 2009) präsentieren. Aus ihnen geht nämlich hervor, dass bei einer Angleichung der materiellen

Lebensverhältnisse das Krankheitsrisiko und die Rate der Gewaltkriminalität sinken, während die Lebenserwartung, der Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Lebenszufriedenheit der Menschen insgesamt steigen. Zugleich weisen Wilkinson und Pickett nach, dass mehr Gleichheit zu einer Reduzierung der Statuskonkurrenz und damit auch des psychischen Konsumzwangs führt. Hier bietet sich also für die Sozialdemokratie eine interessante Möglichkeit an, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft strategisch zu verbinden und so ihr Profil gegenüber den Grünen zu schärfen.

In Baden-Württemberg hat sich gezeigt, was der SPD blüht, wenn sie in den Fragen, die die Wähler am meisten umtreiben, unentschieden ist (Stuttgart 21) oder nicht konsequent genug erscheint (Energiepolitik). In der Frage der Energiepolitik mag der Eindruck, den die Wähler von der SPD haben, sogar falsch sein. Dennoch ist richtig, dass die SPD sich endlich der Tatsache stellen muss, dass sich die Voraussetzungen für Reformpolitik grundlegend geändert haben. Will die SPD nicht auf Dauer in die Rolle des Juniorpartners der Grünen geraten, muss sie ihre fraglose soziale Kompetenz mit den ökologischen Themen zu einem attraktiven Konzept eines *neuen Fortschritts* verbinden und dieses glaubwürdig und offensiv vertreten.

Die Konturen eines solchen Konzepts, so meine ich, sind inzwischen deutlich erkennbar.

Es geht *erstens* darum, die Energie- und Stoffeffizienz drastisch zu erhöhen und mittelfristig die Energie-Wende zur Sonne zu schaffen.

Es geht *zweitens* darum, Schäden nach Möglichkeit zu vermeiden, statt nachträglich Schäden zu kompensieren.

Drittens steht die Errichtung einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft an.

Statt immer mehr Güter und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung zu erzeugen, statt ständig beschleunigter (Produkt)Innovation und ständig steigenden Konsums sollten in Zukunft, *viertens*, die Rationalisierungsgewinne zur Schaffung mehr frei verfügbarer Zeit für alle genutzt werden.

Umso wichtiger ist, *fünftens*, eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter, der Erwerbsarbeit und der Lebenschancen insgesamt.

Sechstens geht es darum, den öffentlichen Sektor unter Einschluß genossen-

schaftlicher Formen der Produktion zu rehabilitieren und öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Kultur etc. verlässlich vorzuhalten.

Dabei sollte, *siebtens*, nicht übersehen werden, dass Wohlstand sowohl durch Erwerbsarbeit als durch freie Tätigkeit geschaffen werden kann. Auch darum ist die *Aktivierung der Zivilgesellschaft* und der Ausbau der Non-Profit-Ökonomie eine richtige Orientierung.

Fazit: Die SPD kann nur Fortschrittspartei bleiben und als solche politisch erfolgreich sein, wenn sie entschlossen von den alten Konzepten löst und den Menschen eine attraktive Vision eines integralen Fortschritts anbietet.

Michael Heidinger

Ohne Ökonomik keine Volkspartei – SPD im Spagat

Ein Versuch zur Reduzierung sozialdemokratischer Berühungsängste zu wirtschaft(swissenschaft)lichem Denken

Eine zentrale Ursache für die nach wie vor schwierige Situation der Sozialdemokratie ist, dass die SPD mit Blick auf ihren Markenkern „Soziale Gerechtigkeit“ von einer sozialdemokratisierten Union und einer populistischen Linkspartei in die Zange genommen wird, während sie die für eine Volkspartei unverzichtbare Deutungshoheit über

wirtschaftliche Zusammenhänge ohne wirkungsvolle Gegenwehr anderen Parteien überlässt. Abhilfe verspricht der auf dem Primat der Politik und dem Konzept der ökonomischen Effizienz fußende Ansatz der „Dienenden Marktwirtschaft“. Um diesen Politikansatz breit in der Partei zu verankern, wird die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer ÖkonomInnen und Volkswirte“ vorgeschlagen.

Bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 hat die SPD das schlechteste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte eingefahren. Die hierfür maßgeblichen Gründe hat Sigmar Gabriel analytisch überzeugend in der Bewerbungsrede anlässlich seiner Wahl zum neuen Parteivorsitzenden offen gelegt. Er hat darauf hingewiesen, dass die SPD den Platz in der Mitte der Gesellschaft preisgegeben hat, indem es ihr nicht mehr gelungen ist, die Deutungshoheit über die gesellschaftlich als relevant empfundenen Fragen zu gewinnen. Menschen, die sich nach sozialer Sicherheit auf der Basis heute nicht mehr funktionierender Instrumente der 70er Jahre sehnen, schenken ihr Vertrauen der Partei Die Linke, deren populistischen Heilsversprechen seriös kalkulierende Parteien aus Prinzip nicht das Wasser reichen können. Sämtliche Wahlanalysen haben dabei aber deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie an diese Adresse bei der Bundestagswahl nur den geringeren Teil der Stimmen verloren hat. Der größere Teil der Stimmen wanderte zu den späteren Wahlgewinnern von Union und FDP, die das Kompetenzfeld der ökonomischen Vernunft in wirtschaftlich kritischen Zeiten offensichtlich erfolgreich für sich reklamieren konnten. Maßnahmen der Gegenwehr, die bei der Bundestagswahl 2005 mit der Brandmarkung des „Leipziger Programms“ und des politisch völlig überforderten Steuerprofessors aus Heidelberg als „neoliberal“ noch funktionierten, griffen vier Jahre später nicht, da die „sozialdemo-

kratisierte“ Union der SPD 2009 ein solches parteipolitisches Geschenk nicht mehr gönnt hat.

Die seit Jahrzehnten bestehenden und durch mannigfaltige Umfragen belegten massiven Defizite in der Zuweisung ökonomischer Kompetenz werden in der aktuellen Fünf-Parteien-Landschaft für die SPD zu einem strukturellen Problem und sind insofern verwunderlich, als es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sozialdemokratische Ökonomen waren, die als Politiker die Karre aus dem Dreck gezogen haben. So hat Diplom-Volkswirt Helmut Schmidt die Bundesrepublik Deutschland während seiner Kanzlerschaft mit klarem wirtschaftspolitischen Kurs erfolgreich durch die Ölkrise gesteuert. Mit vergleichbarem Erfolg hat Diplom-Volkswirt Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister der zweiten Großen Koalition zur Bekämpfung der schwersten Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte die richtigen Maßnahmen ergriffen. Diese Erfolgsgeschichten haben dazu geführt, dass beide Ökonomen zu den am meisten respektierten Sozialdemokraten aufgestiegen sind. Gleichzeitig war festzustellen, dass diese Kompetenzzuweisung nicht auf die SPD übertragen wurde. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die öffentliche Wertschätzung in der eigenen Partei während der aktiven Regierungszeit der beiden Politiker nur sehr bedingt geteilt wurde, da die SPD mit dem klar strukturierten ökonomischen Denkansatz sowie teilweise auch mit der dazugehörigen Wortwahl wenig anzufangen wusste und stark fremdelte.

Bereits diese kurz gehaltenen Andeutungen dürften deutlich werden lassen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht: Will sich die SPD im Umfeld eines Fünf-Parteien-Systems dauerhaft als Volkspartei stabilisieren, so hat sie an einer strukturellen Verbesserung der Zuweisung ökonomischer Kompetenz zu arbeiten. Gleichzeitig hat die SPD den Nachweis anzutreten, dass sie auch in Zeiten der Globalisierung und schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen in der Lage ist, für die mit ihrem Markenkern „Soziale Gerechtigkeit“ verbundenen Ziele realistische Umsetzungsperspektiven zu entwickeln und damit die Deutungshoheit über die gesellschaftlich relevanten Herausforderungen zurückzugewinnen. Beiden Forderungen kann mit einem Politikansatz entsprochen werden, der maßgeblich auf das Konzept der ökonomischen Effizienz setzt. Im Gegensatz zur Politik der Neoliberalen wird hier aber nicht an eine ökonomische Effizienz als Wert an sich gedacht, sondern an wirtschaftliche Handlungsalternativen, die in den Dienst der Umsetzung politischer Ziele gestellt werden. Die SPD könnte sich in diesem Sinne als die Partei profilieren, die unter dem Primat der Politik ökonomisches Wissen nutzt, um auch unter der Bedingung knapper Ressourcen die aus den sozialdemokratischen Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ abgeleiteten gesellschaftspolitischen Ziele zu realisieren.

Wie könnte dieser Ansatz auf Zustimmung des Teils der Partei hoffen, der mit ökonomischem Denken wie zuvor beschrieben seine Schwierigkeiten hat? Diese Akzeptanz lässt sich auf zwei

Wegen erreichen: zum einen, indem gezeigt wird, dass die ideologiefreie und wissenschaftlich saubere Anwendung ökonomischen Denkens entgegen vielfacher Vermutung genutzt werden kann, Vorhaben und Maßnahmen zu begründen, die eher linken Strömungen der SPD zuzuordnen sind. Zum anderen ist der Nachweis anzutreten, dass durch die konsequente Anwendung des Konzepts der ökonomischen Effizienz innovative sozialpolitische Maßnahmen entwickelt werden können. Diese sollen beweisen, dass Sozialdemokraten nicht zu den „Schönwetter-Sozialisten“ gehören, die Sozialpolitik nur mit viel Geld umsetzen können, sondern die SPD als Partei dafür steht, mit deutlich geringeren Mitteln selbst ehrgeizige sozialpolitische Ziele verwirklichen zu können. Zwei Fallgestaltungen sollen die vorstehenden Ansätze näher erläutern.

Beispiel „Ausbildungsumlage“: Wir Sozialdemokraten haben im Rahmen eines Parteitagsbeschlusses die Einführung einer Ausbildungsumlage gefordert, um jungen Menschen im Interesse eines solidarischen Gesellschaftssystems den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnen. Wir haben uns dabei gefallen lassen, dass die Ausbildungsumlage von konservativer Seite als purer Staatsdirigismus und unzulässiger Eingriff in das Wirtschaftssystem beschimpft worden ist. Genau das Gegenteil ist aber richtig. Die Ausbildungsumlage ist gerade im Sinne der marktwirtschaftlichen Logik die richtige Maßnahme, um ein in ökonomischer Hinsicht festzustellendes Versagen des Ausbildungsmarktes zu korrigieren. Die fehlenden Ausbil-

bildungsplätze sind nämlich im Wesentlichen Folge eines Funktionsdefizits des Ausbildungsmarktes: Betriebe, die in die Ausbildung junger Menschen investieren, haben keine Gewähr dafür, dass die ausgebildeten Fachkräfte auch bei ihnen bleiben. Nicht ausbildende Betriebe, die die eingesparten Ausbildungskosten etwa zur Finanzierung höherer Löhne nutzen, können diese Fachkräfte abwerben. Wir haben es deshalb hier mit einem Trittbrettfahrerverhalten zu tun, das gerade auch im Rahmen der marktwirtschaftlichen Logik ein Eingreifen des Staates erfordert, um das durch dieses Verhalten bedingte Versagen des Ausbildungsmarktes zu korrigieren. Wer die Ausbildungsumlage fordert, handelt demnach nicht nur solidarisch, sondern darüber hinaus auch ökonomisch richtig. Mit dieser Begründung kann die SPD nicht nur soziale Kernanliegen vortreiben und ihre ökonomische Kompetenz beweisen. Sie kann auch genutzt werden, die vermeintliche ökonomische Kompetenz der bürgerlichen Parteien zu erschüttern: In diesem Sinne muss den die Ausbildungsumlage ablehnenden selbst ernannten neoliberalen Gralshütern der Marktwirtschaft in aller Deutlichkeit entgegen gehalten werden, dass es ihre auch in ökonomischer Hinsicht unsinnige Politik ist, die sie selbst zu den größten Risikofaktoren einer funktionierenden Marktwirtschaft macht.

Als Beispiel für den zweitgenannten Ansatz kann das *Konzept einer Arbeitsmarktpolitik* bei marktkonformer Arbeitsvermittlung herangezogen werden. Kernforderung dieses Konzepts ist die vollständige Privatisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Diese

politische Forderung dürfte nach traditionellem Verständnis eher den Zielvorstellungen neoliberaler Politiker entspringen, denen der soziale Kahlschlag am Herzen liegt. Es lässt sich aber zeigen, dass im Verbund mit einem differenzierten Gutscheinsystem eine vollständig privatisierte Arbeitsvermittlung die Umsetzung einer Arbeitsmarktpolitik ermöglicht, die präventiv wirkt, Beschäftigungschancen auch für die größten Problemgruppen des Arbeitsmarktes eröffnet und damit selbst hohen sozialpolitischen Ansprüchen gerecht wird. Dieser Ansatz zeigt, dass die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen entgegen manchem Vorurteil eben nicht mit einer Abschaffung der Sozialpolitik einhergeht. Intelligent eingesetzt, lässt sich durch mehr Marktwirtschaft sogar ein Mehr an Sozialstaat erreichen.¹

Für die strategische Positionierung der SPD in der Parteienkonkurrenz bieten die vorstehenden Gedanken große Chancen. Die SPD bleibt die Partei, die mit der Umsetzung ihrer Grundwerte das Koordinatensystem für eine sozial gerechte Gesellschaft vorgibt. Die SPD profiliert sich als die Partei des „Primats der Politik“, die auch in Zeiten der Globalisierung den universellen Führungsanspruch der Politik in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen nicht aufgibt. Die SPD positioniert sich neu als die Partei der „Dienenden Marktwirtschaft“, die Berührungsängste gegenüber ökonomi-

1 Siehe dazu auch Michael Heidinger, Arbeitslose an die Macht, in: DIE ZEIT, Nr. 9 vom 21. Februar 2002 (der Beitrag ist im Zeit-Archiv online verfügbar).

schem Denken abbaut und die Idee der wirtschaftlichen Effizienz aufgreift, sie aber als Instrument konsequent in den Dienst der Umsetzung politischer Ziele stellt. Die SPD gewinnt damit die Deutungshoheit über Antworten auf die Frage zurück, wie sich die Realisierung anspruchsvoller sozial- und gesellschaftspolitischer Ziele auch in einer globalisierten und mit der Situation knapper werdender Ressourcen konfrontierten Umwelt noch gewährleisten lässt.

Um ein solches Politikangebot glaubwürdig in der SPD zu verankern reicht es allerdings nicht aus, die Idee der „Dienenden Marktwirtschaft“ lediglich programmatisch festzuschreiben oder sie durch den Wirtschaftsrat der SPD verbreiten zu lassen. Peer Steinbrück hat in seiner Monographie „Unterm Strich“ Recht, wenn er sagt, dass die wirtschaftspolitische Kompetenz kontinuierlich und in der Breite ausgebaut werden muss. Der in diesem Sinne richtige Schritt ist die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer ÖkonomInnen und Volkswirte (AsÖV)“, die endlich die Möglichkeit eröffnet, wirtschaftliche Denkansätze nicht zu verteufeln, sondern sie für die Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele zu nutzen. Gleichzeitig hätte die AsÖV die Aufgabe, die vermeintli-

che Wirtschaftskompetenz der bürgerlichen Parteien zu entzaubern, indem sie den Nachweis führt, dass viele ihrer Entscheidungen auch aus der ökonomischen Perspektive falsch sind. Schließlich könnte die AsÖV für eine wichtige gesellschaftliche Gruppe politische Heimat werden, die in vielen Fällen durch unsere Ortsvereine nicht zu erreichen ist. In diesem Sinne könnte mit den Wirtschaftswissenschaftlern nach der Einbindung der JuristInnen durch die AsJ eine weitere wichtige Gruppe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die SPD gewonnen werden, die mit 620.000 AbsolventInnen mehr als dreimal so groß ist wie die Gruppe der 190.000 JuristInnen.

Fazit: Ökonomisches Denken hoffähig zu machen und es in den Dienst der Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele zu stellen, ist für die SPD eine Perspektive, die zugegebenermaßen in hohem Maße gewöhnungsbedürftig ist. Die aktuell schwierige Lage der Partei sollte aber deutlich werden lassen, dass die SPD die Deutungshoheit im gesamten Spektrum gesellschaftlicher Herausforderungen zurückgewinnen muss. Die Ausformulierung des Konzepts der „Dienenden Marktwirtschaft“ und die Gründung der AsÖV könnten für die SPD wichtige Schritte auf dem Weg sein, auch in Zukunft Volkspartei zu bleiben.

Aus der Finanzkrise lernen: Steuern steuern

Monetarismus-Gläubigkeit als Rationalitätslehre

Die Finanzkrise wurde zwar durch die „Subprimeproblematik“ ausgelöst. Ihre Ursache lag jedoch „tiefer“ im Geldsystem des globalisierten Kapitalismus. Es verleitete zur extrem ungleichen Verteilung der Einkommen zwischen Arm und Reich. Und die Reichen konnten mit dem „Geldmanager-Kapitalismus“ oder „Gläubigerkapitalismus“ schneller und umfangreicher aus Geld mehr Geld für sich machen, wenn der „Umweg“ über die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht eingeschlagen wurde. „Börsentechnisch“ gesprochen wurde dies möglich, wenn nicht Sachanlagen mit der Entstehung neuer Wertpapiere durch neue Investitionen geschaffen wurden, sondern wenn man stattdessen Kreditsummen als Finanzanlagen oder „Investments in Wertpapiere“ (richtig: „Wertpapiere“ ist kein Druckfehler!) auf den Börsen handelbar machte.

Dieser Entwicklung dienten Finanzinstitutionen, also die Investment-Banken, Hedgefonds, Equity-Fonds. Und als die IT-geprägte „New Economy“ Bankrott machte (weil sie nur als Herdendenken entstanden war), wuchs das System der neuen Finanzprodukte, das von entsprechend gut bezahlten Ratingagenturen (ziemlich idiotisch) abgesegnet wurde. Und viele Banker wurden bonussüchtig und liebten das schnelle Benchmarking und konnten all das

wirtschaftswissenschaftlich gutheißen. Folglich wurde das so entstehende Krisenpotential kaum analytisch angegangen und war die herrschende Lehre frei von Prognosefähigkeit für bevorstehende Katastrophen. Außenseiter wie Joseph Stiglitz und Paul Krugman erhielten zwar Nobelpreise – aber nicht für ihre Analysen der Krisengefahr, sondern für in solcher Hinsicht unproblematisch erscheinende Beiträge zur „Asymmetrie der Informiertheit“ oder zu „Welthandelstheorien“.

Wirtschaftswissenschaft als abhängige Variable?

Das wirtschaftswissenschaftliche Bewusstsein muss man folglich als abhängige Variable der entsprechenden „Ackermann-Gemeinden“ (oder ihresgleichen) erklären. Die auf diese Weise Klugheit verbreitenden Spitzenökomen der Geschäftsbanken wurden so zu den Taufpaten der Monetarismus-Gläubigen. Und die erfolgreichen Geldmanager konnten doch nicht irren – oder sollte die „Blasenbildung auf den Finanzmärkten“ wirklich als „Inflation“ betrachtet werden? Dann wären Bankmanager die Inflationstreiber und nicht die Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik? Dann wären die Lohnsenkungen (das Lohndumping) mittels durch Hedgefonds zerschlagener gut gehender Unternehmen (Beispielsfall Grohe, Armaturenhersteller) und durch Outsour-

cing verlagter Produktionen doch gar nicht möglich gewesen! Aber gerade die ermöglichten doch noch schneller und stärker aus Geld mehr Geld zu machen.

Das Steigen von Asset-Preisen konnte laut Milton Friedman nur Ausdruck von steigenden Asset-Werten sein. Banker als Inflationstreiber? Unmöglich. Und die volkswirtschaftliche Theorie erklärte dies brav zur herrschenden Lehre – trotz Tulpenzwiebelblasen und anderen Spekulationsblasen (Japans Immobilien seit 1990) durch die Jahrhunderte des spekulativen Herdenverhaltens. Schließlich konnte man die Getreidebörse von Chicago als das Musterbeispiel der doch positiv wirkenden Spekulation im Wirtschaftsablauf vorführen!

Zwar galt auch unter Wissenschaftlern der von der erfolgreichen Werbewirtschaft bewahrheitete Spruch: „Wirtschaft ist zur Hälfte Psychologie“. Aber auch die Wissenschaftler verhielten sich wie die Manager, sie verzichteten auf die interdisziplinäre Untersuchung einer etwa gegebenen Irrtumsbereitschaft aus erkenntnisleitenden Interessen, entsprechend unbewußter selektiver Wahrnehmung, ahnungslos vermiedener kognitiver Dissonanz. Und das, obwohl der hoch angesehene Ökonom Paul Samuelson vor der „fallacy of composition“ (Trugschluss der Verallgemeinerung) aber auch der unbedachten Nutzung der Begriffe „Inflation und Investition“ als Elementen wirtschaftlicher Irrtumsneigung gewarnt hatte. In Sachen Psychologie sind aber nur die Werbefirmen über Samuelson hinausgewachsen und haben bei den Konsumenten die auf Grund asymmetrischer Information mögliche Nutzung von Wahrneh-

mungsneigungen und Sympathieübertragungen erschlossen. Eine ähnliche Lenkung der Bewusstseinsentwicklung bei Wirtschaftswissenschaftlern ist ihnen nie in den Sinn gekommen – und auch das gelegentlich festgestellte „Herdenverhalten“ von in den Finanzfirmen Tätigen wurde nie als Risikoquelle systemischer Art von der herrschenden Lehre analysiert.

Es wäre wohl auch von den Finanzmächtigen als Beleidigung empfunden worden, wenn ihre bonuswürdigen Kreise als Subjekte gleicher psychologischer Anfälligkeiten betrachtet worden wären, wie die Händler auf dem Börsenparkett. Und genau das hätte auch für diese Mächtigen beratenden Universitätsprofessoren gegolten. Ihr Bewusstsein als abhängige Variable? Und untersuchen, wovon abhängig?

Dabei war damals schon von den Anreizsystemen die Rede, die wirtschaftliches Verhalten bestimmen – und das Wirtschaften mit dem Geld müsste eigentlich besonders solcher Betrachtung unterliegen.

Institutionenwandel im Lauf der Geschichte

Es geht also gar nicht um moralisches Versagen auf Grund individueller Geldgier, auch wenn Religionen seit mehr als 2000 Jahren das als Sünde bezeichnet haben. Es geht um Institutionen, die sich im Verlauf der Globalisierung weiterentwickelt haben und seit gut 150 Jahren zu vielen, ebenso vielen lokal oder regional begrenzten Krisen führten (siehe Galbraith und Reinhard/Rogoff). Diese Krisen haben immer

wieder aufgezeigt, dass die empirisch vorhandenen Märkte nicht zu Gleichgewichten, sondern zu Krisen führen – sicher im Gegensatz zu den herrschenden Modelltheorien. Dass die Wirtschaftswirklichkeit eher von Ungleichgewicht zu Ungleichgewicht stolpert, statt im Gleichgewicht störungsfrei zu wachsen, war nicht Gegenstand der Modelltheorien. Ungleichgewichte entstanden angeblich durch „Schocks, die von außen“ kamen. Aber die meisten Schocks dienten wirtschaftlichen Interessen! Die Theoriemodelle hingegen sollten einem Ideal entsprechen, damit war alles Geschehen leichter zu rechtfertigen.

Und so blieb es in der Geschichte der Wirtschaft und der Geschichte der Wissenschaft von ihr. Insofern ist die gegenwärtige Finanzkrise eigentlich die logische Fortsetzung des bisherigen geschichtlichen Geschehens. Nur ist die Logik in der bisherigen Geschichte nicht empirisch erforscht worden. Also hat man sich deshalb mit der Logik der Modelltheorien getröstet.

Wenn wir nun solche Krisen nicht noch einige weitere Male erleben wollen, dann müssen wir auch die Anreize erforschen, die ein Wirtschaftsverhalten anleiten, so dass es ohne die Absicht aller die Krise herbeiführte. Und da ist der ins Auge springende Sachverhalt, dass die Schulden der Menschheit viel schneller wuchsen als die Menge der Güter und Dienstleistungen. Und die Finanzmarktprodukte, die auf Schulden aufruhten (Derivate), wuchsen in ihren Summen noch schneller als die Schulden. Die Finanzinstitutionen haben während dieses Wachstumsprozesses immer besser „verdient“. Als Deutsch-

banker Ackermann nach der staatlichen Unterstützung der Selbstheilungskräfte des Marktes rief, vergaß er zu erklären, dass dieser vorher ins Abseits verwiesene Staat doch besser zuvor die Selbstzerstörungskräfte des Marktes ausgeschaltet hätte. Zu denen hätte aber auch der Ehrgeiz gehört, 25% Gewinn zu machen, was nur bei sehr ungerechter Verteilung der Einkommen zwischen Arm und Reich möglich war. Solche Gewinne wurden in vielen Ländern für große Teile der Finanzbranche zu erreichen versucht. Und dies halt mit den Methoden, die in die globale Finanzkrise führten, und die bei der skrupellos betriebenen Verschuldung der Zahlungsunfähigen endeten: Subprime-Hypotheken, deren Schuldner nur zahlungsfähig wurden, wenn der Preis des von ihnen gekauften Häuschens beim Verkauf nach zwei Jahren erheblich gestiegen war.

Im Alltagssprachegebrauch war das eine Art „Schneeball“-System, im gelehrteren Wirtschaftsenglisch heißt das, den Hauskauf nach Ponzi-Schema finanzieren. Das bedeutet: Der Verkaufserlös erbringt den Kaufpreis plus die zusätzlich fällig gewordene Zinslast.

Als damit in den USA bei sinkenden Einkommen der Hauskäufer und bei steigenden Preisen der zu kaufenden Häuser und wachsendem Hausangebot auf dem Markt und nachlassender Nachfrage ein unvermeidlicher „Knackpunkt“ erreicht war, waren die „Schuldenpapiere“ der zahlungsunfähigen Hauskäufer längst in „Verbrieungen“ untergetaucht worden. Schuldenwettpapiere als neue Produkte der Finanzinstitutionen waren auf globalisierten Märkten verkauft worden – auch

bayrische und baden-württembergische Landesbanken waren mit all ihrer Weisheit auf die Gewinnträchtigkeit dieser Papiere „abgefahren“ und hatten sie bei sinkendem Dollarpreis gegen den Euro gekauft. So konnte aus den Währungsschwankungen noch eine Gewinnsteigerung gezogen werden.

Schuldenmachen als Gewinnquelle

Und dies galt auch für andere als die Häuslebau-Schulden der USA. In Japan konnte man billig Langfristkredite aufnehmen und das so eingebrachte Geld wieder verleihen. Und die Japaner bezahlte man mit Kurzfristkrediten. Das ging solange gut, wie Kredite leicht zu kriegen waren. Aber als auf den Hypothekmärkten der Knackpunkt überschritten war, Häuserpreise fielen, weil die auf ihnen liegenden Hypothekenschulden nicht bezahlt worden waren und sie nun das Angebot mit sinkenden Preisen vermehrten, da war das Ponzi-Schema nicht mehr finanzierungstauglich, Banken kriegten ihr ausgeliehenes Geld nicht mehr zurück, und Hausverkäufer, die nach Ponzi-Schema ihre Schulden hatten loswerden wollen, fanden keine Käufer. Und selbst Hauseigentümer, die ohne Ponzi-Schema durch Hausverkauf ihre Schulden abzahlen wollten, versagten dabei wegen sinkender Häuserpreise in den USA. Vorherige Prime-Hypotheken bekamen nachträglich den Subprime-Charakter!

Dass dieser Knackpunkt bevorstand, weil lauter historische Höchstmarken von Schuldenständen und Belastungen verfügbarer Einkommen erreicht waren, konnte man aus den entsprechenden Statistiken im Jahre 2006 entneh-

men. Man konnte auch erkennen, dass die Wirtschaft ab 2001 diesem Knackpunkt mit wachsendem Verschuldungstempo entgegeneilte.

Also: Was wussten die Geschäftsbanken darüber? Oder wollen sie nicht sagen, was sie wussten? Oder wollten sie nichts wissen? Oder gab es die „kognitiven Dissonanzen“, die ihnen es „unmöglich“ machten, die Tatsachen als Darstellung ihres Fehlverhaltens zu erkennen?

Was auch immer, Analysen, die ab 2006 den Sachverhalt darstellten, wurden entrüstet zurückgewiesen. Professor Roubini, jetzt als Vorausankündiger der Krise bewundert, galt damals als Dr. Doom (Unheilsverkünder), der Aufmerksamkeit erregen wollte, aber nicht ernst zu nehmen war.

Regulieren war notwendig und nicht überflüssig!

Vorherige Warnungen waren weniger präzise als die Prognose Roubinis im Jahre 2006. Sie waren durchweg mit Forderungen nach Regulierung der „Finanzmärkte“ verknüpft. Attac hatte all das im Prinzip vorweggenommen und den selbstständigen Geldhandel (als Währungshandel) schon etwa 10 Jahre früher so besteuern wollen, dass er weitgehend unterblieben wäre – und folglich das Schuldenmachen sich für den riesigen Wettpapierhandel nicht gelohnt hätte.

Es gab also die Kenntnis von der Krisenhaftigkeit des Finanzkapitalismus. Aber die Finanzinstitutionen waren erfolgreiche und einflussreiche Lobbyisten und wehrten weltweit Regulierungsversuche ab, ja sorgten sogar intensiv für Deregulierung. Und der Staat mit seinem Verhalten und Engagement

in Finanzsachen wurde eher als Teufelszeug, denn als Rettungshilfe behandelt. Und das auch von der herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften. Die wurde auch von den Zentralbanken verkündet, die sich de facto als Helfershelfer der Geschäftsbankenstrategien erwiesen.

Und das spricht alles dafür, dass man von diesen Beratern aus früheren Jahren zwar Informationen holen muss, aber keine Entscheidungshilfe bei anstehenden Regulierungen, solange sie keine Analyse vorlegen, warum sie welche falschen Ratschläge in Sachen Regulierung bisher gegeben haben.

Und Regulierung kann nicht nur heißen, staatliche Aufsicht zu „verbessern“. Es muss vor allem die Abwandlung der Anreizsysteme für die Geldnutzung auf Finanz-„Märkten“ erfolgen. Man muss mit Steuern steuern!!! Wer Güter und Dienstleistungen erzeugen will und dafür Erwerbstätigkeit schafft, der soll für seine Kreditaufnahmen anders behandelt werden, als wer Schuldenpapierhandel betreiben will. Und wer das durchsetzen will, muss die Steuerparadiese abschaffen, oder die unbewußte Bosheit beseitigen, welche die Steuerhinterzieher ihre Herkunftsgebiete als „Steuerhöhlen“ behandeln lässt, denen man als Steuerzahler entrinnen müsste. (Schweizer Steuervermeidungspraxis dient auch dem systemischen Zusammenbruch!)

Also: Ein Weltwährungssystem wäre notwendig, das sich selbst zu große Kreditaufnahmen unmöglich macht!

Geldkreislauf als staatliche Regulierungsaufgabe

Staaten müssen in den Krisen plötzlich für einen Geldkreislauf sorgen, den Unternehmen vorher mit ihrer Privatnutzung zur „Wüste für viele“ verwandelt haben. Die Bewahrung der Vielen vor solcher Verwüstung durch Privatinteressen ist buchstäblich NOT-WENDIG. Es könnte sinnvoll sein, die Geldversorgung genauso abzusichern, wie die Wasserversorgung gesichert werden muss durch Umweltschutzpolitik. Liquiditätssicherung ist das in beiden Fällen, und in beiden Fällen haben wir es mit Kreisläufen zu tun. Inzwischen muss sogar der künstliche Teil des Wasserkreislaufs durch das Funktionieren des Geldkreislaufs gesichert werden. Solche lebenswichtigen Aufgaben überlässt man besser nicht Privatinteressen in deren Selbstregulierung. Deswegen wäre eine staatliche „good bank“ vermutlich eine bessere Lösung als einige oligopolistische private „bad banks“.

Ein solches Urteil wäre nur überflüssig, wenn man überzeugend darlegen könnte, warum private Banken in neuer Regulierung auch good banks wären. Öffentlich verantwortete Sparkassen sind teilweise good banks geblieben. Ihre Zusammenschlüsse aber nicht. Privatbanken waren durchweg verführbar und verführend, wenn der Weg zur „pre-bad bank“ beschreitbar war. Und sie gehörten damit zur Herde derer, die mitmachen mussten, was die „schlechtesten“ machten, sonst machten die allein die „besten“ Geschäfte. Die waren identisch mit den höchsten Gewinnen, selbst wenn damit die Finanzkatastrophe vorbereitet wurde. In die taumelten

dann auch die hinein, die eigentlich erst nicht mitmachen wollten.

So funktionierte nämlich bisher unser System. Die Forderung, es zu ändern, ist nicht: es abzuschaffen. Es braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Staat und Markt. Aber der Markt muss etwas anderes sein als eine Gruppierung von Oligopolen – so wie es die Finanzinstitutionen, die Automobilfabriken, die Energieversorger geworden sind. Wo Oligopole entstehen, muss eine staatliche Aufsicht als Kontrolle tätig werden. Ihre Gewinne müssen für ihre eigenen Investitionen und nicht die weitere Oligopolisierung und Vermögenskonzentration genutzt werden – oder für Preisenkungen und Lohnerhöhungen.

Auch die Managereinkommen dürfen keine Anreize fürs Systemgefährden sein. Das gilt ebenfalls für Abfindungen und Bonusregelungen. Man könnte sie auch an die Zahlen der Erwerbstätigen und deren Lohnhöhen koppeln – zumindest in Teilen.

Auch die staatlichen Entscheidungsinstanzen müssen „durchsichtig“ werden. Zu häufig haben sie sich in der bisherigen Geschichte mit Verfechtern von privaten Teilinteressen besetzen oder beeinflussen lassen – und diese nicht „transparent“ gemacht. Wer in Zukunft seine eigenen Interessen nicht aufdeckt und als Experte nicht sagt, zu wessen Vorteil und zu wessen Nachteil die Befolgung seiner Ratschläge wirken würde, der sollte von jeder Beratung ausgeschlossen werden, weil er seine Parteilichkeit nicht aufdeckt oder sie gar nicht „erkennen“ mag. Auch Parlamentsmehrheiten werden „lobbykratisch“ unterwandert, wie man an der

FDP-Politik z.B. zugunsten von Hotels miterleben durfte. Sie ist sichtbarer gewesen, als manches andere Tun, das dem Lohndumping dient.

Versteckter Lobbyismus als Demokratie-Ersatz?

Auch Massenmedien sorgten in der Vergangenheit häufig für „Propaganda“ nicht aufgedeckter Vorteilsuche. So stand hinter Sabine Christiansens Talkschau die von der Metallindustrie bezahlte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die den auf Regulierungen verzichtenden „Nachwächterstaat“ anpries, der beim Lohndumping half, und die Reichen von solidarischer Mitfinanzierung sozialer Probleme befreien sollte. Aber auch die auf Anzeigen angewiesene Presse nahm mehr Rücksicht auf die Anzeigengeber, als auf die Abonnenten, die ja nur den kleineren Teil der Kosten zahlten.

So entstand eine Gesellschaft, die den Marsch in die Krise ahnungslos antrat. Die Oberen Zehntausend sahen hinter ihrem schnellen Vorteil nicht die langfristige Bedrohung. Und diese Bedrohung entstand aus der Verarmung, die ein schnelleres Reichwerden ermöglichte. Aber dann erwies sich die Verarmung auch als Fallgrube für die „Vermögenswerte“ der Reichen. Ihre Banken wurden zu „Giftmülldeponien“ für Papiere, deren Schuldenmengen die Verarmten nicht mehr finanzieren konnten. So führte das Reichwerden durchs Verarmen zur Vermüllung von Teilen des Reichtums wegen der zu seinen Gunsten geschaffenen Verarmung.

Zukünftige Regulierung wird darum die Einkommensverteilung beein-

flussen müssen. Sie darf nicht als systemische Verarmung durch systematische Bereicherung gestaltet werden. Skandinavische Länder haben so etwas vorgemacht – aber ihre Beispielhaftigkeit hat die „herrschenden Wirtschaftswissenschaftler“ vom Typ der Professoren Sinn, Zimmermann und Ackermann nie interessiert. Darum muss auch die „Schulbildung“ an unseren Universitäten beendet werden. Wissenschaftlicher Fortschritt lebt vom Pluralismus und seinen Unterschieden oder Gegensätzen. Das bedingt in vielen Fällen andere Berufungsverfahren für die Besetzung von Lehrstühlen, als sie bisher häufig praktiziert wurden.

Aus alledem wird ersichtlich, nicht nur die Wirtschaft steckt in einer Krise, auch die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftswissenschaft. Und ohne Selbsterkenntnis der Systemmängel des Handelns in allen drei Bereichen, wird es kein wirkliches Bemühen um die Verhinderung der Krisenwiederholung geben.

Es ist schlimm genug, dass ein alter Lehrsatz – auch aus der Ökonomie – mal wieder bestätigt wurde: Die Menschen lernen nur durch Katastrophen, die Katastrophen zu vermeiden. Aber auch dafür müssen sie sich große Mühe geben. Es geht nicht darum, moralische Vorwürfe zu machen, sondern die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis zu erwerben. Das ist mit Lernen identisch! Mit geändertem Lernen! Mit einem Lernen, das die Bereitschaft zur kritischen Kontrolle des eigenen Denkens nicht verdammt – sondern auch dafür die Waffe der Kritik will.

Arm und Reich zwischen 2000 und 2010

Und nun sollten wir einmal anschauen, wie das Aufspalten der Reichtumsentwicklung zwischen Reich und Arm im für die Zeit zwischen 2000 und 2010 in Deutschland und in Skandinavien wirkte.

Betrachtet man die Entwicklung von Einkommensveränderungen, kann man erkennen, dass in Deutschland „Lohndumping“ stattfand: Reiche wurden in Deutschland schneller reich als in anderen Ländern und das auch bei relativ geringem Wirtschaftswachstum. Im Vergleich mit den skandinavischen Ländern zeigt sich deutlich: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland drückte sich nicht mehr in wachsenden Löhnen aus. Die deutsche Einheit hatte Folgen, auch für die westdeutsche Lohnpolitik: Bremswirkungen. Wirtschaftswachstum wurde durch die Folgen der Einheit gebremst. Die Lohnunterschiede zwischen Ost und West erwiesen sich als Einladung für Lohndumping-Politik.

Die haben wir beibehalten: Unser Arbeitsmarkt ist voll Leiharbeit, Nebenverdienstjobs, die staatlich subventioniert werden. Unterbezahlte Arbeitskräfte haben auch den Gewerkschaften den Ruf verderben helfen. Deutschlands abhängig Beschäftigte sind schlechter bezahlt als ihresgleichen in anderen Ländern. Das kann man aus OECD-Ziffern lernen.

Auch für die „Fruchtbarkeit“ der Familien war das Geschehen in Deutschland nicht kinderfreundlich. Warum auch immer: Kinder je Frau wurden seltener, Lohnhöhen regten zum Kinderzeugen auch nicht an. Die Alterszusammensetzung war nicht besonders hilfreich. Für Kinder unter 3 Jahren gab

es verdammt wenige Kindergartenplätze. Alleinerziehende arbeitslose Frauen waren da „relativ“ zahlreich.

Für Schulen gaben wir einen relativ geringen %Satz des Inlandsproduktes aus. Und wenn wir nach Skandinavien schauen, finden wir dort höhere Prozentsätze und das Mehr an Kindern erlebt auch ein Mehr an Lehrern. Die bringen ihnen auch „mehr“ bei.

Vielleicht verdienen sie weniger im Umgang mit geringeren Kinderzahlen. Jedenfalls führen die skandinavischen Schulen „weiter“, ein größerer Teil der Schüler erreicht Hochschulniveau

Und im Jahre 2008 waren die OECD-Zahlen verblüffend schlecht für Deutschland. Was auch immer woanders passiert, es dürfte in den Schulen im Ausland erhebliche Bildungsreformen gegeben haben, die auch zu verlängerter Bildung im Schul- und Hochschulsystem führen könnten. In Deutschland wird viel „exportiert“, aber wenig dafür ausgebildet!

Und schaut man in die Zahlen als Indikatoren für „Sozialsysteme“ dann entdeckt man: Bismarck's Prinzip für die Finanzierung von Renten, Krankheiten, Altenpflege ist fragwürdig geworden. Da werden Sozialbeiträge bezahlt, die vom Bund der Steuerzahler nicht als Steuern sondern als Abgaben betrachtet werden. Folglich tauchen sie in der Argumentation des Finanzministeriums nicht auf. Die Schweiz macht das einstweilen noch anders. Sie finanziert Alterseinkommen aus Solidaritätsgründen mittels „progressiv“ belastenden Steuern. Und folglich zahlen auch reichere Unternehmer höhere Steuern, während in Deutschland die kürzere

Lebenszeit von „Schwerarbeitern“ als Rentner sie stärker für die Versorgung der länger lebenden Bürokraten nötig macht.

Auch dieses Versorgungssystem ist fragwürdig geworden nach dem Ablauf von Kriegsgeschichte und den Folgen der Niederlage und den Prozessen des Wiederaufbaus. Er traf die „Unschuldigen“ für diese Geschichte härter als die Nutznießer des Kriegsgeschehens.

Wer erkennen will, dass wir systemische Entwicklungen gemacht haben, die den Unternehmerreichtum in vielen Fällen überproportional förderten, der kann das aus aufmerksamer Analyse von „gesellschaftlich“ relevanten Statistiken der OECD lernen.

Konsequenzen

Finanzkapital darf steuerfrei für vielerlei Investments genutzt werden. Es ist dann häufig verborgene Inflation von Verbriefungen eines Schuldensystems. Realinvestitionen hingegen müssen versteuert werden, auch wenn man Abschreibungen machen darf. Sie kosten mehr als die Investments. Man nennt sie richtigerweise: Produktionspotential. Und man könnte auch die Bildungsinstitutionen dazu rechnen.

Die Bildungseinrichtungen funktionieren nur mit Personal: Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Das sind Frauen und Männer, deren Ausbildung Humankapital einbringt, das sich auch auf soziales Verhalten bezieht. Es setzt gesellschaftliches Zusammenarbeiten in Lernvorgängen voraus, die allesamt auch soziale Gemeinsamkeiten brauchen.

Auch in anderen Bereichen wird solches Zusammenwirken gebraucht,

skandinavische Unternehmer gehen übri- gens mit Arbeitnehmern viel freundli- cher um: sie nutzen „Sozialkapital“, das möglicherweise von deutschen Unter- nehmern „verachtet“ wird. Aber eine vernünftige Bezahlung für menschen- würdiges Leben führt zu erfolgreicherem Wirtschaftsabläufen als es in Deutsch- land öffentlich eingestanden wird.

Die Jagd der Geldgierigen zerstört unsere Arbeitsmärkte – merkwürdig, dass dies Unternehmer häufig nicht wis- sen wollen.

Und schließlich gibt es Ökokapital, das geschützt werden muss: Klimabe- dingungen dürfen nicht durch Abgase gefährdet werden, Energie darf nicht dabei mitwirken. Die Produktion von Nahrungsmitteln muss die Artenvielfalt wahren und nicht durch Chemisierung von Saatgut und Gesundheitsmaterial zerstören. Wir versuchen Grundwas- ser und Bodenbelastung durch Antibio- tika. Anschließend sind Hilfsmittel zur Gesundheitspflege „ausgeschaltet“.

Auch dieses ökologische Kapital in unserer Umwelt muss geschützt werden vor der Nutzung von Stoffen, die in der Geschichte der Artenvielfalt des Leben-

digen auf bekannte oder auch auf bisher unbekannt Weise stören.

Das alles zeigt: Sozial- und Hu- mankapital, Ökologie- und Produkti- onskapital, sie alle brauchen „Schutz“ vor geldgieriger Verwendung von Fi- nanzkapital. Das verführt nach den letz- ten Generationen der Menschheitsent- wicklung zu mancherlei Bedrohung der Zukunft.

Erdbeben haben für die Nutzung von Atomenergie eine außer Betracht gesetzte Rolle. Das aber ist nur ein dras- tisches Beispiel für die „ahnungslose“ Nutzung von Stoffaufspaltungen, die bisher geschichtslos für die Entwicklung von Artenvielfalt gewesen ist.

Literatur

Galbraith, John Kenneth.: Eine kurze Ge- schichte der Spekulation, Frankfurt/M. 2010

Reinhard, Carmen M. und Rogoff, Kenneth S.: Dieses Mal ist alles anders, Acht Jahrhunderte der Finanzkrisen, Mün- chen, 2010

Sorkin, Andrew S.: Die Unfehlbaren, Mün- chen 2009

Beiträge und Diskussionen

Martin Redlich

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

Die Lage der SPD vor dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Auslaufen der Sozialistengesetze 1890 und dem Erfurter Programmparteitag von 1891 expandierte die Sozialdemokratie hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und Mandate erheblich. Aufgrund der verfassungsrechtlich begrenzten Macht des Reichstags und der Ausgrenzung durch die übrigen Parteien blieb der politische Einfluss der SPD allerdings zunächst gering. Die Konflikte innerhalb der Partei hingegen nahmen zu. Ab 1895 entbrannte in der SPD ein Streit darüber, auf welchem Wege und mit welcher Taktik die politische Macht zu erlangen sei. Vor 1914 gab es drei Hauptströmungen in der SPD: die Reformisten, die Zentristen und die Linksradikalen. Es handelte sich hierbei nicht um organisierte Fraktionen, wie etwa die bolschewistische und die menschewistische Richtung in der russischen Sozialdemokratie, sondern um fluktuierende Strömungen. Die Grenzen zwischen den Richtungen waren oft nicht klar zu erkennen und es gab zahlreiche Zwischenschattierungen, je nach politischer Sachfrage ergaben sich neue Konstellationen. Im Laufe der Zeit jedoch verfestigten sich die unterschiedlichen Richtun-

gen in der Partei. Es entwickelten sich verschiedene Vorstellungen über die Art und Weise der Machteroberung des Proletariats, unterschiedliche Einschätzungen des Staates, unterschiedliche Bewertungen von politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Reformen, Fragen der Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und gegensätzliche Einstellungen zu den Gewerkschaften. Selbst der Begriff des Sozialismus wurde unterschiedlich interpretiert. Die Vorstellungen vom Wesen, den politischen Einrichtungen, den Formen sozialer Beziehungen und den wirtschaftlichen Lenkungs- und Leitungsvorgängen im Sozialismus gingen weit auseinander.

Auf dem rechten Flügel der Partei stellte sich die Frage: „Welches sind die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, zur Gewinnung eines Anteils an der Macht im Rahmen des bestehenden Systems, zur sofortigen Inangriffnahme seiner Umbildung auf dem Weg über eine Reform?“ Der rechte Flügel war also an einer Reform der bestehenden Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung interessiert. Den einzigen Weg, dies zu erreichen, sahen sie im Parlamentarismus.

Auf dem linken Flügel hingegen stellte sich die Frage: „Was kann man tun, um die Revolution zu befördern und dadurch die Macht zu gewinnen?“ Die Linksradiakalen lehnten den parlamentarischen Weg keinesfalls ab. Sie stürzten sich mit dem gleichen Eifer in die Wahlkämpfe wie die andern Sozialdemokraten und feierten ebenso die Wahlerfolge. Eine strikte Festlegung auf den parlamentarischen Weg lehnten sie jedoch ab. Sie setzen vielmehr auf Massenproteste, was vom Rest der Partei oft als rebellische Ungeduld angesehen wurde. Die Proteste sollten als zusätzliches Druckmittel fungieren, Gewaltanwendung wurde durch die Parteilinken nie prinzipiell abgelehnt. Sie machten zwar keine detaillierten Aussagen darüber, unter welchen Umständen Gewalt zu befürworten sei, die Notwendigkeit dazu kalkulierten sie jedoch stets bewusst ein.

Die reformistische Richtung hatte sich in der SPD vor dem Ersten Weltkrieg letztlich durchgesetzt, wenn auch lautlos und ohne eigentlichen Machtgewinn der dezidierten Reformisten um Bernstein. Die Kampfbegriffe „Sozialismus“, „Klassenkampf“ und „Revolution“ waren immer mehr zu politischen Phrasen mutiert, die das eigentliche politische Anliegen der Mehrheit nicht mehr repräsentierten. Die Sozialdemokratie war am Vorabend des Weltkrieges zu einer Partei der Reform und nicht der Revolution geworden, mochte sie eine noch so revolutionäre Folklore aufführen.

Die Entscheidung der SPD, am 4. August 1914 den Kriegskrediten zuzustimmen, lässt sich auf drei wesentliche Aspekte zurückführen. Am Abend

des 30. Juli entschloss sich die russische Regierung, die Generalmobilmachung einzuleiten. Dies hatte zur Folge, dass Russland, auch in den Augen vieler Sozialdemokraten, als der wahre Aggressor gesehen wurde. Die russische Generalmobilmachung zog unmittelbar die Verkündung der drohenden Kriegsgefahr nach sich. Hierdurch war die Möglichkeit gegeben, dass die deutschen Behörden gegen alle Parteieinrichtungen der SPD hätte vorgehen können, was zum Teil auch geschah. Der letzte Aspekt war die Ermordung des französischen Sozialisten Jean Jaurès am 31. Juli, der angeblich von russischen Agenten getötet worden war. Diese Nachrichten schürten weiter die traditionelle „Russophobie“ der Sozialdemokratie. Die Mehrheit der SPD war zur Verteidigung des eigenen Vaterlandes bereit. Am 04. August stimmte die SPD-Fraktion schließlich den Kriegskrediten zu. Diese grundsätzliche Entscheidung: nationale Politik zu betreiben und die Grundsätze der internationalen Arbeiterbewegung, als deren Teil man sich verstand, den vermeintlich kapitalistischen Interessen der auf Expansion bedachten Staatsführung unterzuordnen, war die wesentliche Ursache der Spaltung der Sozialdemokratie.

Die Spaltung der Fraktion

Der deutsche Vorstoß zu Beginn des Ersten Weltkrieges geriet schnell ins Stocken und langsam traten die wahren Kriegsabsichten in den Vordergrund. Der propagandistisch überhöhte „Verteidigungskrieg“ war zu einem Eroberungsfeldzug geworden.

Die anfänglichen Streitpunkte zwischen der Mehrheit und der Minderheit

in der SPD waren die Frage der weiteren Bewilligung von Kriegskrediten, die Burgfriedenspolitik und die Stellung der Sozialdemokratie zur Regierung und den bürgerlichen Parteien. Die Prinzipien des Klassenkampfes, so meinte es die Kriegsgegner, verboten jegliche Zusammenarbeit mit der Regierung oder anderen Parteien. Sie dürften auch nicht im Kriegsfall gebrochen werden. Trotz dieses offensichtlichen Bruchs der eigenen Prinzipien wollte die Minderheit weder die Fraktion noch die Partei verlassen oder sie gar spalten. Sie wollte die SPD lediglich wieder auf den „richtigen“ Weg bringen und sie zu einer Politik der Vorkriegszeit zurückführen.

Der Beginn der Spaltung der Fraktion lässt sich auf den 02. Dezember 1914 datieren, als Karl Liebknecht offen und entgegen der Fraktionsdisziplin gegen eine weitere Bewilligung von Kriegskrediten stimmte. Mit zunehmender Kriegsdauer und den ersten militärischen Niederlagen ging die Mehrheit in der SPD immer härter gegen die innerparteiliche Opposition vor. Jegliche Form der Kritik war verpönt und wurde vom rechten Flügel der Partei als Gefährdung der Einheit der Partei angesehen.

Im März 1915 war die Zahl der Gegner der Kriegskredite in der Fraktion schon auf 23 angestiegen. Langsam formierte sich die Opposition. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Opposition nicht nur aus „Linksextremen“ bestand. In ihr waren auch Revisionisten wie Eduard Bernstein vertreten, die aus ihrer pazifistischen Überzeugung heraus jeden Krieg ablehnten.

Am 19. Juni 1915 veröffentlichten Haase, Bernstein und Kautsky „Das Ge-

bot der Stunde“. In dieser Schrift stellten sie die These auf, dass vom Krieg nur die Wirtschaftsvereinigungen profitieren wollten und dass er klar erkennbar die Züge eines Eroberungskrieges trug. Sie gingen sogar so weit, dass sie Grundsätze der SPD als verraten sahen. Haase, Bernstein und Kautsky bekannten sich in ihrer Schrift weiterhin zur Einheit der Partei. Die Mehrheit der SPD-Fraktion jedoch sah durch diese Schrift die Einheit der Partei als gefährdet an. Das Abdrucken des „Gebots der Stunde“ wurde den Parteiblättern verboten.

Parteizeitungen, die die Positionen der Minderheit teilten, wurden zunehmend unterdrückt, verboten oder deren Redakteure ersetzt. So konnte die Minderheit ihre abweichende Meinung nur noch im Parlament äußern. Diesbezüglich muss gesagt werden, dass während des Krieges jede Form der Auseinandersetzungen in lokalen Organisationen der Sozialdemokratie untersagt war, was bedeutete, dass auch in den Ortsvereinen keine Diskussionen über die Kredite und die Art des Krieges geführt werden durften. Die Opposition wurde immer mehr aus Organisationen verdrängt und man verwehrte ihnen jede Form des Aufstiegs in der Partei. Einige Parteirechte gingen sogar soweit, dass sie die Behörden auf einige ihnen unliebsame Oppositionelle aufmerksam machten und sie an die Front schicken ließen.

Im Dezember 1915 legte Haase sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder. 20 von 44 Fraktionsoppositionellen waren zum Disziplinbruch bereit und stimmten offen gegen die Kriegskredite. Das Verhalten der 20 Oppositionellen sollte nicht ohne Folgen bleibe.

Am 12. Februar 1916 war die Spaltung der Fraktion vollzogen. Liebknecht wurde aus der Fraktion ausgeschlossen und dadurch in seinem politischen Wirkungskreis begrenzt. Fraktionslose Reichstagsabgeordnete durften nicht in Ausschüsse und hatten nur ein begrenztes Rede- und Antragsrecht.

Am 24. März 1916 sollte über einen Nothaushalt abgestimmt werden. Hugo Haase und andere Oppositionelle stimmten gegen den Etat und begründeten ihre Entscheidung mit einer Rede im Reichstag. 18 weitere Genossen wurden daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen. Um ihr Rederecht zu behalten, gründeten sie die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG). Die Spaltung der Fraktion war von der Mehrheit billigend in Kauf genommen worden. Aufgrund der Spaltung der Fraktion war auch die Spaltung der Partei absehbar.

Die Spaltung der Partei

Je länger der Krieg dauerte und je stärker sich die Fronten zwischen Opposition und Mehrheit im Reichstag verhärteten, desto stärker zeichnete sich eine Spaltung der SPD auf allen Ebenen ab. Die immer stärker einsetzende Unterdrückung der fraktionskritischen Zeitungen verärgerte besonders die jeweiligen Ortsvereine und Kreisverbände. In einigen Bezirken bemühte man sich, zwischen den beiden Richtungen zu vermitteln.

Eine Vielzahl von lokalen Organisationen stellte sich ab dem 24. März 1916 demonstrativ hinter die SAG. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, unterstützte die Politik der SAG. In ihm wurden, neben Aufrufen und Erklärungen

des Parteivorstandes, auch die Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaften veröffentlicht. Der Parteivorstand verbot am 31. März 1916 dem „Vorwärts“ jegliche Erklärungen der SAG abzudrucken. Die Redaktion des „Vorwärts“ wehrte sich dagegen, kurze Zeit später stand die Parteizeitung unter Präventivzensur.

Immer öfter gab es Stimmen, die einen Parteitag einforderten, um die unterschiedlichen Standpunkte zu diskutieren. Am 21. September 1916 wurde eine Reichskonferenz einberufen. Eine Reichskonferenz war nicht öffentlich und konnte keine Entscheidungen treffen. Zudem wich die Mandatsverteilung vom Delegationsmodell für Parteitage ab. Die Anhänger der Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes wurden gegenüber der Minderheit spürbar begünstigt. Auf der Konferenz kam es zu erbitterten Diskussionen über die Redezeit, die Zusammensetzung und den Sinn der Konferenz. Keine der beiden Seiten war bereit Kompromisse einzugehen. Die Mehrheit beharrte darauf, dass der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei und dass es zur Rettung der Nation unumgänglich sei, der Regierung die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen. Die Minderheit hingegen war der Ansicht, dass Deutschland einen Frieden schließen könne, wenn es auf Annektionen verzichtete. Die Reichskonferenz brachte keine Einigung zwischen den beiden Flügeln, im Gegenteil: die Spaltung war nur noch verschärft worden.

Am 08. Oktober 1916 wurde der „Vorwärts“ durch die Militärbehörden verboten. Um die Zeitung wieder veröffentlichen zu dürfen, übernahm der Parteivorstand die Verantwortung für

die politischen Inhalte und entließ alle oppositionellen Redakteure.

Die SAG hatte am 07. Januar 1917 zu einer Reichskonferenz nach Berlin geladen. Dabei sollten alle oppositionellen Strömungen, die es zu diesem Zeitpunkt in der SPD gab, geeint werden. Bis dahin hatten die verschiedenen Oppositionsgruppen unabhängig voneinander alternative Politikentwürfe entwickelt. Die geeinte Opposition sollte die Partei wieder auf traditionelle Pfade führen und den Kaiser zu Friedensgesprächen bewegen. Der Parteivorstand aber warnte im „Vorwärts“ die GenossInnen vor der Teilnahme an der Konferenz. Der Opposition war bewusst, dass das Abhalten der Konferenz schwer wiegende Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Elf Tage später, am 18. Januar 1917, tagte der Parteiausschuss. Er setzte sich mit der innerparteilichen Lagerbildung und der Januar-Konferenz auseinander. Am Ende wurde mit 29 gegen 10 Stimmen folgende Resolution verabschiedet: „Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteierzähler ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisation erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.“ Die Abspaltung des oppositionellen Teils der Partei war nun endgültig vollzogen.

Da die innerparteiliche Opposition gewillt war, ihre politischen Ziele auch jenseits der Mehrheitsmeinung zu vertreten, entschloss sie sich dazu, eine eigene Partei zu gründen. Vom 06.-08. April 1917 tagte die Opposition in Gotha. Der Ort, wo sich 1875 ADAV und SDAP zur SAPD zusammengeschlossen hatten, wurde nun zum Gründungsort einer neuen, oppositionellen sozialdemokratischen Partei. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands war entstanden. Die Opposition war in ihrer Haltung zu grundlegenden politischen Fragen jedoch nicht auf eine einheitliche Linie festgelegt. So war die Mehrheit der USPD für eine Mitwirkung im parlamentarischen System durchaus zu gewinnen, die Spartakisten hingegen bauten auf die Aktivierung der revolutionären Massen. Die USPD konnte zwar fast alle oppositionellen Strömungen unter ihrem Dach vereinen, beherbergte allerdings zu viele entgegengesetzte politische Anschauungen und Absichten, die nicht zu einer geordneten und einheitlich agierenden oppositionellen Sozialdemokratie zusammengeführt werden konnte. Der einzige Konsens, der die Mitglieder der USPD einte, war die Ablehnung des Krieges und die Berufung auf die Werte der Sozialdemokratie vor dem 4. August 1914. Mit der Gründung der USPD war der erste Schritt zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung getan, die endgültige Zäsur sollte fünf Jahre später erfolgen.

Was lernen wir?

Unterschiedliche Meinungen gab und gibt es immer wieder in einer Partei. Besonders bei den Politikfeldern, die

die Grundwerte und Grundsätze einer Partei berühren oder zu verletzen drohen, werden sie sichtbar. Meinungsverschiedenheiten müssen es in jeder Partei geben, auch in der ältesten Partei Deutschlands. Vielleicht muss es sogar erlaubt sein, dass man eine oppositionelle Haltung bei einigen Fragestellungen in der eigenen Partei einnimmt, solange sie nicht den Grundwerten widerspricht. Das Beispiel der USPD zeigt, dass die innerparteiliche Opposition es oft schwer hatte, sich in der eigenen Partei zu behaupten. Ihr Anliegen war nachvollziehbar und ihre Mittel legitim. In der Debatte um die Gründung der USPD muss auch berücksichtigt werden, dass ein großer Teil der USPD sich später der KPD anschloss und die erste deutsche Demokratie vehement bekämpfte. Dies nicht zuletzt unter der Parole des Kampfes gegen den „Sozialfaschismus“. Dieser Sachverhalt ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die USPD, mit Blick auf die Kriegskredite, ehrenwerte und rückblickend wohl auch richtige Forderungen vertrat und dass der innerparteiliche Umgang mit ihr ein dunkles Kapitel in der Geschichte der SPD ist.

Die Sozialdemokratie kann sich in ihrer 150-jährigen Geschichte auf zahlreiche große Taten berufen. Sei es der Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen, die Verteidigung der Weimarer Republik, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die Ostpolitik unter Willy Brandt. Der rote Faden, der sich durch die Geschichte der SPD zieht, ist der stetige Kampf für Demokratie und Freiheit der Menschen. Allerdings ist die Entwicklung der Sozialdemokratie immer wieder vom Abweichen von den eigenen Prinzipien und Werten gekennzeichnet. So lässt sich folgendes zum Ende festhalten: Der Erneuerungsprozess der SPD kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Partei auch über den Umgang mit ihren eigenen Werten und innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten nachdenkt. In diesen Punkten sollte die Sozialdemokratie sich vielleicht wieder stärker auf die Lehren von Karl Marx besinnen. Neben aller Kapitalismuskritik und der Entwicklung eines alternativen Gesellschaftsmodells findet sich dort vor allem eine wichtige Aussage: Diejenigen, die für die Werte Freiheit, Gleichheit und Meinungsvielfalt kämpfen, sollten sie zuallererst selbst leben.

Tobias Kühne

Die Illusion des Dritten Weges

Gab es Alternativen zwischen demokratischem Sozialismus und Totalitarismus?

Einheit als Fiktion

Als eine der Grundtatsachen der Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung wird gemeinhin die Spaltung in einen reformistischen und einen radikalen Flügel angenommen – und zeitgenössisch wie rückblickend geradezu beklagt. Nun würde ein internationaler Vergleich zeigen, dass die Einheit der Arbeiterklasse oder der politischen Linken keinesfalls die Regel darstellt, sondern eher als historische Anomalie zu betrachten ist. Gerade in Deutschland fehlen starke radikaldemokratische und syndikalistische Strömungen, die etwa in den romanischen Ländern ein wesentlich bunteres Bild des linken Spektrums zeichnen. Dies nicht zuletzt aufgrund der spezifischen politischen und sozio-ökonomischen Situation in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Ein sprunghaft angestiegenes Industrieproletariat, das weder in zeitlicher Perspektive noch regionaler Hinsicht einem tiefgreifenden Differenzierungsprozess unterworfen war und sein konnte, wurde durch den äußeren Druck der Sozialistengesetze geradezu organisatorisch amalgamiert. Und auf dem Erfurter Parteitag von 1891 auf ein marxistisches Programm festgelegt, das die Vorstellung der Einheit der Ar-

beiterklasse an und für sich noch ideologisch zementierte. Schon im Erfurter Programm klappte eine Lücke zwischen revolutionärer Naturgesetzlichkeit und demokratischem Anspruch, die, wenn wir die politische Linke als ideengeschichtliche Einheit konstruieren, bis heute nicht geschlossen werden konnte. Denken wir etwa an die jüngste Diskussion über Wege zum Kommunismus und die Reaktionen darauf. Alter Wein in alten Schläuchen, gewissermaßen.

Die Fixierung auf eine vorgeblich naturgemäße Einheit der Arbeiterbewegung führte zu einigen paradoxen Entwicklungen: 1. Parteipolitische Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung nahmen zu; 2. Bruder- und Schwesternkämpfe in der Arbeiterbewegung wurden mit maßloser Härte geführt. Mit politischen Gegnern mag man verhandeln, mit Verrätern und Renegaten nicht; 3. Intellektuelle und politisch Gescheiterte begaben sich auf die Suche nach der „wahren“ Sozialdemokratie jenseits der tristen Wirklichkeit; 4. Eine Kultur der Selbstbemitleidung angesichts vorgeblich vertaner Chancen breitete sich insbesondere innerhalb der Sozialdemokratie aus. Man sah sich als Vollstrecker einer geschichtlichen Heilsmission – und hatte versagt. Waren der Erste

Weltkrieg, die gescheiterte Republik und Hitler nicht eigentlich ursächlich dem Scheitern der Arbeiterbewegung geschuldet? Bürgerliche Historiker und Publizisten schweigen genüsslich angesichts dieser Selbstkasteiungen. Diese vier Faktoren bündelten sich bis heute in der Suche und Rezeption dritter Wege zwischen dem mühseligen Geschäft parlamentarischer Kompromisse und dem unheilvollen Aufbrechen des status quo durch eine revolutionäre Minderheit. Man hofft gewissermaßen, die Arbeiterbewegung mit sich selbst zu versöhnen und auf ihren wahren Kern zu stoßen.

Die Einheit zerbricht

Als historischer Ausgangspunkt der Spaltung der Arbeiterbewegung wird gemeinhin die Gründung der USPD im Jahr 1917 angenommen. Das Auseinanderbrechen der Partei über Burgfriedenspolitik und Kriegskredite sowie des Mantras der Fraktionsdisziplin hatte allerdings schon seit August 1914 in der Luft gelegen. Doch wie die personelle Zusammensetzung der USPD von Hugo Haase bis Eduard Bernstein zeigt, wäre diese rein sachlich begründete Bruchstelle nach Kriegsende wieder zu kitten gewesen. Die eigentliche Sollbruchstelle innerhalb der Sozialdemokratie war nicht die Kriegsfrage, sondern die Alternative: Demokratie oder Diktatur? Schon vor dem Ausbruch des 1. Weltkriegs waren die entsprechenden zentrifugalen Theoriedebatten nur mühsam unter dem Dach eines orthodoxen Marxismus zu halten gewesen. Unter dem Druck realer Handlungsoptionen und des Zwangs zu politischen Entschei-

dungen nach der Novemberrevolution hingegen musste die Parteieinheit erheblichen Schaden nehmen. Keine Zwangsläufigkeit der späteren Ereignisse, sicher, aber doch eine erhebliche Verengung der Alternativen allemal.

Die Parteispaltung über die grundlegende Frage *Demokratie oder Diktatur?* ist denn auch weniger als Ereignis zu verstehen, denn als fortlaufender Prozess. Eine erste Phase dieses Prozesses ist unschwer für die Zeit zwischen November 1918 und Oktober 1922 zu identifizieren, an deren Ende die USPD nahezu vollständig aufgegeben war und sich die SPD und KPD als Antagonisten gegenüberstanden. Die USPD erscheint aus dieser Perspektive weniger als erfolglose aber rückblickend positiv zu bewertende Alternative zu rechten Hyperpragmatikern und linken Utopisten, denn als historische Anomalie in einer einmaligen Übergangszeit. War die USPD dennoch die Verkörperung einer authentischen, geradezu historisch legitimen Sozialdemokratie? Vielleicht, je nach persönlicher Einschätzung, aber das Scheitern dieser Parteigründung lenkt uns doch auf einen zentralen Punkt: Fehleinschätzungen und Irrungen gab es in der SPD zuhauf, doch können diese Sachverhalte die Notwendigkeit einer Grundsatzentscheidung zwischen Demokratie und Diktatur überdecken?

Der schier unüberwindbare Gegensatz zwischen SPD und KPD, auch wenn es an der Basis noch manche Überschneidungen gab, führte paradoxerweise zu einer weiteren Auffächerung des linken Parteienspektrums. Eine ganze Reihe von Intellektuellen

versuchte sich an der Gründung von linken Zwischengruppen mit dem Ziel, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu revidieren: Paul Levi und die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), August Thalheimer und die Kommunistische Partei-Opposition (KPO), Leonard Nelson und der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) sowie Max Seydewitz und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), um nur die bedeutendsten zu nennen. Walter Loewenheim und die konspirative Gruppe „Neu Beginnen“ gedachten sogar, SPD und KPD quasi hinter ihrem Rücken zur Aktionsfront gegen den Faschismus zu bewegen. All diese Versuche, ebenso der Aufbau einer Volksfront im Exil nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, scheiterten rückblickend an einer schlichten Tatsache: Einen dritten Weg zwischen einem demokratischen und einem totalitären Flügel der Arbeiterbewegung konnte und kann es nicht geben.

Lernprozesse nach 1945

Für die Protagonisten eines „Dritten Wegs“ gab es nach 1945 zwei Alternativen. Versuche, eine Neugründung der USPD oder anderer linkssozialistischer Parteien zu Wege zu bringen, versandeten sang- und klanglos. Ein Teil, Willy Brandt, Fritz Erler und Willi Eichler sind nur die prominentesten Beispiele, fand seine politische Heimat wieder in der deutschen Sozialdemokratie und wirkte maßgeblich am Aufbau eines stabilen demokratischen Gemeinwesens in Deutschland mit. Ein anderer Teil, genannt seien hier nur Max Seydewitz und Robert Havemann, vertraute auf

die Lernfähigkeit des totalitär geneigten Flügels der Arbeiterbewegung und wurde dafür politisch kaltgestellt oder verfolgt. Für viele Linke hatte die doppelte Totalitarismuserfahrung der Jahre 1933-1945 und 1946-1949 offenbar einen fundamentalen Lernprozess bedeutet: Zwischen Demokratie und Totalitarismus konnte es keinen Kompromiss geben, die Einheit der Demokraten war der Einheit der Arbeiterklasse vorzuziehen.

Wir sind heute gut beraten, die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nicht mutlos über Bord zu werfen. Das Beharren auf einer „wahren“, den Unwägbarkeiten der politischen Entwicklungen enthobenen Sozialdemokratie wird uns überfordern. Die Geschichte der SPD ist nicht frei von schwarzen Flecken, als Gegenfolie zu einer idealisierten, moralisch erhobenen Arbeiterbewegung taugt sie dennoch nicht. Beispiele für eine sittlich über alles erhabene Sozialdemokratie, so sie denn mehr als eine Handvoll „Aufrechter“ umfassen soll, hält die Geschichte nicht bereit. Nehmen wir die, die wir haben. Es gibt keine andere.

Müssen wir vielleicht noch tiefer in unserer Geschichte graben und uns im 21. Jahrhundert mehr auf Karl Marx „berufen“ oder uns auf ihn „besinnen“? Exegese ist in den letzten Jahrzehnten gewiss genug betrieben worden. Nehmen wir den „alten Karl“ als das, was er heute ist: Ein sozialwissenschaftlicher Klassiker, der uns noch heute anregt und fordert, er selbst hätte wohl kaum als mumifizierter Artefakt im Museum Sozialdemokratie enden wollen.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung, so scheint es mir, ist keine Verir-

rung der Geschichte sondern eine Notwendigkeit. Bequeme Alternativen wird es nicht geben. Die Einheit demokratischer Sozialisten jedweder Couleur

innerhalb der SPD ist etwas, das des Kompromisses und manches Zähneknirschen lohnt. Jenseits davon: Demokratie oder Diktatur, quo vadis?

Konrad Schied und Georg Werckmeister

Revolution und Machtergreifung

Kämpfe in der Weimarer Republik am Beispiel Hanau

Es ist viel Ursachenforschung betrieben worden über die Vorgeschichte von Hitlers Machtergreifung und ihre Folgen. Nicht nur die Zeitgenossen, auch die Nachgeborenen haben gegrübelt, sich manchmal gequält mit der Frage: Wie konnte es dazu kommen? Wie können Menschen solche Verbrechen begehen? Warum gerade wir Deutschen?

Die bekannten Antworten auf die Frage nach den Ursachen sind die Arbeitslosigkeit, die Weltwirtschaftskrise, der Versailler Vertrag, der gewalttätige Nationalcharakter der Deutschen (Goldhagen) und manche anderen. Seit dem Historikerstreit ist das Gelände vermint, seit nämlich Nolte versucht hat, jedes Verbrechen der Nazis mit einem Verbrechen der Kommunisten zu rechtfertigen, zu relativieren oder zu bagatellisieren. Der fruchtlos gebliebene Streit hat einen Haufen Schutt hinterlassen, den man erst einmal beiseite räumen muss, um sich ohne Tabus wieder mit der Frage zu befassen. Um die Angelegenheit zu versachlichen und jenseits der widerstreitenden Ideologien zu klä-

ren, ist wie immer ein Blick in die historischen Quellen zielführend. Besonders die konkrete Sicht, die eine lokale Geschichtsschreibung auf die Ereignisse ermöglicht, kann zu einer zutreffenden Einschätzung beitragen. Und da ist ein Werk verdienstvoll, das die Geschichte von „Arbeit und Kapital 1830-1949“ nachzeichnet, „Das rote Hanau“.¹ Es schildert die Kämpfe um Lohn und Brot, um Frieden, Demokratie und Sozialismus, aber auch die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung, offenkundig mit mehr Sympathie für die revolutionäre als für die reformistische Partei, und stellt den Zusammenhang mit den übergeordneten nationalen und internationalen Ereignissen her.

1918 hatte sich die KPD gegründet, hervorgegangen aus der USPD, einer linken Abspaltung der SPD, die sich vor allem gegen die „Burgfriedenspoli-

1 Pákh, Judit: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949. Darstellung und Dokumente, herausgegeben von der IG Metall Hanau/Fulda, Hanau 2007

tik“ wandte, die Unterstützung des Krieges. Die SPD, Ende des 19. Jahrhunderts eine weitgehend revolutionäre Partei, hatte sich seit 1900 mehr und mehr dem Reformismus zugewandt, einer Politik schrittweiser konkreter Verbesserungen. Das Programm der KPD forderte dagegen die Revolution, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung als „die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist.“ Schon in diesem 1918/19 verfassten Programm sah die KPD geradezu prophetisch voraus, was diesem Unternehmen entgegengesetzt werden würde:

„Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung, Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod. Es ist ein toller Wahnsinn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten – sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat

angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spross der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat, Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen... – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.“

Ungeachtet dieser Gefahren nahm die kommunistische Bewegung ihren Lauf. Soviel Leid und Tod auch der 1. Weltkrieg gebracht hatte, mit dem Friedensschluss waren die Probleme nicht vorüber. Katastrophale Ernährungslage, Demobilisierung, Schliessung von Rüstungsfabriken, in denen Millionen Arbeit gefunden hatten, Lohndrückerei, die Spaltung der Arbeiterbewegung, unvorstellbare Inflation, Arbeitslosigkeit, Arbeitskämpfe mit Streiks und Aussperungen, Weltwirtschaftskrise – kaum trat ein gewisser Aufschwung ein, war die nächste Krise schon wieder am Horizont. Während die Sozialdemokratie mit eher pragmatischen Lösungen der Probleme Herr zu werden versuchte, setzten die Kommunisten voll auf Konfrontation, nicht nur indem sie die jeweils weitergehenden – nicht unbedingt dann auch realisierten – Forderungen erhoben, sondern vor allem um die Arbeiter-

klasse so zu radikalisieren, dass das revolutionäre Ziel des Sozialismus erreicht werden könne. Sie stützten sich dabei auf die Theorie von Karl Marx, der gesagt hatte, das gründliche Deutschland könne nur eine grundlegende Revolution vollziehen, also es genüge nicht, Monarchie und Adel zu stürzen, sondern vor allem die „Bourgeoisie“, und das hieß: den Kapitalismus als die Ursache allen Übels abzuschaffen.

Die Radikalisierungsstrategie der KPD erwies sich bis zum Jahre 1933 als erfolgreich. Von der Reichstagswahl 1920 bis zu der im Jahr 1932 nahm sie von 2,1 auf 16,9 % zu, nicht zuletzt im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, die eine unvorstellbare Arbeitslosigkeit nach sich zog. Da die SPD immer wieder die Probleme zu lösen versuchte, was aber vielfach gar nicht mehr möglich war, geriet sie immer mehr in Misskredit: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ riefen die Kommunisten. Von 37,9 auf 20,4 % hatte die Stimmenzahl der SPD zwischen 1919 und 1932 abgenommen. Dazu trug auch bei, dass Stalin über die Kommunistische Internationale KOMINTERN 1928 einen Linksschwenk vollzog. Das Ziel der KOMINTERN war es, die Oktoberrevolution auf eine Weltrevolution zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ auszudehnen. Auch die KPD folgte jetzt dem Linksruck, in dem die SPD des „Sozialfaschismus“ bezichtigt und zum Hauptfeind erklärt wurde, nicht etwa die Nazis, die von 1924 bis Juli 1932 ihren Stimmenanteil von 6,6 auf 37,4 % steigern konnten, im wesentlichen wegen der fürchterlichen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, aber auch we-

gen ihres Eintretens gegen Reparationszahlungen und Völkerbund. Von den Kommunisten wurden sie sogar kritisiert, dass sie sich nicht entschieden genug dagegen einsetzten. Thälmann beschwerte sich 1931, dass die Nazis im Reichstag nicht für den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Reparationszahlungen und Austritt aus dem Völkerbund stimmten. Er betonte auch seine nationalen Absichten mit der Aussage „Vorwärts zur nationalen und sozialen Befreiung!“

Der große Aufschwung für die KPD und die Zustimmung der „Arbeitermassen“ zu ihrer Politik veranlassten die Partei zu der Annahme, dass eine revolutionäre Situation unmittelbar bevorstehe. Vor allem in Hanau und im gesamten Bezirk Hessen-Frankfurt waren die Erfolge besonders groß. Auf einer Bezirkstagung der KPD in Moskau über die Ergebnisse der Reichstagswahl am 6. November 1932 im Bezirk Hessen-Frankfurt kam sie zu folgender Einschätzung: „Im allgemeinen stürmischen Vormarsch unserer Partei wurde auch in unserem Bezirk die Reichstagswahl mit einem großen Erfolg am 6. November beendet. Die Richtigkeit der Generallinie unserer Partei bestätigt sich auch in unserem Bezirk. Die stärksten Erfolge haben wir dort, wo es der Partei und den mit ihr sympathisierenden revolutionären Massenorganisationen, insbesondere der RGO und des KJVD, gelang, Streiks und Massenaktionen, insbesondere an der Betriebsfront, zu organisieren und erfolgreich durchzuführen. In der Organisation von Widerstandsaktionen, unter Anwendung der revolutionären Einheitsfrontaktion

von unten im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Steuer- und Zinswucher, gegen Massenverelendung und faschistischen Terror hatten wir besonders große Erfolge in Frankfurt am Main, im Wiesbadener Regierungsbezirk, in Hessen und an einzelnen Orten besonders wie Heusenstamm, Neu-Isenburg, Bingen, Kostheim, Büdingen u.a. Der Wahlerfolg ist auch in unserem Bezirk der Ausdruck gesteigerter revolutionärer Massenarbeit der Partei und der revolutionären Massenorganisationen und des gesteigerten Kampfwillens der werktätigen Massen, in der gegenwärtigen Periode des Heranreifens der Voraussetzungen zur revolutionären Krise...Mit einem Stimmengewinn in Frankfurt am Main um 38 Prozent, in Hessen mit 30,3 Prozent, in Hessen-Nassau mit 20 Prozent marschiert unser Bezirk an der Spitze des Reiches.⁴²

Das Lied „Roter Wedding“ brachte diese Stimmung treffend zum Ausdruck: *„Wenn unser Gesang durch die Strassen braust / Dann zittert der Feind vor der Arbeiterfaust / Denn die Arbeiterklasse erwacht...“*

Clara Zetkin (KPD) äußerte auf der konstituierenden Sitzung des Reichstages am 30. August 1932, in der sie als Alterspräsidentin den Vorsitz führte, die „*Hoffnung, trotz meiner jetzigen Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen.*“⁴³

Uns mag eine solche Einschätzung heute – in Kenntnis der Entwicklung, wie sie sich dann tatsächlich vollzogen hat – als vollkommen abwegig erscheinen. Der Historiker muss die Situation aber so betrachten, wie sie zu ihrer Zeit real vorlag, und da gab es durchaus Gründe für Clara Zetkins Auffassung: 1917 hatte sich in Russland unter Lenins Führung die Oktoberrevolution vollzogen. Räterepubliken gab es 1919 in Ungarn, der Slowakei, Bayern und Bremen, in Sachsen hatten SPD und KPD 1923 gemeinsam eine Volksfrontregierung gebildet. Sie alle wurden niedergeschlagen oder abgesetzt, Liebknecht, der 1918 die sozialistische Räterepublik proklamiert hatte, wurde erschossen. Wenn man aber – und dazu neigten die radikalen Linken, zu denen auch Zetkin zählte – die konterrevolutionären Gegenkräfte nicht berücksichtigte, konnte man das Vorwärtstürmen der revolutionären Massen durchaus für ein hoffnungsvolles Zeichen des baldigen sozialistischen Umsturzes halten. Es kam ja auch hinzu, dass man zu diesem Zeitpunkt noch nahezu ungetrübt den Traum von einer neuen, besseren Gesellschaft träumen konnte, von dem man annahm, dass er in der Sowjetunion verwirklicht würde. GULAG und stalinistische Säuberungen waren da noch nicht bekannt. Wilhelm Pieck, der Nachfolger Thälmanns, traf sogar noch Ende 1933 die Aussage: „*Deutschland marschiert der proletarischen Revolution entgegen.*“

Man kann noch viele Zeitzeugnisse anführen, die von der begeisterten Stimmung einer nahe bevorstehenden Revolution zeugen, die in eine bessere, eine gerechte Zukunft führen werde.

2 zitiert nach Pákh, Das rote Hanau S. 672

3 Wikipedia „Clara Zetkin“; Scherer, Freie Hand im Osten S. 48: „Millionen Deutsche ... kämpften für ein „Sowjetdeutschland“.“

Auch die realen Kräfteverhältnisse auf der Linken – wenn man die Gegenkräfte auf der Rechten außer Acht lässt – sahen ja sehr mächtig aus: Fünf Millionen kommunistische Wähler – das ist schon eine gewaltige Masse, die etwas bewegen kann – mehr als Lenin zur Verfügung hatte. Und wer wusste denn, ob sich nicht ein Anführer finden würde, der fähig und rücksichtslos genug wäre wie Lenin und auf der anderen Seite Hitler, um die Revolution zum Sieg zu führen?

Nimmt man alle diese Faktoren zusammen, dann ergibt sich für die Machtübertragung an Hitler ein anderes Bild als das gängige, dass die Spaltung der Linken die Arbeiterbewegung und die Weimarer Republik so geschwächt habe, dass die Nazis leichtes Spiel mit ihrer Beseitigung hatten. Es ergibt sich, wie es das Buch „Das rote Hanau“ aussagt, dass es sich um eine Konterrevolution handelte,⁴ aber eine Konterrevolution nicht gegen die Novemberrevolution von 1918 und auch nicht allein gegen die Oktoberrevolution von 1917 – obwohl diese in dem von Hitler geführten Krieg gegen die Sowjetunion durchaus auch stattfand und auch von Anfang an geplant war – übrigens unter tatkräftiger Mithilfe der Westmächte wie England, die Hitler „freie Hand im Osten“ gaben, damit er für sie den Bolschewismus niederringe: „Der Faschismus ist die konterrevolutionäre Ausprägung des kapitalistischen

Systems, dessen Führungsschichten sich bedroht fühlen.“⁵

Sie fühlten sich bedroht von der gewaltig angewachsenen revolutionären Massenbewegung, die erklärtermaßen die Beseitigung des kapitalistischen Systems anstrebte. Das war also nach eigener Einschätzung der Kommunisten, die diesen Umsturz ja betrieben, die – oder eine wesentliche – Ursache dafür, dass die Kamarilla aus Reichswehrführung, ostelbischen Rittergutsbesitzern und einem Teil des Industrie- und Finanzkapitals, die hinter Hindenburg stand, diesen zur Ernennung Hitlers drängte. So hatten die Kommunisten auch schon Mussolinis 1922 errichtete Diktatur eingeschätzt, nämlich als Angstreaktion der Kapitalisten auf die Bedrohung durch die Oktoberrevolution. Sie diente übrigens Hitler teilweise als Vorbild. Seine Machtergreifung wurde von der KPD genauso bewertet, und zwar als „Terror der faschistischen Konterrevolution“. „...der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen.“ Wenn man die in der propagandistischen Wortwahl enthaltene Aussage sachlich wiedergibt, dann heisst sie, dass „der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen“ die Bourgeoisie nicht nur veranlasst, sondern geradezu gezwungen hat, die Diktatur zu errichten. „Das nackte Gesicht zu enthüllen“ ist übrigens eine Denkfiktion, die viele Jahre später bei der RAF wiederkehrte, nach der Logik, dass es

4 vgl. Scherer, Peter: Freie Hand im Osten. Ursprünge und Perspektiven des Zweiten Weltkrieges, Kösching 1989, S. 40, 47 f., 58: „Faschismus ist das politische System der Konterrevolution.“

5 Pákh, Das rote Hanau S. 676

sich bei der bürgerlichen Demokratie nur um eine verhüllte Diktatur handle, die es zu entlarven gelte. Die Errichtung der Diktatur durch die „Bourgeoisie“ ist dann wohl geradezu das erstrebte Ziel, das mit Hitlers Ernennung ja auch erreicht wurde. Nachdem die Diktatur nun errichtet war, formulierte die KPD aber weiterhin ihr revolutionäres Ziel: „Es lebe der Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!“⁶ – obwohl sie im gleichen Atemzug feststellte, dass die Bourgeoisie solche Angst vor diesem Sowjetdeutschland hatte, dass sie eigens eine Terrorherrschaft errichtete, um es zu verhindern. Bis heute scheint dieser Kausalzusammenhang vielen nicht klar zu sein.

Die KPD forderte nun die eben noch so erbittert bekämpfte „sozialfaschistische“ SPD und die freien und christlichen Gewerkschaften zum gemeinsamen Generalstreik gegen Hitler auf. Diese aber lehnten ab: „Sie misstrauten den Kommunisten und befürchteten, dass die Dynamik der Ereignisse bei einem Generalstreik die Führungsrolle in die Hände der KPD spielen könnte.“⁷

Damit schloss sich der Kreis, der mit dem Programm der KPD 1918 begonnen hatte, mit dem Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung, aber auch mit der Voraussicht des erbitterten Widerstands der zu entmachtenden imperialistischen Kapitalistenklasse, der Junker und Offiziere. „Sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die

Lohnsklaverei preisgeben.“ Zwölf Jahre später hinterließ die Hitlerdiktatur Deutschland – und Hanau – im Wortsinne als rauchenden Trümmerhaufen.

Fasst man die dramatischen Ereignisse zusammen, so ergibt sich: In der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel setzten sich die revolutionären Kräfte bei weitem stärker durch, zum einen aufgrund der furchtbaren sozialen Verhältnisse, zum anderen mit der Hoffnung auf eine neue, bessere Gesellschaft, wie sie Marx und Engels vorausgesagt hatten. Die ungeheure Kraft, die sie dabei entwickelte, veranlasste die Herrschenden, eine Diktatur zur Verhinderung und Unterdrückung der Revolution zu errichten, um ihre Existenz zu sichern.

Die weiteren Ereignisse sind hinlänglich bekannt und sind nicht Gegenstand dieser Abhandlung. Nur soviel: Am Ende des mit so viel Blutvergießen erkämpften „Fortschritts“ sind nahezu alle auf der Theorie von Marx und Engels errichteten Systeme, von Lenin und Stalin zu Ulbricht und Honecker, Mao Tse Tung und Pol Pot, Tito und Ceausescu, Mugabe und Gaddafi untergegangen. Wie würde eine KPD, die sich soviel auf ihre messerscharfen Analysen im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus zugutehielt, das aus heutiger Sicht beurteilen? Wie würde Marx bewerten, was aus seinem Marxismus geworden ist? So viele Millionen Opfer für ein Ziel, das sich letzten Endes als verfehlt erwiesen hat? Und wie sehen das die, die heute wieder eine Kommunistische Plattform errichten oder nach Wegen zum Kommunismus suchen?

6 Pákh, Das rote Hanau S. 763 f.

7 Pákh, Das rote Hanau S. 677

Der Versuch, ein Gesellschaftssystem zu errichten, in dem die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ überwunden wäre, das Freiheit, Demokratie, Sozialismus, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle bieten sollte, ja, das überhaupt das Böse aus der (kapitalistischen) Welt entfernen sollte, hat Millionen dazu angetrieben, ihr Leben diesem Ziel zu widmen. Millionen haben ihr Leben dafür hingegeben, haben für seine Durchsetzung oder auch seine Verteidigung gegen die faschistische Konterrevolution gegeben, für die ebenfalls Millionen gestorben sind. Man

kann es nur als tiefe Tragik bezeichnen, dass diejenigen, die so entschieden gegen die Schrecknisse des Faschismus gekämpft haben, diesen selbst heraufbeschworen hatten. In der Rückschau aber zeigt sich: Das große ideale Ziel war nicht realisierbar; wir müssen damit leben, dass die Welt aus Schwarz und Weiß, aus Gut und Böse besteht, und müssen uns in den bestehenden Verhältnissen damit behelfen, das zu verändern, was wir verändern können, aber nicht die Welt umstürzen. Wir müssen alles tun, damit ein solcher Versuch nicht noch einmal unternommen wird.

Berichte und Rezensionen

Richard Saage

Nachruf auf Walter Euchner

Walter Euchner ist am 25. August 2011 nach schwerer Krankheit in Oldenburg verstorben. Mit ihm verliert die wissenschaftliche Welt einen bedeutenden Gelehrten, die deutsche Politikwissenschaft einen ihrer prominentesten Vertreter der politischen Theorie und Ideengeschichte sowie die deutsche Sozialdemokratie einen kritischen, aber loyalen Genossen. Im dunkelsten Jahr der deutschen Geschichte 1933 geboren, ist Walter Euchner, wie Helga Grebing in ihrer Gedenkrede während der Trauerfeier am 2. September 2011 ausführte, „einer der Letzten, von denen man sagen kann, er wurde in die Arbeiterbewegung hineingeboren. Der Vater seiner Mutter war Sozialdemokrat, beide Eltern Sozialdemokraten, beide seit 1931 in der linkssozialistischen SAP wie Willy Brandt, nach 1933 beide im Widerstand, der Vater 8 Monate im Gefängnis, 1941 Soldat, 1944 Tod in Frankreich. Walters Mutter Frida ist 1945 wieder dabei als Vorsitzende der SPD-Frauengruppe Stuttgart-Zuffenhausen, später arbeitet sie hauptamtlich im VdK“. Walter Euchner hat als Citozen dieses Erbe über fast sechs Jahrzehnte in der Sozialdemokratie weitergetragen. Nicht nur bildete er als Hochschullehrer an den Universitäten Frankfurt am Main und Göttingen mehrere Generationen von Sozialkundeführer aus, ohne deren Vermittlung einer de-

mokratischen politischen Bildung an die Schülerinnen und Schüler der nachwachsenden Generation der Aufbau einer Zivilgesellschaft scheitern müsste. Darüber hinaus war er federführend am Ausbau der Göttinger Volkshochschule seit den 1970er Jahren beteiligt.

Euchner war aber nicht nur ein politischer Mensch, der durch seine kritischen Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen die mediale Öffentlichkeit zu nutzen verstand, wie gerade auch seine zahlreichen Beiträge zu den „*perspektiven ds*“ in seinen letzten Lebensjahren zeigen. Noch wichtiger sind die Spuren, die sein Werk in der deutschen Politikwissenschaft hinterließen. Nachdem er von 1953 bis 1958 das Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Tübingen, München und Heidelberg mit dem Ersten Staatsexamen abgeschlossen hatte, studierte er von 1958 bis 1963 an den Universitäten Tübingen und Frankfurt am Main Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte. In seiner Tübinger Zeit lernte er Iring Fetscher kennen, an dessen Institut er von 1963 bis 1969 Wissenschaftlicher Assistent an der Frankfurter Universität war. In dieser Zeit beendete er seine Übersetzung des Hobbesschen „Leviathan“ ins Deutsche, deren Präzision und kongeniale sprachliche Ausdruckskraft im In- und Ausland große Anerkennung fand. Zugleich legte er 1967 seine Dissertation über „Naturrecht und Politik bei John Locke“ vor.

Sie hat nicht nur das Locke-Bild der Bundesrepublik entscheidend beeinflusst. Darüber hinaus enthält sie eine systematische Gegenüberstellung des traditionellen und des modernen Naturrechts, die das, was sie trennt und verbindet, in gültiger Weise herausarbeitet. Von 1969 bis 1971 war Walter Euchner Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Habilitationprojekt über die Korrelation von Eigentum und Herrschaft in der politischen Ideengeschichte konnte er nicht vollenden, da er 1971 den Ruf auf die Universitätsprofessur für Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen erhielt.

Aus der Fülle der Arbeiten, die seither entstanden sind, ist der Sammelband „Egoismus und Gemeinwohl. Studien zur Geschichte der bürgerlichen Philosophie“ (1973) zu nennen, der die Summe seiner demokratietheoretischen Beschäftigung mit der politischen Ideengeschichte enthält. Diesem Band folgte 1988 seine Monographie über „Karl Marx“, die das Resultat intensiver Auseinandersetzung mit diesem Denker seit den 1960er Jahren ist. 1992 hat er die zweibändige Edition „Klassiker des Sozialismus“ herausgegeben, die in eindrucksvoller Weise das internationale Spektrum des sozialistischen Diskurses aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart dokumentiert. Im Jahr 2000 erschien seine Abhandlung „Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland“ von den Anfängen bis 1933, die in dem von Helga Grebing herausgegebenen Standardwerk „Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland“ erschienen ist. Diese Untersuchung ent-

hüllt in klassischer Weise, worauf es der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen ankam: Die konkrete Einlösung dessen, was die bürgerliche Aufklärung der Menschheit versprochen hatte, nämlich die Befreiung von fremdbestimmter Arbeit und drohender Arbeitslosigkeit, um auch den proletarischen Parias der modernen Industriegesellschaft „die Würde des aufrechten Ganges (Bloch) zuteil werden zu lassen“ (Euchner).

Wie wenige Politologen in der Bundesrepublik hat Walter Euchner es verstanden, die Erkenntnisse aus den Auseinandersetzungen mit der Geschichte der politischen Ideen für die Analyse der Gegenwartsprobleme fruchtbar zu machen. Davon zeugen seine Untersuchungen des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik und der Enquete-Kommission der Länder (zusammen mit Frank Hampel und Thomas Seidl) ebenso wie seine 2008 publizierte Aufsatzsammlung „Die Funktion der Verbilligung in Politik und Wissenschaft. Politik und politisches Denken in den Imaginationen von Wissenschaft und Kunst“. In diesem Band spürte Euchner das Politische auf, wo man es auf den ersten Blick gar nicht vermutet: in der Anthropologisierung des Tierreichs, in den germanischen Mythen der Rechten, in den Gedichten Rilkes, in den Liedern der Revolution von 1848, in den Bildprogrammen der nationalen Symbolik Frankreichs und Deutschlands sowie in den futuristischen Zukunftsszenarien, in der die Menschen ihre eigene Evolution selbst in die Hand nehmen.

Walter Euchner gehört zu den wenigen Sozialwissenschaftlern, die selbst noch in der letzten Phase ihres Lebens

innovatorisch und produktiv geblieben sind. Am Beginn seiner akademischen Laufbahn widmete er sich dem Problem, wie die materielle Fundierung von politischen Ideen im Interessengeflecht der bürgerlichen Gesellschaft dennoch einen überschießenden Gehalt hervorbringen kann, ohne dessen emanzipatorische Intention eine moderne Zivilgesellschaft nicht möglich ist. In seiner mittleren Schaffensperiode legte er die Grundlagen einer politischen Ideengeschichte in demokratiethoretischer Absicht. Diese Forschungen erreichten in der bereits erwähnten Arbeit über die „Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland“ ihren Höhepunkt und Abschluss. In den letzten Lebensjahren verdankt die politische Ideengeschichte seinen Pionierarbeiten über die futuristischen Imaginationen der „Life Sciences“ neue Forschungsfelder. Sie können zugleich als ein überzeugender Beweis dafür gelten, dass das zeitgenössische Potenzial der politischen Ideengeschichte keineswegs erschöpft ist, wie oft behauptet wurde. Wie Euchners Studien von Anfang zeigen, ist eher das Gegenteil der Fall: Sie stellt nach wie vor eine wichtige Quelle des Orientierungswissens dar, auf die wir angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mehr denn je angewiesen sind. Diese Erkenntnis zu einem Signum seiner Forschungen erhoben zu haben, ist das bleibende Verdienst Walter Euchners.

Günter Morsch

„Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“

Deutsche Gewerkschafter im KZ

1933–1945¹

Sehr geehrte Frau Bundebach,
sehr geehrter Herr Bundestagsvizepräsident Thierse,
Exzellenz, sehr geehrter Herr Botschafter der Niederlande,
Liebe Frau Luther,
Sehr geehrte Angehörige,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Geschichte des ersten und zweiten Mai 1933, als viele Gewerkschafter, insbesondere die führenden Funktionäre, im Irrtum über die Ziele der Nationalsozialisten befangen, glaubten durch Anpassung ihre Organisationen zu retten, ist schon oft beschrieben worden. Sie hat nach der Befreiung vom NS-Regime in den Gewerkschaften zu einer vorherrschend Haltung sympathischer Selbstkritik geführt, der jeglicher Stolz auf unangepasstes oder gar widerständiges Verhalten im „Dritten Reich“ weitgehend fremd war. Der gelernte Tischler Hermann Scheffler, langjähriger Vorsitzender des Fachausschusses der Gewerkschaftspresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

1 Der nachfolgende Text ist die Eröffnungsrede, die Günter Morsch am 02. Mai 2011 zur Eröffnung der Ausstellung gehalten hat. Die Rede wurde beibehalten. Der Autor möchte explizit darauf hinweisen, dass die Ausstellung kostenfrei ausgeliehen werden kann. Weitere Informationen und Kontakt unter www.stiftung-bg.de (*Die Redaktion*).

(ADGB) und Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung in Berlin, äußerte sich dazu in einer nicht untypischen, unpräzisen Weise im Jahre 1946 wie folgt: „Im Vergleich zu der Größe des nazistischen Übels war unsere Arbeit gewiss bescheiden. Dennoch glaube ich, dass wir getan haben, was unter den damaligen Verhältnissen möglich war.“

Um die Bescheidenheit dieser Aussage angemessen würdigen zu können, muss man wissen, dass der spätere Chefredakteur der „Württemberg-Badischen-Gewerkschafts-Zeitung“ zu den führenden Gewerkschaftsfunktionären gehörte, die im Herbst 1933 die Illegale Reichsleitung der Deutschen Gewerkschaften bildeten. Seine Aufgabe war es, die Verbindung in die Schweiz und nach Holland herzustellen. Der ehemalige Bezirksleiter des Holzarbeiter-Verbandes war es auch, der gemeinsam mit Fritz Tarnow und Heinrich Schliestedt an der berühmten Reichenberger Konferenz 1935 in der Tschechoslowakei teilnahm, wo gemeinsam mit einigen Vertretern der sozialdemokratischen Exilorganisation SOPADE die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) aus der Taufe gehoben wurde. Auch in den folgenden Jahren kam Scheffler, seine Reisetätigkeit geschickt durch die Gründung eines eigenen Verlages tarnend, immer wieder zu äußerst riskanten Treffen mit Vertretern internationaler Gewerkschaftsorganisationen zusammen. Er übernahm dabei umfangreiches gegen die Nazis gerichtetes Material und verteilte dieses über das von ihm gebildete Netz von Vertrauensleuten. Im Frühjahr 1939 schließlich wurde Scheffler gemeinsam

mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes Erich Bührig, dem Zweiten Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Verbandes, Richard Barth und weiteren 20 Kollegen von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt.

Der 1951 in Stuttgart verstorbene Gewerkschaftsjournalist ist eine der Personen, die wir in unserer Ausstellung porträtieren. Gerne hätten wir das genannte Zitat als Obertitel für die Wanderausstellung gewählt. Doch wir haben diese Idee deshalb verworfen, weil heute leider viele, selbst in den Gewerkschaften, im Abstand von mehr als sechzig Jahren dazu neigen, den Sinn der Worte weniger als eine nüchterne Charakterisierung der kaum zu überwindenden Asymmetrie zwischen dem nahezu grenzenlosem NS-Terror und einem sehr stark eingeschränkten Handlungspotential des Widerstandes begreift, denn als Selbstzeugnis des angeblichen Versagens gewerkschaftlichen Kampfes gegen das NS-Regime.

Was die Erinnerung an den Widerstand aus der Arbeiterbewegung im Allgemeinen und der Gewerkschaften im Besonderen anbelangt, so werden wir inzwischen von einer vierten zeithistorischen Welle überrollt. Gleich nach dem Ende des „Dritten Reiches“ wurde der Widerstand entweder gezeugnet, als Verrat denunziert oder auf den Attentatsversuch am 20. Juli 1944 beschränkt. Im Sinne dieser vorherrschenden Auffassung wurde der Stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Wilhelm Leuschner, nicht wegen seiner Widerstandstätigkeit im Rahmen der Il-

legalen Reichsleitung, sondern allein im Zusammenhang mit den konservativen Widerstandszirkeln gewürdigt. Das änderte sich grundlegend in den späten sechziger und siebziger Jahren. Nicht zuletzt auch auf Initiative des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter hin entstanden mehrere Publikationen, die den Widerstand der Gewerkschaften sowohl regional als auch überregional, sowohl hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Richtungen als auch im Hinblick auf die Widerstandstätigkeit einzelner Berufsverbände untersuchten. Doch schon bald schwappte eine neue Welle zurück, noch bevor die erreichbaren Quellen alle ausgewertet worden waren. Gewerkschaftliche Widerstandstätigkeit bestand, wie es danach hieß, aus „Arbeit im kleinsten Zirkel“ und spätestens ab 1936 bestenfalls aus passivem Abwarten, wenn nicht sogar aus Anpassung. Der zweifelsohne angesichts mancher Übertreibungen sinnvollen Relativierung folgte das Vergessen. Heute ist es offenbar wieder wie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ohne öffentlichen Widerspruch möglich, im Rahmen der offiziellen Gedenkveranstaltung der Bundesregierung zum Jahrestag des Attentatversuchs am 20. Juli über den deutschen Widerstand feierliche Ansprachen zu halten, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf den Widerstand aus der Arbeiterbewegung, geschweige denn aus den Gewerkschaften, einzugehen. Schlimmer noch: während die Wilhelm Furtwänglers, Heinrich Georges oder Paul Reuschs in dickleibigen und prächtigen neuen Biographien eine verständnisvolle, einfühlsame, äußerst differenzierte,

schwarz-weiß Dichotomien ablehnende Betrachtung ihres Verhaltens im „Dritten Reich“ erfahren, scheint sich mehr und mehr die Meinung durchzusetzen, dass es den Nationalsozialisten im großen und ganzen wohl gelungen sei, eine wahre „Volksgemeinschaft“ zwischen „Führer“ und Volk herzustellen. Es entbehrt dabei, dies sei hier nur am Rande erwähnt, nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet solche Autoren „Hitlers Volksstaat“ Realität unterstellen, die einige Jahre zuvor die gesamte „Arbeiterklasse“ im Kampf gegen die faschistische Diktatur wähten, allerdings mit der Ausnahme der sie angeblich „Hand in Hand“ mit den Nazis verratenden so genannten Gewerkschaftsbözen.

In einer Zeit des Wandels vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis, einer Zeit, in der die nationalsozialistische Diktatur immer weniger ein Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zwischen Zeitgenossen und den nachfolgenden Generationen ist, wird die Erinnerung daran unausweichlich zunehmend auch durch die Politik gemacht. Gerade in diesen Zeiten neuer Unübersichtlichkeit, in denen bisherige Zukunftsideologien, seien es traditionale oder fortschrittliche, zusammengebrochen sind, wendet sich der Blick des nach einer neuen Identität suchenden modernen Menschen auf die so genannten „lieux de mémoire“, wie der französische Soziologe Pierre Nora als einer der ersten überzeugend dargelegt hat. So u.a. erklärt sich z. B. der für viele Menschen kaum nachvollziehbare Boom der Museen, Gedenkstätten und Denkmäler.

Die Herausbildung eigener „lieux de mémoire“, das ist kein „kultureller Tütelkram“ angesichts globalisierter Bedrohungsszenarien, kein Luxusproblem im Zeichen sich immer stärker durchsetzender prekärer Arbeitsverhältnisse, sondern das ist eine Frage des Überlebens kollektiver zivilgesellschaftlich organisierter Zusammenschlüsse im Zuge einer zunehmend bindungslosen Gesellschaft. An die Stelle von politischen Theorien, sozial-ökonomischen Erklärungsmodellen, Fortschrittsglaube, familiären sowie kulturellen Traditionen und religiösen Bindungen tritt die in Zeichen und Symbolen geronnene Erinnerung, das erinerungspolitisch mit unterschiedlichen Mitteln erzeugte Gedächtnis als der die unübersichtliche Gegenwart strukturierende Sinn aus der Vergangenheit.

Verfolgung und Widerstand deutscher Gewerkschafter im „Dritten Reich“, das kann zweifellos ein solcher „lieux de mémoire“ werden. Denn allein im Rahmen des von Siegfried Mielke und mir über mehrere Jahre gemeinsam mit Studentinnen und Studenten des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin inzwischen auf drei dicke Bände angewachsenen, noch immer nicht abgeschlossenen biographischen Projekts gelang es, mehr als 350 Gewerkschafter zu porträtieren, die in den beiden Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen in den Jahren 1933-1945 inhaftiert waren. Würde man ein vergleichbares Forschungsprojekt auf alle Gefängnisse und Lager der NS-Diktatur ausdehnen, so kämen leicht die Namen von mehreren tausend ehemaligen Funktionären und Mitgliedern

der verschiedenen Gewerkschaften zusammen, die wegen ihrer politischen Gegnerschaft oder ihres Widerstandes von den Nationalsozialisten terrorisiert und verfolgt wurden. Die weitaus meisten von ihnen, selbst aus dem Kreise derjenigen Häftlinge, die die beiden Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen nicht überlebten, sind, wie wir leider feststellen mussten, in Vergessenheit geraten. Das Gedenken an sie beschränkt sich zumeist, von wenigen Prominenten abgesehen, auf die eine oder andere Straßenbenennung in ihren ehemaligen Heimat- oder Wohnorten, wo wahrscheinlich außerhalb der Gemeindeverwaltungen nur noch Heimatforscher mit den Straßennamen auch Menschen und ihre Schicksale verbinden können.

Seit mehreren Jahren versucht daher die Gedenkstätte Sachsenhausen, die Erinnerung an die in den Konzentrationslagern inhaftierten Gewerkschafter zu wecken und zu verstärken. Dabei wird die Gedenkstätte inzwischen dankenswerterweise sowohl von Einzelgewerkschaften als auch vom Bundesvorstand des DGB sowie von der Hans-Böckler Stiftung unterstützt. Vor allem Michael Sommer und Dieter Scholz ist dafür zu danken, dass am 2. Mai 2008 im ehemaligen Kommandanturbereich von Sachsenhausen ein beeindruckendes Denkmal für alle gefolterten und ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eingeweiht wurde. Wie wir beobachten können und wie das ringsum vollständig niedergetretene Gras beweist, verweilen viele Besucherinnen und Besucher vor diesem immer mit frischen Blumen geschmückten, aus

zwei roten Steinblöcken mit einem aus dem Material herausgearbeiteten Emblem des ADGB bestehenden Mahnmal. Zwischen einem von der russischen Regierung für die mehr als 13.000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen errichteten, mächtigen schwarzen Granitblock, einer für achtzehn ermordete Luxemburger Polizisten gefertigten großen Holzplastik und der schlanken, aus Cortenstahl bestehenden Stele für das ermordete Mitglied der Bekennenden Kirche Friedrich Weißler fügt sich das Denkmal für die gefolterten und ermordeten Gewerkschafter nicht nur in die umgebende, friedhofsähnliche Parklandschaft ein, sondern betont durch ihre Ikonographie zugleich den Anspruch eigenständigen Gedenkens an diese besondere Gruppe der NS-Verfolgten.

Auch die heute erstmals eröffnete Wanderausstellung „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht. Deutsche Gewerkschafter im KZ 1933–1945“ ist das Ergebnis eines von Siegfried Mielke und mir am OSI der FU Berlin durchgeführten zweisemestrigen Projektkurses forschendes Lernen. Zwölf Studentinnen und Studenten haben zusammen mit Diplomanten und Doktoranden von Siegfried Mielke – der übrigens seinen siebzigsten Geburtstag heute im Ausland zusammen mit seiner Familie feiert und sich deshalb entschuldigen lässt – 34 Biographien von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erarbeitet, die in unterschiedlichen Konzentrationslagern inhaftiert waren. Zehn von ihnen, nämlich Lothar Erdmann, Otto Gerig, Heinrich Hiertsiefer, Fritz Huse-

mann, Hermann Jochade, Mathilde Klose, Rudolf Lentzsch, Wilhelm Leuschner, Heinrich Uetzfeld und Marie Wolff, haben Verfolgung und Terror nicht überlebt, weitere vier Gewerkschafter, nämlich Hans Adloch, Alwin Brandes, Josef Simon und Ewald Sülter sind an den Spätfolgen ihrer Haft verstorben. Nahezu alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Inhaftierung und Folter überlebten, beteiligten sich nach dem Krieg überwiegend in führenden Stellungen am Wiederaufbau der Gewerkschaften. Einige Beispiele will ich kurz nennen: der im KZ Sachsenhausen inhaftierte Nikolaus Bernhard wurde zum ersten Vorsitzenden der IG Bau Groß Berlin gewählt. Der ehemalige hauptamtliche Gewerkschaftssekretär des ADGB-Ortsausschusses Tuttlingen Fritz Fleck wurde von den Nazis in das KZ Heuberg verschleppt. Er stieg nach dem Krieg zum Ersten Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern und später zum Bezirksleiter des DGB auf. Der aus Amberg in Oberbayern stammende Lorenz Hagen musste mehrere Jahre Haft in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald ertragen. Gleich nach dem Krieg wurde Hagen zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Bayrischer Gewerkschaften und anschließend zum Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern gewählt, eine Funktion, die er bis 1955 ausfüllte. Einer der bedeutendsten Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten aus den Reihen der Gewerkschaften war zweifellos der ehemalige Lokführer Hans Jahn. Er überstand die Haft im Berliner KZ Columbia. Nach der Befreiung 1945 wurde er

der erste Vorsitzende der Gewerkschafter der Eisenbahner Deutschlands und vertrat die deutschen Gewerkschaften in zahlreichen internationalen Organisationen. Der ehemalige Porzellanmaler Albin Karl, der ebenfalls im Berliner KZ Columbia inhaftiert war, stieg neben Hans Böckler zum stellvertretenden Vorsitzenden des neu gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes auf. Hans Jendretzky, der als Leiter der Berliner kommunistischen RGO von den Nationalsozialisten für zwei Jahre in das KZ Sachsenhausen verschleppt worden war, übernahm in den Jahren 1946-1948 die Position des ersten Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sowjetisch Besetzten Zone. Auch der erste Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Adolph Kummernuss, der DGB-Vorsitzende in Baden-Württemberg Wilhelm Reibel, der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Bayern Gustav Schiefer, der Vorsitzende des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, Jacob Schlör, der Vorsitzende der Sozialistischen Freien Gewerkschaft Walter Schmedemann und das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, Ingeborg Tönnesen, kamen aus den Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“. Es ist daher wohl nicht übertrieben, anzunehmen, dass ihre Erfahrungen von Widerstand und Verfolgung, von Terror und Lagerhaft den Neubeginn und den Aufbau der deutschen Gewerkschaften in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR nicht unmaßgeblich mitbestimmten. Nicht wenige von ihnen redeten aber bei ihren Kolleginnen und Kollegen wenig über das Leid, das sie

erdulden mussten, und verschwiegen oder banalisierten aus ähnlichen Motiven wie Hermann Scheffler ihren Widerstand gegen das NS-Regime.

Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die für die Ausstellung erarbeiteten Biographien nur eine kleine Auswahl darstellen, wobei wir versucht haben, Beispiele von Gewerkschaftern aus möglichst vielen Einzelgewerkschaften sowie Regionen Deutschlands herauszusuchen. Während in der die Ausstellung begleitenden Publikation alle 34 Biographien vorgestellt werden, die in dem Projekt erarbeitet wurden, musste für die Wanderausstellung aus Platzgründen noch einmal eine nicht einfache Auswahl getroffen werden. Die heute hier im DGB-Haus gezeigte Ausstellung präsentiert sechzehn Biographien von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Weitere sechs können je nach Raumgröße an anderen Standorten ergänzt oder ersetzt werden. Dadurch wollen wir die Möglichkeit eröffnen, dass im Zuge der hoffentlich sehr weiten Wanderschaft unserer Ausstellung, gewerkschaftliche Orts- oder Betriebsgruppen bzw. Einzelgewerkschaften Biographien auswählen können, die ihnen aus regionalen oder beruflichen Gründen näher stehen. Die dazu notwendigen Ausstellungsteile sind bereits vorproduziert und können ohne technische Probleme eingefügt werden. Besonders wünschenswert wäre aber, wenn die jeweiligen Ausleiher unserer Ausstellung den Anstoß, den wir geben wollen, aufnehmen und mithilfe der Publikation oder anderer Begleitmaterialien, die Ausstellung selbständig um weitere Biographien ergänzen.

Ohne die großzügige finanzielle Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung hätte unsere Ausstellung nicht realisiert werden können. Die Böckler-Stiftung wird auch ihre weitere Wanderung begleiten. Dafür möchte ich mich auch im Namen von Siegfried Mielke ganz herzlich bei der Gewerkschaftsstiftung, insbesondere bei Wolfgang Jäger, bedanken. Alexandra Kruse und Juliane Jurewicz haben im Rahmen eines halbjährigen Praktikums die von den Autorinnen und Autoren recherchierten Exponate aus den Archiven und Privatsammlungen besorgt, die Texte redaktionell bearbeitet und zusammen mit unserer Mitarbeiterin Agnes Ohm sowie dem wissenschaftlichen Volontär der Gedenkstätte Mikko Wirth Ausstellung und Begleitpublikation fertig gestellt. Ihnen sowie allen Autorinnen und Autoren möchten wir ebenfalls herzlich danken. Dem Gestaltungsbüro Beier&Wellach, insbesondere Herrn Peter Wellach, danken wir für die Gestaltungsidee sowie ihre Realisierung. Last but not least bedanken wir uns beim Vorstand des DGB, insbesondere beim Vorsitzenden Michael Sommer, dafür, dass wir unsere Wanderausstellung mit der tatkräftigen Hilfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im DGB-Haus eröffnen und damit erstmalig zeigen dürfen.

„Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“ – Dieses Zitat, für das wir uns als Titel unserer Ausstellung letztlich entschieden haben, stammt aus einer 1946 gehaltenen Rede des Hamburger Sozialdemokraten und aktiven Gewerkschafters Walter Schmedemann. Gleich nach der

Machtergreifung wurde er aus politischen Gründen als Betriebsratsvorsitzender im Hamburger Krankenhaus St. Georg entlassen und nur sechs Wochen später bereits in Haft genommen. Trotz schärfster Warnungen durch die Gestapo begann Schmedemann schon kurz nach seiner Entlassung damit, den Widerstand zu organisieren, indem er u.a. illegal Flugblätter und Zeitungen herstellte. Schmedemann wurde daraufhin erneut verhaftet, schwer gefoltert und in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel verschleppt. Wegen seines Widerstandes als einer von 150 weiteren Angeklagten zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, ließen die Nationalsozialisten ihn nach der Verbüßung seiner Gefängnisstrafe nicht frei, sondern transportierten ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen, wo er weitere 13 Monate lang schwersten Misshandlungen ausgeliefert war. So hängte die SS den Hamburger Gewerkschafter über eine halbe Stunde lang an den auf dem Rücken zusammengebundenen Händen an einen Pfahl, eine Folter, der wenige Monate später der Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ Lothar Erdmann an gleicher Stelle erlag. Die Verletzungen, die er dabei davontrug, hinterließen bei Walter Schmedemann dauerhafte gesundheitliche Schäden, die ihn bis zu seinem Lebensende quälten. Im Herbst 1938 aus dem KZ entlassen, blieb er nur ein knappes Jahr in Freiheit. Gleich zu Kriegsbeginn war Schmedemann einer von mehr als 800 politischen Gegnern des Nationalsozialismus, unter ihnen zahlreiche Gewerkschafter, die die Nationalsozialisten erneut in das Konzentrationslager bei der

Reichshauptstadt verschleppten. Kaum aus dem KZ entlassen, gründete Schmiedemann trotzdem wieder eine kleine Widerstandsgruppe in seiner Heimatstadt, die u.a. Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung versorgte. Als nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 im Rahmen einer großen Verhaftungsaktion, der so genannten Aktion Gitter, erneut zahlreiche Gewerkschafter durch die Nationalsozialisten festgenommen wurden, war Schmiedemann auch dabei. Er blieb bis in den April 1945 in Gestapohaft.

Als Gründer und erster Vorsitzender der Sozialistischen Freien Gewerkschaft, einer unmittelbar nach der Befreiung vom Nationalsozialismus von unten gebildeten, bald aber schon von der britischen Besatzungsmacht verbotenen Organisation, bewies er seine durch keine Folter und keine NS-Propaganda zu brechende Verbundenheit mit den Ideen freier überparteilicher Gewerkschaften. Auch von ihm, dem trotz mehrfacher Gestapo- und KZ-Haft immer wieder erneut den Widerstand organisierenden Gewerkschafter und Sozialdemokraten, ist ein Ausspruch überliefert, der ganz ähnlich, wie das zu Beginn meiner Rede vorgelesene Zitat von Hermann Scheffler, eine nüchterne unpräventöse Bilanz von zwölf Jahren Terror und Widerstand zieht. Es sei abschließend zitiert: „Oft wurde uns gesagt: ‚Was Sie tun, ist sinnlos.‘ Das wussten wir selbst, dass das nicht zum Zuge kam. Es galt aber für die kommende Zeit, von der wir wussten, dass sie kam, den Beweis zu erbringen, dass wir nicht niederzuringen waren.“

Helga Grebing
Günter Benser / Michael Schneider (Hrsg.): „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung. Bonn 2009.

Die Zeiten sind vorbei, in denen soziale Strukturen, gesellschaftliche Formationen, politische Systeme, Ideologien – entweder als falsches Bewusstsein oder als werteorientierte Weltanschauungen definiert – beinahe vergessen ließen, dass es Menschen sind, die ihre (nicht: die) Geschichte machen. Für Strukturen, Systeme usw. brauchte man keine Menschen und wenn doch, dann bestimmte man sie wesentlich als Gattungswesen, dessen Merkmale als Ausdruck von „Menschenbilder“ verstanden wurde. Es handelte sich bei diesen Menschenbildern um Konstruktionen und Konstrukte, die dazu dienten, die unendlich erscheinende Vielfalt des menschlichen Daseins zu ordnen.

Die Wiederentdeckung der Biografie des Einzelnen im Kontext kollektiver sozialer Netzwerke verspricht allerorten neue Einsichten. Die Geschichte und Geschichten von Familien, Unternehmungen, Institutionen, definierbaren Kollektiven, bestimmbareren Generationen sind en vogue. Die Arbeiterbewegungsgeschichte hatte schon immer ihre kaum zu bremsende Vorliebe für ihre Helden (mit immer noch starken Defiziten bei Frauen) und holt nun auf, wie auch der Band „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“ zu beweisen vermag.

Dieser Band liefert überraschend vielfältige und spannende Ergebnisse für die im Untertitel genannte Gruppe, von

deren Existenz und Bedeutung Kundige bisher schon wussten, aber als konzentrierte Sammlung gleicht er geradezu einer Fundgrube. Da die Biografien vernünftigerweise, tendenziell jedenfalls, dem gleichen roten Faden folgen, erhält der Nutzer eine Anleitung für Zuordnungen oder auch für Trennungslinien. Die Gruppe ist in ihrer Individualität äußerst heterogen, in ihren Intentionen genau so homogen. Hierin zeigt sich das Hauptproblem noch immer oder erst recht der Biografie-Forschung: über die unermessliche Vielzahl von Einzelbiografien zu einer generelleren Interpretation zu gelangen, etwa zu einem Beitrag zur Sozialisationsforschung.

Herausgegeben haben das Buch Günter Benser, einst ein bekannter DDR-Historiker, und Michael Schneider, das Gleiche in der Vorwende-Bundesrepublik. Eine solche Verbindung ist in mancher Hinsicht (auch mir) gewöhnungsbedürftig, kann aber aus welcher Sicht auch immer bestätigen, was allenthalben gelten könnte: dass nunmehr zusammenwächst, was einst überhaupt nicht zusammen gehört hat.

Helga Grebing

Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter, (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2011, 302 S., 19,95 €.

Jan Turowskis systematisch vertiefende Analysen über sozialdemokratische Reformdiskurse, die ihr konkretes Material aus den „Fällen“ Großbritannien, Deutschland und Schweden beziehen (Sozialdemokratische Reformdiskur-

se, Wiesbaden 2010), haben nun eine nützliche Ergänzung gefunden, wenn auch etwas leichtgewichtiger gestaltet. 15 überblickhaft angelegte Einzelanalysen erweitern die Perspektive für den, der die Krise der Sozialdemokratie nicht nur in Europa verstehen will und ihrer zumindest gedanklich Herr werden möchte. Zunächst und überwiegend wird man „kalten Duschen“ ausgesetzt, und zwar in Serie: Was auch immer und wo auch immer bislang nach Wegen aus der Krise gesucht wurde, scheiterte oder blieb auf halber Strecke liegen, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Die (unvollständige) Liste der Defizite liest sich so: „Führungskräfte-depots“ sind versiegt (so Deutschland, Österreich); Partizipationserweiterungen und neue Formen der Mitgliederrekrutierung sind gescheitert oder stecken geblieben, im besten Fall noch unvollendet (Deutschland, Österreich, Frankreich); die Arbeiter, das geschichtsmächtige Gut sozialdemokratischer Bewegungen, sind, soweit überhaupt noch vorhanden, nicht mehr bei den Sozialdemokraten als Wähler zu finden, sondern gefährlich vermehrt bei den Rechtspopulisten (Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Frankreich); Verbürgerlichung, Aufstiegsentfremdung, „Elitismus“ setzen sich in der Anhängerschaft durch (Österreich, Schweiz); zielloser Pragmatismus herrscht vor anstelle von Bemühungen um Identitätsbestimmung (Dänemark, Großbritannien); der Spagat zwischen Wählern der verschiedenen gesellschaftlichen Segmente und auch Stadt und Land gelingt nicht (Österreich, Deutschland, England, Schweden); den Bündnissen Rot-

Rot-Grün fehlt die Stabilität (Schweden, Dänemark, Norwegen). Die Frage drängt sich deshalb auf: Sind die sozialdemokratischen Parteien eigentlich noch Volksparteien, können sie es überhaupt noch sein?

Allein die spanische PSOE mit ihrem lebendigen Parteileben, in der mehr registrierte Sympathisanten als Vollmitglieder registriert (!) sind, und einem jüngeren Führungspersonal wird trotz des Ausscheidens aus der Regierungsverantwortung eine sichtbare Regenerationskraft zugeschrieben. Den norwegischen Sozialdemokraten traut man zu, „die Balance zwischen Veränderung und Sicherheit zu bewerkstelligen“. Auch den französischen Sozialisten scheint es zu gelingen, angesichts des Desasters der marktliberalen „Post-reformisten“ des Dritten Weges und der neuen Mitten zu gelingen, die PS wieder auf Reformkurs zu bringen. Etwas zurückhaltender wird beurteilt, ob

die neue Labour-Party-Führung in der Lage sein wird, sich erfolgreich mit einer sozialeren Alternative zu den moderaten Konservativen durchzusetzen. In Deutschland ist – so meinen die Autoren – seit 2009 „einiges erreicht, aber noch nichts gewonnen“, zumal insbesondere der Fortschrittsbegriff, auch wie ihn die Sozialdemokratie immer noch verwendet, inzwischen immer „schaler“ geworden ist.

Für alle sozialdemokratischen Parteien bleibt die zentrale, noch ungelöste, jedoch überlebenswichtige Aufgabe, eine grundsätzlich verankerte identitätsstiftende Zielperspektive zu entwickeln, die mit einem gewissen utopischen Überschuss ausgestattet sein sollte. Zu diesem Schluss hinzuführen, ist allen Autoren des Buches gelungen. Wie diese Zielperspektive auszusehen hätte, dazu sagen sie nichts – oder jedenfalls nicht viel. Aber das ist ja auch nicht ihre Aufgabe.

Autorinnen und Autoren

Dr. Christian Demuth, (*1971), Referent für Grundsatzfragen und Forschung im SPD-Parteivorstand, zuständiger Referent für die Zukunftswerkstatt Demokratie sowie Lehrbeauftragter an der TU Dresden. Vorsitzender des Vereins *Bürger.Courage* e.V..

Prof. em. Dr. Helga Grebing (*1930), lehrte Geschichte an den Universitäten Göttingen und Bochum, leitete bis 1995 das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe von Willy Brandt.

Dr. Michael Heidinger (*1963), promovierter Volkswirt und Bürgermeister der Stadt Dinslaken. Er ist seit 1986 Mitglied der SPD und engagiert sich in der Partei als Beisitzer im Vorstand der NRW-SPD.

Prof. Dr. Ulrich Heyder (*1942), war bis 2007 Professor für Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften an der TU Braunschweig. Derzeit „Herder-Dozent“ an der Fakultät für deutsche Ingenieurs- und Betriebswirtschaftsusbildung der Technischen Universität Sofia (Bulgarien).

Dr. Horst Heimann (*1933), Politikwissenschaftler, bis 1998 stellvertretender Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

Dr. Johannes Kandel ist Historiker und Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat und Mitglied der HDS arbeitet bei einer politischen Stiftung in Berlin. 2011 ist sein Buch „Islamismus in Deutschland“ im Herder-Verlag erschienen.

Tobias Kühne, (*1974), MA, Historiker und Wissenschaftlicher Bibliothekar. Bereitet derzeit ein Promotionsvorhaben zur Geschichte der Berliner Nachkriegs-SPD vor.

Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter „Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen“.

Martin Redlich, (*1989), Bachelor of Arts (Politikwissenschaft) und derzeit Master-Student der Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies an der Universität Rostock. Seit 2008 Mitglied der SPD und im Juso-Kreisvorstand Rostock, AWO-Kreisvorstand Rostock und Mitglied im Forum Demokratische Line 21 (DL21).

Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt (*1941), Professorin für Didaktik der Sozialkunde an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg (1995–2006) und zuvor Lehrerin am Gymnasium in Wuppertal-Vohwinkel (1970–1994).

Dr. Steffen A. Rogalski, freier Autor und Berater im Bereich der Berufs- und Hochschulbildung, ehem. WiMi im Be-

reich QM in der Hochschulbildung, Projektleiter von Qualifizierungsnetzwerken.

Prof. Dr. Richard Saage (*1941), Professor i. R. für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Konrad Schied (* 1928), von 1966 bis 1991 IG Metall-Bevollmächtigter in Hainau, SPD-Mitglied seit 1951.

Dr. Dietrich Sperling (*1933), Jurist, zunächst Lehrer für pol. Bildung an der DGB-Jugendsschule in Oberursel und der Heimvolkshochschule in Falkenstein (Taunus); Für die SPD von 1969-1998 MdB; von 1978-1982 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium.

Dr. Johano Strasser (*1939), Schriftsteller und politischer Publizist. Zuletzt erschien zus. mit Michael Müller „Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle“ (2011) und der Roman „Die schönste Zeit des Lebens“ (2011).

Dr. Hans-Jürgen Urban (* 1961), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Zuletzt erschien „Europa im Schlepptau der Finanzmärkte“ mit Joachim Bischoff u.a. sowie „Gute Arbeit 2012“ (2011) zusammen mit Lothar Schröder.

Dr. Georg Werckmeister (*1938), bis 2004 Umweltreferent und Innovationsbeauftragter beim IG Metall-Vorstand, SPD-Mitglied seit 1968. 1998 erschien „Die Jobmaschine. Mit Produktideen Arbeitsplätze schaffen“. 2009 Promotion über Hegels logische Grundstruktur. Vorsitzender im Innovationsforum Rhein-Neckar.